

Reader zur Übersicht der Parteien der INITIATIVE und ihrer Haltung zur Militäroperation

Texte in anderen Sprachen als Deutsch wurden mit DeepL bzw. vereinzelt mit Google Translate übersetzt. (Es besteht daher die Gefahr von Ungenauigkeiten in der Übersetzung)

Bei einigen Parteien sind Veröffentlichungen anderer Parteien zu finden die sie auf ihren Kanälen geteilt haben. Ein Beispiel dafür ist die Veröffentlichung der „Pressemitteilung des ZK der KKE zur russischen Invasion“ auf der Website des Volkswiderstands aus Moldawien.

Inhaltsverzeichnis

Gemeinsame Erklärung kommunistischer und Arbeiterparteien. Nein zum imperialistischen Krieg in der Ukraine!.....	4
Resolution zum imperialistischen Krieg auf dem Territorium der Ukraine.....	6
Der Kampf gegen den Imperialismus der USA und der NATO, die die Weltherrschaft anstreben, ist die Hauptaufgabe der fortschrittlichen Kräfte.....	8
Pariser Erklärung: Die steigende Flut des globalen Krieges und die Aufgaben der Antiimperialisten..	10
Belarussische Kommunistische Partei der Arbeiter. Sektion der KPdSU (BKPT).....	12
Die Ukraine ist UdSSR-Gebiet. Hier ist kein Platz für Faschisten. Die Ukrainer sind ein integraler Bestandteil des Sowjetischen Volkes. Befreiung vom Faschismus.	12
Antwort der ROO SKPS auf eine Anfrage zur Stellungnahme zu den Ereignissen in der Ukraine.....	17
RKAP, Der Weg zum Sozialismus kann nicht am Sieg über den Faschismus vorbeigehen.....	18
Union der Kommunisten in Bulgarien (SKB).....	21
Wir danken Russland! Vielen Dank, Russland!.....	21
Warum die ukrainischen Faschisten gestoppt werden müssen.....	21
Die Che Guevara-Bewegung: "Stets mit Russland!	22
Sozialistische Arbeiterpartei Kroatiens (SRP).....	23
Stoppt die Ausländischen Truppen in unserem Land.....	23
Rede der Sozialistischen Arbeiterpartei Kroatiens.....	23
Kommunistische Arbeiterpartei - Für Frieden und Sozialismus (KTP / Finnland)	25
Wir wählen nicht zwischen Imperialisten; wir wählen den Sozialismus!.....	25
Der Krieg in der Ukraine - der kapitalistische Imperialismus	26
Ukraine-Psychose	28
Warum Russland im Krieg ist - und die USA und ihre EU-Verbündeten	31
Revolutionäre Kommunistische Partei Frankreichs (PCRF).....	35
Russland - Ukraine: Nieder mit den imperialistischen Kriegen!.....	35
Pol der Kommunistischen Wiederbelebung in Frankreich (PRCF)	37
Zur Lage in der Ukraine - Erklärung des Nationalsekretariats der PRCF	37
Endgültiger Ausstieg aus dem Krieg in der Ukraine - Erklärung des Zentralkomitees der PRCF.....	38
Rede des Pols der Kommunistischen Wiederbelebung in Frankreich.....	41

Internationales Treffen: Jenseits des Krieges, von der Ukraine bis Südkorea. Der Beitrag von Aymeric Monville als Vertreter der PRCF	44
Vereinigte Kommunistische Partei Georgien (SEKP)	48
Unterstützen Sie Russland und das ukrainische Volk!	48
Ungarische Arbeiterpartei	51
Rede der Ungarischen Arbeiterpartei am 28.05.2022	51
Rede der Ungarischen Arbeiterpartei am 14.10.22	53
Erklärung der Ungarischen Arbeiterpartei	57
Arbeiterpartei Irlands (WPI)	60
Erklärung zur jüngsten Abspaltung von der Arbeiterpartei	60
Beitrag der Arbeiterpartei Irlands zum 22. Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien (Der Teil der die Website behalten konnte).....	62
Beitrag der Arbeiterpartei Irlands zum 22. Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien (des anderen Teils).....	64
Kommunistische Partei (CP / Italien).....	69
Gegen Krieg für den Frieden	69
Sozialistische Partei Lettlands (LSP)	70
Stoppt den Bruderkrieg zwischen dem russischen und dem ukrainischen Volk!	70
Sozialistische Partei (SP bzw. SPF / Litauen)	71
Ukrainische Tragödie.....	71
Ideologie oder Tod	72
Marxismus und der Krieg in der Ukraine.....	79
Prägende und zivilisatorische Faktoren in der Geschichte	81
Russland am Scheideweg: Linksruck oder liberale Revanche	84
Über die Tragödie der Völker der Ukraine und Russlands und ihr sozialistisches Morgen!	86
Zum Konflikt in der Ukraine.....	88
Volkswiderstand (Moldawien)	102
Pressemitteilung des ZK der KKE zur russischen Invasion in die Ukraine	102
Erklärung der Ungarischen Arbeiterpartei	103
Erklärung der Partei der Kommunisten USA zur russischen Militäroperation in der Ukraine.....	103
FSB zerschlägt marxistischen Zirkel in Ufa	106
Aufruf zu einer Demonstration am 19. Juni um 17:00 Uhr Zentraler Platz in Chisinau	107
Erklärung der marxistischen Volkswiderstandsbewegung im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine	108
Kommunistische Partei Norwegens (NKP)	112
Stoppt die Kriegskräfte.....	112
Erklärung der Kommunistischen Partei Norwegens. 31. Kongress 4.-6. Juni 2022.....	112
Kommunistische Partei Polens (KPP)	117
Der Charakter des heutigen Imperialismus.....	117
Thesen zum heutigen Imperialismus.....	119
Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKAP).....	124

Beitrag der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei zum 22. Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien.....	124
Zum XXII. Internationalen Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien.....	129
Über die guten Wünsche und einige der Fehler der griechischen Genossen	133
Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens (NKPJ).....	146
Zur Lage in der Ukraine	146
Rede der Neuen Kommunistischen Partei Jugoslawiens	147
Kommunistische Partei der Slowakei (KSS)	151
Eine multipolare Welt entsteht.....	151
Schluss mit Zensur und Medienmanipulation! Schluss mit antirussischem Chauvinismus!.....	153
Der oligarchische Kapitalismus in Russland ist unhaltbar	154
Asia Times: Konflikt in der Ukraine wird von US-Waffenherstellern ausgelöst	154
Die NATO hat zugegeben, dass die Entscheidung, die militärische Präsenz in der Nähe der russischen Grenzen zu verstärken, bereits vor mehreren Jahren getroffen wurde	154
Machen Sie keine Afrikaner unglücklich, indem Sie über die "unglückliche" Ukraine sprechen....	155
Wo der Teufel nicht hinkommt, schickt er eine Frau	156
Kommunistische Partei der Arbeiter Spaniens (PCTE)	158
Erklärung des Politbüros der PCTE: Nein zum imperialistischen Krieg!	158
Kommunistische Partei der Türkei (TKP).....	161
"Eure Kriege, unsere Toten. Nein zum imperialistischen Krieg" Beitrag der TKP für die von der PCTE organisierte antiimperialistische Veranstaltung am 28. Mai in Madrid.....	161
Union der Kommunisten der Ukraine (SKU).....	165
Über den Krieg und die Aufgaben der Arbeiterklasse.....	165
Zum "Brief des Union der Kommunisten der Ukraine"	170
Neue Kommunistische Partei Britanniens (NCP).....	174
Gemeinsame Erklärung: Sieg für die antifaschistischen Kräfte des Donbass und ihre Verbündeten!	174
Telegram-Nachricht New Worker News	176

Gemeinsame Erklärung kommunistischer und Arbeiterparteien. Nein zum imperialistischen Krieg in der Ukraine!

Quelle: <http://solidnet.org/article/Urgent-Joint-Statement-of-Communist-and-Workers-Parties-No-to-the-imperialist-war-in-Ukraine/>

Notwendig ist ein eigenständiger Kampf gegen die Monopole und die Bourgeoisien für den Sturz des Kapitalismus, die Stärkung des Klassenkampfes gegen den imperialistischen Krieg, für den Sozialismus!

1. Die kommunistischen und Arbeiterparteien, die diese Gemeinsame Erklärung unterzeichnen, stellen sich gegen den imperialistischen Konflikt in der Ukraine, der eine der Folgen der tragischen Situation ist, die für die Völker seit dem Umsturz des Sozialismus und der Auflösung der Sowjetunion entstanden ist. Völlig bloßgestellt sind sowohl die bürgerlichen als auch die opportunistischen Kräfte, die über Jahre gegen die UdSSR gekämpft haben und kürzlich erst den 30. Jahrestag ihrer Auflösung feierten. Sie verschweigen die Tatsache, dass die Restauration des Kapitalismus den Abbau der historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse und des Volkes bedeutete und die Völker der UdSSR zurück in die Ära der Klassenausbeutung und imperialistischen Kriege brachte.

2. Die Entwicklungen in der Ukraine, die auf dem Boden des Monopolkapitalismus stattfinden, stehen in Verbindung mit den Vorhaben der USA, der NATO und der EU und deren Eingreifen in der Region, sowie mit dem erbitterten Konkurrenzkampf zwischen ihnen und dem kapitalistischen Russland um die Kontrolle der Märkte, Rohstoffe und Transportnetze des Landes. Diese Bestrebungen werden von den sich widerstreitenden imperialistischen Mächten verschleiert, die ihre eigenen Vorwände vorbringen, wie die „Verteidigung der Demokratie“, die „Selbstverteidigung“ und das Recht auf „freie Bündniswahl“, die Einhaltung der UN- oder OSZE-Prinzipien oder den angeblichen „Faschismus“, während sie ihn bewusst vom kapitalistischen System loslösen, das ihn hervorbringt und nutzt.

3. Wir verurteilen die Aktivitäten der faschistischen und nationalistischen Kräfte in der Ukraine, den Antikommunismus und die Verfolgung von Kommunisten, die Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung, die bewaffneten Angriffe der ukrainischen Regierung auf das Volk im Donbass. Wir verurteilen die Nutzung reaktionärer politischer Kräfte der Ukraine, einschließlich faschistischer Gruppierungen, durch die euroatlantischen Mächte für die Umsetzung ihrer Pläne. Inakzeptabel ist darüber hinaus die antikommunistische Rhetorik gegen Lenin, die Bolschewiki und die Sowjetunion, auf die die russische Führung zurückgreift, um ihre eigenen strategischen Pläne in der Region zu rechtfertigen. Nichts kann jedoch den enormen Beitrag des Sozialismus in der Sowjetunion schmälern, die ein multinationaler Zusammenschluss gleichberechtigter sozialistischer Republiken war.

4. Die Entscheidung der Russischen Föderation, zunächst die „Unabhängigkeit“ der sogenannten „Volksrepubliken“ im Donbass anzuerkennen und dann unter dem Vorwand der „Selbstverteidigung“ Russlands, der „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“ der Ukraine zu einer Militärintervention überzugehen, diene nicht dem Schutz des Volkes in der Region oder dem Frieden, sondern den Interessen der russischen Monopole auf ukrainischem Territorium, und ihrer erbitterten Konkurrenz mit den westlichen Monopolen. Wir bekunden unsere Solidarität mit den Kommunisten und den Völkern Russlands und der Ukraine, und stehen an ihrer Seite, um den Kampf gegen den Nationalismus zu verstärken, der von jeder Bourgeoisie geschürt wird. Die Völker beider Länder, die innerhalb der UdSSR in Frieden lebten und gemeinsam Großes vollbrachten, wie auch alle anderen Völker, haben kein Interesse daran, sich auf die Seite des einen oder anderen Imperialisten oder Bündnisses zu schlagen, das den Interessen der Monopole dient.

5. Wir machen auf die Gefährlichkeit der von den bürgerlichen Kräften verbreiteten Illusionen aufmerksam, dass es eine „bessere Sicherheitsarchitektur“ in Europa durch ein Eingreifen der EU, eine NATO „ohne militärische Projekte und aggressive Waffensysteme auf ihrem Territorium“, eine „friedliebende EU“ oder eine „friedliche multipolare Welt“ usw. geben könnte. All diese Behauptungen haben nichts mit der Realität zu tun und sind irreführend für den antikapitalistischen und antiimperialistischen Kampf, da sie den Eindruck erwecken sollen, dass ein „friedlicher Imperialismus“ möglich wäre. Die Wahrheit ist jedoch, dass die NATO und die EU, wie jede kapitalistische zwischenstaatliche Vereinigung, räuberische Bündnisse mit einem zutiefst reaktionären Charakter sind, die nicht volksfreundlich werden können und weiterhin gegen die Rechte der Arbeiter, gegen die Völker vorgehen werden. Wahrheit ist auch, dass der Kapitalismus mit imperialistischen Kriegen Hand in Hand geht.

6. Wir rufen die Völker der Länder, deren Regierungen insbesondere durch die NATO und die EU aber auch durch Russland an den Entwicklungen beteiligt sind dazu auf, gegen die Propaganda der bürgerlichen Kräfte zu kämpfen, die die Völker unter verschiedenen fadenscheinigen Vorwänden in den Fleischwolf des imperialistischen Krieges werfen. Die Völker müssen die Schließung von Militärstützpunkten, die Rückkehr von Truppen aus Auslandseinsätzen, die Stärkung des Kampfes für das Losbinden der Länder von den imperialistischen Vorhaben und Bündnissen wie der NATO und der EU fordern.

7. Das Interesse der Arbeiterklasse und der Volksschichten verlangt eine weitere Schärfung der Klassenkriterien bei der Analyse der Entwicklungen. Es verlangt von uns, die Weichen für einen eigenständigen Weg gegen die Monopole und die Bourgeoisien zu stellen, für den Sturz des Kapitalismus, die Stärkung des Klassenkampfes, gegen den imperialistischen Krieg, für den Sozialismus, der aktueller und notwendiger denn je ist und bleibt.

Resolution zum imperialistischen Krieg auf dem Territorium der Ukraine

Quelle: <http://www.solidnet.org/article/22nd-IMCWP-RESOLUTION-on-the-imperialist-war-on-the-territory-of-Ukraine/>

Wir, die Teilnehmer des 22. Internationalen Treffens der Kommunistischen und Arbeiterparteien in Havanna vom 27. bis 29. Oktober 2022, bekräftigen unser starkes Engagement für den Kampf des Proletariats auf globaler Ebene sowie unsere Unterstützung für den langjährigen heroischen antifaschistischen Kampf der Proletarier des Donbass und den Widerstand der Arbeiter der Ukraine und Russlands gegen die militaristische Politik des Imperialismus:

Wir verurteilen alle kriminellen Handlungen der Vertreter des Weltkapitals: der USA, der imperialistischen Bündnisse und Blöcke, der Russischen Föderation und der herrschenden Kreise der Ukraine selbst, die das letzte Mittel zur Lösung ihrer Widersprüche im Zeitalter des Imperialismus - den Krieg - auf dem Gebiet der Ukraine eingesetzt haben. Derzeit haben diese Widersprüche eine solche Tiefe erreicht, dass es unmöglich scheint, vorherzusagen, wie lange dieser Krieg dauern wird.

Wir unterstützen antimilitaristische Stimmungen und Aktionen in der Ukraine und der Russischen Föderation als Kampf der ausgebeuteten Klasse gegen die Ausbeuterklasse. Nicht nur die Logik der marxistischen Analyse, sondern auch die acht Monate andauernden Kriege zeigen die Falschheit der von der russischen Regierung verkündeten Ziele, da ihre Umsetzung offensichtlich zu direkt gegenteiligen Ergebnissen führt: humanitäre Katastrophe, Tausende von zivilen Toten, Militarisierung der Ukraine mit der Zerstörung ihrer Industrieunternehmen und Städte, Zunahme der antirussischen Stimmung und der Zahl der faschistischen Kämpfer. Wie schon früher in der Geschichte manipulieren die herrschenden Eliten beider Länder die Slogans des "gerechten Krieges" für ihre politischen Ziele, ihren wirtschaftlichen Gewinn und die Mobilisierung der getäuschten Völker, um ihnen fremde Ziele zu erreichen.

3. Wir lehnen jegliche Beteiligung der russischen Regierungspolitik an der antifaschistischen Bewegung und erst recht an der "pro-sowjetischen" Stimmung entschieden ab. Die Russische Föderation ist als bürgerlicher Staat nur nominell, im Rahmen des bürgerlichen Rechts, der Erbe der UdSSR, während sie weder in ihrer Basis noch in ihrem Überbau etwas mit der UdSSR gemein hat. In den 30 Jahren der "Unabhängigkeit" der Russischen Föderation wurde Finanz- und Monopolkapital geschaffen, die Industrie, das Bildungs- und das Gesundheitswesen systematisch zerstört, die Arbeitslosigkeit erhöht, die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert, Arbeitnehmerrechte und demokratische Freiheiten beseitigt.

Die Vertreter der bürgerlichen herrschenden Kreise der Russischen Föderation haben die Macht in den Volksrepubliken Lugansk und Donezk an sich gerissen, die roten Feldkommandeure - die Kandidaten des Volkes - wurden eliminiert und die politischen Aktivitäten der kommunistischen Organisationen wurden verboten. Alle von Putin und den offiziellen Stellen der Russischen Föderation mit der "militärischen Sonderoperation" verfolgten Ziele sind gescheitert. Diese "Sonderoperation" ist nicht nur falsch, sondern auch kriminell, was durch die humanitäre Katastrophe, die die Zivilbevölkerung der Ukraine betrifft, bestätigt wird.

4. Wir verurteilen auf das Schärfste die Militarisierung der Ukraine, die Förderung einer extrem reaktionären nationalistischen Ideologie, die Aufstachelung zu interethnischem Haß und die Bildung militanter nationalistischer Gruppen. Die Evakuierung von Zivilisten aus dem Kriegsgebiet wird im Wesentlichen von der Bevölkerung selbst durchgeführt. Die Rechte der Arbeitnehmer und die

Meinungsfreiheit wurden erheblich beschnitten; die Verfolgung und Unterdrückung politischer Gegner hat nicht aufgehört.

5. Wir sind sicher, dass nur die ukrainische Arbeiterklasse, vereint mit dem russischen Proletariat und unterstützt von der weltweiten Arbeiterschaft, in der Lage ist, das imperialistische Gemetzel zu stoppen. Die ukrainische, russische und weltweite Bourgeoisie hat die Arbeiter mobilisiert und bewaffnet.

Es ist notwendig, dass sich diese Bewaffnung gegen die Kriegsregierungen richtet, um den imperialistischen Krieg zwischen den Völkern in einen Bürgerkrieg zwischen den Klassen zu verwandeln. Nur so wird die Arbeiterklasse in der Lage sein, dem Imperialismus als Quelle von Kriegen ein Ende zu setzen und Arbeitermachtorgane zu bilden, sowie die kämpfenden Staaten im Interesse der arbeitenden Menschen umzuwandeln.

Es ist beschämend und kriminell, wenn Kommunisten in aller Welt den Regierungen der bürgerlichen Länder hinterherlaufen und für die Interessen ihrer nationalen Bourgeoisie arbeiten, den einen oder anderen Block der bürgerlichen Länder unterstützen. Unsere unabänderliche Aufgabe ist es, den Arbeitern auf der ganzen Welt zu helfen, zu erkennen, dass die imperialistischen Kriege nicht zur Emanzipation der Arbeit führen, sondern sie im Gegenteil noch mehr versklaven; dass die Arbeiterklasse im imperialistischen Konflikt keine Verbündeten unter den herrschenden Kreisen hat, sondern nur Feinde; dass ihre Freunde nur die Proletarier sind, ganz gleich, welcher Nationalität sie sind.

Die Aufgabe der Kommunisten ist es, das Ende des Kapitalismus als solchen herbeizuführen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene: das Ende des Kapitalismus ist das Ende der Kriege.

Für diese edle Sache, Kommunisten auf der ganzen Welt, vereinigt euch mit euren Proletariern!

Der Kampf gegen den Imperialismus der USA und der NATO, die die Weltherrschaft anstreben, ist die Hauptaufgabe der fortschrittlichen Kräfte

Quelle: <http://www.solidnet.org/article/22nd-IMCWP-The-Struggle-Against-USA-and-NATO-Imperialism-which-Seek-World-Hegemony-is-the-Key-Task-of-the-Progressive-Forces/>

Erklärung der Teilnehmer des XXII. Internationalen Treffens der Kommunistischen und Arbeiterparteien, Havanna, 28./29. Oktober 2022

Die Völker der Welt sind Zeugen einer raschen Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Unfähig, die wachsenden Widersprüche zu bewältigen, wird der Imperialismus immer gefährlicher für die Menschheit. Er greift immer häufiger auf Provokationen und Konflikte zurück. Seine Aktionen drohen mit einem neuen Weltkrieg und dem Einsatz von Atomwaffen.

Tatsächlich wird der Krieg als bewaffneter Kampf von Klassen, Nationen oder Staaten seit 2014 geführt, als die Kiewer Nazis eine Strafaktion gegen die Bevölkerung des Donbass starteten: Menschen wurden getötet, weil sie ihre Muttersprache Russisch sprechen wollten, sich weigerten, Kollaborateure des Hitler-Nazismus als Helden anzuerkennen, sowjetische Denkmäler zu zerstören und ihre Verbindungen zu Russland zu kappen.

Heute nutzen mehr als fünfzig von der US-geführten NATO organisierte und gelenkte Raubtierstaaten ukrainische Anhänger der Banderaiten, Verbündete Hitlers, um eine faschistische Expansionspolitik gegenüber Russland zu betreiben. Die kombinierten politischen, finanziellen, wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen des Weltkapitals, einschließlich der Humanressourcen von Söldnern, wurden für die Unterdrückung und Zerstückelung Russlands eingesetzt. Das Ziel ist typisch für das Großkapital: Ausschaltung der Konkurrenz und Neuaufteilung der Einflusssphären. Vor allem in Europa. Das Ziel ist die Errichtung der Welthegeemonie der USA im 21. Jahrhundert unter aktiver und offener Nutzung des Faschismus.

Wir wenden uns gegen den US-Imperialismus, der in seiner Außenpolitik faschistische Methoden anwendet und unter direkter Beteiligung der NATO faktisch einen Krieg führt, der darauf abzielt, Russland mit Hilfe des bürgerlich-nationalistischen ukrainischen Marionettenregimes zu besiegen.

Wir erklären, dass wir alles in unserer Macht Stehende tun werden, um zu verhindern, dass Russland das Schicksal Jugoslawiens, des Irak oder Libyens wiederholt, was in krassem Widerspruch zu den Interessen der weltweiten Arbeiterbewegung steht. Die Reaktion strebt danach, ihre neue Ordnung fest und dauerhaft zu etablieren. Russland kann es sich nicht leisten, den Krieg gegen den Nazismus zu verlieren.

Wir protestieren kategorisch gegen die Politik des Faschismus, des Antisowjetismus und der Russophobie in allen EU- und NATO-Ländern. Wir protestieren gegen die Aggression, die von den USA und der NATO mit den Händen der ukrainischen Nazis gegen Russland entfesselt wird. Wir bekunden unsere entschlossene Solidarität mit den Kommunisten und allen arbeitenden Menschen in der Ukraine und Russland. Wir erklären unsere Entschlossenheit, die wiederauflebende braune Pest entschlossen und aggressiv zu bekämpfen.

Die kommunistische Position ist unumstößlich: Nur wenn dem Kapitalismus ein Ende gesetzt wird, kann auch dem Faschismus und der Gefahr eines weltweiten Atomkrieges ein Ende gesetzt werden.

Wir werden unsere Tätigkeit und unser Leben diesem Kampf widmen.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Pariser Erklärung: Die steigende Flut des globalen Krieges und die Aufgaben der Antiimperialisten

Quelle: <https://wap21.org/?p=566>

Wir befinden uns in einem Moment großer Gefahr für die Arbeiter und unterdrückten Völker überall, in dem der imperialistische Kriegstrieb uns in Richtung eines dritten Weltkriegs und eines nuklearen Flächenbrands treibt.

Während die Nato-Aggression in der Ukraine sowohl militärisch als auch wirtschaftlich scheitert, können die USA in ihrer Verzweiflung, ihre hegemoniale Position in der Welt zu retten, nicht zurückweichen, sondern suchen nach Möglichkeiten, den Krieg auszuweiten und zu verlängern. Es scheint, dass die Imperialisten trotz aller Erfahrungen immer noch hoffen, einen Weg zu finden, um jeden Widerstand gegen ihre Herrschaft zu zermürben und als Sieger hervorzugehen.

Infolgedessen müssen wir damit rechnen, dass der Krieg in der Ukraine auf die Nachbarländer in Europa und Zentralasien übergreift - und dass auch auf mehreren anderen Kriegsschauplätzen weiter im Osten Feindseligkeiten ausbrechen. Die jüngsten Provokationen der USA in Taiwan sowie die unaufhörliche Verschärfung der Spannungen mit der DVRK und China an allen Fronten machen dies nur allzu deutlich.

In diesem historisch bedeutsamen Moment sind wir, die unterzeichnenden Parteien, uns einig, dass die folgenden wesentlichen Punkte den Massen der Welt klargemacht werden sollten und unsere Antikriegs- und antiimperialistische Arbeit leiten sollten:

1. Dass die Konflikte, die bereits ausgebrochen sind oder auszubrechen drohen, keine isolierten und lokalen Angelegenheiten sind, sondern integraler Bestandteil des Bestrebens der USA sind, ihre globale Hegemonie zu erhalten.
2. Dass der gegenwärtige Krieg in der Ukraine nicht das Ergebnis einer "russischen Aggression" ist, sondern dieses westlichen imperialistischen Kriegstriebes - insbesondere des Kriegstriebes der USA.
3. Dass der Krieg in Wirklichkeit begann, als die USA und ihre Verbündeten 2014 einen faschistischen Putsch in Kiew finanzierten, bewaffneten und organisierten, und dass die russische Seite in ihrem Bündnis mit den Völkern des Donbass einen Krieg der Selbstverteidigung und der nationalen Befreiung gegen einen imperialistischen Angriff führt.
4. Dass die Kriegstreiberei gegen China und die DVRK ebenfalls ein Ergebnis imperialistischer Aggression ist und dass, egal wer den ersten Schuss abgibt, wenn die drohenden Konflikte in Korea oder Taiwan ausbrechen, diese Kriege ebenfalls Kriege der antiimperialistischen Selbstverteidigung und nationalen Befreiung sein werden, die vom koreanischen und/oder chinesischen Volk geführt werden.
5. Dass Russland und China in der Lage sind, sich selbst und andere zu verteidigen, deutet nicht auf expansionistische Ambitionen oder imperialistische Wirtschaft hin, sondern beruht auf jahrzehntelanger Planung zur Selbstverteidigung, die von den sozialistischen Regierungen der UdSSR und der VR China initiiert wurde.
6. Es gibt keine wirtschaftlichen Daten, die es rechtfertigen, China oder Russland als imperialistisch zu bezeichnen. Diese Länder leben nicht von der Superausbeutung oder Ausplünderung der Welt. Sie zwingen andere Länder nicht in militärische, technologische oder Schuldensklaverei. Im Gegenteil, die vorteilhaften Handelsbedingungen und die technologische und militärische Unterstützung, die sie anbieten, geben kleineren Entwicklungsländern die Chance, aus der imperialistischen Versklavung auszubrechen.

7. Dass Russland und China Ziel imperialistischer Aggressionen sind, weil sie sowohl durch die Bewahrung ihrer eigenen Unabhängigkeit als auch durch die Unterstützung anderer Nationen bei der Erlangung ihrer Unabhängigkeit eine ernsthafte Bedrohung für die Welthegeemonie der Imperialisten darstellen.
8. Dass das wachsende Bündnis zwischen Russland und China den Völkern der Welt Hoffnung gibt: Hoffnung auf eine Alternative zur US-Herrschaft und zur imperialistischen Superausbeutung. Ein starkes antiimperialistisches Lager ist die beste Verteidigung unserer Völker gegen die aggressiven Pläne der blutrünstigen Nato-Allianz - unsere beste Verteidigung gegen die drohende Gefahr eines Atomkriegs.
9. Diese Antikriegsaktivisten müssen die Massen in ihren Ländern für eine Kampagne der aktiven Nichtkooperation mit den imperialistischen Kriegsanstrengungen mobilisieren, die darauf abzielt, die Kriegsmaschinerie der Nato auf jede erdenkliche Weise zu sabotieren. Wir müssen uns weigern, in den Armeen der Nato zu kämpfen oder sie zu unterstützen (direkt oder stellvertretend). Wir müssen uns weigern, Männer und Material der Nato zu transportieren. Wir müssen uns weigern, den Nato-Stützpunkten zu erlauben, ungehindert auf unserem Territorium zu operieren. Wir müssen uns weigern, Waffen und andere lebenswichtige Ausrüstungsgegenstände der Nato herzustellen oder zu liefern. Wir müssen uns weigern, imperialistische Propagandalügen zu senden, zu drucken oder zu verbreiten, und wir müssen uns weigern, mit imperialistischen Handels- und Sanktionskriegen zusammenzuarbeiten.
10. Dass die sich beschleunigende Kriegstreiberei, die Wirtschaftskrise, die Hungerkrise, die Umweltkrise und vieles mehr überdeutlich machen, dass die Notwendigkeit, das imperialistische Wirtschaftssystem zu beseitigen, dringender denn je ist.
11. Dass die Slogans der wahren Antiimperialisten in dieser Zeit lauten müssen: Niederlage für die Nato-geführte imperialistische Allianz! Sieg für den Widerstand! Keine Zusammenarbeit mit dem imperialistischen Krieg!

Belarussische Kommunistische Partei der Arbeiter. Sektion der KPdSU (BKPT)

Die Ukraine ist UdSSR-Gebiet. Hier ist kein Platz für Faschisten. Die Ukrainer sind ein integraler Bestandteil des Sowjetischen Volkes. Befreiung vom Faschismus.

Quelle: <http://s-kps.by/gazeta-vernost-2-152-2022.html/>

Interview von L.E. Shkolnikov, Erster Sekretär des Republikanischen Komitees der Belarussischen Republikanischen Organisation der KPdSU und Sekretär-Koordinator der ROO SKPS mit einem Korrespondenten der elektronischen Zeitung "Vernost".

FRAGE: Ist es legitim, dass Russland mit Gewalt in den Streit zwischen der Ukraine und der DVR und der LVR eingreift? Würde dies nicht einen großen Krieg mit zahlreichen Opfern auslösen?

ANTWORT: Es gibt keine Einmischung, aber es gibt eine tatkräftige Antwort auf das Ersuchen der DVR und der LVR um Hilfe beim Schutz vor dem Aggressor, der neofaschistischen Ukraine und ihren ausländischen Herren, und es gibt eine energische Lösung für Russlands gleiche Sicherheitsprobleme, da der Westen sich weigerte, dieses Problem mit anderen Mitteln - durch Verhandlungen - zu lösen. Der große Krieg wird hier, wie in vielen anderen Fällen, nicht von Russland, sondern von den aggressivsten, neofaschistischen westlichen Oligarchen in den USA, Großbritannien und den EU-Staaten provoziert. Sie waren es, die sich grob in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einmischten und 2014 einen blutigen neofaschistischen Staatsstreich in Kiew inszenierten, indem sie ihre Marionetten an die Spitze des Landes setzten und damit einen Bürgerkrieg provozierten, dessen erste Ergebnisse für die Ukraine die freiwillige Rückgabe der Krim an Russland und die staatliche Abspaltung der DVR und LVR waren.

Die angelsächsischen und europäischen Oligarchen scheinen die Situation als geeignet empfunden zu haben, Russland einen entscheidenden Schlag zu versetzen, um es in einem großen Krieg durch seine Strangulierung und einen militärischen Sieg über die Ukrainer und Europäer zu vernichten. Dies ist jedoch ein Glücksspiel, da Russland über ein modernes "letztes Mittel des Königs" - unzerstörbare Überschall-Atomraketen - und ein wirtschaftliches Potenzial verfügt, das zwar aufgrund der Importabhängigkeit vom Westen anfällig ist, aber ausreicht, um westlichen Unternehmen als Reaktion auf Sanktionen einen nicht hinnehmbaren Schaden zuzufügen.

Es sind nur wenige Tage vergangen, seit Russland die Souveränität der Volksrepubliken Donezk (DVR) und Luhansk (LVR) anerkannt, einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand mit ihnen geschlossen und auf ihr Ersuchen hin militärische Unterstützung in Form einer Militäroperation zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine eingeleitet hat, wobei das Gebiet der DVR und der LPR ständig bombardiert wird. Politiker und andere Menschen auf der ganzen Welt sind aufgewühlt, da Russlands Vorgehen von der bürgerlichen Presse als Aggression dargestellt wird, die fast zu einem Weltkrieg führen könnte, was das Gegenteil der Realität ist.

Der Punkt ist, dass die DVR und LVR sind nicht die Ukraine für eine lange Zeit. Nach dem besagten blutigen Staatsstreich in Kiew durch die USA und ihre europäischen Satelliten im Jahr 2014 wollte die russischsprachige Bevölkerung der Regionen Donezk und Luhansk nicht mehr unter der Herrschaft des kollaborierenden pro-faschistischen Regimes in Kiew leben, das die russische Sprache bewusst diskriminierte, um die Gesellschaft zu spalten, und hielt Referenden ab, in denen eine große Mehrheit

für die Existenz eines unabhängigen Staates stimmte So wurden zwei souveräne Republiken gebildet - die DVR und die LVR.

Die internationale Gemeinschaft erkennt das Recht der Völker auf Selbstbestimmung bis hin zur Abspaltung von Staaten an. Der Westen zieht es in diesem Fall jedoch vor, dieses Recht zu vergessen und die Souveränität der DVR und der LVR nicht anzuerkennen, obwohl er dieses Recht in anderen Fällen, z.B. im Kosovo, zu seinem Vorteil nutzt, um die historische Wurzel der serbischen Staatlichkeit auszureißen und die Zerstörung Jugoslawiens unumkehrbar zu machen. Wieder einmal wird mit zweierlei Maß gemessen, was ein unverschämtes Merkmal der westlichen Politik ist.

Im Fall der Ukraine drängt der Westen auf einen anderen, nicht weniger wichtigen Grundsatz des Völkerrechts - die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen - und beschuldigt die Menschen im Donbass und in Luhansk eines Angriffs auf die territoriale Integrität der Ukraine. Und lange Zeit spielte die russische Führung mit dem Westen zusammen, indem sie die Minsker Vereinbarungen unterzeichnete, die von der DVR und der LVR die Rückkehr in die Ukraine mit einem mythischen Sonderstatus verlangten, was im Widerspruch zu den Ergebnissen des Referendums stand.

Der Westen würdigte diesen Dienst Russlands jedoch nicht, da er nicht die territoriale Integrität der Ukraine benötigt, sondern einen weiteren Bruderkrieg auf dem Gebiet der Sowjetunion, um die Freundschaft der sowjetischen Völker verschiedener Nationalitäten blutig zu zerstören und die Wiedergeburt der zerstörten Union der SSR nicht zuzulassen. Daher wurde eine weitere amerikanische Marionette - der ukrainische Präsident Zelensky - angewiesen, die Minsker Vereinbarungen nicht umzusetzen und mit Unterstützung des Westens eine Operation zur gewaltsamen Rückgabe der DVR und der LVR an die Ukraine vorzubereiten, um Russland zu einem Krieg zu provozieren. Für diesen Krieg begannen riesige Lieferungen westlicher tödlicher Waffen in die Ukraine zu gelangen, insbesondere für die Profite US-amerikanischer und europäischer multinationaler Konzerne - Waffen- und Rüstungshersteller für die ukrainische Armee, die sich bereits auf einen Blitzkrieg gegen die DVR und die LVR als Vorspiel zu einem Angriff auf die Krim vorbereitet und diesen Blitzkrieg bereits begonnen hatte.

Diese Entscheidung der angelsächsischen Oligarchen fügt sich logischerweise in ihre weltstrategische Linie ein, die 1945 mit der Übernahme des Staffels von Hitler begann und auf die Erlangung der ungeteilten Weltherrschaft abzielt. Um dies zu erreichen, müssen sie und ihre europäischen Satelliten Russland mit Krieg und Sanktionen schwächen und dann zerstören, es, wie zuvor die UdSSR, in eine Gruppe zersplitterter bürgerlicher Republiken mit vom Westen abhängigen Marionettenregierungen verwandeln und den russischen Brückenkopf und die dortigen menschlichen, natürlichen und künstlichen Ressourcen nutzen, um ihren wichtigsten geostrategischen Gegner - die Volksrepublik China - zu bekämpfen.

Da die DVR und die LVR rechtmäßig zu unabhängigen Republiken geworden sind, gilt der Grundsatz des Völkerrechts - Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen - auch für sie uneingeschränkt. Die Aggressoren sind also nicht die DVR und die LVR und Russland, das sie in ihren Interessen unterstützt, sondern die Marionettenherrscher von Kiew und die angelsächsischen und europäischen Oligarchen, die von politischen Analysten als "kollektiver Westen" bezeichnet werden, die in die Grenzen der DVR und der LVR eindringen und versuchen, diese Staaten zu liquidieren. Die DVR, die LVR und - auf deren Wunsch - Russland führen also einen gerechten Krieg, was man von den herrschenden Kreisen in der Ukraine und ihren ausländischen Herren nicht behaupten kann. Es ist bedauerlich, dass viele Menschen dies nicht verstehen, darunter sogar einige Kommunisten, obwohl die Lehre von den gerechten und ungerechten Kriegen im Kapitalismus von Karl Marx entwickelt wurde.

Natürlich ist der Kampf gegen einen faschistischen Aggressor mit dem Verlust von Menschenleben auf beiden Seiten verbunden, aber wenn man sich nicht wehrt, werden die völkermordenden Opfer der neofaschistischen Sieger unvergleichlich größer sein. Niemand käme zum Beispiel auf die Idee, der Sowjetunion vorzuwerfen, dass sie, anstatt sich Hitler zu ergeben, um Leben zu retten, entschlossenen Widerstand gegen den Aggressor leistete und dabei das Leben von Millionen von Sowjetbürgern opferte. Das Gleiche geschieht heute im Donbass und in der Ukraine, wenn auch in kleinerem Maßstab und durch andere Klassenkräfte.

Natürlich hätte es überhaupt keine Opfer geben können, wenn diese Operation von Russland viel früher durchgeführt worden wäre, bevor der Westen in der Lage war, ukrainische Nationalisten und insbesondere die Bandera-Nazis zu bewaffnen, zu organisieren und für den Kampf gegen Russland zu begeistern.

Was die betrügerische westliche Propaganda betrifft, die erfolgreich die Goebbels-Tradition weiterentwickelt, Russland der Aggression zu beschuldigen, so ist die Technik des "vom Schlechten zum Schlimmeren" ein gängiges Muster. Erinnern wir uns zum Beispiel an die Goebbels'sche ideologische Subversion namens "Katyn", die immer noch von neofaschistischen "Demokraten" kultiviert wird: Die deutschen faschistischen Besatzer vernichteten die polnischen Offiziere und versuchten, die Schuld auf die UdSSR und Stalin zu schieben.

FRAGE: Es hat sich herausgestellt, dass ihr Kommunisten die oligarchische Regierung in Russland unterstützt?

ANTWORT: Nein, das tut sie nicht. Wir unterstützen nicht die oligarchische russische Regierung, sondern ihre Aktionen, die mit den Interessen der nationalen Befreiungsbewegung im Donbass übereinstimmen, mit den Interessen der Arbeiter und ihrer Verbündeten in der Ukraine, die nicht unter der faschistischen kollaborierenden Regierung in Kiew leben wollen, mit den Interessen der Arbeiter der Welt, die den militärischen Abszess in der Ukraine aufbrechen wollen, der den gesamten menschlichen Organismus mit dem Neofaschismus zu infizieren droht, bis er tödlich ist.

Gleichzeitig haben wir die Maßnahmen der russischen Führung scharf verurteilt, mit denen verhindert werden sollte, dass sich der nationale Befreiungskampf in der DVR und der LVR in einen Kampf für den Sozialismus verwandelt, was sich in der Unterdrückung von Versuchen zur Verstaatlichung von Unternehmen ukrainischer Oligarchen, der Auflösung kommunistischer Bataillone und sogar dem mysteriösen Tod einiger ihrer Militärkommandeure äußerte.

Wir sind auch empört über die Angriffe gegen Lenin, Stalin, die Sowjetmacht, den Sozialismus und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken durch das Oberhaupt der russischen Oligarchie, Präsident Wladimir Putin. Sie sind wissenschaftsfeindlich und zielen darauf ab, die Macht der russischen Oligarchen zu erhalten, ihr "Recht", die Arbeiter auszubeuten, die Wiederbelebung der Sowjetmacht als Macht der Arbeiter im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und der Volksintelligenz, einen wahrhaft wissenschaftlichen Sozialismus und eine erneuerte, d.h. Lenin-Stalinistische und nicht Chruschtschow-Gorbatschowistische Union der UdSSR zu verhindern.

Aber die Situation in der Ukraine zwingt Putin dazu, praktisch... stalinistisch zu handeln. Noch vor dem Beginn des Großen Vaterländischen Krieges des sowjetischen Volkes gegen die nationalsozialistischen Invasoren, der das Land umfassend auf die unvermeidliche Aggression des Imperialismus vorbereitete, befasste sich Stalin mit der Frage der Festlegung günstigerer Staatsgrenzen. Vor allem war die Grenze zu Finnland, das mit Deutschland sympathisierte und sich darauf vorbereitete, die UdSSR gemeinsam mit ihm anzugreifen, zu nahe an Leningrad. Die sowjetische Regierung, Stalin, schlug der finnischen Regierung vor, die Grenze von Leningrad zurückzuziehen und die von Finnland verlorenen Gebiete anderweitig zu entschädigen.

Dies war eine gerechte Forderung. Doch die finnische Regierung weigerte sich. Dann wurde eine erfolgreiche Militäroperation durchgeführt, um Finnland zu zwingen, die gerechte Forderung der UdSSR zu erfüllen: Die Grenze wurde von Leningrad weg verlegt, was zusammen mit anderen Faktoren eine positive Rolle spielte - Leningrad wurde während des Großen Vaterländischen Krieges nicht an den Feind übergeben.

Wladimir Putin verhält sich in gleicher Weise. Er forderte zu Recht, dass sich der Westen auf gleiche Sicherheit für Russland einigt und insbesondere das bei der Wiedervereinigung Deutschlands gegebene Versprechen des Westens einhält, die NATO nicht nach Osten zu drängen, auch nicht in die Ukraine. Und als der Westen diese Forderung zynisch ignorierte und zudem nicht bereit war, seine Marionette, den ukrainischen Präsidenten Zelenski, zu zwingen, die Nichteinhaltung der Minsker Vereinbarungen und den Beschluss der DVR und der LVR einzustellen, begann er wie Stalin mit einer Zwangsmaßnahme - der Entmilitarisierung der Ukraine.

Natürlich lässt sich die russische Regierung bei ihren Entscheidungen von den Klasseninteressen der herrschenden Oligarchen leiten, aber die DVR und die LVR können ohne ihre Unterstützung nicht bestehen, und deshalb ist Russland, das die Souveränität der DVR und der LVR anerkennt und ein Kooperationsabkommen mit ihnen unterzeichnet hat, ein Partner im nationalen Befreiungskampf gegen die neofaschistische prowestliche Kiewer Junta, der PROGRESSIVE WERTE hat, auch für die Arbeiterklasse dieser Republiken und der gesamten Ukraine.

Das ukrainische Volk ist ein integraler Bestandteil des sowjetischen Volkes als neue, sozialistische Nation, die historisch nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entstanden ist. Sie stöhnen jetzt unter dem Joch der westlichen Besatzer und der pro-faschistischen Marionettenregierung in Kiew: Sie hungern in der schwarzen Erde, frieren wegen der politischen Verbote der ukrainischen Regierung für Brennstoff- und Stromlieferungen aus Russland und Weißrussland, wandern wegen der Zerstörung der einst mächtigen sowjetischen Wirtschaft aus, verrotten und sterben in den Schützengräben wegen des Bürgerkriegs, der in fremden Interessen geführt wird. Die Frage der Entnazifizierung der Ukraine, der Rettung ihrer Bevölkerung vor den Neofaschisten des Westens und den einheimischen Banderisten ist zu einer Frage der nationalen Rettung des ukrainischen Volkes und eines günstigeren Umfelds für den Kampf für den Sozialismus geworden. Aber ist das ukrainische Volk in der Lage, sich vom Neofaschismus zu befreien?

Die Geschichte hat hinreichend gezeigt, dass der Imperialismus, der sein unvermeidliches faschistisches Stadium erreicht hat, eine sozialistische Revolution in einem bestimmten Land durch den totalen Terrorismus erschwert oder sogar unmöglich macht. Um die Arbeiter in einem solchen Land vom Faschismus zu befreien, ist eine externe Kraft erforderlich. Ein Beispiel dafür ist Hitler-Deutschland, das eine mächtige kommunistische Partei unter der Führung von Ernst Thälmann hatte. Die Sowjetunion und die "demokratischen" Imperialismen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, die sich der Anti-Hitler-Koalition anschlossen, waren die äußeren Kräfte. Im Falle der Ukraine war das oligarchische Russland, das noch nicht reif für den Faschismus war, die weniger reaktionäre Kraft, die das Land vom Faschismus befreien konnte. Und im Hinblick auf das Ergebnis - die Befreiung des ukrainischen Volkes vom Neofaschismus - ist die russische Operation zur Entnazifizierung der Ukraine PROGRESSIV. Unter diesen Umständen die westliche und die russische Oligarchie auf eine Stufe zu stellen und sich gegen beide zu stellen, bedeutet, dem Faschismus zu helfen und die Interessen der Arbeiterklasse zu verraten (moderner Opportunismus).

FRAGE: Gibt es weitere fortschrittliche Punkte in Russlands Operation in der Ukraine?

ANTWORT: Ja, die gibt es. Nach der erfolgreichen Zerstörung der staatlichen Strukturen der Sowjetunion haben die angelsächsischen und europäischen Oligarchien begonnen, das Gebiet der

UdSSR zu erschließen und es ihren imperialen Bedürfnissen anzupassen. In den baltischen Republiken, in Georgien, in der Ukraine und in Moldawien hatten sie mehr oder weniger großen Erfolg.

Als Ergebnis der gewaltsamen Operation Russlands wird das Gebiet der Ukraine - ein bedeutender Teil der ehemaligen UdSSR - frei von westlichen Invasoren sein. Russland hat sich selbst zum Rechtsnachfolger der UdSSR erklärt und ist daher gegenüber den russischen und anderen sowjetischen Völkern für die Wahrung der Integrität seines Hoheitsgebiets verantwortlich. Es wird erwartet, dass nach dem Erfolg der Operation kein einziger Stiefel eines ausländischen Soldaten im ukrainischen Hoheitsgebiet verbleiben wird. Dies liegt im grundlegenden Interesse des sowjetischen Volkes, das einen nationalen Befreiungskampf für die Wiedergeburt seines gemeinsamen Staates - der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken - führt, so wie es in der Volksabstimmung vom 17. März 1991 zum Ausdruck kam.

Ein weiteres positives Ergebnis der Operation wird erwartet - die Freigabe der transnistrischen Moldauischen Republik, die von der Republik Moldau im Westen und der Ukraine im Osten isoliert ist, was die Kommunikation mit der Außenwelt, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, extrem erschwert. All dies mit dem Ziel, Transnistrien zurück in ein vom Westen regiertes Moldawien zu zwingen.

Mit dem Erfolg der russischen Militäroperation und den Aktionen der LVR- und DVR-Milizen in der Ukraine wird der Kriegsherd, der von den aggressivsten Kohorten der globalen Finanzoligarchie - angelsächsisch und europäisch - vorsätzlich entfacht wurde und sich zu einem globalen Feuer mit Atomwaffen auszuweiten drohte, das zur Vernichtung der Menschheit führen könnte, endlich gelöscht werden.

In dieser Hinsicht ist der Erfolg der russischen Militäraktion in der Ukraine von weltgeschichtlicher Bedeutung, da er auch den Zusammenbruch der geostrategischen Strategie des Neofaschismus signalisiert. Nach dem Ende der russischen Operation in der Ukraine sollte die Welt ein anderer, sicherer Ort sein. Es besteht nur eine Gefahr: Die Oligarchen Russlands und des Westens könnten sich einigen, und infolgedessen wird Russlands Vorgehen in der Ukraine nicht beendet werden, und nur das wird den Frieden garantieren.

Auch hier ist Stalins Taktik wichtig: Als das gesamte Gebiet der Sowjetunion von Hitlers Truppen befreit wurde, gab Stalin die Parole aus: "Macht der faschistischen Bestie den Garaus!" Wenn die russische Führung das Gleiche tut, indem sie die banderitischen Nazis in Kiew beseitigt, wird die Entnazifizierung der Ukraine ihre volle Wirkung entfalten.

Zusätzlich zu der Antwort auf Ihre Frage nach der angeblichen Unterstützung des oligarchischen Russlands durch die Kommunisten berichte ich Folgendes. Aus der Sicht der modernen kommunistischen Ideologie: Um die Menschheit mit dem Kommunismus glücklich zu machen, müssen die Kommunisten sie zuerst vor der Zerstörung bewahren, ist die gewaltsame Entmilitarisierung der Ukraine, die dem geplanten und vorbereiteten Angriff der Kiewer Marionetten auf die DVR, die LVR und Russland zuvorgekommen ist, PROGRESSIV. Und wenn die Kommunisten nicht die Kraft haben, die Völker gegen den Faschismus und den imperialistischen Krieg, der nach ihrem Willen begonnen hat, zu erheben, müssen sie die zwischenimperialistischen Widersprüche nutzen, einschließlich der Widersprüche zwischen der reaktionärsten Kraft auf dem Planeten - den Oligarchen, die dem Faschismus (angelsächsisch und europäisch) entwachsen sind, und der weniger reaktionären Kraft - den Oligarchen Russlands, die noch nicht dem Faschismus entwachsen sind.

Jahrhunderts die Hauptgefahr für die Menschheit der europäische Faschismus unter Führung Hitlerdeutschlands war, gegen den sich eine breite Anti-Hitler-Koalition bildete, die sogar die "demokratischen" Imperialismen der USA und Großbritanniens einschloss, so ist heute die Hauptgefahr für die Menschheit der Neofaschismus der angelsächsischen und europäischen Oligarchie

mit Sitz in den USA, Großbritannien und den EU-Staaten. Auch gegen ihn muss eine noch breitere antifaschistische Front aufgebaut werden, die alle Opfer des Neofaschismus einschließt - von der nationalen Befreiungsbewegung, der proletarisch-revolutionären Bewegung, der Friedensbewegung und den sozialistischen Staaten bis hin zu den bürgerlichen Kreisen und Staaten, einschließlich des so genannten "demokratischen" Imperialismus in Russland. Das sind leninistisch-stalinistische Taktiken, der Rest ist opportunistisch-schlau.

Dies ist unsere marxistisch-leninistisch-stalinistische Analyse der Krise in der Ukraine als Teil der Krise des modernen, globalen Kapitals. Wenn die Kommunisten keine oder nur unzureichende Kräfte haben, und selbst wenn sie welche haben, sind sie berechtigt, ich wiederhole es, sich auf die Ausnutzung der zwischenimperialistischen Widersprüche zu stützen, um sie zum Nutzen der nationalen Befreiungsbewegung, des Kampfes für den Frieden, der lokalen und weltweiten sozialistischen Revolution zu wenden, deren Hauptfeind heute der Neofaschismus ist.

Und es muss daran erinnert werden, dass die Grenze zwischen wissenschaftlichem Kommunismus und Opportunismus sehr schmal ist, insbesondere in Fragen der Taktik, die ein obligatorischer Teil der marxistisch-leninistisch-stalinistischen Wissenschaft und revolutionären Praxis ist. Wenn ihr in den Opportunismus stolpert, werdet ihr darin versinken, und dann werdet ihr in diesem Sumpf ertrinken, und das Proletariat wird euch nicht helfen.

Die Belarussische Kommunistische Partei der Arbeiter. Sektion der KPdSU und die ROO SKPS hoffen auf Unterstützung für ihre Position im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen in der Ukraine.

Antwort der ROO SKPS auf eine Anfrage zur Stellungnahme zu den Ereignissen in der Ukraine

Quelle: <http://s-kps.by/otvet-roo-skps-na-zapros-o-pozicii-otnositelno-sobytij-na-ukraine.html/>

Im Zusammenhang mit Anfragen von Kommunisten und sympathisierenden Nicht-Parteimitgliedern über die Position der ROO SKPS bezüglich der von Russland durchgeführten Sonderoperation in der Ukraine zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung des Landes berichtet das Sekretariat der ROO SKPS folgendes:

Ohne seine Haltung gegenüber der Politik der gegenwärtigen Regierung in Russland insgesamt zu ändern, die eine Fortsetzung der Linie von Jelzin und Gorbatschow ist und im Widerspruch zu den bekannten Ergebnissen des Allunionsreferendums vom 17. März 1991 steht, bewertet die ROO SKPS die gegenwärtige, wenn auch verspätete Militäraktion Russlands in der Ukraine als fortschrittlich und fair, weil sie

1. mit den Interessen des nationalen Befreiungskampfes der Völker der DVR und der LVR und des antifaschistischen Kampfes der Bevölkerung der Ukraine - eines integralen Teils des sowjetischen Volkes, das hier unter dem Joch des US-amerikanischen Neofaschismus stöhnt - übereinstimmt;
2. darauf abzielt, die finsternen Pläne der aggressivsten angelsächsischen und europäischen Oligarchie zu durchkreuzen, die in den Fußstapfen Hitlers nach ungeteilter und allgegenwärtiger Weltherrschaft strebt, um hier einen groß angelegten Krieg zu entfesseln, der sich zu einem Massaker in der Dritten Welt mit Massenvernichtungswaffen auszuweiten droht, d.h. mit einer realen Aussicht auf die Selbstzerstörung der Menschheit.

Die ROO SKPS ruft alle sowjetischen Völker und ihre Freunde in der ganzen Welt auf, Russlands energisches Vorgehen zur Verteidigung der DVR, der LVR und der Arbeiter der Ukraine, einschließlich

derer in Soldatenmänteln, zu unterstützen und mit den Soldaten Russlands, der DVR und der LVR, gegen die US-ukrainischen Nazis zusammenzustehen.

Der Text wurde auf der Sitzung des Sekretariats der ROO SKPS am 23.03.2022 angenommen.

RKAP, Der Weg zum Sozialismus kann nicht am Sieg über den Faschismus vorbeigehen

Quelle: <http://www.solidnet.org/article/Russian-CWP--00015/>

Es ist 100 Jahre her, dass der erste Staat der Arbeiter und Bauern, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, gegründet wurde, der ein Leuchtturm für die Arbeiter in der ganzen Welt und eine Stütze für die Völker im Kampf für Frieden, für die Befreiung der Arbeiter und für den Sozialismus war. Anlässlich dieses Ereignisses hielten die Parteien der Europäischen Kommunistischen Initiative am 3. Dezember 2022 eine Telefonkonferenz zum hundertjährigen Bestehen der UdSSR ab.

Vertreter der kommunistischen Parteien Griechenlands, der Türkei, Norwegens, Frankreichs, Italiens, Schwedens, Österreichs, Spaniens, Ungarns, Lettlands, Polens, Irlands, Russlands, Weißrusslands sowie des ukrainischen SKU und der KPdSU sprachen während der Telefonkonferenz.

Im Namen der Kommunistischen Arbeiterpartei Russlands hielt Wjatscheslaw Sychow, Sekretär des Zentralkomitees der RKAP für Ideologie, einen Bericht über "Die UdSSR und der antifaschistische Kampf". Die Hauptthesen seines Berichts lauteten:

- Die Sowjetunion war das Hauptwerk der Oktoberrevolution - der weltweit erste Staat mit einer Diktatur des Proletariats. Auf ihrer Grundlage wurde die Kommunistische Internationale - die internationale bolschewistische Partei - unter der Führung von Lenin gegründet.
- Wie reagierte der Imperialismus auf die Bedrohung, die die wachsende revolutionäre Arbeiterbewegung für ihn darstellte, und auf den verschärften zwischenimperialistischen Wettbewerb? Die Antwort darauf war die Geburt des Faschismus und die Schaffung des Antikominternpakts.
- Die Arbeiter der bürgerlichen Länder kümmern sich nicht um die Bedingungen, unter denen sie leben und kämpfen. Die bürgerliche Demokratie ist eine viel bessere Form für die Führung und Entwicklung der Arbeiterbewegung als eine faschistische Terrordiktatur.
- Ein erfolgreicher antifaschistischer Kampf erfordert nicht nur den Kampf der kommunistischen Avantgarde. Sie erfordert die Einheit der Arbeiterklasse und die Mobilisierung der Kräfte aller, die sich für den Frieden einsetzen, einschließlich der Anhänger der bürgerlichen Demokratie. Die Taktik der Volksfronten ist eine historische Erkenntnis der kommunistischen Antifaschisten der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Diese Taktik ist keine Ablehnung der Diktatur des Proletariats und des Kampfes gegen die Bourgeoisie, sondern ein Bindeglied im Kampf der Arbeiterklasse gegen den Hauptfeind in der konkreten Situation des vorrückenden Faschismus, um die Arbeiter für die nachfolgenden revolutionären Aktionen zu bewahren und vorzubereiten.
- Die Niederlage Hitlerdeutschlands und seiner Verbündeten im Großen Vaterländischen Krieg schwächte die Position des Faschismus nachhaltig. Nach 1945 ging die größte faschistische Gefahr in der Welt von dem reaktionären Block der führenden imperialistischen Mächte unter Führung der USA aus.
- Nach 1991, als die Sowjetunion aufhörte zu existieren, wurde die Gefahr des Faschismus in der Welt deutlich. Und ganz konkret: Jugoslawien, Irak, Libyen, Syrien, Donbass und die Ukraine sind Glieder derselben Kette.

- Während eine Handvoll der mächtigsten Raubtiere, die USA und die NATO-Staaten, in ihrer Innenpolitik noch die Sichtbarkeit und Elemente der bürgerlichen Demokratie bewahren, setzen sie sich in ihrer Außenpolitik zunehmend über alle bisher akzeptierten internationalen Normen und Regeln hinweg. Wir beschreiben dieses Phänomen im Journalismus oft mit dem Begriff "Faschismus für den Export".
- Jetzt haben wir es in der Ukraine mit echtem Faschismus zu tun. Aber es ist ukrainischer Faschismus nur durch den Ort der Manifestation, durch die Sprache, durch die historische Kontinuität und durch die Kader, aber durch die Ursprünge ist er ganz amerikanisch. In Anlehnung an die Definition der Komintern lautet unsere Schlussfolgerung: "Faschismus für den Export" ist eine unverhohlene, alle Gesetze und Normen des Völkerrechts missachtende, terroristische, imperialistische Politik der Gewalt und der blutigen Lösung für die Interessen des Weltimperialismus, dessen Kern das Finanzkapital ist. Es ist eine moderne Form des Faschismus. Gleichzeitig manifestiert sich der Chauvinismus in seiner größten Form heute in den Behauptungen der US-Präsidenten über böse Imperien, über Schurkenstaaten, über die besondere missionarische Verantwortung der USA für das Schicksal der ganzen Welt".
- Der Ursprung des Konflikts in der Ukraine liegt in den zwischenimperialistischen Widersprüchen zwischen den USA, der EU und Russland, in die die Ukraine verwickelt ist. Ziel des US-Imperialismus ist es, um die Hegemonie zu kämpfen, den Rivalen Russland und auch die Europäische Union zu schwächen und zu unterdrücken und das wirtschaftlich wachsende China dadurch unter Druck zu setzen.
- Am 24. Februar 2022 ist der bewaffnete Konflikt in der Ukraine, der seit 2014 andauert, in eine neue Phase getreten. Russland hat Truppen in der Ukraine stationiert und damit dazu beigetragen, die Bevölkerung des Donbass vor einer drohenden Niederlage und einem Völkermord zu bewahren, und hat Maßnahmen zum eigenen Schutz ergriffen. Das RPRC leugnet diesen bewaffneten Kampf nicht nur nicht, sondern fordert ihn seit 2014 und unterstützt ihn jetzt ebenso wie den Kampf gegen den Faschismus im Donbas und in der Ukraine.
 - Gleichzeitig definiert die Kommunistische Partei Russlands klar die Ursache, die die Kriege in die Länder der Republiken der UdSSR brachte - die stattgefundene Konterrevolution. Wir erkennen die Schuld des russischen Imperialismus an, der die Situation so weit gebracht hat, dass Russland und die Ukraine in einem militärischen Konflikt gegenüberstehen. Die RKAP wendet sich kategorisch gegen das Vorgehen seiner Regierung, wenn unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Faschismus eine Politik der Entkommunisierung betrieben wird, die Ausweitung und Stärkung des russischen Imperialismus beschlossen wird und hinter den Kulissen mit dem Weltimperialismus verhandelt wird.
- Die RKAP ruft die kommunistischen und Arbeiterparteien auf, ihre gemeinsamen Anstrengungen auf die Unterdrückung des Faschismus in der Außenpolitik der USA und ihrer Verbündeten zu richten, den antifaschistischen Kampf der Völker des Donbass und der russischen Streitkräfte zu unterstützen. Der Sieg der USA und der NATO, die Unterdrückung Russlands wird der Sieg des fortschreitenden Faschismus heute sein.

Wie auf der Internationalen Tagung der Kommunistischen und Arbeiterparteien in Havanna wurde die Frage der Haltung zum Krieg in der Ukraine zum Gegenstand eines theoretischen Kampfes. Es gibt eine Reihe von Parteien, die der Meinung sind, dass die Kommunisten angesichts des imperialistischen Charakters des Krieges eine Position der Äquidistanz zu den beteiligten Parteien einnehmen müssen. Sie sehen in diesem Konflikt keinen antifaschistischen Charakter. Darüber hinaus betrachten sie diejenigen, die darauf hinweisen, dass es im Interesse der Arbeiterklasse notwendig ist, zur Niederlage der ukrainischen Nazis und ihrer NATO-Handlanger beizutragen, als Abtrünnige auf die Seite der Bourgeoisie. Wie G. Marinos, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Griechenlands, auf der Telefonkonferenz zu argumentieren versuchte "[...] der 'Antifaschismus' wird

als Vorwand benutzt, um den imperialistischen Krieg in der Ukraine zwischen den USA, der NATO, der EU und dem kapitalistischen Russland zu rechtfertigen, bei dem die Völker der Ukraine und Russlands für die Interessen der Monopole sterben".

Die Antwort findet sich in den Worten von L.E. Shkolnikov, dem Ersten Sekretär des Belarussischen Republikanischen Komitees der KPdSU, der während der Telefonkonferenz sprach:

„Die Ukraine wurde 2014 von der westlichen neofaschistischen Oligarchenallianz angegriffen, die einen blutigen Staatsstreich durchführte und einen ungerechten Krieg gegen die DVR und die LVR begann, deren Völker in Referenden selbst entschieden hatten, unabhängig von der faschistischen Junta in Kiew zu leben. Dieses Bündnis hat auch einen Krieg gegen Russland vorbereitet. Die russischen Oligarchen verfolgen in der Ukraine ihre eigenen Klasseninteressen, aber diese Interessen decken sich mit den Interessen des nationalen Befreiungskampfes des Volkes von Donbass und den Interessen des Kampfes gegen den amerikanisch-banderistischen Faschismus der Arbeiter der Ukraine, was bedeutet, dass Russland in der Ukraine einen gerechten Krieg führt.“

Leider ist nicht allen klargeworden, dass der Weg zum Sozialismus heute sowohl auf lokaler Ebene als auch in der Welt insgesamt wieder über den Sieg über den Faschismus führt, nur jetzt nicht über den deutschen Nazi-Faschismus, sondern über den "demokratischen" angelsächsischen Faschismus und seine europäischen Verbündeten.

Die UdSSR ist der Prototyp des sozialistischen Weltstaates, der in der Lage ist, alle bestehenden Probleme der Menschheit auf wissenschaftlich geplanter Grundlage zu lösen. Deshalb ist die UdSSR nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Zukunft, nicht nur für das sowjetische Volk, sondern für die gesamte Zivilisation.

Und was die Genossen betrifft, die aus guten Absichten heraus die Parameter des Ersten Weltkriegs und die Schätzungen von 1914-1916 auf die Situation des Krieges gegen die ukrainischen Nazis übertragen, so halten wir dies für eine Form des modernen Opportunismus. Wie Lenin sagte, ist der ehrliche Opportunismus der gefährlichste. Es stellt sich heraus, dass der Faschismus in der Ukraine, der Denkmäler für sowjetische Soldaten niederreißt und die Erinnerung an die Sowjetunion mit Füßen tritt, von Faschisten in Europa und Amerika unterstützt wird, und zwar durch milliardenschwere Finanzspritzen und Waffen von westlichen Mächten. Und obendrein hat er objektiv gesehen solche "Netvinisten" in der kommunistischen Bewegung auf seiner Seite. Sie fordern in der Tat, den Krieg gegen den Faschismus zu beenden.

Ideologische Kommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Arbeiterpartei Russlands

Union der Kommunisten in Bulgarien (SKB)

Wir danken Russland! Vielen Dank, Russland!

Quelle: <https://komunistibg.wordpress.com/2022/03/02/1-564/>

Russland! Wie verzaubert uns dieser heilige, liebe Name! Es wird unser Licht, unser Hoffnung in der Dunkelheit. In unseren Übeln!

Warum die ukrainischen Faschisten gestoppt werden müssen

Quelle: <https://komunistibg.wordpress.com/2022/02/25/1-559/>

Kiew befindet sich seit acht Jahren im Krieg mit Russland. Wütend, offiziell, hasserfüllt. Acht Jahre später erklärte sich Russland bereit, in den Krieg einzutreten, woraufhin der Ruf ertönte: "Warum greift ihr uns an?"

Warum?

Dafür, dass sie die Kinder des Donbass getötet haben, dass sie die Gräber ihrer Väter und Großväter geschändet haben, dass sie mit verdrehten Gesichtern und erhobenen faschistischen Handflächen aufgesprungen sind. Dafür, dass Sie in Ihren feuchten Träumen gesehen haben, wie Sie auf dem Roten Platz Menschen mit Abrams-Panzern vergast haben, dafür, dass Sie zu einem Testgelände für alle Feinde meines Heimatlandes geworden sind. Und für Odessa hast du einen besonderen Platz in der Hölle. Und für Bandera, für das Informationszentrum und die psychologischen Spezialoperationen, und dafür, dass wir es waren, die unsere Freunde Stück für Stück eingesammelt haben, um sie zu begraben. Für ihre ungeliebten Leben und Träume.

Natürlich trenne ich die verbliebene liebe und brüderliche Ukraine von der Ukraine, die sich in einen gutmütigen bösen Zwerg verwandelt hat, der bereit ist, für ein Silberstück das Haus des Nachbarn in Brand zu setzen.

Die Entmilitarisierung betrifft nur diesen Zwerg.

Und natürlich ist Frieden besser als Krieg, aber manchmal braucht man jemanden, der einem ins Gesicht schlägt, um in Frieden zusammenzuleben.

Jetzt sagen viele Vertreter der kreativen Intelligenz meines Landes, Sänger, Schauspieler, Studenten der MGIMO, Geschäftsleute: "Nein zum Krieg!"

Wo waren Sie acht Jahre lang, als die Russen in Donezk und Lugansk getötet wurden? Warum haben Sie dann nicht geschrien?

Seid jetzt still!

Und Sie, das ukrainische Volk, haben die verrückten Faschisten, die Ihre Macht an sich gerissen haben, vielleicht nicht unterstützt, aber Sie haben auch geschwiegen. Seid jetzt still. Warten Sie nur.

Es ist nicht nötig, an unsere brüderlichen Gefühle zu appellieren. Acht Jahre lang haben Sie sich nicht an sie erinnert.

Und diejenigen, die springen, töten, lügen und sich an unserem Leid und Tod erfreuen, laufen davon! Lauft schnell!

Das ist alles, was Sie noch haben.

Aus Russland! Mit "Liebe".

Die Che Guevara-Bewegung: "Stets mit Russland!"

Quelle: <https://komunistibg.wordpress.com/2022/03/08/1-565/>

Die Che-Guevara-Bewegung und die bulgarischen Kommunisten werden nicht zulassen, dass wir ein sprachloses Opfer der NATO und der ukrainischen Propaganda in den Medien sind. Wir bleiben unseren Grundsätzen und der Idee treu, die ganze Welt von den giftigen Tentakeln des Kapitalismus, Faschismus und Nazismus zu befreien.

Die militärische Operation, die Russland heute in der Ukraine durchführt, ist eine Operation gegen das Böse, das Europa und die Welt überrollt hat. Das Böse ist der Faschismus.

Heute steht Russland, wie schon 1941-1945, wieder an vorderster Front und stellt sich der Nazi-Hydra entgegen.

Bulgarische Antifaschisten und Kommunisten verstehen sehr gut, dass dieser Kampf nicht einfach sein wird, er wird nicht kurz sein, er wird nicht leicht sein, und wir sind bereit, unseren Teil zur Zerstörung dieses Bösen beizutragen.

Wieder Seite an Seite mit den furchtlosen russischen Kriegern. Dies ist unsere heilige Pflicht. Dies ist unsere Verantwortung, die wir vor dem Blut und den Gebeinen unserer Vorfahren übernommen haben. Blut und Knochen, die sich für alle Zeiten mit denen der russischen und sowjetischen Soldaten in den Kämpfen um die Befreiung Bulgariens und im Kampf gegen den deutschen Nationalsozialismus vermischt haben.

Diese Blutsbrüderschaft kann und wird nicht verwässert werden!

Wir nutzen diese Gelegenheit, um die Unterstützer des Westens, der NATO, der EU, der USA in Bulgarien, diese Handvoll Verräter, die mit amerikanischen Dollars und europäischen Almosen bezahlt werden, aufzufordern: VERWEIGERN, STOPP, STOPP!

Bulgarien wird Russland immer dankbar sein!

Der Faschismus wird nicht bestehen!

Mit Russland im Herzen - Immer!

Pawel Iwanow

Che Guevara-Bewegung

Sozialistische Arbeiterpartei Kroatiens (SRP)

Stoppt die Ausländischen Truppen in unserem Land

Quelle: <https://www.srp.hr/stop-stranim-trupama-u-nasoj-zemlji/>

Die SRP spricht sich entschieden gegen die Ankündigung einer möglichen Ausbildung ukrainischer Soldaten in Kroatien aus, vor allem, weil damit genau das Gegenteil der wirklichen Lösung dieses Konflikts erreicht wird - durch friedliche Mittel - Verhandlungen und Verständigung und nicht durch militärische Gewalt.

Da sich auf der einen Seite Russland und auf der anderen die Ukraine als Opfer des strategischen amerikanischen Spiels befinden, Russland durch einen erzwungenen Krieg zu schwächen, gleichzeitig aber die EU als potenzieller militärisch-wirtschaftlicher Konkurrent, erreicht Amerika seine geostrategischen, militärischen und wirtschaftlichen Ziele der Weltherrschaft im Bemühen, seine bisherige Unipolarität weiter aufrechtzuerhalten.

Es ist bekannt, dass das SRP-Programm den Austritt Kroatiens aus diesem aggressiven Bündnis befürwortet, das zahlreiche blutige Spuren, Zerstörungen und Tragödien ganzer Länder und Völker auf der ganzen Welt hinterlassen hat, insbesondere ausgehend von der Tatsache, dass Kroatien gewaltsam in die NATO hineingezogen wurde durch die Entscheidung der parlamentarischen Bürokratie und nicht durch den Willen des Volkes, so übernimmt es heute die Rolle eines Weltpolizisten für die Interessen der Vorherrschaft des Großkapitals, fernab seiner Grenzen und Interessen.

Rede der Sozialistischen Arbeiterpartei Kroatiens

Quelle: <https://wap21.org/?p=184>

Liebe Genossinnen und Genossen, im Namen der Sozialistischen Arbeiterpartei und in meinem eigenen Namen grüße ich alle Teilnehmer der Konferenz und danke den Veranstaltern, der Partei der Volksdemokratie, für die Organisation dieser wichtigen Veranstaltung und für die Einladung.

Wie wir alle wissen, war der Imperialismus eine unvermeidliche Folge des Kapitalismus und als solche ist er nie verschwunden. Ein neuer Kalter Krieg zeichnete sich bereits vor dem Ausbruch des Konflikts in der Ukraine ab. Um ihre Hegemonie aufrechtzuerhalten, tun die USA und ihre Verbündeten alles, was in ihrer Macht steht, und werden die Gewalt notfalls eskalieren lassen. Die Eskalation des Konflikts in der Ukraine hat die Welt an den Rand eines neuen Weltkriegs gebracht. Um ihre Hegemonie aufrechtzuerhalten, tun die USA alles in ihrer Macht Stehende, um den Krieg so weit wie möglich in die Länge zu ziehen, um die Russische Föderation zu schwächen, denn eine starke Russische Föderation ist eine Bedrohung für die unipolare Welt mit den USA als einziger Supermacht. Die derzeitige Situation in der Ukraine wird die Welt von morgen bestimmen, und wir müssen ihr große Aufmerksamkeit widmen.

Was in der Ukraine geschah und immer noch geschieht, ist kein isolierter Vorfall, sondern eine Fortsetzung der Angriffe der USA und ihrer Verbündeten auf die Russische Föderation, aber die Russische Föderation ist nicht das einzige Ziel des imperialen Kerns. Dies geschieht immer wieder in jedem Land, wenn sie versuchen, gegen die Interessen der imperialistischen Länder vorzugehen. Das geschah in der Ukraine, aber in naher Zukunft, wenn der Konflikt eskaliert, könnten sich neue Fronten anderswo in der Welt öffnen, wie in Korea oder Taiwan, und danach könnte der Konflikt die ganze Welt erfassen. Um seine Vorherrschaft aufrechtzuerhalten, muss das Kapital jeden Winkel der Welt beherrschen, und für die Kapitalisten eines imperialistischen Kerns bedeutet das, dass sie die

Opposition überall unterdrücken müssen, egal ob es sich um andere Kapitalisten oder die Arbeiterklasse handelt. Deshalb haben viele Länder, die sich der US-Herrschaft widersetzen, wie die Russische Föderation, die Volksrepublik China, der Iran, Kuba usw., obwohl sie unterschiedliche Klassenmerkmale und unterschiedliche Regierungsformen haben, gemeinsame Interessen im Kampf für eine multipolare Welt.

Die Frage ist nun: Hat die Arbeiterklasse ein Interesse an diesem Kampf? Ist eine multipolare Welt einer unipolaren Welt vorzuziehen? Wir, die Sozialistische Arbeiterpartei Kroatiens, beantworten diese beiden Fragen mit Ja. Es mag zwar einfach erscheinen, die Russische Föderation als imperialistisch und diesen Krieg als zwischenimperialistisch einzustufen, aber selbst, wenn wir diese Behauptung akzeptieren, ist sie für die Antwort auf diese Fragen nicht so wichtig. Kämpfe zwischen kapitalistischen Ländern schwächen nur das globale kapitalistische System und legen seine Risse noch mehr offen. Wir glauben, dass es in dieser Situation viel einfacher sein könnte, die Arbeiterklasse zu mobilisieren und mit dem kapitalistischen System zu brechen. Letzten Endes kommt es zu Konflikten, ob wir sie wollen oder nicht. Das Einzige, was wir kontrollieren können, ist, wie wir uns an die Situation anpassen und wie wir auf sie reagieren.

Was sollen die Arbeiterklasse und die kommunistischen Parteien tun? Wir sind der Meinung, dass es für alle kommunistischen Parteien an der Zeit ist, dafür zu sorgen, dass ihre Mitglieder rechtzeitig über die Geschehnisse auf lokaler, aber auch auf globaler Ebene gut informiert sind. Es ist von größter Wichtigkeit, dass die Kommunisten über angemessene Informationen verfügen, damit sie eine richtige politische Linie formulieren und entsprechend handeln können.

Damit dies möglich ist, ist es wichtig, dass die kommunistischen Parteien untereinander Informationen austauschen, und deshalb sind diese Art von Veranstaltungen nicht nur wichtig, sondern notwendig, um die Verbindungen und die Solidarität zwischen den Parteien zu stärken. Damit unsere Aktionen wirksam sind, müssen die Informationen, die diese Aktionen leiten, korrekt sein, und das ist nicht möglich, wenn wir uns nur auf Informationen verlassen, die von Medienunternehmen verbreitet werden.

Außerdem ist es jetzt wichtiger denn je, eine Anti-Kriegs-Haltung einzunehmen. Um die Anti-Kriegs-Botschaft weiter voranzutreiben, müssen wir offen sein und taktische Allianzen mit allen gleichgesinnten Organisationen eingehen, um Proteste und Informationskampagnen zu organisieren, die dem von den pro-imperialistischen bürgerlichen Medien verbreiteten Pro-Kriegs-Narrativ entgegenwirken. Nur mit einer gut informierten und gut organisierten Arbeiterklasse haben wir eine Chance, die vom Imperialismus verursachte Zerstörung zu stoppen.

Kommunistische Arbeiterpartei - Für Frieden und Sozialismus (KTP / Finnland)

Wir wählen nicht zwischen Imperialisten; wir wählen den Sozialismus!

Quelle: <https://www.ktpkom.fi/yleinen/emme-valitse-imperialistien-valilla-valitseemme-sosialismin-tks-3-2022-s-6/>

Angesichts der Verschärfung der Konflikte in und um die Ukraine erklären die unterzeichnenden nordischen kommunistischen Parteien, dass wir nicht zwischen konkurrierenden imperialistischen Mächten wählen wollen.

Der sich entfaltende Konflikt in der Ostukraine hat seine Wurzeln in den wachsenden Widersprüchen innerhalb des kapitalistischen imperialistischen Systems. Für die Arbeitnehmer kann keine Seite besser sein als die andere.

Jede Seite handelt in ihrem eigenen Interesse, im Interesse ihrer eigenen Monopole, weitet ihre Aktivitäten aus und intensiviert die Ausbeutung der Arbeitnehmer in der Region. Letztlich geht es um den reinen Profit, der die Monopole antreibt.

Nach der Konterrevolution in Osteuropa erlebten die Völker der Region die rasche Ausbreitung des westlichen Imperialismus, während die nationale Bourgeoisie in diesen Ländern ihre Aktivitäten ausweitete. Die Interessen des westlichen Imperialismus kollidierten häufig mit den Interessen der nationalen Bourgeoisie der ehemaligen sozialistischen Länder, die der Osterweiterung der NATO entgegenstanden.

Diese Entwicklung erhöhte den Druck auf die russische Bourgeoisie, deren Einflussbereich zunehmend eingeschränkt wurde. Der russische Imperialismus, der erst im letzten Jahrzehnt in der Lage war, sich zu verteidigen, ist allmählich stärker geworden und verteidigt seine Interessen mit zunehmender Wachsamkeit. Dies war in Syrien, Belarus, Kasachstan und der Ostukraine der Fall.

Die Völker in diesen Regionen leiden unter den imperialistischen Widersprüchen. Wir lehnen die Vorstellung von Russland als antiimperialistisches Schild und als Schild gegen den westlichen Imperialismus kategorisch ab.

Nordische Länder

Wir leben und arbeiten in den nordischen Ländern und sehen, wie die Bourgeoisie unserer Länder an diesen Widersprüchen beteiligt ist und sie zur Förderung ihrer eigenen Interessen nutzt. Wir können sehen, wie unsere Länder immer mehr in die Widersprüche verwickelt werden, die die Welt erschüttern.

Die nordischen Regierungen stimmen ihre eigene imperialistische Politik auf die militärischen Strukturen der NATO und der EU ab, indem sie immer engere Verbindungen zu den USA und ihren Verbündeten knüpfen. Das bedeutet, dass die Regierungen unserer Länder eine zunehmend kriegerische Haltung gegenüber ihren imperialistischen Rivalen einnehmen, was uns immer näher an einen Krieg heranführt.

Als Kommunisten lehnen wir diese Entwicklung ab und sind der festen Überzeugung, dass die Richtung, in die sie sich bewegt, volksfeindlich sein wird.

Der Kampf um den Austritt unserer Länder aus der NATO bleibt eine der wichtigsten Aufgaben.

Wir fordern daher den sofortigen Austritt Dänemarks und Norwegens aus der NATO.

Deshalb fordern wir die sofortige Beendigung jeder Zusammenarbeit zwischen Schweden und Finnland einerseits und der NATO andererseits.

Deshalb rufen wir zu einem verstärkten Kampf gegen die Präsenz von NATO-Truppen in den nordischen Ländern auf.

Wir wissen, dass ein härterer Wettbewerb zwischen den imperialistischen Blöcken im Imperialismus unvermeidlich ist, weshalb wir den Sozialismus als die einzige dauerhafte Lösung für die Situation, mit der wir konfrontiert sind, vorschlagen.

Das Ziel der kommunistischen Parteien bleibt es, den Weg zum Sozialismus frei von der Einmischung der imperialistischen Mächte zu beschreiten, in der festen Überzeugung, dass die arbeitenden Menschen unserer Länder eine entscheidende Rolle in diesem Kampf zu spielen haben.

22.02.2022

Kommunistische Partei Schwedens (SKP)

Kommunistische Arbeiterpartei (KTP)

Der Krieg in der Ukraine - der kapitalistische Imperialismus

Quelle: <https://www.ktpkom.fi/yleinen/ukrainan-sota-kapitalismin-imperialismia-tks-3-2022-s-6/>

In imperialistischen Kriegen sind die Arbeiter überall gezwungen, gegen andere Arbeiter zu kämpfen, um die Macht des Kapitals zu erhalten. Die Konfrontation der Arbeitnehmer ist destruktiv für alle, denn die Arbeitnehmer schaffen durch ihre Arbeit die Grundlage allen Lebens.

In der Ukraine kämpfen die imperialistischen USA und die EU mit dem kapitalistischen Russland der Gegenwart.

Die Kommunistische Arbeiterpartei akzeptiert das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine nicht und fordert Verhandlungen und ein Ende des Krieges. Die Ereignisse in der Ukraine zeigen einmal mehr, was das Wesen des imperialistischen Kapitalismus ausmacht. Der Krieg ist ein Machtkampf zwischen den kapitalistischen Blöcken um den Zugang zu natürlichen Ressourcen, um die Macht des Großkapitals und der Monopole und um wirtschaftliche Gewinne gegenüber ihren Konkurrenten.

Mit der Zerschlagung des sozialistischen Gesellschaftssystems in der Sowjetunion und mehreren osteuropäischen Ländern Anfang der 1990er Jahre begann in Europa die imperialistische Ära des "heißen Krieges" des Kapitalismus. Die EU wurde gestärkt und um neue Mitgliedsstaaten erweitert. Auch das Militärbündnis NATO begann, neue Mitglieder aufzunehmen, obwohl der Warschauer Pakt aufgelöst worden war.

Seit 1998 hat die NATO 14 neue Mitglieder aufgenommen. Viele dieser Länder sind die westlichen Nachbarn Russlands. Russland ist zu Recht besorgt, dass die militärische Peripherie der EU und der USA in Form der NATO an seine Grenzen gedrängt wurde. Auch die Ukraine möchte der EU und der NATO beitreten.

In den letzten Jahrzehnten haben die EU und ihre Mitgliedstaaten eine imperialistische Entwicklung durchgemacht. Die Union hat mit ihrem Geld und ihren Fehleinschätzungen den Boden für militärische Konfrontationen in Europa bereitet. Einer dieser großen Fehler war der Staatsstreich in Kiew im

Februar 2014, der von den USA und der EU unterstützt wurde. In der Ukraine wird dies nun als Krieg angesehen.

Es ist bezeichnend, dass der Hauptverantwortliche für den Zerfall der Bundesrepublik Jugoslawien das EU-Land Deutschland war, das 1991 allein die Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens anerkannte. Später folgten andere EU-Länder Deutschland, darunter auch Finnland, und erkannten diese Länder an.

Im Frühjahr 1999, während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, führte die damalige Spitzengruppe aus Deutschland, Finnland und Österreich Gespräche, um Serbien zur Aufgabe des Kosovo zu bewegen. Serbien weigerte sich, und die EU beschloss, die NATO zu bitten, Serbien zu bombardieren. Die NATO bombardierte Serbien 78 Tage lang, vom 24. März bis zum 10. Juni 1999, und das Kosovo erklärte einseitig seine Unabhängigkeit.

Jetzt, da Russland zum Verletzer des Völkerrechts und der UN-Charta erklärt wird, sollte daran erinnert werden, dass auch die Unabhängigkeit des Kosovo eine Verletzung des Völkerrechts und der UN-Charta war. Die USA und die EU haben sich zu diesem Thema nicht geäußert, und es wurde keine einzige Wirtschaftssanktion gegen die Täter verhängt.

In einigen EU-Mitgliedstaaten werden russischsprachige Minderheiten unterdrückt. Der Russischunterricht wurde abgeschafft und Minderheiten wurden an der Teilnahme am politischen Leben gehindert. Die politischen Aktivitäten der Kommunisten als Partei wurden ebenfalls verboten, aber andererseits wurden faschistische und nationalsozialistische Aktivitäten weiterhin zugelassen und gefördert. Die Ukraine ist kein Mitgliedstaat der EU, aber das Gleiche wurde dort durch die Entscheidungen der derzeitigen Führung getan.

Die EU hat ihren imperialistischen Charakter unter Beweis gestellt, indem sie sich an Kriegen in der ganzen Welt beteiligt hat. Einer dieser Kriege begann mit dem Einmarsch der USA in Afghanistan, dem die Europäische Union zustimmte und ihre Mitgliedstaaten ihre Soldaten in dieses Land schickten. Nach zwanzig Jahren des Kampfes haben die besiegten USA im vergangenen Herbst beschlossen, ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen. Für diese Entscheidung war sie nicht auf die Meinung ihrer europäischen Verbündeten angewiesen, die den USA beim Rückzug aus Afghanistan ebenfalls gefolgt sind.

Die Gefahr eines Krieges wird durch die EU in Europa noch erhöht, wenn wir wissen, dass die Union mehr Energie und andere natürliche Ressourcen benötigt, die sie nicht hat, Russland aber schon. Die EU braucht auch die landwirtschaftlichen Flächen der Ukraine. Deshalb ist es für die Finnen wichtig, dass sie sich von Interessenkonflikten zwischen den Großmächten fernhalten. Sie erfordert:

- Nein zur NATO-Mitgliedschaft. Finnland muss sich aus allen militärischen Vereinbarungen, Bündnissen und militärischen Übungen mit der NATO zurückziehen.
- Finnland muss sich von allen anderen Militärabkommen und militärischen Übungen mit einzelnen Ländern zurückziehen.
- Finnland darf keine Ausbildungsmaßnahmen oder andere Aktivitäten ausländischer Streitkräfte auf seinem Boden, in seinem Luftraum oder in seinen Gewässern veranstalten.
- Die Waffenexporte Finnlands in die Ukraine machen Finnland zu einer Kriegspartei und einem Feind Russlands. Waffenexporte müssen gestoppt werden. Finnland darf seine Soldaten nicht ins Ausland schicken.
- Der Militarismus muss aufgegeben werden. Mittel aus der Rüstungsbeschaffung für Gesundheitsversorgung, soziale Grundsicherung, Beschäftigung und Lebensunterhalt.
- Um Finnlands Souveränität und Unabhängigkeit wiederherzustellen, muss Finnland die Europäische Union verlassen.

- Vor allem aber wird Finnland Nordeuropa und seine eigene sicherheitspolitische Position stabilisieren, indem es sich aus den Interessenkonflikten der Großmächte heraushält.
- Finnland muss gute Beziehungen zu seinen Nachbarländern unterhalten, indem es Freundschaft und Frieden in den Beziehungen zwischen ihnen auf der Grundlage des Prinzips des gegenseitigen Nutzens fördert. Überall auf der Welt in dieselbe Richtung.
- Das Wichtigste, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen, ist der Klassenkampf gegen den Kapitalismus. Kriege sind das Blut und Fleisch des Kapitalismus. Die dauerhafte Richtung für den Frieden, für uns Finnen und für andere Völker, ist die Aktion zum Sozialismus.

Vantaa, 09.04.2022

Kommunistische Arbeiterpartei - Für Frieden und Sozialismus

Zentralrat

Ukraine-Pschose

Quelle: <https://www.ktpkom.fi/yleinen/ukraina-psykoosi/>

Aus der Sicht eines Psychiaters waren die letzten Tage wirklich interessant.

Die Finnen, die ihre rassistischen Einstellungen gegenüber Russen und Russland bisher eher versteckt hielten, haben nun die Möglichkeit, ihre Gefühle in vollem Umfang zu äußern.

Helsingin Sanomat hat sich vor Jahren als Befürworter des finnischen NATO-Beitritts bekannt. Nun konnte sie sich offen zum Diener dieser Militärorganisation erklären, die Russland als ihren Feind betrachtet.

Der Prozess gipfelte in einem Artikel eines Gastautors der US-Botschaft, in dem er Russland offen angriff.

Seitdem hat die Zeitung ähnliche Aussagen von den sanften Sixten Korkman und Martti Koskeniemi erhalten.

Auch die Friedensorganisationen haben ihre - allerdings bereits bekannte - Haltung dargelegt. Erst jetzt, nachdem Russland die Unabhängigkeit der autonomen Regionen anerkannt hat, wurde zu Demonstrationen "für die Ukraine" sowohl vor der russischen Botschaft als auch vor dem Parlament aufgerufen. Sind die 4 Millionen Menschen im Donbass Nicht-Ukrainer?

Wo waren die Medien und Friedensorganisationen?

Wo waren diese Menschen und Organisationen, als die USA mit Unterstützung mehrerer EU-Länder im Jahr 2014 fast vier Monate lang gewalttätige Demonstrationen auf dem Maidan-Platz in Kiew organisierten? Was war, als Dutzende von Gegnern der Maidan-Protteste im Gewerkschaftshaus von Odessa von Nazi-Truppen lebendig verbrannt wurden?

Wo war die im EU-Konvergenzvertrag geforderte Demokratie, als die USA nach dem Staatsstreich einen Premierminister und eine Regierung wählten, in der mehrere Minister ausländische Staatsbürger waren, was gegen die ukrainische Verfassung verstieß?

Wo waren die Medien und die Friedensorganisationen, als der zum Übergangspräsidenten gewählte Herr Turtschinow im mit faschistischen Fahnen geschmückten ukrainischen Parlament den "Krieg gegen den Terrorismus" gegen die pro-demokratischen Bewohner der Ostukraine erklärte? Die

Ostukrainer weigerten sich, eine unrechtmäßige Regierung und ein unrechtmäßiges Parlament zu akzeptieren.

Helsingin Sanomat interviewt auch Historiker und zitiert europäische Politiker, die über die Ereignisse in der Ukraine empört sind. Der Historiker Henrik Meinander sagt am 26.2.2022: "Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg befindet sich Europa im Krieg mit einer Supermacht auf der einen Seite". Der Hohe Vertreter für die Außenpolitik der EU, Herr Borrell, hat sich in diesem Sinne geäußert.

Wie sind solche Meinungen möglich?

Die blutigen Auflösungskriege Jugoslawiens

1992 begannen die EU, Deutschland und die Vereinigten Staaten die Kriege zur Auflösung Jugoslawiens. Zu den NATO-Verbündeten gehörten neben Deutschland und den USA auch die bosnischen Muslime, die ein Kalifat errichteten, die Kroaten, die eine rassistische Verfassung ausarbeiteten, und die Albaner, die ein rein albanisches Kosovo forderten. Finanziert und bewaffnet wurde der Krieg von der US-amerikanischen kroatischen/albanischen/nazistischen Spore und Osama bin Laden.

Milosevic, der Präsident des blockfreien UN-Gründerstaates Jugoslawien, wurde als Hitler bezeichnet, obwohl Serbien immer für die Gleichberechtigung aller 12 im Land lebenden Volksgruppen eingetreten war und diese Gleichberechtigung in der Verfassung verankert war. Milosevic verlangte von den Albanern die Teilnahme an Wahlen, was sie seit 10 Jahren nicht mehr getan hatten. Sie wollten mit direkten Aktionen und Gewalt vorgehen.

Die jugoslawischen Auflösungskriege dauerten von 1992 bis 1999. Die NATO-Staaten verhängten monströse Wirtschaftssanktionen nur gegen die Serben, die sich gegen den Zerfall Jugoslawiens wehrten und ihre Position auf völkerrechtlich völlig legale Weise verteidigten.

Die Bombardierung durch die NATO hingegen war illegal. Sie richteten sich gegen Fernsehsender, Schulen, Krankenhäuser, Fabriken usw. Sie sorgten dafür, dass die Hauptstadt Belgrad völlig ohne Wasser und Strom war. Die Bombardierung dauerte fast 3 Monate.

Trotzdem haben die Vereinigten Staaten und die NATO mit Hilfe der UNO ein politisches Tribunal, das ICTY, eingerichtet, das vor allem serbische Offiziere zu Haftstrafen verurteilt hat.

Doch die finnischen Medien und die finnische Regierung, die EU-Kommission und die NATO, die OSZE und der Europarat, die sich jetzt empört zeigen, sind genau diejenigen, die das Unrecht an den Jugoslawen und Serben ermöglicht haben.

Finnland unterstützte den Beginn der Bombardierung Jugoslawiens im März 1999, indem es gemeinsam mit dem deutschen Außenministerium Beweise unterschlug. Der US-amerikanische Leiter der OSZE führte in Zusammenarbeit mit den Albanern die Inszenierung des Tatorts durch, die zu dem Bombenanschlag führte.

Es war also ein Krieg "des Westens", "von uns", gegen die Opfer des Holocausts, die Slawen, weil die USA und EU-Deutschland in ihrer Gier die jugoslawische Infrastruktur und den militärischen Brückenkopf zum Kosovo, einer serbischen Provinz, übernehmen wollten.

Deutschland war und ist seit dem Zweiten Weltkrieg militärisch von den USA besetzt. Nach Angaben von Präsident Trump befinden sich dort 68 000 US-Soldaten.

Die riesige Militärbasis Bondsteel, die illegal im Kosovo errichtet wurde, wurde von Halliburton gebaut und beherbergt allein 7 000 US-Soldaten.

Ukraine in der Krise - NATO im Belagerungszustand

Die Ukraine-Krise wurde 2014 von den USA und den EU-Ländern gemeinsam inszeniert, um die Infrastruktur der Ukraine von transnationalen Unternehmen zu übernehmen. Es wurde erwartet, dass dies leicht zu bewerkstelligen sein würde, da es bereits im September 2013 mit Präsident Clinton und seiner Frau Hillary, ihrem Verbündeten Larry Summers und mehreren EU-Ländern auf der Krim gefeiert wurde.

Russland will nicht das Schicksal Jugoslawiens erleiden. Russland ist derzeit vollständig von US-Militärstützpunkten und dem von den USA geführten Militärbündnis NATO umgeben, von Japan entlang seiner gesamten Ost-, Süd- und Westgrenze bis zum Baltikum.

Die Machtausübung der Vereinigten Staaten, die auf Gewalt und ständiger Ausplünderung beruht, zerstört den Planeten. Abgesehen von der alltäglichen militärischen Nötigung durch die US-Militärbasen und dem wirtschaftlichen Druck zerstören diese Militäraktionen das Klima der Erde.

Seit dem gewaltsamen Staatsstreich in der Ukraine und dem Wechsel des Präsidenten haben die Vereinigten Staaten de facto die Macht in der Ukraine inne. Sie hat sich militärisch in die Ukraine integriert und arbeitet mit dem Nazi-Bataillon Asow zusammen, das sich auf den Terror stützt. Sie ist es gewohnt, mit Nazis und Dschihadisten in verschiedenen Teilen der Welt zusammenzuarbeiten.

US-Generäle führten auch muslimische Truppen in Sarajevo, Bosnien, an. In ähnlicher Weise bildeten US-Generäle Kroaten aus, die 1995 den Völkermord an den Serben verübten. US-Offiziere bildeten Kroaten und Albaner für die Operation Sturm in der kroatischen Krajina aus. Darin wurden 250 000 Serben aus ihren Häusern in Kroatien nach Bosnien vertrieben, wobei Tausende auf dem Weg dorthin durch Bomben und Artilleriebeschuss starben.

Noch bevor der Donbass als unabhängig anerkannt wurde, gab es einen Vorschlag für eine kroatische Lösung. Dies hätte bedeutet, dass alle russischsprachigen Bewohner des Donbass gewaltsam auf die russische Seite getrieben worden wären.

Die finnischen Medien sind loyal gegenüber den Vereinigten Staaten

Eine der wichtigsten Waffen der Vereinigten Staaten sind die westlichen Medien. Die Dämonisierung von Präsident Putin wurde der Marketingagentur Hill & Knowlton anvertraut. Laut Victoria Nuland haben die USA bereits vor 2014 5 Milliarden Dollar für die Destabilisierung der Ukraine ausgegeben.

Die finnischen Medien haben ihre Loyalität bewiesen. Nachdem 90 000 Flüchtlinge den Donbass vor einer Woche in Richtung Russland verlassen hatten, sprachen die finnischen Medien erst über Flüchtlinge, als die Menschen begannen, Kiew in Richtung Polen zu verlassen. Die 4 Millionen russischen Muttersprachler sind eine Leerstelle für die finnischen Medien.

Russischsprachige Fernsehsender wurden verboten. Der Unterricht in russischer Sprache ist ebenfalls verboten. Der Gebrauch der russischen Sprache in der Öffentlichkeit ist ebenfalls verboten.

Rassistische Haltungen gegenüber Russen und russischsprachigen Ukrainern sind in Finnland angebracht. Wirklich?

Pirkko Turpeinen-Saari

Warum Russland im Krieg ist - und die USA und ihre EU-Verbündeten

Quelle: <https://www.ktpkom.fi/yleinen/miksi-venaja-sotii-enta-yhdysvallat-eu-liittolaisineen-tns-5-2022-s-9-ja-12/>

Die europäischen NATO-Staaten sind ehemalige Kolonialmächte.

Der Zweite Weltkrieg beendete Großbritanniens Weltmachtstellung. Frankreich kapitulierte nicht, sondern setzte seine Kriege in Asien und Algerien fort. Auch wollte sie ihre Macht im Nahen Osten, in ihren ehemaligen Kolonialländern, nicht beenden. Die Kolonialgeschichte Deutschlands und Belgiens ist unsagbar grausam. Die Niederlande wollten die Unabhängigkeit ihrer Kolonie Indonesien nicht anerkennen, sondern fielen am Ende des Zweiten Weltkriegs erneut blutig ein. Die Opferzahlen dieser Invasion sind in den niederländischen Geschichtsbüchern noch immer nicht erfasst.

Obwohl die Eroberung der Welt durch Nazi-Deutschland vereitelt wurde, ist der Nationalsozialismus nicht verschwunden. Die Vereinigten Staaten halfen wichtigen Nazis bei der Umsiedlung in die Vereinigten Staaten, nach Großbritannien, Kanada und Südamerika, ja sogar nach Südafrika.

Neben ihrer Ausbeutung der Nazis unterstützten die USA das faschistische Spanien bis 1975, dem Ende der Militärdiktatur Francos. Die Vereinigten Staaten haben die Apartheid in Südafrika bis auf die letzten Meter maßgeblich unterstützt.

Die Geschichte der Apartheid in den Vereinigten Staaten ist ein eigenes, schreckliches Kapitel.

Kriege zwischen den Vereinigten Staaten und ehemaligen Kolonialmächten basieren immer auf der Unterwerfung, Erniedrigung und Ausplünderung der einheimischen Bevölkerung. Einige dieser Kriege haben eine ideologische Grundlage, die "Ausrottung des Kommunismus", aber unter diesem Deckmantel sind die zentralen Ziele in der Regel die Plünderung von Öl oder anderen natürlichen Ressourcen und der Aufbau von Militärbasen durch Gewalt oder wirtschaftliche Drohungen.

Die von den USA und ihren EU-Verbündeten im 21. Jahrhundert geführten Ausplünderungskriege

Die USA und ihre EU-Verbündeten haben ihren jüngsten Raubkrieg in Afghanistan vor 7 Monaten beendet. Während dieses Krieges führten die USA und ihre EU-Verbündeten mehrere andere Kriege: die Bombardierung Libyens, die Farbrevolutionen in Ägypten und Tunesien, den Krieg in Syrien mit Hilfe von Dschihadisten. Die USA stehlen mit Hilfe ihrer Verbündeten weiterhin Öl aus dem Land, begleitet von monströsen Wirtschaftssanktionen.

Bei der Ausplünderung der USA und ihrer Verbündeten ist das Wohlergehen des Ziellandes irrelevant. Libyen war das wohlhabendste Land in Afrika, das säkulare Syrien kümmerte sich sogar um das Wohlergehen von 1,5 Millionen Irakern und 0,5 Millionen palästinensischen Flüchtlingen. Diese Faktoren spielten keine Rolle. Im Gegenteil.

Die Vereinigten Staaten haben zusammen mit ihren NATO-Verbündeten in Syrien Betonbunker mit Korridoren für Dschihadisten gebaut. Als die legitime syrische Armee die Stadt Aleppo zurückeroberte, wurden mehrere NATO-Offiziere in den Bunkern gefunden (ähnlich waren mehrere US-Offiziere an Bord, als die Nazi-Truppen von Asow Anfang April 2022 per Hubschrauber aus der Blockade von Mariupol entkamen).

Die französische Armee hatte sich bereits nach dem ersten Jahr des Krieges aus Syrien abgesetzt. Frankreich nutzte den Diebstahl des syrischen Öls durch die Türkei in den ersten Kriegsjahren, indem es dieses Öl raffinierte.

Informationskriegsführung durch Werbeagenturen und die Medien

Die Medien in den USA und den EU-Ländern werden von Marketingagenturen wie Ruder-Finn und Hill&Knowlton sowie von CIA-Schulungen für Journalisten koordiniert, um die von den USA geführte Weltordnung als ein gerechtes und einzigartig demokratisches System darzustellen.

An dieser Koordinierung sind Politiker, Beamte und Offiziere beteiligt, deren Selbsterhaltungstrieb sie daran hindert, die Wahrheit über die Weltpolitik zu sagen. Sie müssen ihre eigene Position und den Lebensunterhalt ihrer Familien verteidigen.

Nur pensionierte Offiziere und Beamte wagen es, sich zu äußern.

Eine einpolige Welt duldet keine Rivalen, geschweige denn ein anderes Machtsystem.

Russland ist langsam aufgestiegen, um eine neue multipolare Weltordnung aufzubauen, in der alle Staaten gleichberechtigt sind und im Einklang mit dem Völkerrecht und der UN-Charta handeln.

Die Hauptverantwortlichen für den Zerfall Jugoslawiens

Die von den USA und EU-Deutschland angeführte Zerstörung Jugoslawiens war eine Art Weckruf für Russland - "wie weit das Streben nach einer Eine-Welt-Welt-Welt geht".

Die USA und ihr militärisch besetztes Deutschland nutzten den IWF, ihre eigenen Wirtschaftssanktionen und die UNO, um die Opfer des Holocausts des Zweiten Weltkriegs, die Serben, der NATO-Besetzung Jugoslawiens und der Beschlagnahme der Provinz Kosovo zu unterwerfen.

Die USA errichteten in dem Gebiet einen riesigen Militärstützpunkt, Bondsteel. Das Kosovo steht auch 23 Jahre nach der Bombardierung durch die NATO unter deren Besatzung.

Im Krieg nutzten die USA und Deutschland die kroatische Nazi-Spore als Verbündeten sowie die Muslime, die in Bosnien ein Kalifat errichteten, das von Osama bin Laden finanziert, bewaffnet und angeleitet wurde. Der bosnische Präsident Izetbegovic begrüßte bin Ladens Dschihadistenarmee in Bosnien mit einem Gebet auf Arabisch.

Russische Gegenmaßnahmen an der Westgrenze des Landes und in Georgien

Russland hat in Georgien militärisch reagiert, nachdem das Land im August 2008 begonnen hatte, russische Friedenstruppen in Südossetien zu bombardieren. Präsident Saakaschwili wurde von den USA ausgebildet und ging fälschlicherweise davon aus, dass sich die USA in den Krieg einschalten würden.

Die USA sind davon ausgegangen, dass sie ihre autokratische Weltmacht bis an die Grenzen Russlands ausdehnen können, auch mit Waffen. Im Jahr 2000 kündigte das US-Außenministerium auf der Tagung in Bratislava an, dass die Vereinigten Staaten auf das Völkerrecht verzichten und das NATO-Einsatzgebiet von der Ostsee bis nach Odessa in der Ukraine ausdehnen sowie den russischen Zugang von Sankt Petersburg zur Ostsee blockieren würden.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben die Vereinigten Staaten mehrere Farbrevolutionen in der Ukraine unterstützt. Im Februar 2014 töteten ihre Scharfschützen in Zusammenarbeit mit ukrainischen Nazikräften Demonstranten auf dem Maidan-Platz in Kiew.

Die Ukraine hat eine starke nationalsozialistische Vergangenheit. Finnland und die baltischen Staaten sowie Polen unterstützen diese Seite des Landes.

Der Kampf um die Ukraine

Bei dem Putsch in Kiew im Februar 2014, bei dem der Präsident unter Einsatz seines Lebens aus dem Land vertrieben wurde, war das ukrainische Parlament mit Nazi-Fahnen geschmückt, und auf den Straßen kam es zu beispiellosen "Lustrationen", Folterungen und Müllablagerungen.

Politische Parteien wurden abgeschafft, die russische Sprache wurde abgeschafft, russischsprachige Schulen, russischsprachige Fernsehsender und Zeitungen wurden geschlossen. Es wurden Versuche unternommen, russischsprachige Krim-Demonstranten zu töten, als sie mit dem Bus von Kiew auf die Krim reisten.

In einem Klima der Angst beschlossen die Krimbewohner, ihre autonome Republik für unabhängig zu erklären und beantragten daraufhin die Eingliederung in Russland.

Auch ukrainische Präsidenten haben Angst vor den Nazis. Sowohl Poroschenko als auch Zelensky müssen um ihr Leben fürchten, wenn sie den Forderungen des Asowschen Nazi-Bataillons nicht nachkommen.

Die neue, von den USA unterstützte Regierung erklärte über den Interimsvorsitzenden des Parlaments, Herrn Turtschinow, einen "Krieg gegen den Terrorismus" gegen die Ostukrainer, die sich der von den USA geführten Putschregierung nicht unterwerfen. Mit anderen Worten: Der pro-demokratische Teil der Bevölkerung wurde zu Terroristen erklärt.

Acht Jahre Bürgerkrieg - Finnland wird vom Westen zum Schweigen gebracht

Der Bürgerkrieg in der Ukraine dauert nun schon acht Jahre an, ohne dass Finnland auch nur eine einzige Geste gemacht hat, um den Opfern zu helfen. Rund zwei Millionen Menschen aus dem Donbass sind nach Russland geflohen, ohne dass ein westliches Land ihnen die Hand gereicht hätte. Diejenigen, die im Donbass geblieben sind, haben mehr Nächte in Kellern als in ihren Häusern verbracht.

Es ist empörend, die Hilfsaufrufe von Wohltätigkeitsorganisationen zu lesen, während die pro-nazistische ukrainische Regierung von Russland angegriffen wird und die Bürger aufgrund der Unfähigkeit der Regierung gezwungen sind, aus dem Land zu fliehen.

Die Russen haben die Ukraine wegen der Verfolgung und Unterdrückung der russischsprachigen Bevölkerung durch ihre Regierung angegriffen. Diese Verfolgung dauert nun schon seit 8 Jahren an. Ein Teil der Bevölkerung ist auch russischer Staatsbürger.

Russland hat auch deshalb angegriffen, weil die Vereinigten Staaten in den letzten acht Jahren eine militärische Infrastruktur aufgebaut haben, die ihnen selbst und dem Militärbündnis unter Führung der NATO für einen Angriff auf Russland dient. Zu dieser Infrastruktur gehören auch biologische Labors, deren Existenz von der stellvertretenden Außenministerin Victoria Nuland vor dem US-Kongress bestätigt wurde.

Russlands zweiter Kampf gegen die Nazis

Russland befindet sich in einer zweiten Schlacht gegen die Nazis und den Nazismus. Im Zweiten Weltkrieg unterstützten die Vereinigten Staaten und der "Westen" notgedrungen die Sowjetunion/Russland, obwohl sie eigentlich gehofft hatten, dass Hitler die Sowjetunion zuerst angreifen würde.

Die USA und ihre EU-Verbündeten in der Ukraine, die eigentlichen Unterstützer des Nazismus, unterstützen die Nazis in ihrem Kampf gegen die russischsprachige Bevölkerung und gegen Russland, das seine eigene Sicherheit verteidigt. Die nationalsozialistischen Verbündeten des Zweiten

Weltkriegs, Finnland, die baltischen Staaten und die NATO-Länder der EU, sind als geschlossene Front beteiligt.

Russland hat alle Völker der Kolonialmächte und der Länder, die von der autokratischen Welt mit militärischen Maßnahmen und Wirtschaftssanktionen belegt wurden, zu seinen Verbündeten. Diese Mehrheit der UN-Länder wird sich nicht länger der Erpressung und Unterwerfung durch die USA und die EU-NATO-Länder beugen.

China, Indien, Pakistan, Brasilien, Südafrika, Indonesien, Kuba und viele Länder in Südamerika und Afrika haben die Ermordung ihrer Präsidenten, die militärische Unterwerfung, die wirtschaftliche Erpressung und die Verletzung der Menschenwürde durch die Kolonialherren USA und EU nicht vergessen.

Diese Länder erinnern sich an die sowjetisch-russische Hilfe für die Unabhängigkeitsbewegungen in Afrika, Südamerika und Asien sowie für die afghanische Regierung in den 1970er und 1980er Jahren.

Finnland steht vor der wichtigsten Entscheidung seiner Geschichte. Ob man sich einer NATO-Armee unter Führung der USA und der Kolonialmächte anschließt, die zu Gewalt und Wirtschaftssanktionen greifen, oder ob man sich einer multipolaren Weltordnung anschließt, die eine Zukunft und eine Aussicht auf Frieden bietet.

Yle und die Presse, die sich auf die einseitige Macht der Vereinigten Staaten in Finnland stützen, rechtfertigen diese Entscheidung nicht. Das muss sich jeder selbst leisten können!

Pirkko Turpeinen-Saari

Revolutionäre Kommunistische Partei Frankreichs (PCRF)

Russland - Ukraine: Nieder mit den imperialistischen Kriegen!

Quelle: <https://pcrf-ic.fr/Russie-Ukraine-A-bas-les-guerres>

Seit Monaten warnt die PCRF vor den Folgen der zunehmenden Spannungen zwischen den Imperialisten (USA, EU-Länder, Russland, China), die lokale Konflikte im ausschließlichen Interesse ihrer Monopole instrumentalisieren oder begünstigen.

In diesem Rahmen hat Russland am Donnerstag, den 24. Februar 2022, durch den Einmarsch der russischen Armee in den Nordosten der Ukraine und die Bombardierung mehrerer ukrainischer Städte einen Krieg gegen die Ukraine entfesselt.

Die PCRF verurteilt diese Aggression des kapitalistischen Russlands gegen seinen Nachbarn und fordert die vollständige Beendigung dieses Krieges, der bereits zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert hat.

Erinnern wir uns daran, dass die Spannungen zwischen Russland und der Ukraine, die von der EU und der NATO, der auch Frankreich angehört, unterstützt werden, durch die Donbass-Frage verschärft wurden: Die Weigerung, eine Einigung zu erzielen, und die zunehmende Bombardierung von Donezk und Lugansk durch Kiew haben dazu geführt, dass die bürgerlichen Behörden der Russischen Föderation diese Republiken im Osten der Ukraine anerkannt haben, die sich seit acht Jahren im Krieg gegen die faschistische ukrainische Macht befinden, die aus dem von Frankreich, der EU und den USA unterstützten Putsch von 2014 hervorgegangen ist.

Die Hauptursache für diesen Konflikt ist jedoch die interimperialistische Konfrontation zwischen Russland und den westlichen NATO-Mitgliedsstaaten. Die Menschen im Donbass wurden zu Geiseln im Kampf zwischen der nationalistischen Ukraine, die von den USA und europäischen Ländern, darunter Frankreich, unterstützt wird, auf der einen Seite und Putins Russland auf der anderen Seite, das die Ukraine wieder in seinen Einflussbereich bringen will.

Unabhängig von den Vorwänden, die beide Seiten benutzen, ist der militärische Konflikt in der Ukraine das Ergebnis des verschärften Wettbewerbs zwischen den beiden kriegsführenden Lagern, der sich hauptsächlich um Einflussphären, Marktanteile, Rohstoffe, Energiepläne und Transportwege dreht; die Situation, die Positionen der einen oder anderen Seite und die Widersprüche innerhalb der EU sind ohne das Thema des russischen Gases in Deutschland oder des US-amerikanischen Schiefergases beispielsweise nicht zu verstehen. Frankreich ist auch der drittgrößte Investor in Russland, der größte ausländische Arbeitgeber und spielt ebenfalls seine Rolle, während seine Präsenz im Schwarzen Meer und im Mittelmeerraum (Griechenland, Italien usw.) in letzter Zeit im Wettbewerb mit der Türkei gestärkt wurde.

Diese Konkurrenzen können nicht immer mit diplomatisch-politischen Mitteln und fragilen Kompromissen gelöst werden.

Die Verantwortung für diesen Krieg teilen sich daher einerseits die USA, die NATO und die EU, die die reaktionäre Regierung in Kiew, paramilitärische Mechanismen und faschistische Gruppen in der Ukraine unterstützen und seit Jahren für ihre Positionen werben (Erweiterung der NATO auf osteuropäische Länder, Raketenabwehrschild etc.); und andererseits das kapitalistische Russland, das seine eigenen Pläne für die kapitalistische Vereinigung der Länder der ehemaligen UdSSR fördert und in den letzten Jahren die Annexion der Krim an die Russische Föderation und die kürzliche

Anerkennung der "Unabhängigkeit" der sogenannten "Volksrepubliken" Donezk und Luhansk betrieben hat.

Dies ist die Bestätigung dafür, dass Krieg die Fortsetzung derselben Politik mit anderen Mitteln ist. Es ist der Beweis, dass der imperialistische Krieg sowie der Tod und die Zerstörung, die er verursacht, unweigerlich aus der kapitalistischen Konkurrenz, aus seiner Produktionsweise resultieren. Erinnern wir uns: Im Sozialismus lebten das russische und das ukrainische Volk im Gegensatz zu Putins antisowjetischer Rede vom 21. Februar 2022 in Freundschaft und prosperierten in Frieden.

Gestützt auf diese Analyse lehnt es die KPRF ab, sich an der aggressiven antirussischen Propaganda und der Medienhetze zu beteiligen, die die Gemüter auf einen Krieg gegen Russland vorbereiten, obwohl die Kräfte der NATO, der EU, der USA und Frankreich einen überwältigenden Anteil an der Verantwortung für diese Situation tragen. Die Entsendung und Präsenz eines verstärkten französischen Kontingents (bis zu 1000 Mann) in Rumänien muss verhindert werden.

Jetzt kann dieser militärische Konflikt zu einer Konfrontation von unvorhersehbaren Ausmaßen führen, zumal er mit einer allgemeinen Konfrontation (zwischen den USA, den EU-Ländern, China, Russland usw.) um die Vorherrschaft im imperialistischen System verbunden ist. Die Völker der beteiligten Länder werden wieder einmal die Leidtragenden sein, denn die wirtschaftlichen und geopolitischen Auswirkungen dieses Konflikts betreffen die Völker der ganzen Welt.

Die PCRf bringt ihre Solidarität mit den Arbeitern im Donbass, in Russland und der Ukraine zum Ausdruck, die in voller Unabhängigkeit, insbesondere durch ihre Kämpfe, und fernab von allen bürgerlichen und imperialistischen Plänen über ihr Schicksal zugunsten des Friedens entscheiden können müssen. Wir müssen gegen Chauvinismus und Nationalismus kämpfen, gegen die Fallstricke einer Konfrontation auf ethnischer Grundlage, die die wahren Ursachen des Konflikts verschleiert.

Angesichts dieser neuen Tragödie lautet unsere Antwort als Kommunisten in Frankreich mehr denn je: Nieder mit dem imperialistischen Krieg, der zu Massakern an der Bevölkerung führt, in der Ukraine, in Russland und überall auf der Welt!

In diesem Zusammenhang rufen wir die Arbeiter in Frankreich auf, gegen die imperialistischen Pläne von Organisationen wie der NATO und der EU zu kämpfen, und vor allem gegen unseren eigenen französischen Imperialismus und seine militaristischen Ambitionen in Europa und der Welt.

Der Kampf gegen die EU und die NATO ist untrennbar mit dem allgemeinen Kampf für den Sozialismus-Kommunismus in Frankreich und in der Welt verbunden.

Pol der Kommunistischen Wiederbelebung in Frankreich (PRCF)

Zur Lage in der Ukraine - Erklärung des Nationalsekretariats der PRCF

Quelle: <https://www.initiative-communiste.fr/articles/prcf/sur-la-situation-en-ukraine-declaration-du-secretariat-national-du-prcf/>

Seit der deutschen "Wiedervereinigung", der Selbstauflösung des Warschauer Vertrags und dem völlig undemokratischen Zerfall der UdSSR hat die eng mit der EU verbundene Atlantische Allianz ihre Verpflichtungen gegenüber dem aus der Konterrevolution hervorgegangenen postkommunistischen Russland unaufhörlich gebrochen, indem sie unaufhörlich nach Osten vorrückte und Russland an seinen westlichen und südlichen Grenzen bedrängte und sogar unter der Hand interne Sezessionen (Tschetschenien) unterstützte. Die USA und ihre Vasallen haben das Gleiche gegen die Volksrepublik China getan, die sie bis ins Chinesische Meer bedrohen und deren separatistische Bewegungen (Tibet, Hongkong usw.) sie methodisch fördern. In Georgien, der Ukraine und sogar in Weißrussland haben die euro-atlantischen Imperialisten sogenannte farbige "Revolutionen" gefördert, ohne Angst, sich mit aufrichtigen Nostalgikern des Dritten Reichs zu verbünden. Es sind also bei weitem die NATO und ihr europäisches Anhängsel, die EU, die, während sie den staatlichen Antikommunismus in der gesamten EU, besonders in Osteuropa, fördern, die Hauptverantwortung und die Rolle des Brandstifters für das tragen, was die PRCF seit Jahren die Faschisierung Europas und den Marsch in den dritten imperialistischen Weltkrieg nennt.

Die PRCF fordert daher umso nachdrücklicher den Austritt Frankreichs aus der NATO, einem aggressiven Bündnis in den Händen Washingtons, und aus der an die NATO angedockten Europäischen Union: Die EU hat nichts von dem schönen "friedlichen Europa", das den Kindern schon in der Grundschule angepriesen wird, und die Behauptung, sie von innen heraus zu reformieren, um ein soziales und friedliches Europa zu schaffen, ist eine plumpe sozialimperialistische Lüge (d. h., um mit Lenin zu sprechen: "sozialistisch in Worten, imperialistisch in der Tat"). Es ist in der Tat ein Imperium des Großkapitals, das unter der Aufsicht Washingtons und unter der regionalen Steuerung Berlins nur darauf abzielen kann, sich endlos nach Osten auszudehnen.

Die PRCF fordert außerdem, dass Frankreich, indem es an die ursprüngliche gaullistische Doktrin der Nutzung seiner Schlagkraft anknüpft, klar erklärt, dass sein nukleares Feuer zu nichts Anderem und in allerletzter Instanz dazu dienen kann, einen Feind davon abzuhalten, in das nationale Territorium einzudringen. Jede andere Position bedeutet, das Risiko einer nuklearen Vernichtung des französischen Volkes einzugehen.

Das nationale Interesse unseres Landes erfordert auch, dass unser Land sich von allen russischen Grenzen zurückzieht und vor allem Wege sucht, um den Frieden in der Ukraine auf der Grundlage des Minsker Abkommens wiederherzustellen, das bislang vom faschistischen und grob russophoben Regime in Kiew sabotiert wurde.

Die PRCF erinnert daran, dass der gegenwärtige russische Staat ein bürgerlicher, konterrevolutionärer und kapitalistischer Staat ist und dass wir als Kommunisten Putins ständige Angriffe auf Lenin und die Bolschewiki und die Ablehnung des Prinzips einer ukrainischen Sowjetrepublik, die frei mit der freien Föderation der Sowjetrepubliken innerhalb einer sozialistischen und proletarischen UdSSR verbunden ist, entschieden missbilligen.

Während die PRCF feststellt, dass das faschistische und nazifreundliche Regime in Kiew der alleinige Verantwortliche und Anstifter der anhaltenden Aggression gegen die Volks- und Arbeiterrepubliken im Donbass ist, hält sie die russischen Angriffe auf militärische Einrichtungen in Lwiw und Kiew für unverhältnismäßig und rücksichtslos. Weit davon entfernt, dem vernünftigen Ziel einer entnazifizierten und entmilitarisierten Ukraine als Brücke zwischen dem Westen und Russland näher zu kommen, wird ein solches Verhalten die Kriegstreiber der EU und der NATO erfreuen, die keineswegs Papiertiger" sind und deren zutiefst imperialistischer, ja exterministischer Charakter eine ständige Gefahr des Abgleitens in einen weltweiten, die Menschheit auslöschenden Konflikt darstellt.

Darüber hinaus bleiben wir solidarisch mit den russischen Kommunisten, die zwar ihrem lebenslangen Patriotismus treu geblieben sind, aber dennoch bei den letzten russischen Wahlen hart verfolgt wurden, ohne dass sich im Westen jemand darüber aufgeregt hätte, und mit den ukrainischen Kommunisten, die unter faschistischer Repression durch die in Kiew an der Macht befindlichen Nostalgiker des Dritten Reichs zu leiden haben. Dasselbe gilt für die polnischen Kommunisten, die sich mutig dem klerikal-faschistischen, kriegslüsternen und russophoben Regime in Warschau widersetzen und in Polen hart verfolgt werden.

Mehr denn je werden die offen kommunistischen Aktivisten der PRCF angesichts der schändlichen Kriegspropaganda, die sich ausbreitet, in völliger Einheit und in diszipliniertem Block um ihr Zentralkomitee und ihr Nationalsekretariat herum dem ständigen Engagement des Pols für den Weltfrieden treu bleiben, für die vollständige Emanzipation unseres Landes von der euro-atlantischen Todesmaschine und für die Überwindung des kapitalistischen Regimes, dessen gesamteuropäische und konterrevolutionäre Restauration 1989-91 sich jeden Tag mehr als historische Katastrophe für die Menschheit erweist. Nein, die Zerstörung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der DDR war keine große "demokratische Umwälzung", wie die revisionistischen Führer jener Zeit lügenhafterweise zu erklären wagten: Diese Konterrevolution war vielmehr ein riesiges Damoklesschwert, das den Frieden in Europa, den sozialen Fortschritt und die Demokratie in der Welt ständig bedrohte. Und nein, die an die NATO gekoppelte EU bedeutet nicht Frieden und Freundschaft in Europa, sondern im Gegenteil die ständige Versuchung einer imperialistischen Ostexpansion, den kontinentalen Aufstieg der extremen Rechten, die anhaltende politische, diplomatische und militärische Auslöschung Frankreichs und die ständige Gefahr eines weltweiten Atomkriegs, der Frankreich und die Menschheit auslöschen könnte. Mehr denn je sollten wir mit der PRCF dafür kämpfen, dass Frankreich rechtzeitig aus der EU-NATO und dem Kapitalismus austritt!

In diesen Tagen, in denen der Ruf nach einer kriegslüsternen und euro-atlantischen heiligen Union wieder ertönen wird und die demokratischen Freiheiten von Kommunisten und anderen Gegnern imperialistischer Kriege zweifellos überall untergraben werden, sollten wir auch darauf achten, mit Gelassenheit dem Wort von Jean Jaurès treu zu bleiben:

"Mut besteht darin, die Wahrheit zu suchen und sie zu sagen".

Endgültiger Ausstieg aus dem Krieg in der Ukraine - Erklärung des Zentralkomitees der PRCF

Quelle: <https://www.initiative-communiste.fr/articles/prcf/sortir-definitivement-de-la-querre-en-ukraine-declaration-du-comite-central-du-prcf-6-mars-2022/>

Am 24. Februar 2022, nach dem plötzlichen Militärschlag der Russischen Föderation gegen die Ukraine, veröffentlichte das Nationale Sekretariat der PRCF eine einstimmig angenommene Erklärung zu den dramatischen Ereignissen im Osten Europas. Diese Erklärung konnte zu einem Austausch zwischen

Genossen über die Verantwortung für den Angriff und die Kriegsziele führen. Diesbezüglich möchte das Zentralkomitee der PRCF, während es die Erklärung vom 24. Februar unterstützt, Folgendes klarstellen:

1. Der Krieg in der Ukraine begann nicht am 24. Februar 2022, sondern acht Jahre früher, als nach einem Staatsstreich (der als "Maidan-Revolution" bezeichnet wurde) im Februar 2014 gegen Präsident Janukowitsch - der sich weigerte, ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen -, griff die in Kiew installierte Macht, gestützt auf die neonazistischen Milizen Pravyi Sektor und das Bataillon Asow, die Volksrepubliken Donezk und Lugansk an, die ihre Autonomie proklamiert hatten, weil sie die zunehmenden russophoben Maßnahmen und Angriffe auf die lokale Bevölkerung ablehnten ; ein bis heute nicht beendeter Krieg, der 14. 000 Menschen in völliger Gleichgültigkeit des sogenannten "menschenrechtsfreundlichen Westens" getötet hat;
2. Der Angriff vom 24. Februar 2022 hätte verhindert werden können, wenn die NATO-Kriegsmaschinerie sich nicht - unter Verletzung des 1990 mit den USA unterzeichneten "2+4"-Abkommens - nach der Implosion der UdSSR immer weiter in die ehemaligen osteuropäischen Volksrepubliken ausgedehnt hätte. Sie hätte auch verhindert werden können, wenn das Projekt der Integration der Ukraine in die EU und die NATO nicht von den Hardlinern der euro-atlantischen Ordnung vorangetrieben worden wäre, einschließlich der ukrainischen nationalistischen Führer, die die Abkommen von Minsk 1 und Minsk 2 über die Autonomie von Lugansk und Donezk munter verletzten. Erinnern wir uns auch daran, wie die EU und die NATO in den 1990er Jahren unter "humanitären" Vorwänden die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien und später Serbien, die beide Moskau kulturell nahestanden, zerlegten.
3. Während Wladimir Putin von einer konterrevolutionär inspirierten und offen antisowjetischen nationalistischen Ideologie getragen wird (was die PRCF und die russischen Kommunisten, die erst kürzlich Opfer der Putinschen Repression wurden, stets angeprangert und bekämpft haben), muss man feststellen, dass, angesichts der zunehmenden Schikanen der euro-atlantischen Achse die Russische Föderation vor allem mit einer obsessiven Einkreisung konfrontiert ist, die seit der bolschewistischen Revolution begann und mit dem Zusammenbruch der UdSSR beschleunigt wurde und das Ergebnis des strukturellen Hegemonismus ist, den der US-Imperialismus auf die Weltordnung ausübt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Länder wie China, das selbst vom euro-atlantischen Lager nach Osten gedrängt wird, und Indien sich sehr vorsichtig zur aktuellen Situation in der Ukraine äußern und viele kommunistische Parteien die NATO und sogar die EU scharf verurteilen.

Nichtsdestotrotz hat Wladimir Putin mit seinem Militärschlag gegen die Ukraine eine schwerwiegende Entscheidung getroffen, die das Risiko "unverhältnismäßiger und unbedachter" Folgen birgt, vor allem im Falle eines festgefahrenen Konflikts, der sich dann als noch mörderischer für die Arbeiter und Bürger der Ukraine erweisen könnte, sowohl im Westen als auch im Osten (wo die Offensiven der Regierung in Kiew und ihrer neonazistischen Helfershelfer unter der völligen Gleichgültigkeit unserer Medien fortgesetzt werden). Darüber hinaus würde eine solche Situation die hysterisch-russophobe Stimmung in den sogenannten "westlichen" Ländern verstärken, angefangen mit Frankreich, wo das Lager der Kriegstreiber, angeführt von der falschen euro-atlantischen "Linken" (Glucksmann, Henri-Lévy, Jadot, Hidalgo, Taubira, etc.) sowie von den Befehlsmedien und Akademikern, die sich der Kriegspropaganda Washingtons und Brüssels verschrieben haben, wird auf eine Intervention Frankreichs gedrängt: Eine solche Entscheidung hätte fatale Folgen für den Weltfrieden und sogar für die Existenz unseres Landes, wenn der Konflikt in einen nuklearen Flächenbrand ausartet. Schließlich dürfen die gegenseitigen nuklearen Drohungen (sowohl von Putin als auch von Le Drian und Selenski), auch wenn sie im Rahmen einer Abschreckung zur Herstellung eines Kräfteverhältnisses erfolgen, nicht auf die leichte Schulter genommen werden in diesem Kontext einer gefährlichen Eskalation, die in

einen vernichtenden nuklearen Konflikt münden könnte, dessen Bedrohung die PRCF seit Jahrzehnten immer wieder anprangert.

Aus diesem Grund, in Fortsetzung der Erklärung vom 24. Februar 2022 und unter Dank an die Genossen, die ihre Überlegungen im Rahmen des demokratischen Zentralismus mitgeteilt haben, wird die PRCF, deren Kampf für den Weltfrieden ein zentrales Anliegen bleibt:

- unterstützt brüderlich alle Arbeiter, Friedensfreunde und Kommunisten - insbesondere die verfolgten Kommunisten in Polen und der Ukraine, die Opfer der mörderischen Eskalation und der fortschreitenden Faschisierung sind, deren tiefster und wichtigster Ursprung die endlose Osterweiterung der NATO-EU auf dem europäischen Kontinent ist;
- fordert eine sehr schnelle Einstellung der Kampfhandlungen seitens aller Kriegsparteien in der gesamten Ukraine, einschließlich der Region Donbass ;
- Fordert die Entwaffnung aller neonazistischen Milizen in der Ukraine, deren gesamtes Gebiet vollständig entnazifiziert werden muss;
- Fordert die Aufnahme echter Friedensverhandlungen im Rahmen der UNO auf der Grundlage der Abkommen von Minsk 1 und 2 und des "2+4-Abkommens" von 1990, damit es keine weitere Ausdehnung der NATO auf andere europäische Länder gibt - das ist das absolute Minimum, wenn man den Weltfrieden retten will;
- Fordert, dass keine französischen Soldaten an den Grenzen Russlands stationiert werden - angeblich im Namen der "europäischen Solidarität" und der "gemeinsamen Verteidigung" im Rahmen der NATO - und dass keine finanzielle, materielle oder militärische Hilfe an alle Kriegsparteien geleistet wird;
- Fordert Macron auf, klarzustellen, dass die französischen Atomwaffen keine andere Funktion haben, als eine Invasion des französischen Territoriums und nur des französischen Territoriums abzuschrecken, da nur zu diesem Zweck die "allseitig ausgerichtete" und nicht der NATO unterworfenen Streitmacht zurzeit von General de Gaulle offiziell geschaffen wurde;
- Die hysterische Russophobie, eine direkte Nachfolgerin des Antisowjetismus, die in den Medien und unter vielen Akademikern grassiert und eine gefährliche und unverantwortliche martialische Sprache verwendet, ablehnen und bekämpfen;
- wird weiterhin Kundgebungen für den Frieden auf einer klaren Grundlage organisieren und daran teilnehmen, wobei der aggressive Expansionismus der euro-atlantischen Ordnung als Hauptfeind des Friedens und der Völker angeprangert wird;
- Mehr denn je zum progressiven Frexit aufrufen, der die einzig mögliche Alternative zur Flucht nach vorn in der tödlichen euro-atlantischen Ordnung ist, und den Kampf für die Auflösung der anachronistischen und gefährlichen NATO und unmittelbar für den vollständigen Rückzug Frankreichs aus der kriegstreiberischen Atlantischen Allianz führen;
- Wird sich mehr denn je für den Wiederaufbau einer großen kommunistischen Partei einsetzen und fordert deshalb die Arbeitnehmer auf, sich der PRCF und den JRCF anzuschließen.
- Wird den Kampf für den Aufbau des Sozialismus fortsetzen, der ein Feind der kriegerischen Barbarei ist, die vom Kapitalismus-Imperialismus getragen wird, insbesondere vom US-Imperialismus, dem wiedererstarkten deutschen Imperialismus (der zum ersten Mal seit dem Krieg offen "tödliche Waffen" in die Ukraine liefern wird, ein von Hitler verwüstetes Land, und seinen Rüstungshaushalt aufstocken), nicht zu vergessen der französische Imperialismus, der mit Macron Öl ins Feuer gießt und sich offen darauf vorbereitet, die Französische Republik in dem von Scholz offen geforderten "europäischen Bundesstaat" aufzulösen.

Ohne klare strukturelle Bedingungen, insbesondere den Kampf gegen den US-amerikanischen Hegemonismus, der sich vor allem über die EU-NATO-Achse ausbreitet, könnte sich der Krieg in der Ukraine auf andere Teile der Welt ausweiten, zu einem globalen Atomkrieg eskalieren und das

Überleben der Menschheit bedrohen. "Sozialismus oder Tod" - auf Dauer gibt es für die Menschheit keine Wahl!

Rede des Pols der Kommunistischen Wiederbelebung in Frankreich

Quelle: <https://wap21.org/?p=176>

Liebe Genossinnen und Genossen,

Am 24. Februar hat Russland den Spieß umgedreht. Es hat sich verpflichtet, alles zu tun, um die Einkreisung zu durchbrechen. Wenn ich an die 700 amerikanischen Stützpunkte denke, die Russland und China umgeben, an John McCain und Victoria Nuland, die vor acht Jahren in Kiew aufmarschierten und Milliarden von Dollar an die ukrainischen neofaschistischen Kräfte verteilten, kann ich nicht anders, als mir Russland als belagerte Festung vorzustellen und die besagte "Spezialoperation" als Versuch, die Belagerung zu durchbrechen. Die Franzosen denken dabei an die Belagerung von Alesia, als der Rest Galliens in einem einzigen Oppidum Widerstand leistete. Man kann auch an die republikanischen Truppen von Dombrowski oder den Kommunarden Rossel denken, die versuchten, die Belagerung von Paris durch Bismark im Jahr 1871 zu durchbrechen. Andere Völker hätten zum Beispiel Fort Alamo im Sinn. Der etwas tragische Vergleich hört hier auf, denn in diesem Fall denke ich, dass Russland, das ewig Eingekehlte, dem der Westen den Zugang zu den warmen Meeren nicht verbieten konnte, nichts Anderes sucht, als ein Glacis im Osten und Süden der Ukraine zu errichten und seine Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten und, damit einhergehend, die Sicherheit der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine zu garantieren, die seit acht Jahren gemartert wird.

Die NATO und Putin" abzutun, wie man es oft hört, ganz zu schweigen von denen, die das hirnlose westliche Narrativ übernehmen, das "Putins Wahnsinn" verteufelt, bedeutet, sich auf die Seite des militärisch Stärkeren zu stellen. Das ist es, was die meisten Trotzisten unbeirrt tun. Man fragt sich, ob der Trotzismus nicht das ideologische Gewand für diese Haltung ist. In unserem Land hat die Partei, die der so genannten Vierten Internationale angehört, die NPA, zur militärischen Unterstützung dessen aufgerufen, was sie "Ukraine" nennt. Ich habe gesagt: die stärkste militärische. Denn Russland verfügt über andere Trümpfe und vor allem über die mögliche Unterstützung großer Teile der Weltöffentlichkeit, die sich von dem, was ideologisch als Westen bezeichnet wird, stark unterscheidet.

Die Vereinigten Staaten haben seit ihrem unrühmlichen Rückzug aus Afghanistan gezeigt, dass militärische Überlegenheit, so offensichtlich sie auch sein mag, nicht ausreicht. Mit den Vorteilen, die ein asymmetrischer Kampf, der auf der ideologischen Einschätzung des Kräfteverhältnisses beruht, mit sich bringen kann, kann Russland das durchsetzen, was seine Führer als "Multipolarismus" bezeichnen, was sein langfristiges Ziel nach dem kurzfristigen Ziel der Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine zu sein scheint. Die Kommunisten, die sich mehr erhoffen, nämlich den Sieg des Sozialismus in einer Zusammenarbeit freier Nationen, können zumindest ihre Verantwortung vor der Geschichte wahrnehmen, indem sie diesen multipolaren Prozess nicht behindern, ein echtes "second best", um eine der Wirtschaft entlehnte Metapher zu gebrauchen, die für ihn im Vergleich zur so genannten und schlecht benannten pax americana den Vorteil der Vernunft hat.

Die jüngste Einberufung russischer Reservisten mag den Charakter des Krieges, der zu einem Krieg des Volkes wird, und vielleicht auch den Charakter des Regimes verändern, aber sie wird nichts an der Situation Russlands als Aggressor ändern. Es ist falsch, die Unterstützung für Wladimir Putin zu einer Voraussetzung für die Berücksichtigung der vitalen Interessen Russlands zu machen.

Das Regime von Wladimir Putin ist ebenso wie seine Person äußerst vergänglich. Nichts sagt uns, was er möglicherweise anstrebt: entweder eine Flucht in eine bonapartistische Einsamkeit (mit den

Zweideutigkeiten, die diese Art des bürgerlichen Regimes mit sich bringt, das auf einen revolutionären Hintergrund zurückgeht, der manchmal angenommen und manchmal klar abgelehnt wird) oder eine breite Front, in der die Kommunisten eine noch aktivere Rolle spielen würden als heute. Dabei ist es natürlich wichtig, die reale Geschichte der Sowjetukraine zu verteidigen und alle Versuche, auch die von Putin, zurückzuweisen, Lenin als den Fernverantwortlichen für die gegenwärtige Situation darzustellen, während der gegenwärtige "Drang nach Osten" des angelsächsischen und eurodeutschen Imperialismus über die EU und die NATO eine direkte Auswirkung der von Gorbatschow, Jelzin und denjenigen, die dann die russische Konterrevolution unterstützten, geschürten Konterrevolution ist, die weitgehend vom US-Imperialismus unterstützt, wenn nicht sogar gesteuert wurde.

Mir scheint klar zu sein, dass die russische Politik in diesem Bereich keineswegs von imperialistischen Überlegungen bestimmt wird. Sicherlich hat Russland seine wirtschaftlichen Interessen (wer hat die nicht? selbst sozialistische Länder hätten sie), aber es wird viele Jahre dauern, bis Russland den Punkt erreicht, an dem der Kapitalexport zum wichtigsten, entscheidenden Kriterium wird, das darüber entscheidet, ob es einen Krieg beginnt oder nicht. Eines der wesentlichen leninistischen Kriterien der imperialistischen Phase ist die Ausrichtung des Wirtschaftsapparates auf den Kapitalexport. Heute exportiert Russland viel mehr Rohstoffe, der Kapitalexport hat zwar seit dreißig Jahren zugenommen, bleibt aber marginal. Russland ähnelt vielen Ländern mit einer nationalen Bourgeoisie, die nationale, lebenswichtige Interessen verteidigt und sich wiederholten Offensiven des amerikanischen Imperialismus gegenüberstellt, aber dieses Mal, und das ist eine Garantie für seinen Erfolg, mit dem Rest eines Staatsapparates, der vom Sozialismus bereitgestellt wird, und mit der Erfahrung eines sozialistischen Landes, das ständigen Angriffen des Imperialismus ausgesetzt war, was es ihm erlaubt, im Moment durchzuhalten. Ganz zu schweigen von dem neuen Deal der Entdollarisierung, der es Russland ermöglicht, die Sanktionen wirtschaftlich zu überleben, und der ohne das rasante Wachstum der chinesischen Wirtschaft nicht möglich gewesen wäre, oder das aufrüttelnde Beispiel von Ländern wie der DVRK, die ihre Unabhängigkeit außerhalb des globalen Diktats des IWF oder der Weltbank bewahrt haben und damit im wahrsten Sinne des Wortes zeigen, dass eine andere Welt möglich ist. Selbst wenn wir von russischem Imperialismus sprechen, würde dies nichts an der Tatsache ändern, dass sich Russland derzeit in einer defensiven Haltung befindet und dass die EU-NATO entgegen allem Anschein im Grunde der Aggressor des russischen Volkes und der Henker der Werktätigen im Donbass ist. Bereits 1935, auf dem VII. Kongress der KI, wies Dimitrow in seinem Bericht darauf hin, dass Frankreich und England zwar imperialistische Staaten seien, der Aggressor im nächsten Krieg aber eindeutig Hitler und der deutsche Imperialismus sein würden. Die Definition eines Staates als imperialistisch reicht also nicht aus, um unabhängig von einer konkreten Analyse der konkreten Situation festzustellen, wer der Aggressor ist.

Im Pôle de Renaissance Communiste in Frankreich denken einige Leute so wie ich, andere können andere Analysen entwickeln, wir verlangen keine Einstimmigkeit. Wir machen die Frage der Nichtexistenz des russischen Imperialismus nicht zu einer Grundsatzfrage oder zu einer Voraussetzung für Diskussionen und Aktionen.

Was für uns wichtig ist, ist die Notwendigkeit eines antifaschistischen Kampfes, einer antifaschistischen Front, sogar einer antiexterministischen Front, weil der untergehende euro-atlantische Hegemonialblock, der dennoch der "Hegemon" der kapitalistisch-imperialistischen Welt ist, tödliche Gefahren für die Menschheit und sogar für die Zukunft des Lebens auf der Erde darstellt. Der 7. Kongress der Kommunistischen Internationale, der entschlossen zu dieser Front aufrief und gleichzeitig nicht weniger entschlossen zur Entfaltung des proletarischen Internationalismus und des Klassenkampfes aufrief, bleibt für uns ein grundlegender Meilenstein.

Kongress der Kommunistischen Internationale, dass Dimitrov kühn die Möglichkeit einer möglichen kommunistischen Unterstützung einer nichtkommunistischen Regierung in Frankreich beschwor, die entschlossen eine antifaschistische Politik betreiben würde. Nun, es war nicht zu leugnen, dass Frankreich erst recht ein imperialistisches Land war. Dennoch war allen klar, dass Hitler der Aggressor war. Umso mehr schlug Dimitrov eine kohärente antifaschistische Front vor, die so weit wie möglich von der Arbeiterklasse und dem Land des Sozialismus geführt werden sollte. Ähnliche Überlegungen zu England sind in der gleichen Rede vor dem Kongress zu lesen.

Der VII. Kongress ist keine Wahl unter anderen, er hat eine kohärente Strategie festgelegt, die sich bei der Niederlage des Faschismus und der Ausbreitung der sozialistischen Produktionsweise als siegreich erwiesen hat.

Mit diesen Überlegungen im Hinterkopf, wenn andere Genossen aus anderen Organisationen andere Analysen haben, bestehe ich nicht auf der Verpflichtung, aber zumindest auf der Möglichkeit, trotz der Unterschiede, gemeinsam zu handeln.

Die Anhänger von "ni-ni" müssen, wenn sie sich wirklich von der von der westlichen Bourgeoisie geförderten Russophobie distanzieren wollen, zumindest das von dem verstorbenen Karl Liebknecht stammende Motto anwenden: "Der Hauptfeind steht im eigenen Land". Daher wird von ihnen im Westen erwartet, dass sie einen konkreten Kampf gegen die NATO führen. Wir fügen hinzu, dass Liebknechts Motto nicht falsch verstanden werden darf, denn Liebknecht hat nie gesagt: "Der Hauptfeind ist das eigene Land", und wir, die französischen Kommunisten, die unser Volk lieben, sehen, dass die Ausrichtung von Sarkozy, Hollande und Macron unserem Land schweren Schaden zufügt, indem sie es Schritt für Schritt in Richtung eines Weltkriegs für die globale Vorherrschaft von Uncle Sam zieht, was dem nationalen Interesse unseres Volkes und vor allem dem der Arbeiter völlig zuwiderläuft.

Wir kämpfen sowohl für den Weltfrieden als auch für die Souveränität aller Völker, nicht nur für die der Menschen in Afrika, sondern auch für die unseres Landes. Wir erinnern uns: Als General de Gaulle, der damals von der PCF unterstützt wurde, das integrierte Kommando der NATO verließ, die US-Intervention in Vietnam oder den israelischen Expansionismus im Nahen Osten verurteilte, oder als Dominique de Villepin sich weigerte, Frankreich für die US-Invasion im Irak zu verpflichten, genoss unser Land weltweit großes Ansehen, während Macrons Gleichschaltung mit Biden und der Marsch der EU-NATO in Richtung eines europäischen Bundesstaates, der von Washington überwacht und von Berlin gelenkt wird, unser Land nur erniedrigen, demütigen und sogar seine nationale Existenz bedrohen.

Im Westen müssen wir unsere Meinung kundtun:

1. Gegen das zunehmende Gewicht der NATO, die Aufrüstung Deutschlands und die zunehmende Militarisierung/Faschisierung der EU, gegen die Errichtung eines supranationalen europäischen Bundesstaates, der eine große Gefahr für alle Völker darstellt, gegen die Kriminalisierung des Kommunismus in Verbindung mit der Rehabilitierung der Nazis, die implizit in der im September 2019 verabschiedeten Entschließung des Europäischen Parlaments enthalten ist.
2. Gegen die Kriegspropaganda: Wir weigern uns zu glauben, dass die Russen ein Atomkraftwerk bombardieren, das sie bereits kontrollieren, oder ihre eigene Gaspipeline zerstören, obwohl sie einfach den Hahn zudrehen könnten, oder dass die Russen am Tag der Wiedervereinigung nach dem Referendum Flüchtlinge ins Visier nehmen würden, die sich Russland anschließen wollen, obwohl es viel logischer ist, auch wenn es eine perverse Logik ist, dass es sich wahrscheinlich um eine Frage der Vergeltung seitens der Kiewer handelt. Wir haben es hier mit einer Propaganda nach Goebbels-Art zu tun, je größer, desto besser. Es ist, wie wenn Macron sagt: "Antizionismus

ist Antisemitismus", jeder versteht, dass das dumm ist, aber es ist eine Aussage, die Sinn macht, die eine Unterwerfung unter den herrschenden Diskurs zeigt, es ist ein Akt des Glaubens, fanatisch. Dieser Irrationalismus der Propaganda ist ein klares Symptom für die Faschisierung und Verdunkelung der "Aufklärung", die das Großbürgertum völlig unfähig geworden ist, zu tragen.

Auf jeden Fall denke ich, dass die kommunistischen Parteien, die allen vorschreiben wollen, das "ni-ni" als theoretische Plattform zu übernehmen, sich ungewollt selbst schaden würden. Erinnern wir uns daran, dass die Freiheit der Kritik Teil der internationalen Diskussion zwischen Kommunisten ist und dass sie eine notwendige Voraussetzung für den Zusammenschluss unter Achtung der nationalen Besonderheiten ist.

Auf jeden Fall wird man verstehen, dass die Russophobie und die Sinophobie ohne uns sein werden. Wir begrüßen daher diese Pariser Initiative, die viele ausländische kommunistische Parteien versammelt, die das "Weder-Noch" eindeutig ablehnen, als einen wesentlichen Schritt hin zu einem Bewusstsein für die tiefen Interessen der internationalen kommunistischen Bewegung.

Und dies in einer geopolitischen Situation, in der das internationale Proletariat und die Arbeiterklasse eines jeden Landes durch die Streiks, die in Indien, Großbritannien, den USA und hoffentlich bald auch in Frankreich sehr stark zunehmen, immer mehr dazu aufgerufen sein werden, sich mit Hilfe einer wiedererstarnten, geeinten und klaren internationalen kommunistischen Bewegung hart zu bekämpfen, um nach und nach die historische Initiative zurückzuerobern, die ihnen durch die Konterrevolution, den Verrat und die Kapitulation von Gorbatschow genommen wurde.

Internationales Treffen: Jenseits des Krieges, von der Ukraine bis Südkorea. Der Beitrag von Aymeric Monville als Vertreter der PRCF

Quelle: <https://www.initiative-communiste.fr/articles/international/rencontre-internationale-au-dela-de-la-guerre-de-lukraine-a-la-coree-du-sud-lintervention-daymeric-monville-representant-le-prcf/>

Die PRCF war am Samstag, dem 28. Mai, zu einem internationalen Kongress eingeladen, der von den (süd-)koreanischen Genossen der PDP (People's Democracy Party) organisiert wurde und unter dem Motto stand: Jenseits des Krieges. Von der Ukraine bis nach Südkorea.

An der Konferenz nahmen außerdem teil: Die Kommunistische Partei Großbritanniens-marxistisch-leninistisch, die Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei, die Partei für Sozialismus und Befreiung (PSL, USA), die Association Nationale des Communistes (ANC, Frankreich), die Fronte Comunista (Italien), die Kommunistische Partei Belgiens, die Kommunistische Partei (Schweiz), die MLPD (Deutschland), die Revolutionäre Kommunistische Partei Frankreichs, die Sozialistische Partei Lettlands, die Ungarische Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei Polens, die Kommunistische Partei Kirgisistans, die Kommunistische Partei der Philippinen, die Association d'amitié franco-coréenne (AAFC), Corea is One - Association d'amitié belge-coréenne und das Korea Forum International;

Erklärung des Genossen Aymeric Monville, Sekretär der Internationalen Kommission:

Liebe Genossinnen und Genossen!

Es wäre müßig, unter Kommunisten über den Krieg in der Ukraine und seine internationalen Auswirkungen zu diskutieren, ohne sich die wichtigen Reaktionen von Schwergewichten der internationalen kommunistischen Bewegung vor Augen zu halten: Ich denke dabei an die KKE, die Kommunistische Partei Griechenlands, und die KPRF, die Kommunistische Partei der Russischen Föderation, die zweitstärkste Kraft im Land und das seit dem Ende der UdSSR. Die Antwort der KPRF vom 16. Mai mit dem Titel "In der Ukraine bekämpft Russland den Neonazismus" ist eine implizite

Antwort auf die Analyse der griechischen Genossen über die von Russland geführte Operation, die sie als "imperialistischen Krieg" im Sinne Lenins bezeichneten, und zeigt, dass sie glücklicherweise in gegenseitigem Respekt auseinandergegangen sind.

Unabhängig davon, ob man die russische Intervention für rücksichtslos hält oder nicht, betont die KPRF zu Recht die systemische Gefahr, der die Russische Föderation angesichts der kriegerischen Expansion der NATO ausgesetzt ist. Diese Partei erwähnte in ihrer Antwort entgegen ihrer sonstigen Gewohnheiten nicht China; doch die Konfrontation mit der NATO findet auch auf dieser Ebene statt und bedeutet eine Konfrontation zwischen zwei unterschiedlichen Wirtschaftssystemen, zwei unterschiedlichen Produktionsweisen. Die Expansion der NATO, die meiner Meinung nach nicht ausreichend als vollkommen "totalitär" beschrieben wird - ein Begriff, den der Westen jedoch immer im Mund hat, um seine Gegner zu bezeichnen -, kann zu einer nuklearen Konfrontation führen. Wenn es darum geht, wie der erste rationalistische Historiker des Westens, Thukydides, nach der Ätiologie, den tieferen Ursachen des Krieges, zu suchen, sehe ich nicht ein, wie der Expansionismus der NATO und die Manöver der USA 2014 auf dem Maidan vergessen werden könnten.

Diesem militärischen Expansionismus steht eine wirtschaftliche Antwort gegenüber, die durch eine Tendenz zur Entdollarisierung, die Entstehung eines Petro-Rubels oder sogar eines Petro-Yuans gekennzeichnet ist, d. h. das Ende des Bretton-Woods-Privilegs, das durch die Jamaika-Erklärung, die den Dollar endgültig vom Gold abkoppelte, verstärkt wurde und nur auf der Fähigkeit der USA beruhte, andere Länder dazu zu bringen, das von ihnen gedruckte Papiergeld zu kaufen. So ist auf internationaler Ebene eine Isolation des "Westens" in der Ukraine-Frage zu beobachten. Vielleicht sind dies die Vorboten des vom verstorbenen Philosophen Domenico Losurdo beschriebenen "Endes des kolumbianischen Zeitalters" (im Sinne der Ära des Kolumbus, die den Beginn der europäischen Kolonialherrschaft markierte). Der Nachmittag ist der Situation in Asien gewidmet, die ebenfalls sehr angespannt ist, aber nicht davon getrennt werden kann. Asien schüttelt das imperialistische Joch, das von den USA auferlegte Korsett, ab.

Natürlich ist Wladimir Putins Russland nicht mehr und nicht weniger als jedes andere kapitalistische Land von den von Lenin beschriebenen Tendenzen, die für diese Produktionsweise charakteristisch sind, nicht ausgenommen. Aber abgesehen von diesen Allgemeinplätzen sollte man dennoch daran erinnern, dass es nicht dasselbe ist, von 700 Stützpunkten umzingelt zu sein und einer Bedrohung an den eigenen Grenzen gegenüberzustehen, und, wie im Fall der USA, sich auf ein "manifestes Schicksal" zu berufen, indem man zahlreiche Länder bombardiert und ihnen unter Missachtung des Völkerrechts zahlreiche Embargos auferlegt, während weder in Mexiko noch in Kanada eine Bedrohung an den eigenen Grenzen auftaucht. Es ist irreführend, die russische Operation als einen einfachen Raubtierkrieg darzustellen, ohne diesen Hintergrund zu erwähnen. Da in diesem Fall die Wirtschaft immer "in letzter Instanz" spielt, ist es nicht einmal sicher, dass es wirtschaftliche Interessen sind, die Vorrang haben. Und es ist klar, dass es der russischen Führung auch darum geht, den Oligarchen den Arm zu verdrehen. Die russischen Machthaber haben zwangsläufig ein doppeltes Interesse daran, eine patriotische Verteidigung des Landes zu organisieren und sich um jeden Preis an der Macht zu halten.

In diesem angespannten Umfeld ist es nicht ausgeschlossen, dass Putin sich entweder gegen einen Teil der Oligarchen wendet oder seinen für ihn typischen plebiszitären Autoritarismus fortsetzt, diesmal gegen die Kommunisten. Die Situation ist ungewiss. Sicher ist, dass wir - pascalianisch gesprochen - natürlich auf die Kommunisten zählen und die internationale Solidarität verstärken müssen.

Meiner Meinung nach ist das Phänomen Putin ein Bonapartismus in dem begrifflichen Sinne, wie ihn Gramsci untersucht hat: ein Kompromiss zwischen zwei Kräften, reaktionär auf der einen Seite und kommunistisch auf der anderen. Mit denselben Grenzen und Zweideutigkeiten. Man kann vom Bonapartismus halten, was man will, jeder versteht, dass Waterloo das Ende der historischen Sequenz

markierte, die mit 1789 und dem vom Wiener Kongress eingeführten Europa des Völkergefängnisses eingeleitet wurde.

Der Unterschied ist, dass das bonapartistische Frankreich kaum Verbündete hatte, während Russland hauptsächlich China hat. Man kann endlos über den Klassencharakter Chinas glossieren. Tatsache ist, dass 80% der Schlüsselsektoren seiner Wirtschaft und 40% der nicht wesentlichen Sektoren weiterhin verstaatlicht sind. Es steht Ihnen frei, das für ausreichend oder nicht ausreichend zu halten, aber es hat nichts mit unserem Land zu tun, wo wir ohne Kontrolle über unsere eigene Währung hinter den USA und sogar hinter Deutschland zurückbleiben. China ist vielleicht nicht unser ideales Modell für den Kommunismus, aber es erteilt uns heute Lektionen in Sachen Jakobinismus. Wie der Historiker Bruno Drweski anmerkte, ist es nicht ausgeschlossen, dass Russland die Planung verstärkt, die an sich nicht sozialistisch ist, aber ein wichtiges Element auf dem Weg dorthin darstellt. Die KPRF betont häufig, dass die patriotische Verteidigung des Landes zwangsläufig einen Übergang zum Sozialismus voraussetzt.

Wir sollten auch anmerken, dass sich im Zuge des Krieges in der Ukraine die Faschisierung und antikommunistische Unterdrückung ausbreitet, für die die Ukraine, aber auch ihre baltischen und polnischen Nachbarn eine Bannstrahlfunktion hatten. Wenn wir die Faschisierung und Nazifizierung nicht beim Namen nennen und uns hinter "weder noch", "alle verrotten" und "alle gleich" verstecken, entlarven wir uns selbst auch. Nicht auf die Kriegspropaganda hereinzufallen, die uns im Westen aufgezwungen wird, ist meiner Meinung nach ein Minimum. Kriegspropaganda, die uns an den Algerienkrieg und die Anastasieschere aus dem Ersten Weltkrieg erinnert. Das kürzlich erschienene Buch Russland ohne Scheuklappen kann dazu beitragen.

Man wird darin insbesondere die Analyse der großen Historikerin Annie Lacroix-Riz lesen, die, wie ich annehme, wegen der Integrität ihrer Forschung unter uns einhellig geschätzt wird, und die die westliche Operation an der Ukraine seit über hundert Jahren aufzeigt. Auch Georges Gastaud äußert sich dort, in einer Position, die die antiotianischen Annahmen der einheitlich vom PRCF getroffenen Entscheidung stützt, die, wie mir scheint, einen bleibenden Eindruck hinterlassen hat. Aber auch andere Analysten, wie Jean-Pierre Page, ehemaliger internationaler Funktionär der CGT, sind anwesend. Dies unterstreicht umso mehr die Notwendigkeit, dass wir uns innerhalb der CGT unserer internationalen Verantwortung wieder bewusstwerden.

Kommen wir zurück zu unseren griechischen Genossen. Die KKE verließ den Plenarsaal, als Zelensky in Begleitung von faschistischen Aktivisten kam. Die KKE beteiligt sich aktiv an der Nicht-Entsendung von Waffen. Griechenland steht zusammen mit Italien an der Spitze der Verweigerung des NATO-Krieges mit sehr effektiven Aktionen, die wir uns mehr zum Vorbild nehmen sollten. Ich beobachte derzeit viele Anti-NATO-Aktionen in Griechenland.

Ich glaube, das ist das Wichtigste und steht über den endlosen Diskussionen, die man über die Ursachen des gegenwärtigen Konflikts führen kann. Wir werden alle darin übereinstimmen, dass wir die Einheit des kommunistischen Lagers wahren und zu Deeskalation und Frieden beitragen müssen.

Die "Weder-Noch"-Position ist unter einer einzigen Bedingung respektabel: Dass man versteht, dass "der Hauptfeind im eigenen Land steht", wie Karl Liebknecht sagte. Jeder soll seine Arbeit gegen seinen eigenen Imperialismus tun. Es ist nämlich zu einfach, im Chor mit der eigenen Bourgeoisie über den Imperialismus des anderen zu sprechen, wie es die falsche Linke von Jadot bis Hidalgo, aber leider manchmal auch Mélenchon und Roussel, tut.

Das französische Volk mit seinem sprichwörtlichen politischen Gespür hat sich bei der letzten Wahl massiv gegen die Kriegstreiber ausgesprochen: Jadot, Péresse und Hidalgo scheiterten alle an der schicksalhaften 5-Prozent-Hürde. Die Franzosen verstehen sehr wohl, dass die von Victoria Nuland

geforderten 5 Milliarden Euro für den Maidan 2014 und die 40 Milliarden für die Aufrüstung dies weniger für die öffentlichen Dienste bedeutet: Krieg nach außen bedeutet Faschisierung.

Wir müssen die Einheit des kommunistischen Lagers, des kommunistischen Handelns aufrechterhalten, nicht um des Vergnügens willen das pflegen, was Freud den "Narzissmus der kleinen Unterschiede" nannte, und die Differenzen nur dann stellen, wenn sie auftreten, und ich danke den koreanischen Genossen, dass sie uns diese so nützliche Gelegenheit geben, öffentlich untereinander zu debattieren. Bald wird der Tag kommen, an dem im allgemeinen Chaos die Kommunisten und ihre eiserne Organisation, die sich auf die lebendigen Kräfte des Volkes und der ganzen Nation stützt, die einzige Zuflucht sein werden, um unsere verschiedenen Länder zu retten. Die Einheit muss daher jetzt geschmiedet werden.

Vereinigte Kommunistische Partei Georgien (SEKP)

Unterstützen Sie Russland und das ukrainische Volk!

Quelle: <http://skpkpss.ru/novosti-ekpg-zayavlenie-ekp-gruzii-2/>

Erklärung des Zentralkomitees der Vereinigten Kommunistischen Partei Georgiens

Die Welt verändert sich vor unseren Augen. Die russische Militäroperation und die Prozesse, die sich im Zusammenhang mit dieser Operation entwickeln werden, werden der Schlüssel zur Gestaltung eines neuen Umfelds in der Welt sein, nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig.

Keiner der anderen militärischen Konflikte der postsowjetischen Periode, auch nicht die größten, hatte eine solche Auswirkung auf die Gestaltung des Weltbildes wie der Ausgang der russischen Militäroperation in der Ukraine und ihre politischen Folgen.

Die Welt beobachtet die militärische Operation Russlands in der Ukraine. Der eigentliche Inhalt dieses Bildes ist die Konfrontation zwischen Russland auf der einen Seite und der NATO und den USA auf der anderen Seite.

Russland führt keine militärische Operation gegen das ukrainische Volk durch. Dies zeigt sich am gesamten Verlauf der Ereignisse auf dem Gebiet der Ukraine, wo das russische Militär mit äußerster Sorgfalt vorgeht und sich strikt an das offiziell verkündete Ziel der Operation hält: die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine.

Die pro-amerikanische Kiewer Junta hat die aggressiven antirussischen Militärziele der NATO und der USA in der Ukraine aktiv und konsequent verfolgt. Und jetzt ist aus der Quantität eine Qualität geworden. Russland sah sich mit der Notwendigkeit konfrontiert, die tödliche Gefahr für seine Staatlichkeit und in der Folge für die Existenz der russischen Zivilisation selbst zu neutralisieren. Dabei spielt es keine Rolle, dass die Bomben aus Kiew in der DVR und der LVR und nicht in Rostow oder Krasnodar gelandet sind. Hier stimmen wir voll und ganz mit der Einschätzung der obersten politischen Führung der Russischen Föderation überein.

Wir wiederholen: Russland ist an den Rand des Abgrunds gekommen, oder besser gesagt, Russland ist an den Abgrund gebracht worden, als es keine andere Wahl hatte, als sich und sein Volk mit militärischen Mitteln vor der drohenden Zerstörung als Staat und als Zivilisation zu bewahren.

Nach außen hin erklärten einige linke Bewegungen und kommunistische Parteien das Vorgehen Russlands als Aggression und folgten dabei blind den Buchstaben des Marxismus-Leninismus. Der EGB ist mit dieser Interpretation des russischen Vorgehens kategorisch nicht einverstanden und argumentiert, dass Russland trotz der offensichtlichen "Invasion" seines Militärs in ukrainisches Gebiet defensiv handelt!

Die Behauptung, Russlands Vorgehen in der Ukraine sei imperialistischer Natur, hält keiner Kritik stand, die gegen Russland vorgebracht wird und bestenfalls eine neutrale Haltung und schlimmstenfalls den Wunsch nach Russlands Niederlage zulässt.

Die Behauptung, die Ziele der gegenwärtigen Militäroperation stünden im Widerspruch zu den Interessen der arbeitenden Bevölkerung der Ukraine oder Russlands, die sich auf den imperialistischen Charakter der russischen Außenpolitik stützt, entbehrt jeder Grundlage. Russland handelt im Interesse der ukrainischen und der russischen arbeitenden Bevölkerung unter diesen besonderen historischen Bedingungen und im Rahmen einer besonderen militärischen Operation. Außerdem ist das Ziel nicht die Zersplitterung der Ukraine oder die Zerstörung der ukrainischen Staatlichkeit als solche.

Außerdem handelt Russland im Moment im Interesse der gesamten fortschrittlichen Menschheit! Wir weisen erneut darauf hin, dass Russland zu einer militärischen Konfrontation mit den Vereinigten Staaten und der NATO auf dem Gebiet der Ukraine gezwungen wurde. Und die Niederlage der ersteren in dieser Konfrontation wird wieder zu einer unipolaren Welt führen, ungefähr die gleiche, die unmittelbar nach dem Zusammenbruch der UdSSR entstanden ist.

Daher wird ein erneuter Rückfall der ungeteilten und ungestraften Vorherrschaft der USA, des aggressivsten und reaktionärsten Staates aller imperialistischen Mächte, die Bedingungen für den Kampf der fortschrittlichen Kräfte drastisch verschlechtern und die Welt in eine neue Runde von Reaktion, Antikommunismus, Antisowjetismus und Russophobie stürzen.

Ein solches Ergebnis wird zu einem neuen Generalangriff auf die demokratischen Rechte und Freiheiten, auf die Rechte der Arbeitnehmer in der ganzen Welt und zu einem starken Erstarren der wütenden Nationalisten und Rechtsradikalen führen!

Auch die Aufgaben Chinas und anderer Länder auf dem Weg zur sozialistischen Entwicklung werden erheblich schwieriger werden.

Ein solches Ergebnis würde den Kräften des Kapitalismus für die nächsten Jahrzehnte erneut "Sauerstoff" geben und eine neue Krise der fortschrittlichen Kräfte verursachen. All die äußerst negativen Prozesse, die Anfang der 1990er Jahre als Folge der heimtückischen Zerstörung der UdSSR und des sozialistischen Lagers zu beobachten waren, werden sich weltweit wiederholen.

Russland ist, selbst in seiner jetzigen Form, ein ernsthaftes Hindernis für solche düsteren Veränderungen in der Weltpolitik und der Garant für eine multipolare Welt und relativ demokratische Bedingungen für den Kampf für Fortschritt und Sozialismus weltweit.

Die Frage ist: Ist es richtig, sich bestenfalls im Hintergrund zu halten und schlimmstenfalls eine eindeutig antirussische Haltung zu den Ereignissen in der Ukraine einzunehmen? Unsere Antwort ist nein!

Folglich unterstützt der EGB unmissverständlich das erklärte Ziel der Militäroperation - die Entmilitarisierung der Ukraine.

Es ist nicht nötig, ausführlich auf den offenkundig nationalistischen, reaktionären und pro-faschistischen Charakter des Kiewer Regimes einzugehen, das durch einen blutigen bewaffneten Putsch an die Macht gekommen ist. Auch nach dem Putsch hörte das Kiewer Regime nicht auf, in verschiedenen ukrainischen Städten und im Donbass zahlreiche Verbrechen gegen die eigene Bevölkerung zu begehen. Allein die blutigen Ereignisse von 2014 in Odessa reichen aus, um das Kiewer Regime unmissverständlich zu verurteilen und der Junta jegliche Unterstützung zu entziehen, auch bei der jetzt zu beobachtenden Konfrontation.

Die Kiewer Junta hat mit Unterstützung und Duldung des "demokratischen" Westens die Kommunistische Partei verboten, einen "Kreuzzug" gegen Kommunisten, Befürworter der Freundschaft mit dem russischen Volk und ihre Verbündeten organisiert und Andersdenkende einer ständigen Verfolgung bis hin zu Folter und physischer Zerstörung auf den Straßen der Stadt und in den Gefängnissen ausgesetzt. Im Gegensatz zum Westen haben Russland und seine Führung diese reaktionären Handlungen nicht unterstützt und ständig verurteilt.

In Anbetracht dieses Umstandes und unserer gemeinsamen großen und heldenhaften Geschichte des Kampfes gegen den Faschismus mit den Ukrainern erklärt Russland logischerweise die Notwendigkeit der "Entnazifizierung" und übernimmt einmal mehr zu Recht die Verantwortung, das brüderliche ukrainische Volk wieder vom Joch der ultranationalistischen Kräfte zu befreien.

Daher unterstützen wir auch das zweite Ziel der Operation - die Entnazifizierung der Ukraine - voll und ganz!

Wir bekunden unsere uneingeschränkte Solidarität mit den ukrainischen Werktätigen, Kommunisten und Linken der Ukraine im Kampf zur Befreiung des Landes vom nationalistischen Abschaum! Wir unterstützen alle fortschrittlichen Kräfte der Ukraine im Kampf für den Wiederaufbau einer neuen Ukraine, die die Tradition der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik würdig fortsetzt!

Kurz gesagt, in diesem kritischen Moment vertritt der PAC von Georgien die oben genannte unmissverständliche Position und ruft alle fortschrittlichen Kräfte der Welt auf, dieselbe klare Haltung einzunehmen.

Die SEKP ruft zu eindeutiger Unterstützung für Russland auf!

Das ZK der SEKP von Georgien.

Ungarische Arbeiterpartei

Rede der Ungarischen Arbeiterpartei am 28.05.2022

Quelle: <https://wap21.org/?p=1103>

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

Im Namen der Ungarischen Arbeiterpartei möchte ich euch für die Einladung danken.

Die heutige Konferenz ist von immenser Bedeutung. Politische Parteien und Organisationen aus verschiedenen Kontinenten können diskutieren, was der aktuelle Krieg in der Ukraine für die Menschen in Europa und Asien bedeutet.

Liebe Freunde,

ich möchte mit der Grundposition unserer Partei beginnen.

Dies ist der Krieg der USA gegen Russland. Das ist der Krieg der USA gegen die Volksrepublik China. Es ist der Krieg des Neoliberalismus um die Weltherrschaft.

Zunächst erleben wir einen strategischen Kampf zwischen Russland und den USA.

Die USA und die NATO haben sich seit Jahren auf einen Krieg gegen Russland vorbereitet. Erhebliche militärische Kräfte wurden in osteuropäischen Ländern stationiert. Die NATO bewaffnete die Ukraine. Sie unterstützte die nationalistische, faschistische Politik der ukrainischen Führung.

Der Westen hat den Krieg provoziert. Die Fakten belegen, dass die Ukraine die Vorbereitungen für einen Angriff auf Russland bereits abgeschlossen hat. Mit den Militäroperationen hat Russland die ukrainische Aggression verhindert.

Zweitens: Das Hauptziel des Krieges ist China. Trump wollte ein Abkommen mit China, aber zu von ihm diktierten Bedingungen. China hat dies abgelehnt. Biden hält China für den größten Feind und strebt einen totalen Krieg an.

Wenn Russland schwächelt, verliert China einen wichtigen Verbündeten, und dann wird es leichter sein, die chinesische Wirtschaftsexpansion einzudämmen, den chinesischen Traum zu zerstören und den Aufbau des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen zu behindern.

Drittens weiten die USA den Kampf des Neoliberalismus um die Weltherrschaft zu einem globalen Konflikt aus.

Es ist offensichtlich, dass die Stärke der USA schwindet. Wenn die Mehrheit der internationalen Gemeinschaft Frieden und Entwicklung als Hauptströmung beibehält, würde die Welt zu Multipolarität kommen. Wenn die Welt jedoch in einen neuen Kalten Krieg mit endlosen Konflikten und Spannungen eintritt, wird sich die Lebensdauer der US-Hegemonie verlängern,

Liebe Freunde,

ich komme aus einem mitteleuropäischen Land, Ungarn. Wir sind besorgt über die Folgen des Krieges auf der anderen Seite unserer Grenze.

Erstens kann Ungarn in einen Krieg gegen Russland verwickelt werden. Wir erinnern uns, was das bedeutet. Ungarn hat auf der Seite, die gegen Russland kämpfte, an zwei Weltkriegen teilgenommen.

Wir haben zwei Drittel des ungarischen Territoriums von 1914 und die Hälfte seiner Bevölkerung verloren. Den Rest wollen wir nicht verlieren.

Zweitens: Die Sanktionspolitik der Europäischen Union bedeutet wirtschaftlichen und politischen Selbstmord. Die EU ist schon jetzt nicht mehr ihr eigener Herr. Die EU schwimmt nur auf den von den Amerikanern aufgeworfenen Wellen. Sie traut sich nicht, in den Krieg zu ziehen, das könnte sie auch gar nicht, also führt sie einen Wirtschaftskrieg, schießt sich dabei aber auch selbst ins Knie. Die Folgen sind unschwer absehbar: dramatische Inflation, Massenarbeitslosigkeit, Massenarmut.

Drittens: Der Krieg verschärft die Krise der Europäischen Union. Wir glauben, dass die EU nicht reformiert werden kann. Das ist eine Illusion. Wir brauchen eine neue Art der Integration, die auf einer demokratischen und für alle Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit der europäischen Völker beruht. Wir sind Realisten: Wir wissen, dass große soziale Veränderungen stattfinden müssen, um dieses Ziel zu erreichen.

Genossinnen und Genossen,

Wir unterstützen ein Abkommen zwischen der EU und Russland. Dafür gibt es Möglichkeiten. Die Russen wollten nie Europa erobern. Nun, in den letzten drei Jahrhunderten haben die Russen dreimal Berlin eingenommen, aber nur um sicherzustellen, dass Europa Russland respektiert und seine Sicherheit nicht gefährdet.

Aber Amerika will nicht, dass dieses historische Abkommen zwischen der EU und Russland zustande kommt. Die USA unterstützen diejenigen, die bereit sind, die Interessen des liberalen Kapitals über die Interessen der europäischen Nationen zu stellen. Die USA unterstützen diejenigen, die Amerikas Vorherrschaft akzeptieren und in der Lage sind, sie ihrem eigenen Volk aufzuzwingen.

Der Krieg bedeutet enorme Profite für den Westen. Sie werden ihre alten Waffen los und die Rüstungsindustrie erhält neue Aufträge. Der Wiederaufbau nach dem Krieg wird dem amerikanischen und westeuropäischen Kapital enorme Gewinne bringen.

Liebe Freunde,

Der Krieg in der Ukraine hat enorme Auswirkungen auch auf die Zukunft Asiens.

Die offensichtlichste kurzfristige Auswirkung ist zunächst die auf die Wirtschaft.

Die Preise für Öl, Weizen und Mais sind in die Höhe geschneilt. Viele südostasiatische Länder, die von diesen Importen abhängig sind, wie Thailand, Vietnam und Singapur, haben Engpässe zu verzeichnen. Steigende Rohstoffpreise drohen die Erholung der südostasiatischen Länder von der Pandemie zu behindern, was zu einem erhöhten Risiko politischer und wirtschaftlicher Instabilität führt.

Zweitens hat der Krieg auf politischer Ebene bereits zu wachsenden politischen und militärischen Spannungen in Asien geführt.

Die USA nutzen den Krieg in der Ukraine zur Vorbereitung eines neuen Krieges, um den wachsenden politischen und wirtschaftlichen Einfluss Chinas zu stoppen.

Die USA betrachten den Sozialismus mit chinesischen Merkmalen als eine soziale und zivilisatorische Herausforderung für die USA und die westliche Welt im Allgemeinen, und sie wollen diese Herausforderung beseitigen.

Die USA wollen die asiatischen Länder in die bestehenden Militärblöcke integrieren und neue Blöcke schaffen.

Wie Sie wissen, hat Taiwans Außenminister Joseph Wu kürzlich erklärt: "Wir können die NATO noch nicht als Partner bezeichnen, aber es gibt zunehmend Gespräche zwischen Taiwan und der NATO. Wir sehen Potenzial für mehr Zusammenarbeit."

Japan und Südkorea sind besorgt über China und über ihre territoriale Souveränität und unterstützen die Vereinigten Staaten bei der Verurteilung Russlands.

Vietnam und Indien verzichteten darauf, Russland bei den Vereinten Nationen zu verurteilen, und sie werden den Krieg der USA gegen Russland nicht unterstützen.

Kürzlich verpflichteten sich die USA und Südkorea, angesichts der so genannten provokativen Handlungen der Demokratischen Volksrepublik Korea die "Kampfbereitschaft" aufrechtzuerhalten und eng zusammenzuarbeiten. Beide Seiten kamen überein, die trilaterale Zusammenarbeit mit Japan und die breitere Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der USA und Südkoreas in der Region zu verstärken.

Imperialistische Kräfte können die Epidemie in der DVRK nutzen, um Druck auf die DVRK auszuüben und die Stabilität auf der koreanischen Halbinsel zu untergraben.

Der Krieg in der Ukraine ist derzeit geografisch auf Europa beschränkt. Selbst wenn er nicht auf Asien übergreift, muss man sich darüber im Klaren sein, dass die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Krieg schwerwiegende Folgen für Asien haben wird, umso größer ist, je länger er ohne Lösung andauert.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Frage ist: Was können wir tun?

Zunächst brauchen wir eine neue Ebene der politischen Interaktion, einschließlich Konferenzen, Diskussionen und gemeinsamer Aktionen. Dieser Krieg betrifft die Menschen von Paris bis Seoul. Wir unterstützen eine solche Zusammenarbeit von ganzem Herzen.

Zweitens: Wir sollten unsere Aktionen im Internet koordinieren. Leider können wir kein Gegengewicht zu den westlichen Medien bilden, aber wir sollten zusammenarbeiten, um unserer öffentlichen Meinung die Realität und die Wahrheit über den Krieg zu erklären. Wir müssen damit nicht morgen, sondern heute beginnen!

Drittens unterstützen wir die Globale Sicherheitsinitiative, die Präsident Xi Jinping bei der Eröffnungszereemonie der Jahreskonferenz 2022 des Boao Forums für Asien (BFA) in Boao vorgeschlagen hat.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Rede der Ungarischen Arbeiterpartei am 14.10.22

Quelle: <https://wap21.org/?p=158>

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

im Namen der Ungarischen Arbeiterpartei möchte ich euch für die Einladung danken. Ich möchte den Organisatoren unseres Treffens für ihre Gastfreundschaft und für die Erstellung des Dokuments *The Rising Tide of Global War and the Tasks of Antilmerialists* danken, dem unsere Partei voll und ganz zustimmt.

Das letzte Mal haben wir uns hier im Mai getroffen. Seit Mai hat sich die Situation nicht verbessert, sondern verschlechtert. Der Krieg gegen Russland ist noch nicht vorbei, und die USA bereiten sich jetzt auf einen langen Krieg vor, der Jahre dauern wird.

Die EU will nicht mit Russland verhandeln, und Ursula von der Leyen fordert den Kopf von Präsident Putin.

Ungarn ist nicht auf dem Weg aus dem Kriegssumpf, sondern hinein. Die ungarische Regierung geht immer mehr Verpflichtungen ein, die uns immer tiefer in den Sumpf ziehen.

Der Krieg ist noch nicht in Ungarn angekommen, aber wir spüren bereits die Folgen. Die Preise steigen ins Unermessliche. Im vergangenen Jahr stiegen die Preise insgesamt um 2,7 Prozent. In diesem Jahr sind sie um 15,6 Prozent gestiegen! Und wo ist das Ende des Jahres?

Genossinnen und Genossen!

Lasst uns klar sprechen! Die Vereinigten Staaten sind für den Krieg in der Ukraine verantwortlich.

Russland will nicht Amerika zerstören, Amerika will Russland zerstören.

Es ist nicht Putin, der Biden absetzen und anklagen will, sondern Biden, der den russischen Präsidenten stürzen und durch eine gehorsame Marionette im Dienste der USA ersetzen will.

Nicht Russland hat Soldaten an die amerikanischen Grenzen, nach Mexiko oder Kanada, gebracht, sondern Amerika nach Osteuropa, an die russischen Grenzen.

Es sind nicht russische Flugzeuge mit Atombomben an Bord, die an Amerikas Grenzen üben, sondern amerikanische Flugzeuge, die an den Grenzen von Belarus fliegen.

Es ist nicht Russland, das die Welt gegen die USA organisiert, sondern die USA, die neue Allianzen schaffen.

Amerika täuscht, trickst und vernichtet uns.

Gas ist in Europa 8-10 mal teurer als in den USA. In Europa wird das Heizen unerschwinglich, wir haben Angst vor kalten Wintern. Und die Amerikaner lachen sich ins Fäustchen. In Amerika muss man nicht sparen, man muss nicht frieren.

Wir leiden bereits unter den Folgen von Krieg, Inflation und hohen Preisen. Die Amerikaner leben in ihrer Welt. In den USA beträgt die Inflation 8,2 Prozent. In der EU ist sie auf über 10 Prozent angestiegen. In Ungarn 15,6, in Litauen 20 Prozent.

Die EU hat auf Druck der Amerikaner Sanktionen gegen Russland verhängt. Wir treiben keinen Handel mit Russland. Amerika treibt fröhlich Handel mit Russland und macht dabei Milliarden von Dollar Gewinn. Allein bis zum Juli dieses Jahres haben die USA russische Waren im Wert von fast 12 Milliarden Dollar gekauft. Und nicht nur irgendetwas! Holz, Aluminium, Stahl, Titan, Kernbrennstäbe.

Russische Schiffe und Lastwagen sind aus Europa verbannt. Zwischen Februar und Juli legten 3600 Schiffe mit russischen Waren an Bord in amerikanischen Häfen an.

Amerika hat uns Truppen, Flugzeuge, Panzer, Raketen und sogar Atombomben geschickt. In einem europäischen Krieg werden wir das erste Ziel sein. Und Amerika wird warten, bis wir vernichtet sind.

Denn im europäischen Krieg werden wir sterben. Unsere Städte werden in die Luft gesprengt werden. Unsere Wirtschaft wird zerstört werden.

Die NATO bereitet sich auf einen langen Krieg vor. Im April wurde in Ramstein ein Bündnis von Ländern zur Unterstützung der Ukraine gegründet. Ihr gehören jetzt mehr als fünfzig Länder an. Leider auch Ungarn!

Sie haben sich kürzlich darauf geeinigt, dass die Ukraine auf einen langen Krieg vorbereitet sein sollte. Aber gleichzeitig waren sie sich auch einig, dass die Rüstungsindustrie unserer Länder auf einen langen Krieg vorbereitet sein muss. Und dass unsere Bevölkerung nicht auf Proteste, nicht auf Demonstrationen, sondern auf die Bewältigung der steigenden Kosten vorbereitet werden muss - denn die Russen müssen um jeden Preis besiegt werden!

Auch die Staats- und Regierungschefs der EU reden vom Frieden, aber sie wollen den Krieg. Ursula von der Leyen sagte: Frieden wird es nur geben, wenn Putin besiegt und vor Gericht gestellt wird!

Die EU verhängt immer mehr Sanktionen gegen Russland, während die Sanktionen die europäische Wirtschaft und das Leben der Menschen in Europa zerstören.

Die EU dient nicht mehr uns, sie dient Amerika. Die EU-Führer haben uns an die USA verkauft, um ihr eigenes Überleben zu sichern.

Machen wir uns klar, dass Europa am Ende sein wird, wenn wir uns nicht ändern! Im Jahr 1918 traten die USA in den Ersten Weltkrieg ein. Europa lag in Trümmern, aber Amerika wurde erlöst.

Im Jahr 1945 lag Europa erneut in Trümmern. Und Amerika wurde reich und brach die Rolle Europas als Weltmacht endgültig. Jetzt bereitet sich Amerika auf den letzten Showdown vor. Sie wollen nicht ein unabhängiges Europa, sondern eine amerikanische Kolonie. Sie verwandeln Europa in ein Kosovo, in dem Amerika und die NATO die Herren sind.

Genossen,

Ungarn driftet in den Krieg. Die ungarische Regierung wiederholt immer wieder, dass wir uns aus dem Krieg heraushalten müssen. Aber was sehen wir in der Realität?

Die Regierung redet vom Frieden, aber am 25. Juli spricht Generalleutnant Romulusz Ruszin-Szendi, Befehlshaber der ungarischen Verteidigungskräfte, mit General Cavoli, Befehlshaber der NATO-Einsatzkräfte.

In Ungarn geben sich die amerikanischen und deutschen Generäle gegenseitig die Klinke in die Hand. Im Juni: Generalleutnant Laubenthal, stellvertretender Generalstabschef des deutschen Heeres. Am 6. August kommt General McGee, Kommandeur der 101. US-Luftlandedivision, zu Besuch. Am 11. August General Sollfrank, Chef des NATO-Verpflegungsdienstes (Food and Supply Service). Am 25. August General Weight, stellvertretender Leiter des Heeresverpflegungsamtes. Am 8. September General Zorn, Chef des Generalstabs des deutschen Heeres.

Warum kommen sie hierher? Wollen sie das ungarische Territorium? Wollen sie unsere finanziellen Mittel? Wollen sie Truppen für ihre Kriege?

Wir wissen es nicht! Die Regierung schweigt. Sie verbirgt alles vor uns, obwohl das ungarische Volk das Recht hat, es zu erfahren.

Die ungarische Regierung bereitet das Land weiterhin auf den Krieg vor. Im Juli wurde der Verteidigungsrat gegründet. Am 1. Oktober wird das Amt für Verteidigungsverwaltung eingerichtet. Bald darauf wird der ungarische Verteidigungsstab als unabhängige Organisation wiedererrichtet.

Es werden weiterhin Milliarden für die Aufrüstung der Verteidigungskräfte ausgegeben. In sechs Städten Ungarns, in Várpalota, Zalaegerszeg, Kaposvár, Kiskunfélegyháza, Nyírtelek und Gyula, werden in rasantem Tempo neue militärische Anlagen gebaut.

Die ungarische Regierung verfolgt eine zweiseitige Politik. Sie will sich mit den Russen gut stellen, aber sie unterstützt die Kriegspolitik der NATO, der USA und der EU in allen Bereichen.

Hat die albanische Bevölkerung im Kosovo das Recht auf Selbstbestimmung? Aber nicht die russisch besiedelten Gebiete der Ukraine?

Die Schaukelpolitik, ein bisschen hier und ein bisschen da, ist ein gerader Weg zum Krieg. Vor dem Ersten Weltkrieg war Ministerpräsident István Tisza gegen den Beitritt Ungarns, gab aber schließlich nach. Vor dem Zweiten Weltkrieg war Miklós Horthy gegen den Beitritt, gab aber schließlich nach. Das Ergebnis war ein Mal Trianon, ein zweites Mal Trianon. Wie viele Trianons wollen wir noch?

Frieden wird es nur auf eine Weise geben: wenn der Westen die Sicherheitsinteressen Russlands anerkennt und ein Abkommen mit Russland schließt.

Genossinnen und Genossen,

Unsere Partei sagt jetzt: Wir Ungarn sind nicht alle gleich, aber heute müssen wir gemeinsam handeln, Kommunisten, Konservative, Umweltschützer, Verfechter der auf der heiligen Krone basierenden Verfassung, alle.

Es ist sehr wichtig, dass seit Juli ein neues Kooperationsforum, Békeforum, das Friedensforum, in Ungarn gegründet wurde. Wir, die Arbeiterpartei, setzen uns dafür ein, dass das Friedensforum den Antikriegskräften hilft, zusammenzuarbeiten.

Die Teilnehmer des Friedensforums fordern:

Die Regierung soll handeln, um alle EU-Sanktionen aufzuheben und nicht für neue Sanktionen zu stimmen.

Die Regierung soll verlangen, dass die EU sofort Friedensgespräche mit Russland aufnimmt.

Ungarn ist ein Gefangener der NATO und der EU. Die Regierung glaubt naiv, dass die EU geändert werden kann. Sie lässt sich nicht ändern!

Es ist naiv zu hoffen, dass die NATO die Verteidigerin des Friedens sein wird. Die NATO war noch nie ein Verteidigungsbündnis, die NATO war immer eine aggressive, expansionistische Kraft. Und das ist sie auch jetzt.

Es reicht nicht aus, Nein zum Krieg zu sagen! Es reicht nicht aus, Frieden zu wollen! Wir müssen wissen, dass Krieg durch das System, in dem wir leben, verursacht und herbeigeführt wird. Der Krieg ist eine Folge des Kapitalismus.

Der Kapitalismus ist in der Krise. Das Kapital macht nicht mehr so viel Profit wie früher. Dann muss es nach Osten gehen und neue Märkte erobern. Aber im Osten ist das Kapital mit Russland zusammengestoßen. Wenn es nicht durch Erpressung, durch politischen Druck geht, dann lässt uns in den Krieg ziehen!

Das Kapital braucht Profit, viel Profit! Was macht große Profite? Die Kriegsindustrie! Die Kriegsindustrie ist der Ort, an dem das Geld des Staates ausgepresst werden muss! Aber dazu muss man die Bevölkerung überzeugen, dass der Krieg ein notwendiges Übel ist und sie besser leben wird.

Das Kapital braucht Profit! Lasst die Leute mehr zahlen, lasst uns die Preise erhöhen! Lasst uns Krieg haben, und alles kann im Namen des Krieges erhöht werden. Ist es teurer zu heizen, teurer zu beleuchten, teurer zu essen? Das Volk zahlt, die Kapitalisten werden reicher.

Wir fordern: Besteuert die Milliardäre! Nicht nur die Unternehmen, sondern die Milliardäre persönlich! Alle sollen die Last des Krieges mittragen!

Die Lösung für Ungarn besteht darin, die Herrschaft des Geldes abzulösen und eine Gesellschaft zu schaffen, die auf neuen Prinzipien beruht. Aber das ist eine Aufgabe für die Zukunft. Sagen wir heute Nein zum Krieg! Sagen wir Ja zu dem Abkommen mit Russland!

Sagen wir Nein zu den USA und der NATO! Sagen wir Ja zur Unabhängigkeit Ungarns und der Freiheit des ungarischen Volkes!

Genossinnen und Genossen!

Der Krieg in der Ukraine ist derzeit noch geographisch auf Europa beschränkt. Aber es ist wichtig zu verstehen, dass je länger er ohne Lösung andauert, desto wahrscheinlicher ist es, dass dieser Krieg ernste Konsequenzen für Asien haben wird.

Darüber hinaus werden immer häufiger Stimmen laut, die den Einsatz von Atomwaffen befürworten oder sogar damit drohen. Dies ist nicht mehr nur eine Bedrohung für Europa oder Asien, sondern für die gesamte Menschheit.

Wir wollen Frieden! Aber der Frieden kommt nicht von selbst, er muss erkämpft werden!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Erklärung der Ungarischen Arbeiterpartei

Quelle: <http://www.solidnet.org/article/Hungarian-WP-Statement-of-the-Hungarian-Workers-Party/>

Das, wovor die Ungarische Arbeiterpartei seit langem fast jeden Tag warnt, ist eingetreten. Der Krieg ist im östlichen Teil Europas ausgebrochen.

1. Es handelt sich nicht um einen russisch-ukrainischen Krieg, sondern um einen Krieg der NATO gegen Russland, zu dessen Etappen die derzeitigen Militäraktionen gehören. Vergessen wir nicht: Vor dem Beginn der russischen Militäroperationen hatte die ukrainische Armee das Gebiet der Volksrepubliken Luhansk und Donezk bereits acht Jahre lang beschossen.
Die Vereinigten Staaten, die NATO und die Europäische Union führen seit vielen Jahren einen Krieg gegen Russland. Die westliche Welt versucht, einen Ausweg aus der tiefen Krise zu finden, die seit 2008 andauert, indem sie neue Gebiete und neue Einflussphären erwirbt.
Seit 1990 hat sich die NATO fünfmal erweitert und ist dabei immer näher an Russland herangerückt. Dabei war es ihnen egal, dass sie Russlands nationale Interessen verletzen und seine Sicherheit gefährdeten.
Der Westen will Russland besiegen und es zu einem Diener westlicher Interessen machen, wie es in der Geschichte schon oft geschehen ist. Der Liberalismus strebt nach der Weltherrschaft, die nicht erreicht werden kann, solange in Russland ein anderes, aber erfolgreiches Modell des Kapitalismus vorherrscht.
2. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wählte der Westen die Ukraine als seine Hauptstütze aus. Die ukrainische Elite, die an die Macht kam, trieb das Volk ins Elend, plünderte und veruntreute das Land.

Im Jahr 2014 kamen offen faschistische, extremistische nationalistische Kräfte an die Macht. Die Verfolgung der Kommunisten, der Showdown mit der Opposition begann. Die Rechte der nationalen Minderheiten wurden mit Füßen getreten.

Die Ukraine wurde zu einem Stützpunkt für den Krieg gegen Russland und Belarus gemacht. Im Gegenzug duldet der Westen stillschweigend das Vorgehen ukrainischer Politiker und finanzierte das Neonazi-Regime.

Unter der Führung von Präsident Zelensky verschlechterte sich die innere Situation in der Ukraine weiter. Es wurde deutlich, dass die Ukraine nicht in der Lage ist, als unabhängiger Staat zu existieren. Und ein erheblicher Teil der Bevölkerung will nicht in einem solchen Land leben.

3. Für Russland machten die militärische Expansion der NATO in Osteuropa, die Zunahme der militärischen Konfrontation und der Putschversuch in Belarus deutlich, dass sich die NATO auf einen Krieg vorbereitet. Die NATO wollte einen Krieg, den die Ukrainer provozieren würden und in den die NATO notfalls eingreifen könnte.

In dieser Situation hielt Russland einen Angriff auf Russland für unvermeidlich und entschied sich für einen Präventivschlag. Dieser Prozess findet derzeit statt.

Russland ist von der NATO, den USA und der EU in diesen Krieg hineingezogen worden. Der Krieg wurde vom Westen provoziert, vom Westen vorbereitet, und nun will der Westen die Verantwortung auf Russland abwälzen.

Nicht Russland hat Soldaten nach Mexiko geschickt, sondern die Vereinigten Staaten nach Rumänien, Polen, Bulgarien und in die baltischen Staaten. Nicht Russland organisiert den Sturz beispielsweise der kanadischen Regierung, sondern die Vereinigten Staaten die Regierungen von Belarus und Russland.

Wir unterstützen die Einschätzung der Ereignisse durch die Kommunisten in Russland und Weißrussland. Der NATO-Krieg richtet sich gegen ihre Völker, gegen die Unabhängigkeit ihrer Länder.

4. Die Ungarische Arbeiterpartei verurteilt den Krieg und ruft zu einer friedlichen Lösung durch Verhandlungen auf. Wir verurteilen die Sanktionspolitik des Westens. Sanktionen führen zu nichts Gutem, sie schaffen nur neue Probleme.
5. Die Verantwortung für den Krieg liegt bei dem kapitalistischen System. Zwischen den kapitalistischen Kräften der Welt herrscht ein unerbittlicher Kampf um Absatzmärkte, um Ressourcen.

Ein dauerhaftes friedliches Zusammenleben der Völker wird nur der Sieg des Sozialismus auf der ganzen Welt bringen, und wir alle setzen uns dafür ein, dass dieser Sieg so schnell wie möglich eintritt.

6. Die Ungarische Arbeiterpartei fordert, dass sich Ungarn nicht an diesem Krieg beteiligt. Orbans Regierung sollte sich nicht von der NATO und der EU führen lassen! Wir verurteilen die unmissverständliche Unterstützung der ungarischen Regierung für die Maßnahmen der NATO und der EU, die nicht darauf abzielen, so schnell wie möglich Frieden zu schaffen, sondern die nationalistisch-faschistische ukrainische Führung zu unterstützen.

Russland hat Ungarn nie bedroht und hat auch heute nicht die Absicht, dies zu tun. Es gibt keinen Grund für die Stationierung ausländischer Truppen auf ungarischem Staatsgebiet. Wir sollten auch nicht zulassen, dass ausländische bewaffnete Einheiten und Waffen durch das ungarische Staatsgebiet transportiert werden.

Die Regierung sollte gegen die rücksichtslosen Forderungen einiger NATO-Länder vorgehen, die Ungarn in einen Krieg führen könnten. Statt Waffen und Sanktionen: Verhandlungen und Frieden, so schnell wie möglich!

Als Mitglied der NATO hat Ungarn nur einen begrenzten Handlungsspielraum. Das Land wäre heute nicht in einer solchen Situation, wenn es statt der Mitgliedschaft in der NATO, statt den Interessen der NATO zu dienen, die Neutralität wählen würde.

Präsidium der Ungarischen Arbeiterpartei

Arbeiterpartei Irlands (WPI)

Erklärung zur jüngsten Abspaltung von der Arbeiterpartei

Quelle: <https://workersparty.ie/statement-on-the-recent-split-from-the-workers-party/>

Der Arbeiterpartei ist bekannt, dass eine Gruppe ehemaliger Parteimitglieder am Wochenende eine Gründungskonferenz abgehalten und eine neue politische Organisation gegründet hat. Diese Gruppe hat versucht, den Namen unserer Partei für sich zu beanspruchen, ohne dass dies berechtigt wäre.

Es gibt jedoch nur eine Organisation, die den Namen Arbeiterpartei zu Recht trägt, und das ist unsere Organisation, in der 14 der 18 Mitglieder des Ard Comhairle, die auf dem letzten Ard Fheis der Partei gewählt wurden, sowie die große Mehrheit der aktiven Parteimitglieder und -gliederungen vertreten sind. Michael Donnelly bleibt der vom Ard Fheis 2019 gewählte Parteivorsitzende, und Michael McCorry ist der Generalsekretär der Partei.

Diese ehemaligen Mitglieder haben sich einen lächerlichen Vorwand für ihre Konferenz ausgedacht, um ihr den Anschein von Legitimität zu verleihen, was vom Ard Comhairle, dem obersten Führungsgremium der Partei zwischen den Ard Fheiseanna, laut Parteibuch abgelehnt wurde.

Die Gründung dieser neuen Organisation ist der bedauerliche Höhepunkt eines achtzehnmonatigen Streits, den der Ard Comhairle stets versucht hat, gütlich zu lösen. Wir bedauern daher zutiefst, dass sich unsere ehemaligen Parteigenossen in einer Zeit, in der die Arbeiterklasse mehr denn je Einheit und Organisation benötigt, für diesen Weg entschieden haben, wünschen ihnen aber alles Gute für ihre zukünftige politische Tätigkeit.

Ende 2014 wurde die Workers' Party in Dublin wiederbelebt. Die Organisation in diesem Gebiet hat in den letzten sechs Jahren einen bescheidenen, aber kontinuierlichen Zuwachs an Mitgliedern und Aktivitäten verzeichnet. Parteimitglieder in anderen Teilen des Landes, im Norden und im Süden, haben in den letzten Jahren versucht, die Partei auf eine ähnliche Strategie des Parteaufbaus in ihren Gebieten zu verpflichten. So bescheiden dies auch ist, so sollte es doch im Gegensatz zu dem völligen Positionsverlust unter der vorherigen Führung und dem anhaltenden Versagen des "Nordirland-Wirtschaftsausschusses" stehen, der außer der Veröffentlichung von fadenscheinigen Erklärungen alle vierzehn Tage keinerlei politische Aktivitäten entfaltet.

Der politische Hintergrund dieses Streits ist also die Unfähigkeit der Workers' Party, sich in den letzten 30 Jahren neu zu formieren. Trotz des Engagements und der tapferen Bemühungen der Parteimitglieder sowie langjähriger Parteiführer wie Sean Garland hatte die Partei bis vor wenigen Jahren Schwierigkeiten, ihren politischen Niedergang aufzuhalten, und hat sich zunehmend von denjenigen abgekoppelt, die sie vertreten will: der Arbeiterklasse.

Obwohl es viele Gründe für die Unfähigkeit gibt, sich zu erholen, wurde der Niedergang von der kleinen Fraktion übersehen, die jetzt ihre neue Organisation gegründet hat.

Infolge ihres langjährigen politischen Versagens verlor diese kleine Gruppe von Einzelpersonen auf dem letzten Ard Fheis 2019 ihren jahrzehntelangen Würgegriff und ihre Kontrolle über die Führungsgremien der Partei, da die Parteimitglieder sich dafür entschieden, eine Führung zu wählen, die der aktiven Beteiligung an Kampagnen und Themen, die die Menschen der Arbeiterklasse betreffen, Priorität einräumt, um die Partei wieder relevant zu machen. Diese neue Führung bestand sowohl aus neueren als auch aus langjährigen Mitgliedern aus allen Teilen des Landes, und es sollte angemerkt werden, dass die Mehrheit der Ard Comhairle-Mitglieder aus dem Norden, die auf dem Ard

Fheis 2019 gewählt wurden, bei der Workers' Party geblieben sind und sich gegen die Maßnahmen des Geschäftsausschusses stellen.

Leider hat diese kleine Gruppe von Einzelpersonen, anstatt ihren Bedenken über diesen Kontrollverlust mit demokratischen Mitteln nachzugehen, über ihre Basis im regionalen Gremium (Nordirischer Geschäftsausschuss) versucht, die Aktivitäten der Partei zu stören, insbesondere indem sie die erneuten Bemühungen der Mitglieder in Belfast, sich politisch zu engagieren, sabotierte und gleichzeitig sowohl die seit langem angesehenen als auch die neu hinzugekommenen Mitglieder dort zum Ausschluss brachte.

Dies gipfelte in der Weigerung des Geschäftsausschusses, irgendwelche Anweisungen des Ard Comhairle zu akzeptieren, was zunächst zu seiner eigenen Suspendierung und dann zu seiner Weigerung führte, seine Mitgliedschaft 2019 zu erneuern. Dies führte zu ihrem Austritt aus der Partei und schließlich zur Gründung ihrer eigenen Organisation an diesem Wochenende.

Bedauerlicherweise haben sich auch einige wenige Personen aus dem Süden mit dem Nordirischen Wirtschaftsausschuss verbündet und an der Gründungskonferenz ihrer neuen Organisation teilgenommen.

Dazu gehört Stadtrat Ted Tynan, der nicht mehr Mitglied der Workers' Party ist. Entgegen anderslautenden Gerüchten wurde Ted Tynan nicht von der Workers' Party ausgeschlossen. Vielmehr weigerte er sich trotz wiederholter Aufforderungen über Monate hinweg, sich als Parteimitglied registrieren zu lassen, gab gemeinsame Erklärungen mit dem Wirtschaftsausschuss ab und weigerte sich auch, eine Delegation des Ard Comhairle zu treffen, um diese Fragen zu erörtern, wiederum trotz wiederholter Aufforderungen an ihn.

Wir erkennen zwar die langjährige Mitgliedschaft von Ted Tynan und seinen jahrzehntelangen Beitrag zur Organisation an, aber es ist auch so, dass alle Mitglieder nach dem Parteibuch und der Satzung gleichbehandelt werden müssen und dass keine Einzelperson oder Gruppe von Einzelpersonen erwarten kann, dass sie aufgrund der Dauer ihrer früheren Mitgliedschaft oder ihrer Position anders behandelt wird.

Leider müssen wir feststellen, dass einige unserer ehemaligen Mitglieder versucht haben, die Arbeiterpartei zu beschuldigen, nationalistische Politik zu betreiben, um ihren Austritt aus unserer Organisation politisch zu rechtfertigen. Wir haben nicht die Absicht, uns auf einen sinnlosen Krieg der Worte in dieser Angelegenheit einzulassen, aber wir müssen diese Anschuldigung entschieden zurückweisen.

Die Workers' Party bleibt ihren langjährigen antisektiererischen Prinzipien und dem Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse verpflichtet. Wir glauben, dass der beste Weg, die aktuelle Debatte über die Verfassungsfrage in Irland voranzubringen, darin besteht, alle Seiten in einem neu gegründeten Bürgerforum zusammenzubringen, um einen gemeinsamen Weg nach vorn für alle Bürger dieser Insel zu schmieden. Unsere Mitglieder in Belfast haben sich in den letzten Wochen aktiv darum bemüht, die Spannungen an den Schnittstellen der Gemeinden in West- und Nordbelfast abzubauen.

Unsere Organisation bleibt den vereinigenden und antisektiererischen republikanischen Prinzipien von Wolfe Tone und Connolly verpflichtet, mit dem klaren Ziel, eine Alternative zum wirtschaftsfreundlichen Establishment zu bieten, das sowohl in der Gerichtsbarkeit als auch in Brüssel vorherrscht, ebenso wie zum britischen und US-amerikanischen Imperialismus, der jede Aussicht auf echte Souveränität für die irische Arbeiterklasse erstickt.

Wir bedauern zwar den Verlust einiger Parteimitglieder, aber die Workers' Party hat nach wie vor eine aktive, wachsende und politisch geeinte Mitgliedschaft, jung und alt, im Norden und im Süden, die sich

weiterhin der Aufgabe verschrieben hat, die Organisation als Partei der und für die Arbeiterklasse wiederaufzubauen.

Das Ard Comhairle der Arbeiterpartei

Beitrag der Arbeiterpartei Irlands zum 22. Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien (Der Teil der die Website behalten konnte)

Quelle: <http://www.solidnet.org/article/22nd-IMCWP-Contribution-by-the-Workers-Party-of-Ireland/>

Im Namen der irischen Arbeiterpartei möchte ich der Arbeitsgruppe und unseren Gastgebern, der Kommunistischen Partei Kubas, für die Organisation des 22. internationalen Treffens der kommunistischen und Arbeiterparteien danken.

Genossinnen und Genossen, in Anbetracht der ernsten und potenziell katastrophalen geopolitischen Lage ist es nur angemessen, dass das Thema dieses Treffens von internationaler Tragweite ist. Die kommunistische Bewegung ist notwendigerweise eine Antwort auf die Entwicklung des Kapitalismus, sowohl in seiner ursprünglichen Heimat Europa, als auch bei seiner Ausbreitung über den gesamten Globus. Als solche sind wir ein Zusammenschluss nationaler Parteien, die in Solidarität miteinander die Interessen der Arbeiterklasse als Ganzes vertreten.

Trotz der Rückschläge seit 1991 ist die sozialistische Alternative so notwendig wie eh und je, wenn die Menschheit eine echte Befreiung erreichen will. Denn im Gegensatz zur Rhetorik der Menschenrechte, die den ideologischen Hintergrund des modernen Liberalismus bildet, umfasst die Realität des modernen Kapitalismus Ungerechtigkeiten im Dienste der kapitalistischen Elite, z. B. die anhaltende Besetzung Palästinas, illegale Blockaden und Sanktionen gegen Kuba und Venezuela und nicht zuletzt die Unterstützung des offenen Nazismus in der Ukraine.

Auch wenn es letztlich das kapitalistische Produktionssystem selbst ist, das diese Ungerechtigkeiten hervorbringt, kommen wir nicht umhin, die Hauptverantwortlichen zu benennen, die das System der Akkumulation auf Kosten der arbeitenden Menschen auf der ganzen Welt vorantreiben.

Sie sind die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre engsten Verbündeten in der Anglo-Sphäre. Das macht ihre Rivalen nicht zu Engeln oder gar zu Agenten des Fortschritts. Aber es gibt keinen Vergleich zwischen der schmutzigen Bilanz Washingtons mit seinem Imperium der Lüge und der Zerstörung und irgendeinem anderen Staat, selbst einem nichtsozialistischen, wie es das heutige Russland ist.

Wie Lenin in seinen Polemiken gegen ultralinke Tendenzen immer wieder betonte, müssen wir uns der konkreten Realität des Kräfteverhältnisses stellen, wie es tatsächlich ist, und nicht nur als abstraktes System des Kapitalismus. Nur so können wir die schwachen Glieder in der Kette identifizieren, die angegriffen und gebrochen werden können. Die Realität ist, dass es die Vereinigten Staaten sind und nicht ihre Großmachtrivalen in Moskau oder Peking, die die Völker der Welt bedrohen und unterdrücken.

Weder Russland noch China sanktionieren, blockieren oder bedrohen Staaten, die mit Drittländern Handel treiben. Die Aggression geht in erster Linie von Washington aus, und die wissenschaftliche Analyse muss diese grundlegende Realität anerkennen.

In Bezug auf den aktuellen Konflikt in der Ukraine wiederholt die Arbeiterpartei unsere Forderung vom Februar dieses Jahres nach einer Einstellung der Feindseligkeiten und der Notwendigkeit einer internationalen Friedenskonferenz zwischen den europäischen Staaten zur friedlichen Beilegung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine.

In Wirklichkeit handelt es sich jedoch um mehr als einen lokal begrenzten Krieg zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine. Im Grunde handelt es sich um einen Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Russland, der sich in der Ukraine abspielt, die nach dem von den Nazis unterstützten Putsch von 2014 als Stellvertreterstaat der USA fungiert. Dementsprechend wird ein sinnvoller Frieden nur möglich sein, wenn entweder Russland oder die USA ihre Position entscheidend geschwächt sehen.

Keine Analyse der Weltlage kann ernsthaft die Behauptung vertreten, dass Russland oder China - die beiden verbleibenden Großmächte, die Washington nicht untergeordnet sind - auch nur annähernd die unablässige Aggressivität der USA an den Tag legen.

Die derzeitige russische Invasion in der Ukraine - denn darum handelt es sich - ist eindeutig ein Versuch, seine Position als tatsächlich souveräner Staat gegenüber einem naziverseuchten Pro-Washington-Regime zu bewahren, das 2014 verfassungswidrig installiert wurde. Wir müssen nicht so tun, als sei die Russische Föderation vom selben Kaliber wie die UdSSR: Sie ist natürlich ganz anders, aber ihre bloße Existenz als tatsächlich souveräner, von den USA unabhängiger Staat macht sie nicht nur zu einem Feind des Imperiums, sondern auch zu einem potenziellen Vektor für sozialistische Veränderungen, wenn die Kommunistische Partei dort die Macht zurückerobern kann.

Das Gleiche kann man von keinem westlichen Staat sagen, so sehr ist jeder Staat an das kapitalistische Weltsystem gekettet.

Der Krieg in Osteuropa verdient nicht nur unter ethischen Gesichtspunkten Aufmerksamkeit: Es gibt andere Tragödien, die sich in der ganzen Welt abspielen, vom Kongo bis zum Irak. Der Krieg ist so entscheidend für die Zukunft der Menschheit, weil er für den geopolitischen Konflikt und die Frage von Bedeutung ist, ob souveräne Staaten, die auch nur gemäßigt konservativ-patriotisch orientiert sind, geschweige denn revolutionär-sozialistisch, in der amerikanisch dominierten kapitalistischen Weltordnung toleriert werden.

Die Arbeiterpartei Irlands nimmt auch die gewaltigen Ströme antirussischer Propaganda zur Kenntnis, die im angloamerikanischen Raum entfesselt wurden, eine Propaganda, die als extremste Bigotterie verurteilt werden würde, wenn sie sich nicht gegen einen Feind der westlichen Bourgeoisie richten würde.

Im Grunde ist es der relative Niedergang der amerikanischen und europäischen Wirtschaftsmacht, der sie gezwungen hat, zu offeneren Mitteln der Beherrschung zu greifen. Ihr Ziel ist es, den Aufstieg rivalisierender Mächte gewaltsam zu verhindern, insbesondere wenn diese ein alternatives Modell der wirtschaftlichen Entwicklung anbieten. Daraus machen sie auch keinen Hehl: Seit 1992 ist dies die ausdrückliche Strategie des Pentagons.

Im Gegensatz zu der revolutionären Situation vor 100 Jahren sind die objektiven Bedingungen für die Entwicklung der Produktionskräfte für den Aufbau des Sozialismus äußerst günstig. Mit dem Aufkommen der Computertechnologie ist eine Planung in einem Umfang möglich, der für die vollständige Verwirklichung des Sozialismus notwendig ist. Was fehlt, ist eine revolutionäre sozialistische Bewegung, die die Kontrolle über die Staatsmacht in den fortschrittlichsten Ländern an sich reißen und die moderne Technologie nutzen kann, um zum Kommunismus vorzustoßen.

Der Aufbau des Sozialismus ist daher immer den weniger entwickelten Ländern überlassen worden, die per definitionem anfällig für Angriffe und Druck seitens der technologisch fortgeschritteneren kapitalistischen Staaten sind.

In Wirklichkeit ist es der amerikanischen kapitalistischen Ordnung seit 1991 gelungen, die westliche sozialistische Bewegung vollständig zu dominieren. Solange dies andauert, sind die Aussichten auf die

Entstehung eines Arbeiterstaates dort düster. Während ein entscheidender russischer Sieg nicht darauf abzielt, die Arbeiterbewegung irgendwo zu stärken, geschweige denn in den kapitalistischen Kernländern, würde allein der Akt einer amerikanischen Niederlage eine neue Ära für den Klassenkampf eröffnen, vergleichbar mit dem deutschen Sieg von 1871.

Aber es ist der fortgeschrittene Stand der Technik selbst, zusammen mit der Angst vor rivalisierenden Staaten, der die Kapitalistenklasse zu äußerster Aggression gegen jede Manifestation der Macht der Arbeiterklasse sowohl im Inland als auch in der Außenpolitik zwingt. Sie kämpfen für den Erhalt des Kapitalismus selbst - und damit für ihre eigene Macht.

Die anhaltende Verarmung der europäischen Arbeiterklasse spiegelt diese Dynamik wider. Die Verkrüppelung ihrer wichtigsten europäischen Verbündeten ist gleichzeitig ein geopolitischer Triumph für die Vereinigten Staaten und ein Vorbote der Zukunft für alle europäischen Arbeiter: zunehmende Armut und Ungleichheit.

Wir wissen, dass die dem kapitalistischen System innewohnende Dynamik eine ständig wachsende Ungleichheit ist, eine Dynamik, die durch starke Gewerkschaften und früher durch sozialdemokratische Regierungen gebremst - aber nicht gestoppt - werden kann. Doch seit 1991 wurden selbst diese Bremsen entfernt, und das System schreitet immer schneller in Richtung einer Ungleichheit voran, die seine eigene soziale Stabilität bedroht.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, den plötzlichen Anstieg der Identitätspolitik der so genannten Linken in den westlichen Staaten zu verstehen: Ihre Rolle besteht ganz einfach darin, eine Alternative zur historischen Arbeiterbewegung zu bieten. Diese Linke bedroht nicht den Kapitalismus oder stellt sich gar gegen die üblichen imperialistischen Abenteuer. Sie ist größtenteils der fortschrittliche Ausdruck der kosmopolitischen Fraktion der Kapitalistenklasse und steht als solche im Gegensatz zur sozialistischen Bewegung als Ganzes.

Die sozialistische Alternative darf sich nicht von den Sireengesängen der Menschenrechte betören lassen, die in der Praxis ein von der Bourgeoisie diktiertes Narrativ sind, um jede Aussicht auf kollektive Macht, die an ihre Stelle treten könnte, zu beseitigen. Die Arbeiterklasse kann den Kapitalismus nur überwinden, indem sie sich kollektiv für die Staatsmacht organisiert.

Die Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus hängen also von der Möglichkeit souveräner Staaten ab, nicht von nominell unabhängigen Ländern, die in Wirklichkeit Vasallen Washingtons sind. Dies ist die grundlegende Frage, um die es jetzt geht; alles andere, vom Klimawandel über den Atomkrieg bis hin zur einfachen Armut und wirtschaftlichen Entwicklung, hängt davon ab.

Die Arbeiterpartei Irlands bekennt sich daher erneut zur internationalen Arbeiterklasse, die in kommunistischen und Arbeiterparteien organisiert ist, als der Kraft, die in der Lage ist, eine Alternative zu kapitalistischer Ausbeutung, ethnischen Konflikten und imperialistischem Krieg anzuführen. Abschließend möchten wir uns noch einmal bei unseren Gastgebern und der Arbeitsgruppe für die Gelegenheit bedanken, unsere Genossen aus aller Welt zu treffen und sich mit ihnen auszutauschen.

Beitrag der Arbeiterpartei Irlands zum 22. Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien (des anderen Teils)

Quelle: <http://www.solidnet.org/article/22nd-IMCWP-Contribution-by-Workers-Party-of-Ireland/>

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Arbeiterpartei Irlands übermittelt den auf diesem 22. Internationalen Treffen versammelten kommunistischen und Arbeiterparteien Grüße und brüderliche Glückwünsche und dankt der Kommunistischen Partei Kubas für die Ausrichtung dieses wichtigen Treffens.

Solidarität mit Kuba

Unsere Partei bringt ihre Solidarität mit der Kommunistischen Partei Kubas und dem kubanischen Volk und der kubanischen Regierung angesichts der anhaltenden Provokationen und imperialistischen Aggressionen zum Ausdruck. Es gibt eine lange Geschichte imperialistischer Interventionen der USA in Kuba. Dazu gehören wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen, Sabotage, Attentatsversuche, Verleumdungen und Fehlinformationen, Invasionsversuche, verdeckte Aktionen und offene kriminelle Handlungen. Die US-Blockade ist die dauerhafteste Blockade der Geschichte und hat die kubanische Wirtschaft teuer zu stehen gekommen. Selbst während der weltweiten Pandemie verschärften die USA die Blockade auf grausame Weise. Die US-Regierung gibt Millionen für die Finanzierung antikubanischer Projekte aus, um die Revolution zu untergraben.

Trotz dieser Bemühungen hat die kubanische Revolution überlebt. Sie leistet weiterhin trotzigen Widerstand mit der Massenunterstützung des kubanischen Volkes und der internationalen Solidarität.

Trotz der jahrzehntelangen gefühllosen US-Blockade hat das revolutionäre Kuba seine Stärken in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Gleichstellung der Geschlechter, globale humanitäre Hilfe, Beschäftigung und Arbeitsrechte, Kultur, Kunst und Sport unter Beweis gestellt. Es ist ein starker Verfechter der Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels.

Die WPI verurteilt die Provokationen gegen Kuba, fordert ein sofortiges Ende der herzlosen Blockade und verteidigt das Recht des kubanischen Volkes, frei von imperialistischer Intervention zu sein.

Imperialistischer Krieg

Die Ausweitung und der Schutz des globalen Kapitalismus erfordern massive Militärausgaben. Die anhaltende Entwicklung des Militarismus und die Steigerung der militärischen Fähigkeiten, die Aufrechterhaltung enormer Streitkräfte und mächtiger Rüstungsindustrien, die Schaffung von Militärakademien zur Ausbildung der Elite der Klientelstaaten, die Einrichtung und Ausweitung ständiger Militärstützpunkte in der ganzen Welt - all das sind Ausdruck imperialistischer Aggression. Die USA stehen an der Spitze einer globalen Streitmacht, die in der Geschichte ohne Beispiel ist.

Die Schaffung neuer politisch-militärischer Blöcke wie AUKUS und die Ausweitung bestehender Blöcke wie der NATO sowie die Verhängung von Zwangsmaßnahmen gegen souveräne Staaten sind Angriffe auf das Recht der Völker, ihren eigenen Entwicklungsweg zu suchen.

Der Krieg in der Ukraine findet innerhalb eines bestimmten sozialen und politischen Rahmens statt. Er findet im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Konterrevolution in der UdSSR statt, woraufhin die USA, die EU und die NATO versuchten, ihren Einfluss nach Osten und an die Grenzen Russlands auszudehnen.

Im Jahr 2014 führte der von den USA unterstützte Putsch in der Ukraine zu einem fremdenfeindlichen Regime. Progressive politische Parteien wurden verboten, Maßnahmen zur Einschränkung der Aktivitäten von Gewerkschaften wurden ergriffen und es wurde versucht, das Recht der Arbeitnehmer auf Vereinigungsfreiheit einzuschränken. Russischsprachige Bürger wurden gezielt diskriminiert und in ihren sprachlichen und kulturellen Rechten angegriffen. Rechtsgerichtete, offen neonazistische Milizen durften offen agieren, und einige von ihnen wurden formell in die ukrainischen Streitkräfte integriert. Die neue Regierung war offen pro-NATO und befürwortete Atomwaffen. Die ukrainischen Streitkräfte beschossen rücksichtslos die Zivilbevölkerung im ukrainischen Donbass-Gebiet und verursachten

damit massives Leid und Verluste. Das Vorgehen des Regimes war gekennzeichnet durch eine arbeitnehmerfeindliche Politik, das Verbot von Parteien und Gewerkschaften und die Verhaftung von Kommunisten.

Die Handlungen des ukrainischen Regimes rechtfertigten nicht die russische Invasion in der Ukraine. Putin und Zelenski vertreten ihre Klasseninteressen. Die Völker der Ukraine und Russlands haben im letzten Jahrhundert zusammengelebt und gemeinsam gegen den Faschismus gekämpft. Jetzt werden die Ukraine und ihre Bewohner zerstört. Die Arbeiterklasse der Ukraine und Russlands zahlt den Preis für die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Blöcken. Angesichts des Drängens der EU, der NATO und der USA auf eine Eskalation besteht die ernste Gefahr einer allgemeineren militärischen Konfrontation.

Im Geiste des sozialistischen Internationalismus fordert die Arbeiterpartei Irlands ein Ende dieses Krieges und unterstützt die Bemühungen unserer Genossen in Russland und der Ukraine, die reaktionären Nationalismus und oligarchische Regierungen mit den Waffen der Klassenpolitik und des Internationalismus bekämpfen, um Arbeitermacht und Sozialismus als Lösung für den imperialistischen Krieg zu etablieren.

Wir fordern weltweiten Frieden, Abrüstung und ein Ende der Militärblöcke, sind uns aber bewusst, dass die Realität des Krieges allgegenwärtig ist, solange der Kapitalismus existiert. Der Kampf gegen die Entwicklung und den Einsatz von Massenvernichtungswaffen bleibt eine wesentliche Forderung im Kampf für den Weltfrieden, und es ist die Aufgabe der internationalen kommunistischen Bewegung, unsere Länder aus den imperialistischen Plänen und Bündnissen herauszulösen. In Irland wendet sich unsere Partei gegen die anhaltenden Versuche, die irische Neutralität zu untergraben, einschließlich der Zustimmung der irischen Regierung zur EU-Militärhilfe für die Ukraine und der Entschließung des Europäischen Parlaments, die den Beschluss der EU und der Mitgliedstaaten zur "Erhöhung der Militärhilfe für die Ukraine" ratifiziert und unterstützt.

Rechte der Arbeitnehmer und des Volkes

Die anhaltenden Auswirkungen von Covid-19, die durch jahrzehntelange Sparmaßnahmen verschärft wurden und während derer Millionen von Arbeitnehmern in der kapitalistischen Welt im Streben nach Profit Risiken ausgesetzt waren; extreme Wetterereignisse, die Dürren, Überschwemmungen, Waldbrände und Stürme verursachten, die die Armen und Ausgegrenzten unverhältnismäßig stark treffen; Armut im Inland und weltweit; Angriffe auf die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Arbeitnehmer und ihrer Familien; hohe Mieten, Obdachlosigkeit und Hunger sind ständige Erinnerungen an die Probleme, mit denen die Arbeiterklasse und die Völker der Welt weiterhin konfrontiert sind. Diese sind tief verwurzelt in dem anhaltenden Vordringen des Monopolkapitals in alle Bereiche der Wirtschaft und des sozialen Lebens.

In Irland leben Tausende von Menschen in Armut, und viele von ihnen sind die so genannten "Working Poor", die nicht in der Lage sind, ihre Familien zu ernähren, obwohl sie Arbeit haben. Vor allem Frauen müssen oft in schlecht bezahlten prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten. Alleinerziehende, vor allem Frauen, haben mit den höchsten Kinderbetreuungskosten in Europa zu kämpfen. Unsere Gesellschaft ist geprägt von massiver und allgegenwärtiger sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit, Ausbeutung und Unterdrückung, mit einem massiven Wohlstandsgefälle zwischen der Arbeiterklasse und denjenigen, die die wirtschaftlichen Ressourcen der Gesellschaft besitzen und kontrollieren.

Wohnen, Gesundheit, Bildung und soziale Dienste werden angegriffen, die Arbeit ist schlecht bezahlt, unsicher und prekär, die Löhne sind rückläufig. Die Errungenschaften und Errungenschaften, die von den Arbeitnehmern über Generationen hinweg erkämpft wurden, werden untergraben und rückgängig gemacht.

Die Kapitalistenklasse setzt ihre unerbittliche Privatisierungsagenda fort. Immer mehr wichtige Wirtschaftssektoren wie Bildung, Gesundheitswesen, Energie, Verkehr, Kommunikation, Wasser und staatliche Infrastrukturen sollen vom Staat in private Hände übergehen. Das lebenswichtige Gesundheits- und Sozialwesen ist unterfinanziert und steht unter ständigem Beschuss.

In Nordirland zieht sich das Sektierertum wie ein roter Faden durch das öffentliche und private Leben. Es ist im Regierungsapparat institutionalisiert. Es kann nur durch eine umfassende Kampagne gegen Sektierertum an allen Fronten bekämpft werden. Die verschiedenen nationalistischen Kräfte, orange und grün, sind entschlossen, ihre spaltende Agenda voranzutreiben und sind bereit, den Grundsatz der Einheit der Arbeiter und des Klassenkampfes zu opfern, um ihren kommunalen Zielen zu dienen.

Während die Arbeiter in Irland in großer Zahl auf die Straße gehen, um gegen die derzeitige Lebenshaltungskostenkrise zu protestieren, sind ein großer Teil der Bourgeoisie und ihre Verbündeten damit beschäftigt, spaltende und sektiererische bürgerlich-nationalistische Agenden (britisch und irisch) zu fördern, um zu versuchen, die Arbeiter vom Klassenkampf abzulenken.

Die Widersprüche des Kapitalismus haben sich auf der höchsten Stufe seiner Entwicklung extrem verschärft. Die Reaktion der Bourgeoisie, die gezwungen ist, Maßnahmen zu ergreifen, um ihre bedrohten Positionen zu stärken, besteht darin, brutale Sparmaßnahmen zu ergreifen, Arbeits-, Sozial- und demokratische Rechte anzugreifen, den Lebensstandard der arbeitenden Menschen zu untergraben, öffentliche Dienstleistungen zu demontieren und zu privatisieren, was die Ausbeutung erhöht und die Ungleichheit vertieft.

Diese Politik, die sich auf praktisch alle Lebensbereiche auswirkt - Beschäftigung, Sozialschutz, Gesundheit, Bildung und die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen - hat den arbeitenden Menschen einen schweren Schlag versetzt. Aber die Welt ist Zeuge der Mobilisierung und des Widerstands in Form von Streiks, Besetzungen, Massenkundgebungen und Protesten geworden, oft trotz staatlicher Gewalt und Unterdrückung.

Faschismus

Die wachsende Bedrohung durch den Faschismus erfordert eine Antwort. Der Faschismus existiert nicht isoliert vom Kapitalismus, er ist eine besondere Erscheinungsform des modernen Monopolkapitalismus unter bestimmten Bedingungen. Er wird durch den Kapitalismus geschaffen und ist ein Produkt des Kapitalismus. Er zielt nicht darauf ab, den Kapitalismus zu ersetzen, sondern versucht, die auf Ausbeutung basierende Gesellschaftsordnung zu erhalten. Er kann nur durch die vereinten Aktionen einer starken proletarischen Klassenkraft bekämpft und besiegt werden.

Anti-Kommunismus

Gleichzeitig gibt es einen wachsenden ideologischen Angriff, der eine bösartige antikommunistische Kampagne umfasst, die darauf abzielt, die Geschichte umzuschreiben und die Errungenschaften des sozialistischen Projekts auszulöschen. Der ideologische Kampf verschärft sich, und die aktuellen Entwicklungen schaffen neue Bedingungen für den Aufbau des Klassenbewusstseins und die Vorbereitung der Arbeiter auf den Kampf.

Unsere Partei steht in entschiedener Opposition zu jenen Kräften, einschließlich der Europäischen Union, die versuchen, die vielen Errungenschaften und Errungenschaften der Arbeiter im Sozialismus zu untergraben, zu verzerren oder zu schmälern, die versuchen, die Symbole und Parteien des Sozialismus zu zerstören, die das Gift des Antikommunismus fördern und die versuchen, die revolutionäre Kraft des wissenschaftlichen Sozialismus und des Klassenkampfes zu leugnen. Die Sowjetunion und die sozialistischen Länder haben die Gesellschaft für den Fortschritt des Proletariats organisiert, nicht für private Bereicherung oder Kapitalgewinn. Die Produktionsmittel befanden sich in

öffentlichem Besitz, und den Bürgern wurden Bildung, Arbeit, Wohnraum und medizinische Versorgung garantiert. Diese Errungenschaften müssen gewürdigt und verteidigt werden.

Die Umwelt

Die dringende Forderung nach Veränderungen, um den existenziellen Bedrohungen unseres Planeten zu begegnen, kann nur durch eine Änderung des Systems erfüllt werden. Auch wenn die aus der Gewinnmaximierung resultierende Überakkumulation die CO₂-Produktion, das Artensterben, die Entwaldung, die Versauerung der Ozeane und die Chancen künftiger globaler Pandemien erhöht, unternimmt das so genannte "Grüne Wachstum" keinen Versuch, das verantwortliche sozioökonomische System in Frage zu stellen. Der Klimawandel erfordert einen Systemwandel, und nur eine geplante, sozialistische Wirtschaft, die frei von den Verzerrungen des Marktes ist und die Bedürfnisse der Menschen und der Ökosysteme in den Vordergrund stellt, kann zu einer echten ökologischen Nachhaltigkeit führen.

Solidarität

In den letzten Wochen waren die Palästinenser in Jerusalem und im Westjordanland mit bewaffneten Siedlerangriffen, Militärinterventionen und Abriegelungen konfrontiert. Wir solidarisieren uns mit den gerechten Forderungen des palästinensischen Volkes, darunter die Beendigung der grausamen Belagerung und Blockade des Gazastreifens, der sofortige Rückzug der israelischen Besatzungsarmee und der Siedler aus den palästinensischen Gebieten, das Recht aller palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Häuser, die Freilassung der palästinensischen politischen Gefangenen und die Anerkennung eines palästinensischen Staates.

Wir sind solidarisch mit dem iranischen Volk, das derzeit einen mutigen Kampf gegen die herrschende theokratische Diktatur führt, mit dem venezolanischen Volk angesichts der Aggression und der Sanktionen, die vom US-amerikanischen und europäischen Imperialismus rechtswidrig verhängt wurden, und mit den Kämpfen und Forderungen der klassenbewussten venezolanischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Wir unterstützen die gerechten Kämpfe unserer Kolleginnen und Kollegen auf der ganzen Welt gegen Imperialismus, Ausbeutung und Unterdrückung.

Sozialismus ist die Zukunft

Die Arbeiterpartei Irlands blickt in die Zukunft, gestärkt durch die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, verpflichtet, das Prinzip des sozialistischen Internationalismus in konkrete Taten der Solidarität umzusetzen und das Plädoyer für den Sozialismus und die Arbeitermacht als die einzige vernünftige und humane Alternative zum barbarischen System des Kapitalismus zu artikulieren.

Die Arbeiterpartei Irlands begrüßt die in Havanna anwesenden Parteien und erkennt die fortdauernde Notwendigkeit des Klassenkampfes und einer geeinten Arbeiterklasse im Kampf für einen grundlegenden Wandel und eine sozialistische Transformation an, die nach wie vor dringend notwendig sind, für einen Bruch mit der gegenwärtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen kapitalistischen Ordnung und den Aufbau einer sozialistischen Welt, in der die Arbeiterklasse ihre eigene Zukunft kontrolliert.

Solidarität mit den kämpfenden Völkern.

Es lebe der sozialistische Internationalismus!

Kommunistische Partei (CP / Italien)

Gegen Krieg für den Frieden

Quelle: <https://ilpartitocomunista.it/contro-la-guerra-per-la-pace/>

Dies ist die offizielle Position der Kommunistischen Partei.

Genau aus diesem Grund sind wir gegen die gestern vom Ministerrat beschlossene Waffenlieferung an die Ukraine.

Man kann den Frieden nicht unterstützen, indem man Waffen schickt.

Die italienische Regierung muss sich daran erinnern, dass "Italien den Krieg ... als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten ablehnt", wie es in Artikel 11 unserer Verfassung heißt.

KEINE ITALIENISCHEN WAFFEN IN DIE UKRAINE!

Sozialistische Partei Lettlands (LSP)

Stoppt den Bruderkrieg zwischen dem russischen und dem ukrainischen Volk!

Quelle:

<https://www.facebook.com/socpartylv/posts/pfbid0qWrHj9X6CWBRrsYTCZPu9JDqAPAEqKf8bAnYrYPcbaADbn7jHMT5JgRY3Zwzzm7vl>

Der 24. Februar war ein tragisches Datum in der Geschichte der brüderlichen Völker Russlands und der Ukraine. Die beiden Völker, die Hand in Hand durch die schwersten Zeiten ihrer gemeinsamen Geschichte gegangen sind, die ein gemeinsames Land geschaffen haben, das sie gegen die Invasion der Hitlerhorden verteidigt haben, dass durch die europäischen Satelliten mehrfach verstärkt wurde und dass nach dem verheerenden Krieg ein in der Welt beispielloses wirtschaftliches, pädagogisches, wissenschaftliches und kulturelles Wachstum erreicht hat, sind in einen Bruderkrieg verwickelt worden.

Die Katastrophe hat sich nicht von selbst ereignet. Sie wurde lange und intensiv von denjenigen vorbereitet, die unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs den Anspruch ihrer Nationen auf die Vorherrschaft in der Weltordnung erhoben. Jahrzehnte der relativ friedlichen Koexistenz und des Wettbewerbs erwiesen sich als bloßer Deckmantel für die wahren Bestrebungen. Die 1946 in Fulton geäußerten Ideen wurden mühsam, aber stetig in konkrete Pläne umgesetzt. Auf dieser Grundlage skizzierte Z. Brzezinski, ehemaliger nationaler Sicherheitsberater des US-Präsidenten J. Carter, bereits in den 90er Jahren den Weg zur Sicherung der US-Vorherrschaft auf dem eurasischen Kontinent. Geopolitische Rache gegen Russland, das von der zusammengebrochenen UdSSR den Status eines Feindes der Vereinigten Staaten geerbt hatte, war beabsichtigt und wurde zu diesem Zweck vorbereitet. Eine notwendige Voraussetzung für eine solche Revanche war die Abtrennung der Ukraine von Russland und die Etablierung einer streng westlich orientierten Elite. "Ohne die Ukraine wird Russland aufhören, ein Imperium zu sein..." (Z. Brzezinski. "Premature Partnership".1994) Der Entwicklung dieser Ideen und Pläne sind eine Reihe von Büchern und Studien des einflussreichen Politikers gewidmet, die der Öffentlichkeit zugänglich sind.

Die Schlüsselrolle bei der Umsetzung der US-Strategie kommt dem Ausbau der NATO-Streitkräfte zu. Mit dem stetigen Vorrücken des Blocks direkt an die Grenzen Russlands und seiner offenbar bevorstehenden Expansion in die Ukraine haben die Beziehungen zwischen den beiden Nationen, nicht aber zwischen den Völkern, ein kritisch gefährliches Niveau erreicht. Der daraus resultierende Zusammenstoß hätte durch guten Willen und diplomatische Verhandlungen verhindert werden können. Aber der Kapitalismus löst seine brennendsten Widersprüche nur durch Krieg. Dies wurde einmal mehr bewiesen.

Die Sozialistische Partei Lettlands betrachtet die Ereignisse als die größte Tragödie des russischen und des ukrainischen Volkes. Schuld daran sind bestimmte politische Kreise, die im Interesse des transnationalen Kapitals nach uneingeschränkter Herrschaft streben.

Wir appellieren an die Russen und Ukrainer, die innerhalb und außerhalb ihres Landes leben oder sich dort aufhalten, Besonnenheit und brüderliches Mitgefühl füreinander zu bewahren. Wir unterstützen aufrichtig Ihre Forderung, dass Ihre Politiker dem Brudermord sofort ein Ende setzen, die betrügerischen Ratschläge von außen zurückweisen und zu den großen und kreativen gemeinsamen Wurzeln Ihrer Nationen zurückkehren.

Vorstand der Sozialistischen Partei Lettlands

Sozialistische Partei (SP bzw. SPF / Litauen)

Ukrainische Tragödie

Quelle: <http://web.archive.org/web/20220816194950/https://www.socpartija.lt/ukrainos-tragedija/>

Der russische Präsident Wladimir Putin kündigt eine Militäroperation in der Ukraine an, die auf die Verteidigung der Volksrepubliken im Donbass sowie auf die Entnazifizierung und Entmilitarisierung des ukrainischen Territoriums abzielt. Das russische Verteidigungsministerium erklärte, dass hochpräzise Waffen eingesetzt wurden, um die ukrainische militärische Infrastruktur zu zerstören. Diesem ging am 21. Februar die folgende Meldung voraus. Am 21. Februar unterzeichnete Putin Dekrete zur Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Die Mehrheit der Bevölkerung dort ist russisch, ein Drittel davon ist auch Staatsbürger der Russischen Föderation. Vor der Bekanntgabe dieser Entscheidung wandte er sich öffentlich an die russische Bevölkerung mit einem langen Überblick über die russisch-ukrainische Geschichte, der zwar eine Reihe antikommunistischer und aus dem Zusammenhang gerissener Äußerungen enthielt, aber im Grunde eine völlig ausreichende Beschreibung der heutigen Ukraine lieferte.

Nach diesen Entscheidungen begann die Agonie des pro-nazistischen Kiewer Post-Maidan-Regimes. Die USA und ihre europäischen Satelliten, einschließlich der in Litauen herrschenden pro-amerikanischen politischen "Elite", erlitten eine vernichtende Niederlage. Der Westen, der in der vergangenen Zeit einen globalen Informationsterror gegen die ganze Welt geführt hat, hat eine Niederlage erlitten. Die enge Abstimmung zwischen den militärischen Provokationen des Kiewer Regimes und der Informationsaggression des Westens war offensichtlich. Die Forderungen Russlands nach schriftlichen Sicherheitsgarantien im Zusammenhang mit der Osterweiterung der NATO wurden von den USA ignoriert.

Jetzt wird es zweifellos eine neue Welle der Propagandahysterie und der Wirtschaftssanktionen gegen Russland mit neuen Anschuldigungen und antirussischen Äußerungen geben. Aber, wie man so schön sagt, ein Löffelchen am Nachmittag. Auch das wahre Gesicht einiger unserer nicht systemtreuen "Oppositionellen" wird zum Vorschein kommen. Die Behörden werden auch versuchen, das "Unrecht", das sie erlitten haben, zumindest teilweise wiedergutzumachen. Dies wird jedoch nur eine vorübergehende Konsolidierung aller Konservativen sein. Der Wind der Geschichte weht immer heftiger. Und zwar nicht zu ihren Gunsten.

All diese Entwicklungen sind das Ergebnis der Situation an der Grenze zwischen der Ukraine und den Donbass-Republicen, die in den letzten Wochen erheblich eskaliert ist. Die ukrainischen Truppen haben ihren Beschuss der Volksrepubliken Donezk und Lugansk erheblich verstärkt und ihre Ablenkungsmanöver und Terroranschläge auf deren Gebiet intensiviert. Aus beiden Republicen wurden Massenevakuierungen von Kindern, Frauen und älteren Menschen durchgeführt. Russland hat über 60 000 Flüchtlinge auf seinem Territorium aufgenommen und beabsichtigt, über eine Million Menschen aufzunehmen. In Donezk und Lugansk wurde durch den Beschuss die Wasser- und Gasversorgung unterbrochen. In der Region drohte eine humanitäre Katastrophe.

Der Grund für die Krise ist, dass die Marionetten der Kiewer Führung, die in Washington sitzen, an ihrem Wunsch festgehalten haben, ein Massaker im Donbass zu veranstalten. Sie waren bereit, ein weiteres großes Blutbad im Donbass zu veranstalten, um ihre geopolitischen Aufgaben zu lösen.

Heute scheinen all diejenigen, die routinemäßig Russland die Schuld geben, die ganze Zeit über die provokativen Aktionen des offiziellen Kiew "übersehen" zu haben. Gleichzeitig haben sie die Tatsache der schrittweisen Banderolierung der Ukraine und der Abschaffung demokratischer Mechanismen

ignoriert. In der Ukraine, die sich auf dem Weg nach "Europa" befindet, wurden regierungsfeindliche Fernsehsender geschlossen, Oppositionelle verfolgt, Andersdenkende verfolgt, eine barbarische "Entkommunisierung" durchgeführt sowie Russophobie und die Ausgrenzung der Bevölkerung gefördert. Nach dem verfassungswidrigen Putsch von 2014 haben aggressive pro-nazistische Kräfte die reale Politik auf ukrainischem Gebiet diktiert. Als Vertreter einer absoluten terroristischen Minderheit haben sie der ukrainischen Bevölkerung und den Regierungsvertretern Angst eingeflößt und ihre eigenen Verhaltensregeln aufgestellt. Diese Tatsache erklärt den politischen Wandel von Vladyimir Zelensky. Von den Ukrainern als Präsident für den Frieden im Donbass und die Normalisierung der Beziehungen zu Russland gewählt, ist er zur Geisel und zum Dirigenten einer Politik geworden, die dem direkt entgegengesetzt ist. In der Ukraine selbst hat man ihn bereits als "blutigen Clown" bezeichnet.

Das Ziel der USA und der NATO ist nicht nur die endgültige politische und militärische Privatisierung der Ukraine und das Ausbluten Russlands. Gleichzeitig wurde ein globalistisches Projekt verfolgt, um das wirtschaftliche Potenzial der Europäischen Union und ihren Einfluss in der modernen Welt zu untergraben. Der Krieg in Mitteleuropa, die verschärften Sanktionen gegen Russland und der Rückgang der Wirtschaftstätigkeit in der EU würden die Wettbewerbsfähigkeit der USA erhöhen. Die amerikanischen Globalisten haben es sich nicht zur Aufgabe gemacht, die Ukraine zu schützen, sondern die tiefe Krise des globalen Kapitalismus auf Kosten der Ukraine und ihrer anderen Satelliten zu überwinden. Für sie ist es von entscheidender Bedeutung, die wirtschaftlichen Vorteile einer Torpedierung der Nord Stream 2-Pipeline zu nutzen und die EU-Wirtschaft an die Nadel des teuren Flüssiggases zu hängen. Dies ist der wahre Hintergrund der aktuellen ukrainischen Tragödie. Im globalen Wettbewerb mit China und Russland hat sich der geschwächte "Hegemon" daran gemacht, seine eigenen Probleme zu lösen, indem er das wirtschaftliche Potenzial selbst seiner Verbündeten schwächt. Angesichts einer solchen Entwicklung wäre es höchste Zeit, dass die litauischen Behörden ernsthaft über ihr eigenes Schicksal und das ihres Landes nachdenken. Leider wird sie dazu nicht in der Lage sein. Nur neue Menschen und ein neuer politischer Kurs können Litauen vor dem Untergang der westlichen Titanic retten.

Das litauische Volk sollte darüber nachdenken, inwieweit die Verantwortung für die Tragödie in der Ukraine bei der "Elite" liegt, die die Kontrolle über Litauen übernommen hat und die Ukraine seit dem Maidan-Putsch 2014 immer weiter in die jetzige Situation getrieben hat. Es gibt viele Ähnlichkeiten zwischen den politischen Clans des scheiternden Kiew und Vilnius. Es ist klar, dass die US-geführten und russophoben Regime in unserer Region dem Untergang geweiht sind.

Informationszentrum der SP

Ideologie oder Tod

Quelle: <http://web.archive.org/web/20220816185104/https://www.socpartija.lt/ideologija-arba-mirtis/>

Kommentar des Übersetzers [der SP]: Während die Militäraktionen in der Ukraine fortgesetzt werden, wird die reale, tiefgreifende Konfrontation zwischen Russland und dem "kollektiven Westen" deutlicher denn je. Zumindest bedeutet dies einen neuen Kalten Krieg für das 21. In diesem Zusammenhang stellt Russland zweifellos das Haupthindernis für die endgültige Vorherrschaft der Globalisten und damit der Kräfte des Bösen und der Finsternis in der Welt dar. Aber anders als im ersten Kalten Krieg (den es verloren hat), hat Russland diesmal weder ein alternatives System zum Westen noch eine Ideologie im Allgemeinen. Und das wird auf lange Sicht, selbst wenn die russischen Truppen am Ende der Sonderoperation in der Ukraine siegreich sind, zur Niederlage Russlands und damit zur Niederlage der Menschheit führen. Die Frage nach einer alternativen Ideologie ist daher eine Frage von Leben und Tod. Nun, unter diesem Gesichtspunkt müssen wir die sowjetische Erfahrung und

damit auch den Marxismus und den Kommunismus berücksichtigen. Denn hierin lag der wirklich alternative Weg der menschlichen Entwicklung zum Kapitalismus, den die Sowjetunion tatsächlich verkörperte. Vor diesem Hintergrund reflektiert der russische Philosoph und Führer der "Essenz der Zeit"-Bewegung, Sergei Kurginian (geb. 1949), über die Notwendigkeit einer alternativen Ideologie als neues linkes/rotes Projekt und formuliert eine Alternative: entweder Ideologie oder Tod...

Kristofer Voiska, 2022-06-09

Ich bin der festen Überzeugung, dass das postsowjetische Russland in seinem derzeitigen Zustand in der Lage sein wird, die Spekulationsoperation in der Ukraine bis zum Ende durchzuführen, vorausgesetzt natürlich, dass es nicht zu besonderen Missverständnissen bei den Eliten kommt. Aber ich bin auch der festen Überzeugung, dass dieses Russland in einem langfristigen Konflikt mit dem kollektiven Westen nicht überleben kann, ohne die Fähigkeit zu einer umfassenden ideologischen Mobilisierung zu erlangen, und dass eine solche Mobilisierung unmöglich ist, wenn alle bestehenden Tendenzen und Institute bestehen bleiben.

Eine ideologische Mobilisierung ist nur in einem völlig neuen Russland möglich. Können diejenigen, die das moderne Russland geschaffen haben, es auch radikal umgestalten, d.h. etwas mehr tun als eine herkömmliche Revolution von oben? Die Chancen dafür sind äußerst gering. Und abgesehen von diesen kleinen Chancen ist es möglich, bei einer Spekulationsoperation zu gewinnen, aber die große, lange Konfrontation zu verlieren, die der Westen uns auf jeden Fall auferlegen wird, egal wie die Spekulationsoperation ausgeht. Und stattdessen...

Am 17. Mai 2022 informiert uns TASS, dass "Russland bereits seine eigene Ideologie hat, die den Willen zur Verteidigung seiner Interessen und einen gesunden Patriotismus beinhaltet". Dies erklärte der Sprecher des Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Peskow, auf dem von der Gesellschaft "Wissen" organisierten Bildungsmarathon "Neue Horizonte" auf die Frage, ob in der Russischen Föderation nun eine neue Ideologie geschaffen werden solle. "Ist die Stimmung, die heute unsere Gesellschaft beherrscht, nicht eine Ideologie? Ist der gesunde Patriotismus, der in unserem Land vorherrscht, nicht eine Ideologie? Ist der Wunsch, die eigenen Interessen zu verteidigen, nicht eine Ideologie?" - Peskow beantwortete die ihm gestellten Fragen laut TASS mit den Worten: "Ist das nicht eine Ideologie? Aus meiner Sicht ist es eine Ideologie. Und die gibt es hier bereits".

Die Erklärung Peskows kann auf verschiedene Weise interpretiert werden.

Erstens als einfache menschliche Reaktion auf die in der Luft liegende Idee, dass der Staat sich die Ideologie aneignen sollte, die er braucht, nämlich eine Staatsideologie, d.h. eine Ideologie, die für alle verbindlich ist und die in der Verfassung der Russischen Föderation verankert ist. Dmitri Sergejewitsch Peskow ist viel jünger als ich - er ist jetzt 54 Jahre alt - und er war zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der Staatsideologie des Kommunismus etwas über zwanzig Jahre alt. Er hat also die Früchte der staatskommunistischen Ideologie in homöopathischen Dosen zu sich genommen. Aber das reichte ihm, und ich wurde sozusagen mit einem vollen Programm gefüttert. Und ich weiß, was es ist. Es ist wie die Mumie von Suslov in Gestalt des Hauptideologen des Zentralkomitees der KPdSU und zugleich des grauen Kardinals der Partei.

Die mir bekannten Vertreter der damaligen Linken, die noch nicht zum verfluchten Trotzismus der neokommunistischen Bewegungen verkommen waren, bezeichneten Suslov selbstbewusst als den "Mörder des kommunistischen Sinns". Im ersten Jahr des Instituts für Geo-Intelligenz, in das ich 1967 eintrat, wurde uns die Geschichte der KPdSU von einem ehemaligen Frontmann beigebracht. Ein Mann, der anscheinend recht vornehm war, der aber wusste, dass in Sachen Ideologie, wie das Sprichwort sagt: "Ein Schritt nach links, ein Schritt nach rechts - sie schießen ohne Vorwarnung", ich war schließlich mit jugendlicher Erregung in alle Richtungen gegangen. Da der Grenzer sich zuvor mit

meinem Vater (der ihm aufgrund seiner Verdienste an der Front sehr geholfen hatte) verteidigt hatte, beschwerte er sich zunächst bei meinem Vater. Und mein Vater sagte es mir: "Haben Sie keinen anderen Ort gefunden, um eine ideologische Diskussion zu führen? Sie sollten sich an das KMU Istfak oder an die Philosophie wenden. Warum quälen Sie diesen angesehenen Mann mit Fragen, die seine Kompetenz übersteigen? Und die, so leid es mir tut, über seinen geistigen Entwicklungsstand hinausgehen? Versetzen Sie sich in seine Lage und nutzen Sie das Institut, das Sie betreten haben, um andere Kenntnisse als die der Geisteswissenschaften zu erwerben. Dieses Institut ist für geisteswissenschaftliches Wissen nicht geeignet". Nach all dem fügte der Vater hinzu: "Geschichte ist immer ideologisch, und die Geschichte der Partei ist etwas, das stark nach zweideutigem Obskurantismus riecht."

Mit diesen Worten ging mein Vater zur Arbeit. Und meine Mutter erzählte mir lächelnd, wie mein Vater nach der Auflösung des Pädagogischen Instituts in Zagorsk, dessen Vizedirektor er gewesen war, eine Stelle in Moskau suchte. Und dann", sagt meine Mutter, "weckt er mich mitten in der Nacht - weil er ein Bad nimmt, er schläft nicht. Ich frage ihn: "Warum bist du wach? Er antwortet: "Mir wurde eine Stelle bei der SME angeboten. Ich sage: "Das ist gut. Und mein Vater seufzt und sagt: "Ja, man hat mir eine Stelle in der Abteilung für Parteigeschichte angeboten. Und ich will das Angebot nicht annehmen, auch wenn es materiell mehr als angesehen ist. "Nun, akzeptiere es nicht", sagte die Mutter, "und hör auf, herumzuzappeln. "Der Vater, sagte die Mutter, schlief dann sofort in den Schlaf seines Babys ein. Kurz nachdem er ein verlockendes Angebot der MVU abgelehnt hatte, wurde er außerordentlicher Professor für moderne und zeitgenössische Geschichte an der MSPI. "Sie sind eine ganz besondere Kaste - diejenigen, die sich bereit erklären, Parteigeschichte zu lehren", sagte meine Mutter zu mir, wohl wissend, dass ich der Aufforderung meines Vaters, den Dozenten, mit dem er als Spitzenkandidat sympathisierte, zu verschonen, nicht nachkommen würde, und dass ich weiter nach Ärger suchen würde. Und so geschah es.

Zwei Wochen später besuchte der Leiter der Geschichtsabteilung der Partei einen Kurs desselben Spitzenkandidaten. Als er das Klassenzimmer betrat, sprach er mich sofort an und nannte mich Genosse Kurginian. Und er bat den Genossen Kurginian um eine rasche Antwort auf die Frage, was genau Wladimir Iljitsch Lenin in Absatz 8 seines Werkes "Zum Gedenken an Gertsen" gesagt habe. Ich kannte diese hervorragende Arbeit auswendig - ich mochte die Art und Weise, wie sie geschrieben war. Und ich sagte zum Leiter der Abteilung für Parteigeschichte: "Alle diese Punkte 7 und 8 stehen in der Chrestomatik, aber in Lenins Werk selbst gibt es keine." Daraufhin sagte mir der Leiter der Abteilung, dass ich die Materie nicht ausreichend kenne und dass ich versuche, das notwendige positive Wissen durch philosophische Überlegungen zweifelhafter Natur zu ersetzen. Er sagte es sehr deutlich. Ich reagierte ebenso scharf und las ihm einfach das gesamte Werk Lenins aus dem Gedächtnis vor, an das ich mich noch fünfzig Jahre später erinnere. Das Oberhaupt der Kathedrale befand sich in einer misslichen Lage. Er kündigte eine fünfzehnminütige Pause an und sagte zu mir: "Ich kenne Ihren Vater gut und ich respektiere ihn sehr. Aus irgendeinem Grund sind Sie nicht an die Fakultät für Geschichte gegangen, sondern an die MGHI. Und hier werden Ihnen Ihre ideologischen Überlegungen und historischen Exkurse keinen Erfolg bringen. Und außerdem wird es Ihnen große Unannehmlichkeiten bereiten. Jemand beschwert sich beim KGB über Sie, ruft uns an und fragt, wer wer ist. Warum brauchen Sie solche Abenteuer? Schließlich sind Sie der MGZI beigetreten. Lassen Sie sich von den Vorlesungen und Seminaren entschuldigen, und ich schreibe gleich fünf auf. Und Sie werden den Dozenten nicht foltern."

Dies geschah nicht in einem befehlenden Ton, sondern in einem sehr menschlichen Ton. Es war der Ton eines müden Mannes, der davon geträumt hatte, Geschichte zu machen, und der diesen Traum gegen einen Beruf eingetauscht hatte, der nichts mit Geschichte zu tun hatte. In der Stimme des Domkapitulars lag eine besondere Sehnsucht, wie die eines Frauenhelden, der zum Eunuchen im

Harem eines Sultans geworden ist. Irgendwie... habe ich das Angebot nicht angenommen. Ich habe den Unterricht besucht und die Prüfung mit einer Eins bestanden. Aber aus irgendeinem Grund habe ich mich für den Rest meines Lebens an diese Geschichte erinnert. Und ich kann verstehen, warum Dmitri Sergejewitsch Peskow nicht zu den Zeiten zurückkehren will, als solche Geschichten ein bezahltes idiotisches Beiwerk zur Staatsideologie des Sowjetstaates waren, die sich Kommunismus nannte. Ich will also nicht, dass ein gewöhnlicher Dozent meiner Enkelin erzählt, was mir der Leiter der Geschichtsabteilung der Partei sechzig Jahre zuvor erzählt hat? Natürlich weiß ich das nicht. Außerdem bin ich mir bewusst, dass der Staat und seine Beamten, wenn sie irgendeine Art von Staatsideologie säen, innerhalb von ein paar Jahren einen Hass auf diese Ideologie entwickeln. Die kommunistischen Dogmatiker haben dafür mehrere Jahrzehnte gebraucht.

Angesichts der Äußerungen von Peskow ist dies die erste Option.

Die zweite Option setzt voraus, dass wir uns mit der Frage nach dem Tod der so genannten Ideologie befassen. Vielen plausiblen Interpretationen zufolge starb die Ideologie als solche mit der Auflösung der klassischen Industriegesellschaft (in ihrer sowjetischen oder bürgerlichen Version). In dieser Behauptung steckt sowohl eine offensichtliche Verpflichtung der Theoretiker der Industriegesellschaft (denn, wenn sie vom Tod der Ideologie sprechen, müssen sie auch die kommunistische Ideologie sterben lassen) als auch eine gewisse Rationalität in Bezug auf die Rolle der Bedeutungen in der so genannten Konsumgesellschaft. Ich könnte der Behauptung widersprechen, dass die sowjetische kommunistische Gesellschaft nicht konsumorientiert war und nicht sein konnte. Ich antworte, dass dies nach und nach geschah, und zwar nach dem Willen von Suslow, Andropow und anderen Mitgliedern des Politbüros. Und es begann mit Chruschtschow. Der berühmte westliche Soziologe und Philosoph Erich Fromm bezeichnete diese Degeneration der kommunistischen Gesellschaft als den Triumph der Ideologie des "Gulaschkommunismus". Es war der Triumph dieser Abwandlung der kommunistischen Ideologie, der zum Zusammenbruch der UdSSR führte: Der wahre Kommunismus konnte dem Kapitalismus die Stirn bieten. Aber der Konsumkommunismus, d.h. der "Gulaschkommunismus", konnte der westlichen Konsumgesellschaft nicht standhalten. Das konnte und wollte sie nicht.

Die dritte Möglichkeit, die Rede von Peskow zu diskutieren, wirft die schmerzlichste Frage auf. Die Frage nach der Leichtigkeit, mit der sich die KPdSU von der politischen und ideologischen Weltbühne zurückgezogen hat. Schließlich hat die Sowjetunion den Nationalsozialismus besiegt. Und in diesem Sinne demonstrierte sie die Überlegenheit der kommunistischen Ideologie gegenüber der Nazi-Ideologie. Ist das nicht richtig? Es ist richtig. Aber die Nazis sind nicht auf allen Vieren in die Niederlage gerannt, sondern haben einen sehr effektiven Nazi-Nachkriegs-"Andergrund" geschaffen. Das war es, was den Kommunismus schließlich beendete. Und die KPdSU, die wie die Nazis von niemandem bedrängt wurde, konnte selbst relativ kleinen Rückschlägen nicht standhalten und zerfiel zu Staub. Kaum jemand wird diese Aussage mit dem Verweis auf Gennadi Andrejewitsch Ziuganow widerlegen wollen?

Was ist passiert? Welcher ideologische Fehler hat zu diesem Ergebnis geführt?

Wenn wir uns einer heftigen und langanhaltenden Konfrontation mit dem Westen stellen wollen, ist dies eine einfache Frage, die ehrlich beantwortet werden muss. Und das ist sowohl theoretisch als auch moralisch schwierig (letzteres ist das Schwierigste von allen). Denn es gibt und kann keine ehrliche Antwort geben ohne eine tiefgehende und offene Diskussion über das Problem des Menschen als solches. Wie kann man das in der modernen Gesellschaft diskutieren? Das ist im Rahmen der modernen Informationsspezifika kaum noch möglich. Vor nicht allzu langer Zeit erhielt ich einen Anruf von meinen geschätzten Fernsehfreunden, die mich baten, an einer Diskussion über die Nazi-

Tendenzen in Russland teilzunehmen, die angeblich die bekannte Zeitung New York Times beunruhigen. Und die er als Katalysator für die Nazifizierung von Putins Russland sieht.

Glücklicherweise hatte ich eine Reihe von dringenden Treffen genau zu dem Zeitpunkt vereinbart, als die Sendung ausgestrahlt werden sollte. Und ich musste meinen Kolleginnen und Kollegen nicht im Detail erklären, warum ich an einer Fernsehdebatte über ein umgangssprachliches Thema aus Prinzip nicht teilnehmen möchte. Für einen Fachmann im Allgemeinen und erst recht für einen Fachmann, der sich dem Bildungsfernsehen widmet, sollte es etwas geben, das in seiner Fachsprache diskutiert werden kann. Das heißt, man muss das Phänomen zunächst in dieser Sprache beschreiben, und dann kann man den Umfang, die Richtung usw. des Phänomens in dieser Sprache erörtern. Ich bestreite nicht, dass man in der Sprache unserer TV-Intellektuellen viel diskutieren kann. Das heißt, kurz gesagt, polemische Erwiderungen. Aber nicht alles kann in diesem Stil diskutiert werden.

Ich will keineswegs den langweiligen akademischen Diskurs heraufbeschwören, der noch unfähiger ist, wenn es um scharfe ideologische Fragen geht, sondern ich bin der Meinung, dass wir, egal wie dringlich die heiklen Themen sind, wie z.B. die Spekulationsoper in der Ukraine, sofort daran arbeiten sollten, eine andere Sprache zu schaffen, die es uns erlaubt, viel ernsthaftere und heiklere Themen zu diskutieren, ohne in langweiligen Akademismus zu verfallen, aber die Zahl derer, die dazu bereit sind, ist sehr gering. Und ein Staat, dessen unmittelbares Grundinteresse die volle Entfaltung dieser ist, ist sehr weit von den strategisch-konzeptionellen Fragen entfernt, die seinen Vertretern grundsätzlich fremd sind. Den Vertretern des Staates zu erklären, dass dies für sie schlecht ausgehen wird, ist irgendwie sogar beschämend. Man könnte sagen, dass Russland mit einem ausreichend aufgeheizten ideologischen Klima leben kann. Und dass der Tod der Ideologie zum Tod Russlands wird. Sie könnten Beispiele anführen, um dies zu erklären, das versuche ich immer. Wenn es um die Vorhersagen der New York Times über die mögliche Nazifizierung Russlands geht, zweifelt kaum jemand daran, dass diese Zeitung und ihre Herren alles getan haben, um sicherzustellen, dass dieselbe Nazifizierung in ihren verschiedenen Versionen möglich ist. Und dass die äußerst geringe Effizienz der amerikanischen Nazifizierung Russlands auf eine Reihe seltsamer Umstände zurückzuführen ist, die sie daran hindern, ihren Erfolg bei der Nazifizierung des Weimarer Deutschlands zu wiederholen.

Umstand Nr. 1: Der Sieg über den Nationalsozialismus und seine absolute Unantastbarkeit für die absolute Mehrheit der Bevölkerung.

Umstand Nr. 2: Stalins Aufstieg als russischer Führer mit georgischem Nachnamen und starkem kaukasischem Akzent. Nirgendwo sonst auf der Welt als in Russland gibt es einen derartigen Aufwärtstrend für eine ähnliche Figur. Ich möchte nicht über Russlands Internationalismus sprechen. Ich würde diesen Umstand eher als "unzerstörbaren imperialen Boden" bezeichnen, der das Wachstum nationalistischer Exzesse in einem objektiv multinationalen Land verhindert.

Umstand Nr. 3: Die lebendige und zugleich skeptische Neugier großer Teile der Bevölkerung auf verschiedene Arten von bedeutsamen und ideologischen Fragen: Russland ist immer noch zu lebendig und neugierig, um sich an den Haken der offensichtlichen Todesphilosophie des Nationalsozialismus in all seinen Abwandlungen zu hängen, was gewisse Hoffnungen weckt, die natürlich eher schwach sind, da sowohl die Lebendigkeit als auch die Neugier auf solche Fragen eindeutig unzureichend sind. Und es ist nicht klar, ob die Bevölkerung jemals begreifen wird, dass die Ideologie im gegenwärtigen Szenario keine Delikatesse für einige wenige ist, sondern eine Frage von Leben und Tod für alle, die heute auf unserem vom Westen verfluchten Territorium leben.

Ich persönlich habe all dies in der zehnten Klasse der Schule verstanden. Und selbst da hatte ich mein Weltbild schon klar formuliert. Und es war, dass die kommunistische Ideologie erschöpft ist, und wenn sie erschöpft ist, wird es eine welthistorische Katastrophe geben, die "der Zusammenbruch des

Sowjetsystems und des Sowjetstaates" genannt wird. 1966 war das Jahr. Ich ging mit meinen Freunden durch die Straßen Moskaus und diskutierte heftig über diese Position, argumentierte, dass sie sowohl weltanschaulich vollständig als auch wissenschaftlich fundiert sei, und so weiter. Meine Freunde hörten mir respektvoll, aber auch skeptisch zu, zum einen, weil damals der Sowjetismus in all seinen Formen absolut und unhinterfragt geäußert wurde, und zum anderen, weil sie mit den von mir geschilderten traurigen Umständen in keiner Weise persönlich in Verbindung standen. Nun, die Ideologie wird zusammenbrechen - na und? Das ist natürlich sehr schade. Noch schlimmer ist es, wenn der Staat versagt. Aber meine Freunde sahen keine Möglichkeit, sich persönlich dagegen zu wehren. Ich hingegen zog eine solche Möglichkeit ernsthaft in Betracht, da ich mich berufen fühlte, die kommunistische Ideologie zu erneuern und damit sowohl das System als auch den Staat zu retten.

Seitdem sind sechsfünfzig Jahre vergangen. Und ich habe den von mir eingeschlagenen Weg, der in der radikalen Erneuerung der kommunistischen Ideologie besteht, nicht ein einziges Mal aufgegeben, zunächst zur Rettung des bestehenden Staates und der bestehenden Ordnung, und dann zur Umwandlung des kapitalistischen Russlands in ein neues Rotes Reich, das heißt, In den 1960er und 1970er Jahren beschäftigte ich mich mit ideologischen Problemen nur im Rahmen des von mir geschaffenen informellen Theaters, das sich zu einer vollwertigen ideologischen Plattform entwickelte. Das Theater wurde professionell. Das eröffnete neue Möglichkeiten für die ideologische Forschung, denn das Theater war finanziell lebensfähig, und niemand regelte meine Verwendung der Gewinne, die ich mit dem Theater erzielte.

Die Ergebnisse wurden in dem Buch "Postperestroika" veröffentlicht, das mich in den Augen der antisowjetischen Intelligenz, die unser Theater bis dahin verehrt hatte, endgültig dämonisierte, wie einer der prominentesten antisowjetischen Intellektuellen mit Parteivergangenheit über dieses Buch sagte: "Seltsamerweise wurde etwas Ähnliches und noch Verabscheuungswürdigeres von einem der Reformer der kommunistischen Ideologie gesagt: "Die neue antisowjetische Regierung wird den Kurginen ruinieren. Was mich betrifft, so habe ich die gleiche Forschungstätigkeit in meinem Analysezentrum, in der Zeitung "Rytojus", in meiner Zeitschrift "Russland XXI" und bei den Treffen des von mir gegründeten Klubs "Turinische Einheit" fortgesetzt. Es war nicht leicht, unter den Bedingungen des antisowjetischen Staates mit solchen Projekten zu überleben. Aber ich habe es tatsächlich geschafft, ohne auch nur eine Minute lang das aufzugeben, was ich als meine Hauptberufung ansah.

Der nächste Durchbruch kam mit der Veröffentlichung einer Reihe von Büchern und Fernsehauftritten: In den Sendungen "Der Prozess der Zeit" und "Der historische Prozess" konnte ich den antisowjetischen Verleumdungen der sowjetischen Ideologie entgegentreten und einen konkreten Beitrag zur Erneuerung des Bewusstseins von Millionen von postsowjetischen Russen leisten. In den letzten zehn Jahren hat sich dasselbe in der konzeptionellen, ideologischen und journalistischen Sphäre, aber auch in der Praxis ereignet. Die von mir geleitete Bewegung "Das Wesen der Zeit" entstand auf der Grundlage von Vorträgen, die ich unter demselben Namen im Internet gehalten hatte und in denen ich die Konturen der reformistischen kommunistischen Ideologie darstellte; die von dieser Ideologie am stärksten begeisterten Mitglieder der Bewegung gründeten eine vollwertige Kommune, in der sie sich nicht nur mit der kommunistischen Theorie, sondern auch mit der kommunistischen Praxis beschäftigten, was sich in meinen zahlreichen philosophisch-politischen Schriften und in meiner dramaturgischen Poesie niederschlug. 2019 Im Jahr 2019 erfuhr ich, dass meine Freunde eine vollständige, mehrbändige Sammlung meiner Schriften konzipiert und veröffentlicht hatten. Und alles, was ich geschrieben hatte, war dem Thema gewidmet, das für mich seit 1966 entscheidend geworden war.

Meine Verweise auf diese offensichtlichen Phasen meines Lebens und Handelns scheinen mir im Zusammenhang mit dem, was ich in diesem Artikel betrachten möchte, notwendig zu sein, und was

ich in diesem Artikel betrachten möchte, ist meine schreckliche Entfernung von dem, was aus irgendeinem Grund für die meisten modernen Anhänger der so genannten roten Ideologie kanonisch ist. Zu meiner großen Enttäuschung handelt es sich bei den kanonischen Lehren um Erfindungen der slawischen Propaganda, entweder in Form der sowjetischen sozialwissenschaftlichen Chrestomatik oder in einer sehr bedingten neotrotzkistischen Version, die den Kommunismus als anti-idealistische (so genannte materialistische, atheistische usw.) Doktrin zur Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft, in der der Mensch den Menschen nicht mehr ausbeuten wird, darstellt.

Die Offensichtlichkeit der Aussage des Begründers des Marxismus, dass der Kommunismus die Überwindung der Entfremdung des Menschen nicht nur von den Produktionsmitteln, sondern vom Wesen der Gattung bezweckt, wird einfach ignoriert, ebenso wie das, was die Marxisten als Übergang von der Herrschaft der Notwendigkeit zur Herrschaft der Freiheit bezeichneten, wobei unter der Herrschaft der Notwendigkeit die Herrschaft der Notwendigkeit verstanden wird, keineswegs das ausbeuterische System, sondern all das, was zur Robotisierung des Menschen führt, indem die Grenze sowohl zwischen Mensch und Maschine als auch zwischen Mensch und Tier verwischt wird. Und schließlich ignoriert sie die Tatsache, dass für Marx die Überwindung der Entfremdung vom Gattungswesen nicht nur die Aufhebung der Ausbeutung des anderen Menschen durch den Menschen, sondern auch die Überwindung der so genannten Arbeitsteilung erforderte.

Oben habe ich Marx' eigene Ideen aufgeführt, die von den Anhängern des angeblich kanonischen Marxismus ignoriert werden. Aber Marx bezog sich auf die Wissenschaft des neunzehnten Jahrhunderts, auf ihre neuesten Entdeckungen, auf ihre Vorstellung von den Eigenschaften der sogenannten Materie. Marx verstand weder die spezielle noch die allgemeine Relativitätstheorie, noch die Forschungen, die eine allgemeine Theorie des Raums schaffen wollten, noch die Elementarteilchen im Allgemeinen und erst recht nicht die seltsamen Neutrino-Teilchen, noch die Quarks, noch die erste Explosion und das expandierende Universum, noch über dunkle Materie und dunkle Energie, noch über mehr oder weniger moderne psychologische und anthropologische Ideen, noch über die Theorien der Biologie, die im 20. und 21. Jahrhundert entstanden sind, noch über das, was diese Jahrhunderte in das öffentliche Leben mitgebracht haben. Das heißt, das, was als "post-aufklärerisches" Verständnis des Menschen und des menschlichen Wesens bekannt ist.

Da in allen Werken von Marx von der Notwendigkeit gesprochen wird, über die Daten der modernen Wissenschaft philosophisch zu reflektieren, lässt sich der methodische Umstand nicht leugnen, dass Marx selbst, der ein Jahrhundert später lebte, damit begonnen hätte, nicht über die Wissenschaft des 19. Weder in der Gemeinschaft, die sich selbst als Hüter des kanonischen Marxismus (in seiner sowjetischen Variante) bezeichnet, noch in der so genannten Linken gibt es eine derartige Reflexion. Deshalb war und ist für mich die Abgrenzung zu jenem Milieu wichtig, das in seiner sowjetischen Staatsredaktion alles verrottete, was in den 60er-70er-80er Jahren des 20. Jahrhunderts noch lebendig und denkend war, und sich dann nach dem Zusammenbruch der UdSSR in einen Würgeclub für alles verwandelte, was die kommunistische Ideologie vor dem Tod und der Zersetzung retten konnte. Hier sind es Suslov und seine Untergebenen, hier ist es der heutige pseudokommunistische Müll, hier sind es die zweideutigen neotrotzkistischen Typen. All dies sind Mörder der wahren, lebendigen Bedeutung von Rot. Außerdem sind diese Mörder viel gefährlicher als die antisowjetischen Konjunktivisten, die wirklich alles hassen, was mir lieb und teuer ist.

Oder, was mich betrifft, ist beides schlimmer. Denn die Masse der Menschen, die den antisowjetischen Dreck nicht akzeptieren, die diesen Dreck ablehnen, fallen in den monströsen pseudokommunistischen Sumpf in der einfachen, slawischen Version davon. Es war mir schon lange vor 2022 klar, dass die Enttäuschung über den antikommunistischen und antisowjetischen Liberalismus durchaus in der Lage ist, bei den Menschen, die von ihm enttäuscht sind, ein Interesse an einer anderen Art von

postkommunistischem Antithema zu wecken, sei es nun gemäßigt oder extrem. Außerdem mutiert die extreme postkonventionelle Variante unweigerlich zum Nazismus der einen oder anderen Art. Sowohl die übliche Hitlerianische als auch die nach 1945 entstandene, die als okkulte Weiterentwicklung der Ideen des "Großen Führers" bezeichnet wird.

Glücklicherweise gibt es auf dem Weg zum Triumph dieser heimtückischen Entwicklungen in Russland einige ganz grundlegende Hindernisse, die ich am Ende dieses Artikels aufzählen werde. Dazu gehören eine besondere Würdigung des Großen Sieges, ein imperialer Integrationismus, der sich gegen extreme nationalistische Erschütterungen wendet, ein tiefer intuitiver Humanismus, ein christliches Fundament der Weltanschauung und eine hinreichend scharfe Opposition gegen die Nazi-Schurkerei, die der moderne Westen in die Welt gebracht hat, aber all dies ist nur der Boden, auf dem eine neue rote Ideologie wachsen soll, die nicht wie ein "Gullah-Kommunismus" im geistigen Sinne aussieht. Entweder wird er wachsen und der Widerstand gegen die nationalsozialistischen Tendenzen wird siegreich sein, oder eine neue nationalsozialistische Ideologie, die noch abscheulicher und rücksichtsloser ist als die Hitlers, wird auf den Ruinen Russlands errichtet werden. Dies wird jedoch nicht geschehen.

Wir sehen uns in der UdSSR!

Sergej Kurginian

Marxismus und der Krieg in der Ukraine

Quelle: <http://web.archive.org/web/20220628153233/https://www.socpartija.lt/marksizmas-ir-karas-ukrainoje/>

Wenn es zu einem ernsthaften militärischen Konflikt kommt, ist die Linke immer versucht, ihn entweder als abstrakten Pazifismus oder als rein zwischenimperialistisches Phänomen des "Kampfes" zu betrachten. Diese Haltung ist verständlich, denn es gibt nichts Schrecklicheres als den Krieg, und andererseits ist der soziale Verrat der Führer der Zweiten Internationale bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs in der Geschichte des Marxismus wohlbekannt.

Kriege sind leider eine Realität der Weltgeschichte. Historiker haben errechnet, dass die Menschheit in der gesamten Zeit ihres Bestehens mehr Kriege geführt hat als sie in Frieden gelebt hat. Es gab Kriege, es gibt Kriege und es wird noch lange Zeit Kriege geben. Deshalb ist der Marxismus kein Pazifismus und er ist nicht nur eine Theorie des Imperialismus. Sie ist in erster Linie eine Methodologie des dialektischen Materialismus. Eines der Grundprinzipien der materialistischen Dialektik ist die konkrete Analyse einer bestimmten Situation.

Auch hier ist es wichtig, eine triviale Wahrheit zu begreifen: Der Beginn des 20. Jahrhunderts und der Beginn des 21. Jahrhunderts sind zwei verschiedene historische Epochen, die vor allem durch den Grad der Globalisierung der Welt oder, um den Begriff von Karl Marx zu verwenden, durch den Grad der "Superglobalisierung" der menschlichen Geschichte voneinander getrennt sind. Heute müssen alle lokalen Ereignisse durch das Prisma des Globalismus betrachtet werden. Es hat eine gewisse Umkehrung der Gegensätze stattgefunden. Während sich in der Vergangenheit lokale soziale Umwälzungen auf die eine oder andere Weise auf die Welt als Ganzes auswirkten (z. B. die Französische Revolution von 1879 oder die Russische Revolution von 1917), ist die Situation einzelner Regionen und Länder heute zunehmend von globalen geopolitischen Verschiebungen und Veränderungen abhängig. Dies ist eine der Hauptursachen für die verschiedenen (meist "farbigen") nationalen Revolutionen und Kriege heute.

Die klassische marxistische Auffassung von Kriegen besteht darin, sie in gerecht und ungerecht zu unterteilen. Der soziale und nationale Inhalt eines bestimmten Krieges kann unterschiedlich sein. Ein Krieg kann für beide Seiten ungerecht sein. Meistens kann es für die eine Seite richtig und für die andere falsch sein. Im Laufe des Krieges selbst kann sich sein Charakter ändern: Er kann als gerechter Befreiungskrieg beginnen und sich später in einen Besatzungskrieg, einen ungerechten Krieg, verwandeln und umgekehrt. Darüber hinaus können sich die Interpretationen des Krieges im Laufe der Zeit ändern, je nach politischer Lage und anderen Umständen. Um das wahre Wesen und den Inhalt eines jeden Objekts oder Phänomens, einschließlich des Krieges, zu bestimmen, ist es notwendig, es vom Standpunkt der dialektischen Logik aus zu bewerten.

Dieser methodische Ansatz, dessen Vorbild Lenin war, erfordert erstens, das Phänomen in seiner Gesamtheit zu analysieren, mit allen es umgebenden Zusammenhängen und Beziehungen; zweitens, seine Geschichte, die Umstände seiner Entstehung und seiner Entwicklung sowie den Verlauf seiner Entwicklung zu verstehen; drittens, die gesamte Praxis der Menschheit in das Verständnis des Phänomens als Wahrheitskriterium einzubeziehen; viertens, zu verstehen, dass es so etwas wie eine abstrakte Wahrheit nicht gibt, dass Wahrheit immer konkret ist, und fünftens, zu beurteilen, in welcher Weise das konkrete Phänomen in die allgemeine Entwicklungstendenz eingebunden ist.

Jeder Krieg ist vor allem eine Fortsetzung der Innen- und Außenpolitik bestimmter gesellschaftlicher Kräfte und der Regierung, die sie vertritt. Da wir heute in einer Welt leben, die, wie ich bereits sagte, vollständig globalisiert ist, ist der Krieg auch das Ergebnis geopolitischer und interzivilisatorischer Widersprüche. In diesem Sinne ist der Krieg in der Ukraine ein Krieg zwischen dem kollektiven Westen und der entstehenden eurasischen geopolitischen Formation (Russland, China, Indien) und den Staaten, die sich an diesem neuen globalen Machtzentrum orientieren. Die Ukraine ist leider ein geopolitisches Schlachtfeld, auf dem der Krieg bis zum "letzten Ukrainer" ausgetragen wird. Dieser Krieg hat nicht erst jetzt begonnen, sondern findet in der Region spätestens seit dem Staatsstreich in Kiew 2014 statt, zu dem die damaligen westlichen Politiker einen wesentlichen Beitrag geleistet haben. Und wenn wir noch tiefer blicken, geht dies auf den Kalten Krieg und den Zusammenbruch der Sowjetunion zurück.

Dies ist der verborgene Kern des gegenwärtigen Krieges. Oberflächlich betrachtet manifestiert er sich in Form des Krieges zwischen Russland und der Ukraine. Sowohl Russland als auch die Ukraine sind Länder des oligarchischen Kapitalismus. Aber auch in der Post-Maidan-Ukraine ist die kapitalistisch-oligarchische Regierung zu einem offenen Nazi-Regime verkommen. Betrachtet man all dies vom traditionellen Klassenstandpunkt aus, so befinden sich auf dem Territorium der Ukraine nicht nur die kapitalistischen Länder untereinander im Krieg, sondern auch die Erscheinungsformen des Faschismus, der aus seiner historischen Vergessenheit auferstanden und wiederbelebt worden ist und der bekanntlich die letzte Reserve und Bastion des Kapitalismus darstellt. Es ist genau dieser existenzielle Zustand und letztlich der Krieg, in den der "übersteigerte Nationalismus", wie einige Politiker und politische Analysten dieses Phänomen "intellektuell" nennen, die Ukraine geführt hat.

Der kollektive Westen ist die Zitadelle des globalen Kapitalismus. Die geopolitische Alternative dazu ist in jeder Hinsicht das sozialistische China, sein strategischer Verbündeter Russland und einige andere Länder.

Die Linke ist sich oft uneinig über die sozioökonomische Ordnung in China: ist sie kapitalistisch oder sozialistisch? Betrachten wir diese Frage noch einmal unter dem Gesichtspunkt der historischen Konkretheit und der konkreten Historizität. China befindet sich in einer Phase des Übergangs. Sie verbindet geschickt und effektiv die Gegensätze von Plan- und Marktwirtschaft, Zentralregierung und Selbstverwaltung, privatem und öffentlichem Eigentum, Demokratie und Autokratie, wie es die marxistische Dialektik verlangt. Gleichzeitig wird die Struktur der Eigentumsverhältnisse in der

Wirtschaft der Volksrepublik China von Staatseigentum und verschiedenen Formen des kollektiven Eigentums dominiert. Der chinesische Staatssektor erwirtschaftet mehr als 63 % des BIP, steuert 80 % der Steuern zum Staatshaushalt bei und bietet bis zu 90 % der Bevölkerung Beschäftigung.

China hat nie privatisiert. Natürlich gibt es lokale Millionäre und sogar Milliardäre, aber sie haben ihre Unternehmen von Grund auf aufgebaut und nicht auf Kosten der "Privatisierung" öffentlicher Güter. Außerdem unterliegt ihre Tätigkeit einer strengen staatlichen Aufsicht. Der chinesische Staat führt selbst beeindruckende Sozialprogramme durch. Der Betrag, der ihnen aus dem Staatshaushalt zugewiesen wird, steigt jedes Jahr. In 40 Jahren ist es China gelungen, 770 Millionen Menschen aus der Armut zu befreien. Im Jahr 2021 verkündete der chinesische Staatschef Xi Jinping bei einer Zeremonie zur Feier der Ergebnisse der Armutsbekämpfung den vollständigen Sieg über die absolute Armut. Schließlich wird China von der größten politischen Kraft der Welt, der Kommunistischen Partei, geführt, deren Programm als strategisches Ziel die Schaffung eines "Sozialismus mit chinesischen Merkmalen" vorsieht.

Chinas Verbündeter Russland wird aufgrund seiner Geschichte und Geografie sowie aufgrund seiner zivilisatorischen Besonderheiten und der Mentalität seines Volkes früher oder später auf den sozialistischen Entwicklungspfad zurückkehren. Dies ist auch die Richtung, in die die aktuellen geopolitischen Trends und das politische Machtgefüge sie treiben. Außerdem wird das Land in der russischen Verfassung bereits als Wohlfahrtsstaat bezeichnet.

Dem Verbündeten Russlands und guten Partner Chinas, Belarus, ist es gelungen, das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Erbe des sowjetischen Sozialismus zu bewahren und erfolgreich zu modernisieren. Einige südamerikanische Länder (Kuba, Venezuela, Nicaragua) geben ebenfalls eine sozialistische Ausrichtung an. Die von Russland anerkannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk machen keinen Hehl aus ihrer geistigen Verbundenheit mit der Tradition der ehemaligen UdSSR. Die gesamte muslimische Welt ist ebenfalls antiwestlich eingestellt.

Somit ist der Krieg in der Ukraine sowohl in einem sozial-klassischen als auch in einem global-geopolitischen Sinne eine Konfrontation zwischen dem westlichen US- und NATO-Imperialismus und der im Entstehen begriffenen alternativen sozialistischen Zivilisation. Natürlich wird es seine eigenen geopolitischen Widersprüche und gesellschaftlichen Gruppen geben, die "mehr Sozialismus" fordern. Aber das wird eine andere Phase der Geschichte sein.

Mikhail Bugakov

Prägende und zivilisatorische Faktoren in der Geschichte

Quelle: <http://web.archive.org/web/20220816201343/https://www.socpartija.lt/formaciniai-ir-civilizaciniai-istorijos-veiksniai/>

Die Formationstheorie von Marx (1818-1883) und Engels (1820-1895) ist allgemein bekannt und war in den sowjetischen Sozialwissenschaften ein wichtiges Postulat, ebenso wie die Tatsache, dass die Große Oktoberrevolution den Übergang der Gesellschaft von einer kapitalistischen Formation zu einer kommunistischen Formation und ihrer ersten Phase - dem Sozialismus - markiert.

Die sozioökonomische Formation wird im Marxismus als die Entwicklungsstufe der Gesellschaft behandelt, die die Gesamtheit aller gesellschaftlichen Phänomene in ihrer organischen Einheit umfasst und auf einer bestimmten Produktionsweise materieller Güter und der sie kennzeichnenden dialektischen Wechselwirkung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse beruht. Das grundlegende Element der Bildung sind die Eigentumsverhältnisse.

Fast parallel zum Aufkommen der marxistischen Theorie, wenn auch mit weitaus geringerer Popularität, nahm eine andere Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung, die zivilisatorische Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung, Gestalt an. Ihre Grundlagen wurden durch die Arbeiten von N. Danilevsky (1822-1885) und A. Toinbi (1889-1975) gelegt. In dieser Theorie nimmt das Konzept der "Zivilisation" und nicht das der "Bildung" die zentrale methodische Position ein. Zivilisation wird als ein Typus sozialer Organisation verstanden, der durch eine spezifische sozio-produktive Technologie und den entsprechenden sozio-kulturellen Raum sowie durch eine bestimmte Lebensphilosophie und gesellschaftlich bedeutsame Werte gekennzeichnet ist. Die Kultur ist die Grundlage der einen oder anderen Zivilisation.

Verschiedene Wissenschaftler gehen heute von bis zu 21 Zivilisationen aus, sowohl von solchen, die in die Vergangenheit gefallen sind, als auch von solchen, die heute noch existieren. Im Zusammenhang mit unserem Thema lässt sich die gesamte Vielfalt der lokalen Zivilisationen in zwei Hauptgruppen unterteilen: die östliche und die westliche Zivilisation. Der Hauptunterschied zwischen ihnen liegt in der Art der Organisation des sozialen Lebens und der spezifischen Art der Beziehung zwischen Individuum, Gesellschaft und Natur.

Die östliche Zivilisation ist gekennzeichnet durch die starke Abhängigkeit des Individuums von der Natur und der geografischen Umgebung, die enge Bindung des Individuums an seine soziale Gruppe, die geringe soziale Mobilität und die Vorherrschaft von Traditionen und Bräuchen bei der Regelung des gesellschaftlichen Lebens.

Im Gegensatz dazu zeichnet sich die westliche Zivilisation durch den Willen aus, die Natur der menschlichen Macht unterzuordnen, durch den Vorrang der individuellen Rechte und Freiheiten vor den sozialen Gemeinschaften, durch eine hohe soziale Mobilität, ein demokratisches politisches System und die Rechtsstaatlichkeit. Es ist leicht zu erkennen, dass all diese Merkmale der westlichen Zivilisation im gegenwärtigen Kontext immer mehr verschwinden und dass sie sich selbst in einer tiefen Systemkrise befindet.

Dieser Prozess begann jedoch zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Ihr Ausgangspunkt ist der Erste Weltkrieg und die Große Russische Revolution. Der prägende Aspekt der Großen Sozialistischen Russischen Revolution vom Oktober 1917 ist hinreichend untersucht worden. Leider kann man das Gleiche nicht über seinen zivilisatorischen Charakter sagen. In dieser Hinsicht kann man sagen, dass, wenn die bürgerliche Februarrevolution sozusagen ein Akt des zivilisatorischen Aufholens des Westens in Fortsetzung der zivilisatorischen Reformen Peters des Großen und Alexanders II. war, die dialektische Einheit der formativen und zivilisatorischen Aspekte der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in ihrem Inhalt ihre vollständige Verkörperung fand.

Es ist dieser Umstand, der die Große Sozialistische Oktoberrevolution Russlands grundlegend von der anderen Großen Revolution, der französischen bürgerlichen Revolution, unterscheidet.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass zu Beginn und unter den Marxisten-Bolschewiki die Stimmung so war, dass die zivilisatorische Entwicklung der Revolution aufgeholt wurde. Der Marxismus selbst ist ein Produkt der westlichen Zivilisation. In diesem Zusammenhang hat der russische Gelehrte S. Kara-Murza in seinem grundlegenden Buch "Sowjetische Zivilisation" auf den "großen Weg" hingewiesen, den Lenin vom orthodoxen Marxisten und Eurozentristen, der das Buch "Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland" schrieb, zum Schöpfer des Sowjetsystems und zu einem Führer auf zivilisatorischer Ebene zurücklegte, der mit der Veröffentlichung seiner Thesen im April 1917 nicht nur eine prägende, sondern auch eine grundlegende zivilisatorische Entscheidung traf. Keine bürgerliche Republik nach westlichem Vorbild, sondern ein aus dem traditionellen russischen Bauerntum hervorgegangener Rätekollegium, keine beschleunigte Entwicklung des Kapitalismus mit anschließender proletarischer

Revolution, sondern die Fortsetzung des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges in Form des Sozialismus.

Der bekannte russische Philosoph N. Berdjajew schrieb, dass der Bolschewismus viel traditioneller sei, als man gemeinhin annimmt, dass er der Originalität des russischen Geschichtsprozesses entspreche, dass es eine marxistische Verrostung gegeben habe. Westliche Traditionalisten haben die zivilisatorische Bedeutung der Oktoberrevolution noch deutlicher gewürdigt. In seinem berühmten Buch Europa und die Seele des Ostens (1938) schrieb Schubart: "Das verhängnisvollste Ergebnis des Krieges von 1914 ist nicht die Niederlage Deutschlands, nicht der Zusammenbruch der Habsburger Monarchie, nicht die Festigung der kolonialen Macht Englands und Frankreichs, sondern das Aufkommen des Bolschewismus, mit dem der Kampf zwischen Asien und Europa in eine neue Phase eintritt...Und die Frage stellt sich nicht so, sondern in der Form: Drittes Reich oder Dritte Internationale, Faschismus oder Bolschewismus? Es handelt sich um einen weltweiten historischen Zusammenstoß zwischen dem europäischen und dem russischen Kontinent ..."

Interessanterweise befand sich die traditionelle westliche Zivilisation bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion in gewissem Sinne ebenfalls auf dem Weg des "Aufholens", nur in diesem Fall eines gestalterischen Aufholens. Roosevelts Reformen zur Überwindung der "Großen Depression" in den 1930er Jahren auf der Grundlage wirtschaftlicher Vergesellschaftung waren eine direkte Folge des dialektischen Modells der sowjetischen Formation und Zivilisation.

Der Philosoph und Logiker A. Sinowjew beschrieb das zivilisatorische Wesen und Ergebnis der großen sowjetischen Kulturrevolution mit folgenden Worten: "Es war ein phänomenales Phänomen: Das, was in der vergangenen Geschichte am schwierigsten gewesen war - Bildung und Kultur -, war für die neue Gesellschaft am leichtesten zugänglich". Als Ergebnis aller von der sowjetischen Regierung durchgeführten Umgestaltungen, die ihrerseits das Produkt der formativen und zivilisatorischen Entscheidungen des Volkes waren, entstand die "sowjetische Zivilisation". Derselbe Zinoviev wies darauf hin, dass einer der wichtigsten Aspekte jeder Zivilisation bestimmte Ergebnisse des gemeinsamen Lebens der Menschen sind, die sich im System der Staatsgewalt, in der Wirtschaft, in ihrem Glauben, in ihrer Kultur, im sozialen Charakter der Menschen und in den Besonderheiten ihrer Lebensweise verkörpern.

All dies war in der Sowjetunion der Fall, wo das Regierungssystem, die Struktur der Volkswirtschaft und die Lebensweise der Menschen eine eigene zivilisatorische Besonderheit aufwiesen. Der Staatsatheismus dieser Zivilisation war auch ihr Erkennungsmerkmal. Etwas Ähnliches geschieht heute im kommunistischen China. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution war nicht nur ein Prozess des Übergangs von einer Formation zur anderen. Engels stellt in seinem Werk Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates (1884) fest, dass "... die drei großen Epochen der Zivilisation (die an die Stelle des primitiven Gemeinschaftssystems getreten sind) durch drei große Formen der Versklavung gekennzeichnet sind: Sklaverei in der Antike, Leibeigenschaft im Mittelalter und Lohnarbeit in der Gegenwart. "

Die sozialistische Oktoberrevolution war somit ein Übergang von einer klassenantagonistischen Art der formativen Entwicklung zu einer neuen, nicht-antagonistischen und klassenlosen Art der Entwicklung. Ein solcher revolutionärer Übergang war zwangsläufig gleichzeitig ein Akt der zivilisatorischen Umgestaltung der Gesellschaft. Und diese Dialektik ist einer der Hauptunterschiede zwischen einer echten sozialistischen Revolution und allen anderen revolutionären Umwälzungen, einschließlich der sogenannten "Farbrevolutionen" unserer Zeit.

Das Sowjetland hat sich entwickelt und alle historischen Prüfungen erfolgreich bestanden, solange die Dialektik des formativen und des zivilisatorischen Aspekts die Grundlage seiner Entwicklung war, d.h.

solange der formative Charakter der Zivilisation und der zivilisatorische Charakter der Bildung existierten. Erst als die Perestroika die zivilisatorische Entscheidung des sowjetischen Volkes endgültig diskreditierte und der Gesellschaft erneut das Entwicklungsmodell des zivilisatorischen Aufholens des Westens aufgezwungen wurde, brach die UdSSR zusammen.

Heute können wir die Rückkehr Russlands auf den authentischen Weg der Zivilisation beobachten, aber seine prägende Identität mit der westlichen Zivilisation, der einseitige metaphysische statt dialektische Charakter seiner zivilisatorischen und gestalterischen Entwicklung, ist eine Bremse und ein Hindernis für einen echten revolutionären Durchbruch, der den historischen Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird.

Nur durch die Überwindung des entwürdigenden Kapitalismus und der entwürdigenden "Verwestlichung" kann sich die Menschheit einen Weg zu einer neuen und menschlicheren Entwicklungsstufe eröffnen.

Mikhail Bugakov

Russland am Scheideweg: Linksruck oder liberale Revanche

Quelle: <http://web.archive.org/web/20220523014752/https://www.socpartija.lt/rusija-kryzkeleje-kairysis-posukis-arba-liberalu-revansas/>

Seit zwei Monaten läuft eine Sonderoperation zur Befreiung des Donbass, die sich immer mehr zu einer umfassenden Konfrontation zwischen Russland und dem kollektiven Westen ausweitet. Gegen unser Land wurden noch nie dagewesene Sanktionen verhängt, die es maximal isolieren und seine Wirtschaft schwächen sollen. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Welt im Wandel ist und dass es keine Rückkehr zu den früheren geopolitischen Orientierungen geben wird. Das bedeutet, dass Russland so bald wie möglich einen neuen Entwicklungskurs einschlagen und sich in die Richtung bewegen muss, die es gewählt hat, um den neuen Kalten Krieg zu gewinnen, indem es stärker und effektiver wird.

In der Zeit seit Beginn der Sonderaktion haben Vertreter der patriotischen Linken der russischen Regierung sowie wiederholt in der Staatsduma und auf verschiedenen Informationsplattformen Vorschläge zur Reform der russischen Sozial- und Wirtschaftspolitik unterbreitet. Das Wesentliche dieser Vorschläge liegt in der Umsetzung des modernen sozialistischen Projekts. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass ein solches Projekt wie vor hundert Jahren zu einem Anziehungspunkt für eine große Zahl von Menschen auf der ganzen Welt werden kann, die der Hegemonie des Kapitalismus und des Konsumismus überdrüssig sind.

Aber auch die Gegner des Sozialismus sind nicht müde. So hat sich beispielsweise der verhasste Milliardär Deripaska, der ein Sprachrohr der Oligarchie und der "Familie Jelzin" ist, in letzter Zeit täglich zu verschiedenen Initiativen geäußert. Im Kern geht es darum, den "effizienten Unternehmen" ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Freiheit zu gewähren ("der Markt wird alles entscheiden"), eine neue Privatisierung des Staatsvermögens durchzuführen, die Zahl der Beamten drastisch zu reduzieren, die Verfolgung von Unternehmern nach Artikel 159 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation (Betrug) einzustellen usw. Mit anderen Worten: Die Oligarchen drängen das Land zurück in die 1990er Jahre und hoffen, ihre Verluste aufgrund der Sanktionen und der Krise durch eine weitere Ausplünderung des Staatsvermögens und verschiedene betrügerische Machenschaften zu kompensieren, die darauf abzielen, die Bevölkerung um ihr Geld zu bringen. Das Schlimmste ist, dass es viele Befürworter dieser weiteren Entwicklung Russlands an der Macht gibt.

Russland befindet sich heute also an einem Scheideweg. Progressive linke patriotische Kräfte bestehen auf der Forderung nach sozialistischen Umgestaltungen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, während unersättliche Oligarchen und ihre Verbündeten im Staatsapparat vorschlagen, die liberalen Experimente der jüngsten Vergangenheit zu wiederholen. Die Zeit wird knapp, aber der Kreml hat es noch nicht eilig, strategische Entscheidungen zu treffen, sondern beschränkt sich darauf, Löcher zu stopfen und taktische Maßnahmen zu ergreifen. Das Fehlen einer klaren Antwort auf die Frage, wohin Russland als Nächstes geht, verhindert jedoch eine angemessene Mobilisierung der Bevölkerung, was sich wiederum negativ auf die Fähigkeit unseres Landes auswirken wird, westlichen Angriffen in Zukunft wirksam zu widerstehen. Die Hinhaltenaktik in Bezug auf den künftigen Kurs Russlands kommt objektiv unseren Gegnern zugute.

Heute zeigen alle soziologischen Erhebungen, dass die linke, sozialistische Stimmung in der Bevölkerung, die Forderung nach Gerechtigkeit und Überwindung sozialer Ungleichheiten stetig zunimmt. Es wäre daher logisch, dass die russischen Behörden, zumindest im Interesse der Selbsterhaltung, auf die Mehrheit der Bürger hören und mit der Umsetzung einer "Linkswende" in Russland beginnen. Natürlich ist ein solcher Wandel nicht an einem Tag zu erreichen, und auch der Widerstand der Oligarchie muss berücksichtigt werden. Den russischen Behörden könnten jedoch eine Reihe von Sofortmaßnahmen angeboten werden, die der Öffentlichkeit ein klares Signal geben würden, dass die richtigen Veränderungen begonnen haben.

1. Die Verwendung roter Flaggen während der gesamten Sonderoperation zur Befreiung des Donbass, die nicht nur von den Russen, sondern auch von vielen in der Sowjetunion geborenen Ukrainern begrüßt werden wird. das Lenin-Mausoleum während der Parade am 9. Mai nicht zu verdecken und während der Aktion des Unsterblichen Regiments aktiv rote Fahnen zu verwenden. die rote Flagge mit Hammer und Sichel zur offiziellen Flagge des Unionsstaates Russland und Weißrussland zu machen (falls die Entschlossenheit, die russische Nationalflagge zu ersetzen, nicht ausreicht, wie von der patriotischen Linken vorgeschlagen).
2. Erklärung des Gründungstages der UdSSR zum Feiertag und Beginn der offiziellen Vorbereitungen für den 100. Jahrestag der Sowjetunion, der am 30.12.2022 begangen werden soll. Öffentliche Bekanntgabe der Aufkündigung der Belowesch-Abkommen und des Beginns des Prozesses der freiwilligen Wiederherstellung der UdSSR.
3. Entfernen Sie die liberalen Monetaristen aus der russischen Regierung und holen Sie Spezialisten aus dem links-patriotischen Oppositionsteam. Entlassung des Leiters der Kontrollkammer, Alexej Kudrin, und Ersetzung durch einen Vertreter der wichtigsten Oppositionspartei, der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation.
4. Die Verstaatlichung der natürlichen Ressourcen und der strategischen Sektoren der Wirtschaft des Landes, die Wiederherstellung des früheren Renteneintrittsalters, die Einführung einer vollwertigen progressiven Steuer auf Überschüsse und die Anhebung des Existenzminimums und des Mindestlohns auf ein wissenschaftlich vernünftiges Niveau sollen in naher Zukunft in einem gesamt-russischen Referendum behandelt werden. Die offizielle Unterstützung durch die Bevölkerung wird diese Reformen erleichtern.
5. faire Wahlen im September 2022 abzuhalten, die einen konstruktiven Dialog zwischen der Regierung und der Öffentlichkeit gewährleisten, das Vertrauen der Bürger in das Wahlsystem stärken und als wichtige Motivation für die Einigung der Menschen dienen werden.
6. Einführung einer Rotation der Teilnehmer und Moderatoren in den Talkshows der föderalen Fernsehsender und Einbeziehung von Journalisten und Bloggern mit linker und patriotischer Ausrichtung in das Fernsehen.
7. Schließung des Jelzin-Zentrums in Jekaterinburg und seiner Zweigstellen und Übergabe der geräumten Gebäude an Bildungseinrichtungen und soziale Zentren.

8. Verabschiedung eines Beschlusses zur Kürzung der Gehälter hoher Bundes- und Regionalbeamter sowie der Leiter staatlicher Unternehmen. Durchführung einer "Säuberung" von Beamten, deren Einnahmen nicht im Wesentlichen mit ihren Ausgaben übereinstimmen. Einleitung eines echten Kampfes gegen die Korruption.
9. Stoppen Sie die Provokationen und Repressionen gegen Kommunisten und die links-patriotische Opposition, die im Widerspruch zu den offiziell erklärten Zielen der Bekämpfung des Neonazismus und all seiner Erscheinungsformen stehen.

Dies muss so schnell wie möglich geschehen, vorausgesetzt natürlich, dass der politische Wille vorhanden ist. Wir geben uns keinen Illusionen hin, aber wir müssen unsere Vorschläge bekannt machen. Dies ist ein sehr wichtiger historischer Moment. Wenn der Kreml auf die Initiativen von Deripaska und Konsorten eingeht und eine neue Runde von Privatisierungen und liberalen Bacchanalien einleitet, um dann neue Verbote und Repressionen zu erlassen, werden wir nicht gewinnen, werden wir nicht überleben. Und all die Opfer der Verteidiger des Donbass, all das Leid der einfachen Menschen, werden umsonst sein.

Es wird eine Katastrophe sein. Wieder einmal wird alles im Interesse der Oligarchen und der Banker geplündert und das Land verkauft und verraten. Deshalb sollte die patriotische Linke heute ihre Stimme noch lauter erheben, um für unser Verständnis der Zukunft des Landes zu werben. Es muss eine sozialistische Zukunft sein. Wir fordern vom Kreml, vom Präsidenten, so schnell wie möglich eine Entscheidung zu treffen und mitzuteilen, wohin sich Russland bewegt. Je länger die Behörden schweigen, desto dreister werden die Oligarchen und die Verräter am Volk. Und die Menschen werden noch mehr verwirrt sein, weil sie nicht mehr verstehen werden, wozu all das Elend und das Leid gut sein sollen. Aufschieben ist buchstäblich wie der Tod!

Sergej Udaltow

Über die Tragödie der Völker der Ukraine und Russlands und ihr sozialistisches Morgen!

Quelle: <http://redmed.org/ru/article/o-tragedii-narodov-ukrainy-i-rossii-i-ih-socialisticheskoy-zavtra>

Was jetzt in der Ukraine geschieht, ist eine Tragödie, die von den Völkern der Ukraine und Russlands, von allen Völkern der ehemaligen sozialistischen Sowjetrepubliken geteilt wird, die gemeinsam am Aufbau einer gerechten, von Ausbeutung freien Gesellschaft, einer neuen kommunistischen Welt der Zukunft gearbeitet haben. Diese Tragödie ist das unmittelbare Ergebnis der heimtückischen und verbrecherischen Zerstörung der Sowjetunion, für die der Präsident der UdSSR, Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, M.S. Gorbatschow, der Präsident der RSFSR, Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, B. N. Jelzin, der Präsident der Ukrainischen SSR, L. M. Krawtschuk, Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, und S. S. Schuschkewitsch, Vorsitzender des Obersten Sowjets der Republik Belarus. Diese Leute und ihre direkten und indirekten Komplizen sind Staatsverbrecher, die nicht nur ihr sozialistisches Heimatland und das sowjetische Volk, sondern auch ihre eigene Partei verraten haben. Die Verantwortung für die anschließende Antisowjetisierung, Nazifizierung und Militarisierung der Ukraine wie auch der anderen ehemaligen Sowjetrepubliken liegt direkt oder indirekt bei ihnen, in der Regel bei der russischen und ukrainischen "Elite", der "Elite" der anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, einschließlich der Geschäftsleute, Staatsmänner und Politiker, der Kulturschaffenden und der politischen Führer, die den kommunistischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien angehörten. Die langfristige Rolle der westlichen "Eliten" beim Zusammenbruch der UdSSR kann nicht ignoriert werden.

Der gewaltsame Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine ist das Ergebnis einer langfristigen Sonderoperation der USA und der NATO, deren Ziel es war, die Situation in der Ukraine und den anderen postsowjetischen Ländern so zu gestalten, dass Putin nur eine Wahl hat: entweder zu tun, was er getan hat, oder besiegt zu werden, mit allen Konsequenzen für Russland. Nach den Berechnungen derjenigen, die diese Operation organisiert und durchgeführt haben, bleibt der Westen auf jeden Fall der Gewinner. Darüber hinaus ist die erste Option in gewisser Hinsicht sogar vorteilhafter: Russland wird in den Augen der so genannten öffentlichen Meinung, einschließlich der Linken, die mit Nazi-Deutschland und Putin mit Hitler verglichen werden kann und muss, zerstört werden; seine Wirtschaft kann und muss sogar zerstört werden, was das Leben der russischen Bürger verschlechtern wird, und zwar "legitim", in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Völkerrechts, der "demokratischen Werte" und des "Humanismus", während gleichzeitig die Gewinne, einschließlich der seiner Bürger, abgeschöpft werden. Gleichzeitig "justieren" sie selbst ihre demokratischen Freiheiten und Institutionen in eine antidemokratische Richtung.

Indem sie die Europäische Union zur Konfrontation mit Russland zwingen, schwächen die Vereinigten Staaten ihre Konkurrenten in Europa erheblich und stärken und festigen ihre wirtschaftliche und politische Diktatur.

Neutrale Länder (Schweden, Finnland, sogar Österreich und die Schweiz) werden in die NATO gedrängt.

Bulgaren, Rumänen und andere ehemalige Bürger der sozialistischen Länder und der UdSSR - Letten, Litauer und Esten - werden bei militärischen Operationen gegen Russland eingesetzt, und zwar nicht nur in der Ukraine.

Die besondere Verantwortung für das, was geschieht, liegt bei den deutschen Sozialdemokraten, die heute wie vor hundert Jahren erneut den Weg für Faschismus und Weltkrieg ebnen.

Ein Scheitern der russischen Spezialoperation wäre eine Katastrophe für Russland. Bestenfalls wird nach den bekannten Ereignissen, die denen in der Ukraine im Jahr 2014, in Weißrussland im letzten Jahr usw. ähneln, in Russland ein "demokratisches Regime" eingeführt, das sehr schnell alle kommunistischen und sogar pseudokommunistischen Parteien verbieten wird. Der Kommunismus ist mit der westlichen Demokratie grundsätzlich unvereinbar. Dann, oder sogar sofort, wird es die seit langem geplante Teilung des Landes nach dem Vorbild Jugoslawiens geben. Fragmente des Landes werden unterworfen und schließlich bis zum Ural in die Europäische Union eingegliedert. Jenseits des Urals wird eine Art japanisch-amerikanische "Fernost-Republik" entstehen.

Der Westen braucht kein Russland - kein monarchistisches Russland, kein kapitalistisches Russland und schon gar kein kommunistisches Russland. Tatsächlich brauchen sie das nicht.

Wir unterstützen zwar die Anerkennung der DVR und der LVR sowie die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine, sind aber der festen Überzeugung, dass die vollständige und unumkehrbare Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine nicht ohne eine zweite, noch wichtigere und historisch katastrophale Sonderoperation in Russland möglich ist, Dazu gehört vor allem die Ablehnung des Antisowjetismus und Antikommunismus in allen Bereichen der Innen- und Außenpolitik des Staates und ein äußerst gefährlicher Flirt mit dem Monarchismus, dem Neoliberalismus, den lokalen Wlassowisten, den Schwarzen Hunden, den radikalen russischen Nationalisten, den Antistalinisten und den Antikommunisten.

Sie muss notwendigerweise die Ausarbeitung und schrittweise Umsetzung eines realistischen und umfassenden Programms grundlegender Reformen beinhalten, die darauf abzielen, Russland in einen echten Wohlfahrtsstaat umzuwandeln und alle notwendigen und ausreichenden politischen,

wirtschaftlichen, ideologischen und kulturellen Bedingungen für diesen künftigen Wiederaufbau des sowjetischen Sozialismus und der UdSSR zu schaffen.

Verein "Sowjetunion

Zum Konflikt in der Ukraine

Quelle: <https://ekspertai.eu/del-konflikto-ukrainoje106122>

Einen Monat nach dem Einmarsch der Russischen Föderation in die Ukraine am 24. Februar. Wie auch immer man es betrachtet, es handelt sich um ein Ereignis von regionaler und weltgeschichtlicher Bedeutung, und wenn man es nicht richtig versteht, versteht man auch nicht, was heute in der Welt vor sich geht.

Dies ist also ein Thema, das diskutiert werden muss.

Vor allem hier und jetzt, in Litauen, wo die Version der westlichen Medien für bare Münze genommen wird. Nämlich "siehe da, das böse, autokratische Russland hat die wunderbare, demokratische Ukraine übernommen und angegriffen"...

Ich sage gleich, dass ich selbst diese Interpretation nicht nur für falsch, sondern sogar für noch falscher halte. Desinformation. Und die meisten Litauerinnen und Litauer glauben das auch ganz fest. Ich kann es in meinem eigenen Umfeld sehen - unter meinen ehemaligen Klassenkameraden, meinen Kommilitonen, meinen ehemaligen und jetzigen Kollegen: Das Land befindet sich wirklich im Griff einer "ukrainischen Revolution".

Wer das leugnet, leugnet die Realität. Und ich verspreche, dass ich mich später mit dieser Realität befassen werde. Für den Moment genügt es jedoch zu sagen, dass die Menschen getäuscht werden. Daher werden "ketzerische" Reden zu einem umgangssprachlichen Thema nicht besonders populär sein und keine breite Unterstützung finden.

Aber es ist trotzdem notwendig, darüber zu sprechen. Unter anderem deshalb, weil es selbst im Hitler-Reich Menschen gab, die an der nationalsozialistischen "Generallinie" gezweifelt haben, so gibt es heute im litauischen Volk durchaus Menschen, die die Lügen um sich herum spüren und nach anderen Antworten auf die drängenden Probleme der Gegenwart suchen, als die, die der Offizialismus der offiziellen...

Daher möchte ich betonen, dass sich dieser Artikel in erster Linie an diesen relativ kleinen, aber unschätzbaren Teil der litauischsprachigen Öffentlichkeit richtet.

Wichtige Fragen

Das Thema des Krieges in der Ukraine ist in der Tat sehr weit gefasst. Und um sie zu verstehen, müssen wir eine ganze Reihe separater, aber eng miteinander verbundener Themen ansprechen. Der Klarheit halber werde ich sie daher polemisch angehen und die Aussagen auflisten, denen ich widersprechen werde.

Nämlich: 1) dass es eine "unprovokierte Invasion" von russischer Seite in der Ukraine gibt; 2) dass "Entnazifizierung" in diesem Fall nur ein leeres Wort ist, weil es in der Ukraine keinen Faschismus gibt, und dass alles nur eine russische Propagandaerfindung ist; 3) dass der gegenwärtige Krieg imperialistisch ist und dass die "echte" Linke daher keine der beiden Seiten unterstützen sollte; 4) dass Litauen durch die Verteidigung der Ukraine sich selbst, seine Identität, seine Staatlichkeit, sein Leben verteidigt. ..

Die ersten beiden Aussagen sowie die letzte - die vierte - spiegeln wider, was die litauischen Medien berichten und was die große Mehrheit der Menschen glaubt. Die dritte Gruppe sind diejenigen, die sich in Russland und in der ehemaligen UdSSR im Allgemeinen als Marxisten/Sozialisten/Kommunisten bezeichnen, und auch ich als einer derjenigen, die sich selbst als solche betrachten, kann dieses Thema nicht unberührt lassen.

Dies sind also die polemischen Themen dieses Aufsatzes.

Der provozierte Krieg

Beginnen wir mit der Tatsache selbst: Die Russische Föderation ist in ukrainisches Gebiet eingedrungen. Bis heute kontrolliert sie den ukrainischen Luftraum und hält einen Teil des ukrainischen Territoriums mit einer ganzen Reihe von Städten und Dörfern. Das ist eine Tatsache. Die andere Sache ist die Interpretation des Textes.

Und es ist der Westen, der uns sagt, wie wir sie zu interpretieren haben. So bezeichnete beispielsweise der US-amerikanische Regierungschef Joe Biden den Vorfall als "unprovozierte Invasion". Verstehen: Putin, der "Killer", hat gerade die Ukraine übernommen und ist dort eingefallen. Letztere hat ihrerseits nicht "darum gebeten". Kurzum, nach diesem Verständnis gab es auf ukrainischer Seite keinen wirklichen Grund für einen Konflikt. Russland und Putin sind an allem schuld. Das ist, kurz gesagt, die Bedeutung des Begriffs "unprovozierte Invasion".

Und dieser Satz wird in der Propaganda immer und immer wieder wiederholt, wobei man sich so weit wie möglich auf Emotionen konzentriert (z. B. auf die tatsächlichen oder angeblichen Opfer des Krieges, die tatsächliche oder angebliche Schurkerei der Russen usw.), aber nicht auf die Fakten und im Allgemeinen auf den Gesamtzusammenhang der Situation.

Warum? Denn die Fakten und der Kontext widersprechen diesem Satz.

Zunächst einmal war es die ukrainische Armee, die im Februar dieses Jahres mit dem Beschluss der Volksrepubliken Donbass (Donezk und Lugansk) begonnen hat. Damit wurde einmal mehr gegen die Minsker Vereinbarungen verstoßen, die 2014-2015 zwischen Russland, der Ukraine, den genannten Volksrepubliken und der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) geschlossen wurden.

Putin reagierte darauf, indem er am 21. Februar 2022 die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk anerkannte und sich entsprechend verpflichtete, sie zu verteidigen. Der kurz darauffolgende Einmarsch der Streitkräfte der Russischen Föderation in die Ukraine war also in dieser Hinsicht nur eine Reaktion auf den Angriff auf den Donbass, den die Ukraine bereits zuvor durchgeführt hatte.

Im Übrigen bemüht sich Herr Putin seit langem um die Wiedereingliederung dieser so genannten separatistischen Republiken in die Ukraine, allerdings auf der Grundlage geeigneter Verfassungsreformen (die die Autonomie dieser Gebiete und die Rechte ihrer russischsprachigen Einwohner garantieren) und im Einklang mit den oben genannten Minsker Vereinbarungen.

Zweitens forderte Putin bereits im Dezember 2021 vom Westen Garantien, weder Georgien noch die Ukraine in die NATO aufzunehmen, und betonte, dass Russland eine Rückkehr des umgangssprachlichen Bündnisses zu den Grenzen von 1997 anstreben würde (wobei zu berücksichtigen ist, dass die USA, die Gorbatschow versprochen hatten, die NATO nicht nach Osten zu erweitern, dieses Versprechen gebrochen haben).

Und der Westen weigerte sich. Und trotzdem hatte die EU vor den entscheidenden Entscheidungen keine Entscheidung in dieser Angelegenheit getroffen. Am 21. und 24. Februar versuchte Putin wiederholt, sowohl mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Zelenski als auch mit EU-Vertretern (zuletzt bei einem Treffen mit dem französischen Staatschef Macron) über Garantien für die Neutralität der Ukraine und die Sicherheit Russlands zu verhandeln. Die Argumente der Russen wurden jedoch vom Westen wieder einmal ignoriert.

Gleichzeitig ist zu bedenken, dass im Falle eines NATO-Beitritts der Ukraine (der durch einen Beschluss der Werchowna Rada im Jahr 2019 sogar in der Verfassung des Landes verankert ist) amerikanische Raketen nur vier Flugminuten von Moskau entfernt sein könnten, was im Falle eines Krieges eine existenzielle Bedrohung für den russischen Staat selbst darstellen würde.

Die Frage, ob Russland dies tolerieren kann (oder besser gesagt muss), ist sicherlich rhetorisch. Vor allem, wenn wir es historisch betrachten. Im Oktober/November 1966 war Russland nämlich das einzige Land der Welt, das eine russische Regierung hatte. Die Karibikkrise: Als Reaktion auf die Stationierung amerikanischer ballistischer Raketen in Italien und der Türkei beschloss die Sowjetunion, einen ähnlichen Stützpunkt auf Kuba zu errichten, direkt vor der Haustür der USA. Daraufhin drohten die US-Behörden praktisch mit Krieg, was zu einem Kompromiss zwischen den beiden Seiten am Verhandlungstisch führte.

In der Tat: Die Aufnahme der Ukraine in die NATO würde vorerst das Gleiche bedeuten wie das Militärbündnis Mexikos mit Russland und damit die Einrichtung russischer Militärstützpunkte direkt an der amerikanischen Grenze. Ob die USA dies tolerieren oder auch nur in Betracht ziehen würden, ist wiederum eine rhetorische Frage.

In diesem Zusammenhang sollte man nicht vergessen, dass der aktuelle Konflikt eigentlich nicht 2022 begann, sondern im Februar 2014, als nach monatelangen blutigen Auseinandersetzungen ein pro-amerikanischer Staatsstreich in der Ukraine, bekannt als "Euromaidan", siegte.

Davor war die Ukraine unter der Präsidentschaft von Viktor Janukowitsch, dem damaligen Vorsitzenden der Partei der Regionen und nach allem, was man hört, ein typischer Vertreter des Nachkriegs-Kronenkapitalismus. Gleichzeitig war er aber auch ein Verfechter der Ukraine als strategische Brücke zwischen Russland und Europa und damit als neutraler Staat. Genau aus diesem Grund hat Janukowitsch dem Westen nicht gefallen, als er sich weigerte, das so genannte Assoziierungsabkommen mit der EU zu den von ihr diktierten Bedingungen zu unterzeichnen.

Die "Maidan"-Unruhen, die Ende 2013 begannen (und vom Westen finanziell, medial und politisch voll unterstützt wurden), hörten daher nicht nur nicht auf, sondern entwickelten sich zu einer klassischen "Farbrevolution" in der Tradition des besten Technikers solcher Umwälzungen, Gino Sharpe.

Anstelle der pro-russischen Oligarchen übernahmen pro-westliche Oligarchen die Macht. Infolgedessen ist die Ukraine, die während der "schrecklichen Sowjetära" ein industrieller und landwirtschaftlicher Riese gewesen sein soll, nur noch ärmer geworden. Und durch die Unterzeichnung des oben erwähnten Vertrags mit der EU ist das Land zu einem Anhängsel Westeuropas (und faktisch zu einer Kolonie der USA) geworden, wobei Millionen von Ukrainern als billige Arbeitskräfte in die EU geschickt werden. Die sozioökonomische Situation hat sich also nur verschlechtert.

In Anbetracht all dessen und der russophoben Politik Kiews (der Politik der so genannten "Ukrainisierung" und "Entkommunisierung", auf deren ideologische Wurzeln wir weiter unten eingehen werden) in einem Land, das nicht nur kulturell und historisch nicht von Russland zu unterscheiden ist, sondern dessen Bevölkerung auch zu einem großen Teil russischsprachig ist, ist es nicht verwunderlich, dass die Aktion nach hinten losgegangen ist: Auf den Euromaidan reagierten

weite Teile der ukrainischen Bevölkerung mit einer weiteren, ebenso massiven "Anti-Maidan"-Bewegung.

Sie verbreitete sich vor allem im Osten des Landes. Und schon bald, am 16. März 2014, beschloss die Bevölkerung der Krim, die sich gegen die Regierung in Kiew aufgelehnt hatte, in einem lokalen Referendum die Abspaltung von der Ukraine und den Anschluss an die Russische Föderation (die dort Marinestützpunkte eingerichtet hatte). Im Frühjahr desselben Jahres kündigten die Bewohner des Donbass die Gründung zweier unabhängiger Volksrepubliken an: Donezk und Lugansk.

Dieser Rückzug wurde von Kiew nicht toleriert, das darauf mit militärischer Gewalt reagierte. Doch die Menschen im Donbass wehrten sich, und so begann im April 2014 der Krieg im Donbass, der nach Angaben der Vereinten Nationen bis 2022 über 13 000 Menschenleben forderte, darunter Tausende von Zivilisten: alte Menschen, Frauen und Kinder. Russland hingegen hat den Donbass unterstützt, aber - wie bereits gesagt - einen Kompromiss gesucht, indem es seine Republiken innerhalb der Ukraine belässt. Das war ja auch der Zweck der Minsker Vereinbarungen. Dies war auch der Zweck der bereits erwähnten Erklärung Putins Ende 2021 zu den "roten Linien" (d.h. die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO und die Rückkehr des umgangssprachlichen Blocks zu den Grenzen von 1997).

Aber weder Kiew noch der Westen, der das Ganze inszeniert, haben sich auf echte Verhandlungen eingelassen. Putins diplomatische Versuche blieben also Versuche. Die Russische Föderation befand sich derweil in einer Situation, in der es einfach keine Alternativen zu einer militärischen Lösung gab. Und so begannen die militärischen Maßnahmen, die die Russen als "Spezialoperation zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung" bezeichnen, und J. Biden nannte es eine "unprovokierte Invasion"...

Nur kann jetzt angesichts der Fakten und des Kontextes nicht mehr von einer "unprovokierten Invasion" die Rede sein: Was am 24. Februar 2022 geschah, war in der Tat die Antwort der Russischen Föderation, die sehr geduldig gewartet hatte, auf eine Situation, die lange, mühsam und sogar böswillig von Kiew und dessen Herren in Washington provoziert worden war.

Entnazifizierung und Nationalsozialismus in der Ukraine

Und diese Antwort, ich wiederhole es, wird von Russland mit der Entnazifizierung der Ukraine in Verbindung gebracht. Und das ist unser zweiter Punkt: "Was ist sonst 'Entnazifizierung', wenn es in der Ukraine keinen Nazismus gibt?", so die rhetorische Frage eines litauischen Bürgers, eines gewöhnlichen Lesers von Delfi und 15min...

Denn die Ukraine ist angeblich ein Land der "Freiheit und Demokratie", und das ganze Gerede über Faschismus und Nazismus in diesem Land ist nur eine Propagandaerfindung des Kremls. Leider sieht die Realität anders aus. Und um das zu erkennen, muss man nur zum Euromaidan zurückgehen: Die treibende Kraft hinter diesem Umbruch, der Rammbock, könnte man sagen, waren tatsächlich die radikalen Nationalisten, die Neonazis.

Auf dem Euromaidan waren zwei Organisationen am stärksten vertreten: die politische Partei Svoboda (Freiheit) und Pravyi Sektor (Rechter Sektor). Die erste Partei mit ihrem Vorsitzenden Oleg Tiagnibok an der Spitze konzentrierte sich auf die Teilnahme an den Wahlen. Letztere wiederum war vor allem auf der Straße aktiv und mobilisierte vorbereitete paramilitärische Einheiten. Letztere spielten nicht nur eine entscheidende Rolle bei den Straßenkämpfen, die 2013-2014 an der Kreuzung stattfanden, sondern terrorisierten auch die Familien staatlicher Einrichtungen (Polizei, Berkut) und waren an der Ermordung politischer Gegner beteiligt.

Beide bekennen sich zur Ideologie des ukrainischen Nationalismus, der durch die berühmte politische Figur des 20. Jahrhunderts Stepan Bandera (1909-1959) symbolisiert wird. Letzterer, der von klein auf

nicht nur Russen und Juden, sondern auch Polen und Rumänen und damit fast alle Nachbarvölker hasste, war fasziniert von den faschistischen Ideen des bolschewistischen Führers Mussolini und wurde Aktivist der 1929 gegründeten Ukrainischen Nationalistischen Organisation (ONO).

Die Bewegung, die zu dieser Zeit in Polen aktiv war, erhielt 1939, als das Land von den Deutschen besetzt wurde, besonderen Auftrieb. Bandera, damals bereits UNO-Führer, unterstützte aktiv die Hitleristen mit dem Ziel, aus Galizien eine faschistische Ukraine zu schaffen. Im Zuge dessen schufen die ukrainischen Nationalisten (die so genannten "Banderaiten") nicht nur ihre eigene Legion von SS-Leuten, sondern begannen auch mit der ethnischen Säuberung des Landes, nicht nur durch das Massaker an den Juden, das zum Holocaust beitrug, sondern auch durch die Ermordung von mehr als 100 000 Polen, die in der Region Wolhynien lebten.

Nach der Niederlage des Nazi-Reiches stellte sich die UNO in den Dienst der britischen und amerikanischen Geheimdienste (MI6 und CIA), während Bandera von seinem Münchner Exil aus die Führung des antisowjetischen Untergrunds übernahm. Die ehemaligen ukrainischen "Baltarier" wurden zu einer Art Analogie zu unseren "Miskini". Sie taten weiterhin das, was sie am besten können - Terrorismus gegen friedliche Zivilisten.

Von München aus operierte Bandera bis zu seinem Tod im Jahr 1959. Ihre Ideologie war bereits 1951 in dem Buch "Zwei Revolutionen" von Jaroslav Steck (1912-1986), einem engen Mitarbeiter von Bandera, einem weiteren Gefolgsmann Hitlers, entwickelt worden. Und nach ihrem Beitritt zur von den USA unterstützten "World Anti-Communist League" bildete die UNO die wichtigste ideologische Strömung in der westlich orientierten antisowjetischen ukrainischen Emigration.

Es ist bemerkenswert, dass die UNO nicht nur ideologisch gegen den Kommunismus und die Sowjetunion eingestellt war und nicht nur Antisemitismus predigte. Tatsächlich ist die UNO eine zutiefst russophobe Bewegung, deren Führer wiederholt die Schaffung einer "Großukraine" als ihr Hauptziel hervorgehoben haben, das nicht erreicht werden kann, ohne zuvor ganz Russland als multinationale Staatszivilisation zu "sprengen" (und somit ohne die Zerstörung der russischen Staatlichkeit, ob sowjetisch, imperial oder anders).

Nach der Niederschlagung des bewaffneten Widerstands der "Banderisten" in der Ukraine sind diese Ideen zwar in den Untergrund gegangen. Und das vor allem in der Westukraine, Galizien und Wolhynien. In den übrigen Teilen des Landes haben sie sich überhaupt nicht durchgesetzt. Nun, in der Geschichte der Ukraine im Allgemeinen gab es praktisch keine andere unabhängige Staatlichkeit als die sowjetische. Letztere basierte nämlich sowohl auf einer engen Beziehung zu Russland als älterem Bruder als auch auf den Ideen des sozialistischen Internationalismus im Allgemeinen.

In den 1990er Jahren, mit der Auflösung der Sowjetunion, hat sich die Situation jedoch geändert. Denn der postsowjetische Staat wird auf der Grundlage von Antisowjetismus und Antikommunismus aufgebaut. Und so gibt es für die neue Ukraine historisch gesehen nur eine "alternative Ukraine" zur Sowjetukraine: die Ukrainische Volksrepublik von 1917-1920 unter der Führung von Simon Petliura (1879-1926).

Er war ein glühender Nationalist, dem es in der relativ kurzen Zeit seiner Herrschaft gelang, zu zahlreichen antijüdischen Pogromen in der gesamten Ukraine beizutragen, die zwischen 50 und 100 Tausend Opfer forderten. Doch nachdem er den Bürgerkrieg gegen die Roten verloren hatte, floh Petliura zunächst nach Polen und dann in die französische Hauptstadt Paris. Dort wurde er im Mai 1926 durch einen Schuss von Schalom Schwartzbald, einem ukrainisch-jüdischen Anarchisten, der den Mord an seinen Landsleuten rächte, getötet.

S. Bandera und seine UNO, so können wir sagen, waren die Erben von S. Petliura. Und da die postsowjetische Ukraine sich historisch mit der Tradition Petljuras und seiner "Volksrepublik" verbunden hat (und, abgesehen von Sowjetismus und Kommunismus, gar nicht anders konnte!), ist es nicht verwunderlich, dass in den Geschichtsbüchern der "unabhängigen" Ukraine die umgangssprachlichen Figuren als Helden dargestellt werden und die Geschichte des Landes als schwarzes Loch der Besatzung und der verachtenswerten "Maskolisten"...

Dass die "Ukraine" und das "Ukrainische" sowie das "Antirussische" und das "Antirussische" ein Konstrukt des Westens (zunächst Österreich-Ungarns und dann der Angelsachsen) sind, das im 19. Jahrhundert zur Schwächung Russlands geschaffen wurde, ist ein anderes Thema. Für den Moment genügt die Feststellung, dass in der postsowjetischen Ukraine der radikale Nationalismus, ja sogar faschistisches und nationalsozialistisches Gedankengut, einen realen, keineswegs marginalen Platz im kulturellen und politischen Leben der Gesellschaft eingenommen hat.

Wie das Evangelium lehrt: "An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen" (Mt 7,16). Und die Früchte waren noch in den 1990er Jahren sichtbar: Als Nachfolgerin der UNO wird in der Ukraine eine politische Partei namens Ukrainischer Nationalistischer Kongress (UNK) gegründet. Es entstehen mehrere tausend starke Bewegungen, darunter paramilitärische radikal-nationalistische Organisationen, die 1994-1995 Auftragskiller nach Tschetschenien schickten, um den dortigen Terroristen bei der Tötung russischer Soldaten zu helfen.

Das bekannteste dieser Unternehmen ist Trizub, das von Dmitry Yarosh geleitet wird. Letzterer wurde später, im Jahr 2013, zum Anführer des bereits erwähnten Rechten Sektors, der aus dem Zusammenschluss dieser Organisationen hervorgegangen ist. Und es überrascht nicht, dass er in seinen öffentlichen Äußerungen weiterhin eine radikal russophobe Position vertritt, die die Zerstörung der russischen Staatlichkeit als strategisches Ziel verfolgt.

Vor diesem Hintergrund ist es meines Erachtens nicht überraschend, dass der Rechte Sektor, die Freiheit und ähnliche politische Formationen, die über beträchtliche Kampferfahrung verfügen, an der Spitze des "Euromaidan" 2013-2014 standen. Und dieser Staatsstreich wurde, wie wir bereits wissen, direkt von den USA unterstützt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass bei den Kundgebungen von Herrn Tiagnibok, Herrn Yarosh und Co. auch eine amerikanische Persönlichkeit wie John McCain (1936-2018) zu Gast war.

Sowohl während des Euromaidan als auch nach seiner Niederlage übernehmen die ukrainischen Faschisten des 21. Jahrhunderts die Rolle von Unterdrückungsorganen. Sie zerstören nicht nur sowjetische Denkmäler und verwüsten die Gebäude politischer Gegner (z. B. der Kommunistischen Partei der Ukraine), sondern sie töten auch andere Menschen. Als sie auf der Krim zu den Waffen greifen, werden sie von der lokalen Bevölkerung entschieden zurückgewiesen. Doch mit der Abspaltung der Donbass-Republiken und der Entscheidung Kiews, militärische Maßnahmen zu ergreifen, werden diese Akteure zur Angriffstruppe des Regimes...

Am 2. Mai 2014 organisierten Aktivisten des Rechten Sektors in der alteingesessenen Hafenstadt Odessa beispielsweise ein regelrechtes Pogrom gegen die anderen (hauptsächlich russischsprachigen) Einwohner, töteten bis zu 300 ihrer Mitbürger und setzten den Gewerkschaftspalast der Stadt in Brand, wo sie ihre ehemaligen Gegner, darunter auch Frauen und alte Menschen, nicht nur töteten, sondern auch sadistisch folterten. Diese Handlungen werden übrigens auf Videos festgehalten, die sie selbst gedreht haben.

In der Zwischenzeit wird im Mai 2014 im Donbass das neonazistische Asow-Bataillon gegründet. Neben der offenen Zurschaustellung von Nazi-Symbolen (Hakenkreuze, Bilder von Hitler und SS-Männern) zeichnet sich die Einheit durch ihre extreme Grausamkeit nicht nur gegenüber Kriegsgefangenen,

sondern auch gegenüber der Zivilbevölkerung aus, die ihren mörderischen Impulsen zum Opfer fällt. Übrigens wurden auch Neonazis aus ganz Europa angezogen, um in Asow zu dienen. Und paradoxerweise stand hinter dieser Bande von nazistischen und antisemitischen Anhängern niemand anderes als das Geld des ukrainischen jüdischen Oligarchen Igor Kolomoisky. Trotz alledem (und trotz der Empörung einiger liberaler westlicher Medien) wurde das Asow-Bataillon, das in Mariupol stationiert ist, im Herbst 2014 offiziell in die ukrainische Nationalgarde integriert...

Dieser faschistische Trend wurde im Mai 2015 sogar noch verstärkt. Das von Petro Poroschenko unterzeichnete "Entkommunisierungsgesetz", mit dem die während des Euromaidan begonnene Zerstörung sowjetischer Denkmäler (sowohl für Lenin, die Soldaten des Großen Vaterländischen Krieges als auch für verschiedene lokale kommunistische Persönlichkeiten) sozusagen bis zum "siegreichen Ende" verlängert wurde. Und die Kommunistische Partei, die seit 1993 in dem Land aktiv war, wurde verboten.

Und all das ist, ob man es will oder nicht, die eigentliche Faschisierung der Ukraine. Ja, die formale Demokratie (in Form eines Mehrparteiensystems und von Parlamentswahlen) hat sich in der Ukraine erhalten. Der Inhalt dieses Formulars ist jedoch alles andere als "demokratisch". Vor allem in dem Sinne, wie der Westen sie versteht. Um es unverblümt zu sagen: Was wir heute in der Ukraine haben, ist ein etwas getarntes, aber nichtsdestotrotz faschistisches Regime.

Die ukrainischen Nazis sind natürlich, ebenso wie die Post-Maidan-Regierung in Kiew, keine unabhängigen Akteure im globalen Kontext, sondern Marionetten des Westens. Ähnlich verhält es sich übrigens mit den islamischen Radikalen im Nahen Osten: Sowohl die "Banditen" als auch die Kämpfer des Islamischen Staates sind Spielfiguren in einem Spiel des "gelenkten Chaos", das vom US-Imperium (und im weiteren Sinne vom postmodernen Westen) gespielt wird, in dem die angeblichen Koryphäen der "liberalen Demokratie" nicht ganz so liberale und schon gar nicht demokratische Kräfte einsetzen, um ihre eigenen geopolitischen Ziele zu erreichen.

Außerdem sind Banditentum und Nazismus nicht die ganze Ukraine. Das zeigen auch die Umstände der Wahl des derzeitigen ukrainischen Präsidenten Zelensky im Jahr 2019. Denn so abstoßend seine Persönlichkeit auch sein mag, so ist er doch gerade mit einer sogenannten prorussischen Rhetorik auf den Plan getreten, d. h. er hat die Unterwerfung der Ukraine unter die USA und den Westen kritisiert (wenn auch in einer humorvollen, spöttischen Form) und eine friedliche Lösung der Donbass-Krise versprochen. Selbst die litauischsprachigen Medien befürchteten zunächst den Sieg eines vermeintlich "pro-Putin"-Kandidaten bei den Wahlen...

Doch trotz seiner Versprechen vor der Wahl hat Zelensky nur die Linie des vorherigen "Post-Maidan"-Präsidenten Petro Poroschenko fortgesetzt. Und so wie die Wahl Zelenskys zeigt, dass bei weitem nicht alle Ukrainer "banderilliert" sind, zeigt seine Verwandlung in einen Russenhasser einmal mehr den unbestreitbaren Einfluss des radikalen Nationalismus auf die politische Realität der Ukraine.

Der Nazismus in der Ukraine ist also nicht nur real, sondern auch ein ernstzunehmender politischer Faktor. Und so "amüsante" Details wie die Tatsache, dass der erste postsowjetische Präsident der Ukraine, Leonid Krawtschuk, mit einem antiken Gewehr des Naziführers Hermann Göring herumfuchtelte (und versprach, damit auf die "russischen Besatzer" zu schießen), sind in dieser Hinsicht nur die Spitze des Eisbergs. Dementsprechend ist auch die von Herrn Putin vorgebrachte Idee der "Entnazifizierung" des Landes von Bedeutung. Und obwohl jetzt mit Waffengewalt darum gekämpft wird, bleibt das Schicksal dieser Operation (nämlich die Entnazifizierung der Ukraine) offen, selbst wenn die Russen gewinnen.

Denn dann wären zwei verschiedene Versionen der "Entnazifizierung" möglich:

a) eine oberflächliche Entnazifizierung, die sich auf "rein" politische Aspekte beschränkt: den Sturz des bestehenden Regimes, die Einsetzung einer neuen prorussischen Regierung, die verfassungsmäßige Föderalisierung der Ukraine und zumindest ihre Neutralität, d.h. ihre Unabhängigkeit sowohl gegenüber dem Ost- als auch dem Westblock.

b) Tiefgreifende Entnazifizierung, nicht nur durch einen Wechsel der ukrainischen Regierung, sondern auch durch grundlegende Änderungen in der Bildungs-, Kultur- und Geschichtspolitik des Landes (Änderung der Schulbücher, Entfernung der banderitischen Literatur aus den Bibliotheken und der Denkmäler von öffentlichen Plätzen, Wiederherstellung der historischen Erinnerungszeichen aus der Sowjetzeit usw.) und langfristig die Integration der Ukraine mit Russland in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht.

Die erste Variante ist natürlich viel einfacher. Aber sie ist kurzfristig und wird daher wahrscheinlich zu neuen Konflikten führen. Die zweite hingegen ist real und langfristig. Ähnlich wie bei der Entnazifizierung im Nachkriegsdeutschland. Aber komplex und teuer (in Bezug auf Zeit, Material und Humanressourcen). Und die Zeit wird zeigen, für welche Variante sich Putins Team entscheiden wird.

Linke Position

Nach diesen Ausführungen müssen wir uns nun der Frage zuwenden, wie der Konflikt in der Ukraine zu betrachten ist, auf welcher Seite die Linke - Sozialisten, Kommunisten - stehen sollte: auf der Seite derjenigen, die sich für die Interessen der Arbeiterklasse, für die Abschaffung der Ausbeutung und Entfremdung der Menschen einsetzen.

Dass sich alle möglichen westlichen "Linken" (d.h. moderne Linksliberale und Sozialdemokraten, die sich zu postmodernen "Werten" bekennen), wie die deutsche "Die Linke" und die Anhänger von Bernie Sanders in den USA, auf die Seite der Ukraine schlagen, sollte nicht überraschen: Letztere Elemente sind seit langem in das westliche bürgerliche Establishment integriert und bilden eine Art politische Reserve für ihre "Linke".

Wenn man weiß, wer in Kiew das Sagen hat und dass hinter diesen "ukrainischen Verwaltern" der postmoderne Westen mit den USA an der Spitze steht, ist eine solche vermeintlich "pro-ukrainische" Position hier nicht einmal diskussionswürdig. Wir lehnen sie von vornherein ab.

Die nächste Frage lautet: Sollte die Linke Russland unterstützen? Manche meinen, nein - weil der Krieg in der Ukraine imperialistisch ist. Das heißt, nicht nur räuberisch, sondern gegen die Arbeiterklasse in beiden Ländern. Und deshalb sollte die Linke weder Russland noch den Westen unterstützen, sondern im Lichte der Haltung Lenins und der Bolschewiki während des Ersten Weltkriegs die Niederlage beider Seiten anstreben...

Eine ähnliche Position wird nicht nur von der Kommunistischen Partei Griechenlands (und dem "Club" der sie umgebenden Parteien, die sich selbst als orthodoxen Marxismus-Leninismus bezeichnen) vertreten, sondern auch von einer ganzen Reihe linker und russischer Persönlichkeiten, die sich selbst als solche bezeichnen. So haben beispielsweise drei Abgeordnete der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (RFBK) in der Duma ihre Empörung über diesen vermeintlich imperialistischen Krieg zum Ausdruck gebracht, obwohl die RFBK die Sonderoperation in der Ukraine befürwortet.

Und die Linke, die die Operation unterstützt, wird von diesen angeblichen marxistischen Koryphäen sofort als "Opportunisten", "Sozialchauvinisten" oder einfach als Anhänger des "Putin-Regimes" abgetan...

Doch wie genau bezieht sich diese Einschätzung auf Lenin, die Bolschewiki und ihre Position im Kontext des 1914 begonnenen Krieges? Dies ist sowohl aus historischer als auch aus methodischer Sicht eine wichtige Frage.

Lenin bezeichnete diesen Krieg als imperialistisch, also als den Kampf der damaligen kapitalistischen Großmächte um die Neuaufteilung der Welt, in dem alle Seiten gleichermaßen als räuberisch anzusehen sind. In einem solchen Kontext ist es für Sozialisten nicht angebracht, irgendeinen von ihnen zu unterstützen. Und sowohl die Prinzipien des Klassenkampfes als auch des proletarischen Internationalismus verlangen von den Sozialisten aller Länder, dass sie zuallererst die Niederlage "ihrer" bürgerlichen Staaten im Krieg anstreben.

Und obwohl diese Position die von der Zweiten Internationale auf der Basler Konferenz von 1912 allgemein angenommenen Standpunkte zum Ausdruck brachte, "warfen die meisten Führer der internationalen linken Bewegung im entscheidenden Moment ihre Felle weg" und schlossen sich den Regierungen ihrer eigenen Länder an, die den Krieg erklärten. Infolgedessen löste sich die Zweite Internationale praktisch auf. Und Lenin taufte ihre Führer (und die von ihnen vertretene Position im Allgemeinen) "Sozialchauvinisten". Und gemeinsam mit seinen Kollegen in Russland und Westeuropa gab er die Parole aus: "Den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg verwandeln". Im Wesentlichen bedeutete dies, die Arbeiter aller kriegführenden Länder aufzurufen, sich gegen ihre eigenen Regierungen zu erheben und so eine sozialistische Revolution zu beginnen.

Aber diese, sagen wir, leninistische Position der damaligen Sozialisten ging nicht mit der Anwendung einiger Vorurteile über den Krieg im Allgemeinen einher. Im Gegenteil: Sie beruhte auf einer konkreten Analyse einer spezifischen Situation, einer grundlegenden Bewertung der damaligen Weltordnung und der Art und des Gleichgewichts der in ihr wirkenden Kräfte. "Es ist notwendig, jeden Krieg historisch zu studieren", war Lenins marxistischer, dialektischer Ansatz zu diesem Problem.

Auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts bekämpften sich die großen kapitalistischen Länder gegenseitig. Der Niedergang der kapitalistischen Weltzivilisation, das, was Spengler "den Untergang des Abendlandes" nannte, hatte gerade begonnen. In der Zwischenzeit gab es in den meisten entwickelten Ländern eine echte proletarische Bewegung, sowohl in Form von Gewerkschaften als auch von sozialistischen Massenparteien (und damit, im Sinne von Marx, ein Proletariat als Klasse für sich).

Lenins Strategie der "Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg" beruhte also nicht ohne Grund auf zwei Annahmen. Nämlich: 1) die Annahme, dass "die objektiven Bedingungen für den Zusammenbruch des Kapitalismus bereits reif sind", und 2) die Annahme, dass "die Massen des sozialistischen Proletariats bereits existieren". Mit anderen Worten: die Annahme, dass es sowohl objektive Bedingungen als auch einen subjektiven Faktor (oder - zumindest - die realen Anfänge eines solchen Faktors, d.h. ein politisches Subjekt) für die sozialistische Revolution gibt.

Dies ist tatsächlich geschehen. Aber im Westen hat sich dieser Slogan in der Praxis nicht bewahrheitet - die Revolution hat nicht stattgefunden. In Russland hingegen siegte der Putsch - nur auf der Basis der Bauernschaft und nicht auf der Basis des Industrieproletariats. Und daraus entstand eine neue Art von Staat, der die gesamte Struktur und Entwicklung nicht nur Russlands, sondern der ganzen Welt veränderte - die Sowjetunion...

Aber was ist mit heute, jetzt und hier? Wie sieht die Weltordnung jetzt aus? Und wie sieht der Krieg in der Ukraine aus, und wie ist die Dynamik der Kräfte, die ihn führen? Dies sind Fragen, ohne deren Beantwortung keine prinzipiellen Schlussfolgerungen gezogen werden können.

Zunächst einmal ist festzustellen, dass seit Lenins Zeit ein ganzes Jahrhundert vergangen ist. Und bisher ist der Kapitalismus noch nicht zusammengebrochen. Darüber hinaus ist die moderne Epoche eine

direkte Folge der Auflösung der Sowjetunion und damit der Auflösung des Weltkommunismus (und damit der wirklichen Alternative zum kapitalistischen System). Die Unterwerfung der UdSSR und der ehemaligen Volksdemokratien unter die neokoloniale Expansion des Westens in den 1990er Jahren verlieh dem westlichen Kapitalismus einen gewissen "neuen Atem". Zu Beginn des 21. Jahrhunderts waren diese kurzfristigen Anreize jedoch bereits erschöpft.

Seit 2008 ist die Krise des globalen Kapitalismus offenkundig und unbestritten, auch von den bürgerlichen "Spitzen". Genauer gesagt, die Umwandlung des Kapitalismus in ein neues System. Nicht eine kommunistische (die das Verschwinden der sozialen Ungleichheiten, der Ausbeutung und der Entfremdung vorsieht), sondern eine postkapitalistische, die die Hebel des Eigentums und der politischen Macht in den Händen transnationaler Konzerne konzentriert, die sich die Funktionen der Nationalstaaten aneignen. Sowohl Ungleichheit als auch Ausbeutung bleiben bestehen, aber anstelle der Produktion und Vermarktung eines materiellen Produkts steht in dieser postkapitalistischen Realität das immaterielle Produkt persönlicher Informationen, Daten, Verhaltensweisen und der Kontrolle dieser Verhaltensweisen im Mittelpunkt. Die ersten Konturen werden sich im Zeitraum 2020-2022, während der so genannten "Cowboy-Pandemie", zeigen. Ihr programmatisches Manifest war das Buch "COVID-19: The Great Reboot" von Klaus Schwab, Präsident des Weltwirtschaftsforums.

Und es sind die herrschenden Kreise des "kollektiven Westens", die den Kalten Krieg gewonnen haben, die dieses Programm in erster Linie umsetzen wollen. Die sich herausbildende (post-)kapitalistische Elite, die zusammen mit dem Projekt, das sie umsetzt, als absoluter Feind der Arbeiterklasse, der Menschheit und der Menschheit selbst betrachtet werden muss.

Die industrielle Arbeiterklasse (die "Klasse in sich selbst"), die in Europa zu Beginn des 20. Jahrhunderts existierte, gibt es heute jedoch nicht mehr. Außerdem gibt es nicht nur die Sowjetunion nicht mehr, sondern auch die internationale linke Bewegung als echte politische Kraft (im Vergleich dazu haben sowohl die Neonazis als auch die islamischen Radikalen derzeit wahrscheinlich mehr Einfluss als die Bewegungen und Parteien, die sich selbst als kommunistisch bezeichnen). Die klassische linke Bewegung ist tot. Das Wichtigste ist, dass es kein Thema mehr gibt. Es kann also keine Rede von einem "sozialistischen Proletariat" sein.

Der einzige wirkliche politische Gegner der globalistischen Elite, die diese postkapitalistische Transformation anstrebt, sind heute die im Wesentlichen konservativen nationalen Kräfte. Sowohl die Bewegungen und Parteien als auch die Staaten, die ihre Unabhängigkeit gegenüber dem postmodernen Westen bewahrt haben, werden von starken nationalen Führern geleitet und sind auf die Bewahrung der Souveränität und der klassischen Prinzipien der Moderne (Humanismus, Demokratie, Nationalstaat) ausgerichtet. Dazu gehören auf die eine oder andere Weise Putins Russland, Lukaschenkos Belarus, Länder wie Syrien, Kuba, Venezuela, Bolivien, China, Nordkorea usw.

Einige dieser Länder weisen Elemente des Sozialismus auf. Aber sie bieten kein alternatives weltgeschichtliches Projekt zum Kapitalismus, weder auf der konzeptionellen Ebene noch mehr noch auf der praktischen Ebene. Im Großen und Ganzen repräsentieren sie das nationale Kapital. Unter diesem Gesichtspunkt hat der Sozialismus/Kommunismus für sie nicht einmal den Beigeschmack von Sozialismus/Kommunismus. Aber es gibt einfach keine andere Kraft, die das absolute Böse vorläufig zurückhalten kann.

Theoretisch könnte eine solche Kraft eine völlig neue Form der kommunistischen Bewegung sein, die entsprechend mit der Idee eines neuen sowjetischen Projekts ausgestattet ist. Dies würde jedoch nicht nur eine enorme intellektuelle Arbeit erfordern, sondern auch viele Jahre sozialer (pädagogischer, kultureller, organisatorischer) Arbeit, um die atomisierten Massen der heutigen Arbeiter zu

mobilisieren und ein Subjekt oder eine "Klasse für sich" zu bilden. Aufgrund der historischen, zivilisatorischen und geopolitischen Umstände würde eine solche Bewegung von Russland ausgehen und über dieses Land die ehemaligen Republiken der UdSSR erreichen. Und nachdem sie im postsowjetischen Raum Erfolge erzielt hat, könnte sie sich in der ganzen Welt ausbreiten...

Leider gibt es heute keine solche dritte Kraft, die sich als echter politischer Akteur zwischen den beiden oben genannten herauskristallisiert. Und es ist die Aufgabe der Befürworter des neuen sowjetischen Projekts, nicht nur zu versuchen, ein solches zu schaffen. Sie müssen praktisch entscheiden, welchen Standpunkt sie in der gegenwärtigen Situation einnehmen wollen.

Es herrscht nämlich Krieg in der Ukraine. Auf der einen Seite haben wir das pro-nazistische Kiewer Regime und den "kollektiven Westen", der dahintersteht. Letzteres zielt darauf ab, die Russische Föderation in Dutzende von Kleinstaaten aufzuteilen, d. h. Russland im Wesentlichen zu balkanisieren und seine Territorien schließlich der neokolonialen Expansion der USA unterzuordnen. Zu diesem Zweck wurde die Banderolierung der Ukraine vorangetrieben, mit dem Ziel, Russland von allen Seiten mit NATO-Militärstützpunkten zu umgeben. In diesem Zusammenhang sind der Westen und Kiew die Vertreter des neuen Faschismus des 21. Jahrhunderts.

Auf der anderen Seite haben wir die Russische Föderation. Ein postsowjetischer Staat, der auf kriminellem Kapitalismus basiert. Ein Staat also mit einer besonderen bürgerlichen Prägung im Sinne der Klasse. Dieser Staat repräsentiert jedoch die bereits erwähnten konservativen nationalen Kräfte und die echte bürgerliche Demokratie. Und die als Gesellschaft und als Zivilisation das innere Potenzial besitzt, um ein neues sowjetisches Projekt (und damit einen antikapitalistischen Weg für die menschliche Entwicklung) zu schaffen.

Vom Klassenstandpunkt aus betrachtet, macht ihr bürgerlicher Charakter sowohl Putins Russland als auch die meisten anderen Länder des umgangssprachlichen Lagers böse. Dies ist unbestreitbar. Aber es ist auch unbestreitbar, dass dieses Übel ein relatives ist, denn es ist derzeit der Faktor, der den Aufstieg nicht eines relativen, sondern eines absoluten Übels (wie es der postmoderne Westen verkörpert) verhindert. Es ist symptomatisch für die Tatsache, dass sowohl der bereits erwähnte K. Schwab (dessen Forum die Beziehungen zu den Russen bereits offiziell abgebrochen hat) als auch George Soros, der Coryphäe der westlichen "Werte", sich gegen Russland ausgesprochen haben...

Außerdem können die Kommunisten in der Russischen Föderation offen und legal agieren. Die Tatsache, dass in der Ukraine die Kommunistische Partei verboten ist und die Linken - Kommunisten, Antifaschisten, Sowjetpatrioten - verfolgt, gefoltert und getötet werden, spricht für sich selbst...

Vor diesem Hintergrund ergibt sich eine prinzipielle Schlussfolgerung. Und sie wird meiner Meinung nach von einem der prominentesten Ideologen des neuen sowjetischen Projekts, Sergej Kurginian, sehr gut formuliert:

"Wie unvollkommen die derzeitigen russischen Behörden, die die Volksrepubliken Lugansk und Donezk unterstützen, auch sein mögen, wir sprechen hier von Mängeln, vielleicht von sehr grundlegenden und gefährlichen Mängeln, aber eben von Mängeln.

Die Banditenregierung in der Ukraine hingegen ist ein absolutes Übel. Und sie existiert nicht aus sich selbst heraus. Sie existiert zusammen mit dem Westen, der sich in unseren Augen zu einem echten und vollständigen Feind der Menschheit entwickelt.

Bei der Wahl zwischen dem relativen Bösen (dessen Taten wir immer wieder diskutiert und kritisiert haben, gegen das wir immer wieder zivilen Widerstand geleistet haben) und dem absoluten Bösen kann es kein Zögern geben.

Alles, was sich dem absolut Bösen entgegenstellt, muss unterstützt werden".

Wenn man dies alles verstanden hat, kann es keinen Zweifel an der Position der Linken in diesem Konflikt geben.

Der Krieg in der Ukraine und in Litauen

Schließlich kommen wir zu Litauen... In der Tat: Die Ukraine ist schließlich nicht weit von uns entfernt. Und was dort geschieht, wird uns hier unmittelbar betreffen. Das ist logisch.

Aber was ist die Logik nicht nur des herrschenden Regimes, sondern aller unserer "Patrioten", denen zufolge die Ukraine jetzt nicht nur für ihre eigene, sondern auch für die Freiheit und Unabhängigkeit Litauens kämpft? Für unsere und Ihre Freiheit, sozusagen...

Um diese Frage zu beantworten, müssen Sie verstehen, dass die Ukraine nur von Russland unabhängig ist. Gleichzeitig steht sie nicht nur unter der Kontrolle des pro-nazistischen Regimes in Kiew, sondern ist auch völlig abhängig vom Westen. In Wirklichkeit ist die Ukraine eine Kolonie der USA, Teil der antirussischen Pufferzone, die sie in Osteuropa schaffen. Die sozioökonomischen Folgen dieser Abhängigkeit habe ich oben bereits aufgezeigt. Es genügt hier festzustellen, dass die ukrainische Armee mit ihrem Widerstand gegen die russischen Truppen, die die Sondermaßnahmen zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung durchführen, in Wirklichkeit nicht die Interessen des ukrainischen Volkes, sondern die des pro-nazistischen Regimes und seiner amerikanischen Herren verteidigt.

Und was hat das mit Litauen zu tun? Mit seiner Freiheit und Unabhängigkeit?

Die Antwort ist einfach. Litauen ist auch unabhängig von Russland. Aber sie ist völlig abhängig vom Westen. Weil es auch eine Kolonie der USA ist. Eine Provinz der EU, die mehr als eine Million ihrer eigenen Bevölkerung an den Arbeitskräftepool Westeuropas abgegeben hat; regiert von einer relativ kleinen, in den 90er Jahren gegründeten "Spitze", die hauptsächlich von jenen Kreisen getragen wird, die von der "Euro-Integration" der letzten 20 Jahre profitieren konnten.

Es stimmt, dass es in Litauen keinen so offenen Faschismus gibt wie in der Ukraine. Aber Russophobie, Antisowjetismus und Höhlennationalismus im Allgemeinen spielen hier eine wichtige Rolle. Und zwar nicht nur in der herrschenden Klasse, sondern in der Gesellschaft im Allgemeinen. Sowohl in weiten Kreisen des Volkes als auch in der so genannten nicht-systemischen Opposition, die trotz ihres Unmuts über die Politik der Regierung (seien es die feigen Quarantänen, die Aufzwingung von Regenbogen-"Werten" oder die Verarmung der einfachen Menschen) dennoch an ihrem Kurs gegenüber der Ukraine festhält.

Dies hängt natürlich mit der Tatsache zusammen, dass die gesamte nationale Identität Litauens und der Litauer in den letzten 30 Jahren auf der Grundlage von Russophobie und Antisowjetismus aufgebaut wurde. Und dass dieser Umgang mit der Geschichte (nicht nur mit der Vergangenheit, sondern auch mit der Gegenwart und der Zukunft!) die litauischen Massen wirklich erfasst hat. Obwohl die Anfälligkeit unserer Nation für solche Ideologien auf einer tieferen Ebene selbst eine Folge eines viel tieferen kollektiven Minderwertigkeitskomplexes ist, der durch jahrhundertalte Traumata verursacht wurde...

Dieser Komplex hindert die Litauer daran, sich als das wahrzunehmen und zu akzeptieren, was sie historisch gesehen wirklich sind, nämlich als eines der vielen Völker, die die russische Welt ausmachen, untrennbar mit ihr verbunden durch Blut, Land und Geist. Unter ihrem Einfluss werden anstelle der realen Geschichte Mythen geschaffen, auf deren Grundlage eine entsprechende nationale Identität konstruiert wird, als ein verzerrtes Verständnis von "Litauen" und "Litauischsein"...

Wenn wir auf das 20. Jahrhundert zurückblicken, ist das Beispiel des Jahres 1941 aufschlussreich. Damals kollaborierten viele Litauer tatsächlich mit den Hitlerianern und beteiligten sich am Massenmord an Juden in den Reihen der weißrussischen Banden. Dies auf bloße Konformität oder den gierigen Wunsch zu reduzieren, sich den Reichtum der Ermordeten anzueignen, wäre nicht korrekt. In der Tat war das ideologische Motiv des Nationalismus am Werk. Dies wiederum ist untrennbar mit dem oben erwähnten Minderwertigkeitskomplex verbunden. Hitlers Pläne für Litauen (d.h. der tatsächliche Völkermord an den Litauern) waren in dieser Hinsicht eine Ironie des Schicksals...

Denn dieser Minderwertigkeitskomplex führt nicht nur zu unmoralischen, wahrhaft unmenschlichen Handlungen. Gleichzeitig führt sie die Massen zu einer Vision von einer "großen Nation", die nicht nur nicht existiert, sondern per Definition unmöglich ist. In der Praxis also ins Nichts, in den Tod...

Derselbe Komplex (und damit auch der Nationalismus als seine Begründung) ist untrennbar mit der Russophobie und Amerikanophilie verbunden, die einen bedeutenden Teil der litauischen Gesellschaft des heutigen 21.

In der Tat: Das Kiewer Regime kämpft gegen Russland. Und dabei kämpft sie für den Neonazismus und den Westen, der diesen Neonazismus finanziert (und davon profitiert). Dementsprechend kämpft sie für den Status der Ukraine und indirekt auch Litauens als Anhängsel des "kollektiven Westens" - einer Kolonie der USA. In diesem Sinne ist es ein Kampf "für eure und unsere Freiheit"...

Ein wesentlicher Bestandteil dieser "Freiheit" ist nicht nur Russophobie, sondern auch das Bekenntnis zur alten angelsächsischen imperialistischen Idee der Zerstörung Russlands als Staat...

Hier, sch. In einem Interview mit einem anderen Nationalisten, einem der Gründer der litauischen Armee des 11. März (und Schüler von James Sharp und Technologie der "Farbrevolutionen"), Audrius Butkevičius, das am 16. März in der Zeitung Respublika veröffentlicht wurde, vertritt der Neonazi Ričardas Čekucis diese Ansicht in einem offenen Text:

"Neben dem Projekt zur Rettung der Ukraine ist es heute sehr wichtig, das Projekt zur Auflösung Russlands als den Kern von allem zu sehen, was jetzt geschieht. Heute muss sich die gesamte zivilisierte Welt ein grundlegendes Ziel setzen: den vollständigen Zerfall Russlands.

[...] Es muß alles getan werden, um Rußland in Stücke zu brechen, sonst wird die gesamte normale Zivilisation in ständigem und endlosem Leid leben müssen."

Nun, nehmen wir an, dass Butkevičius' Fantasien Wirklichkeit werden... Und was dann?...

Dann würde der Raum, der heute die Russische Föderation ausmacht, zu einem Mosaik faschistischer, quasi-faschistischer und islamistischer Staaten werden, ähnlich wie Afrika, das gleichzeitig eine sehr günstige Quelle natürlicher und menschlicher Ressourcen für das Kapital der USA und Westeuropas sowie für das chinesische Kapital darstellen würde...

Dieses Szenario würde zweifellos eine ganze Reihe von Bürger- und Regionalkriegen nach sich ziehen. Und in der Folge Hunderttausende, ja Millionen von Toten. Aber lassen wir diesen, sagen wir, humanitären Aspekt beiseite und betrachten wir das Wichtigste: Der Zerfall Russlands würde das letzte wirkliche Hindernis für die endgültige Vorherrschaft der postmodernen westlichen Elite (und damit der Globalisten) beseitigen.

Vielleicht würden wir Teil eines neuen, postkapitalistischen (daher totale Entmenschlichung und digitale Kontrolle) "Vierten Reiches" werden. Aber sicher nicht der saftigste. Denn angesichts des peripheren Status Osteuropas als Quelle billiger Ressourcen für den Westen würde Litauen und die Litauer das gleiche Schicksal ereilen. Im "besten" Fall kommt es zu einer langsamen Auflösung von J.

Orwells Anti-Utopie 1984, die einem sozio-historischen Sumpf ähneln wird. Schlimmstenfalls ein früher Tod in den Flammen des Krieges, der diese "neue und wunderbare Welt" bringen wird...

Der imaginäre Weg von Butkevičius und Nationalisten wie ihm (sowie der herrschenden Kreise, gegen die sie angeblich "kämpfen") wäre also sowohl unmoralisch als auch verhängnisvoll für die litauische Nation selbst, in deren Interesse sie zu handeln glauben. Natürlich in anderen Formen und in viel kleinerem Maßstab, aber im Wesentlichen so, wie sich die Deutschen durch Hitlers Handeln in Deutschland in der Zeit von 1933 bis 1945 nicht nur gegen die Menschheit und die Menschheit selbst versündigt haben, sondern auch nicht annähernd in der Lage waren, diese große Nation zu töten...

In diesem Zusammenhang wäre eine pro-russische Wende sowohl moralisch als auch existenziell heilsam für Litauen und die litauische Nation. Nur dies wäre mit der wahren historischen und zivilisatorischen Identität der Litauer sowie mit dem langfristigen nationalen Interesse und der einfachen Menschlichkeit vereinbar. Dazu bedarf es jedoch sowohl der entsprechenden politischen Kraft als auch eines gewissen nationalen Bewusstseins. Und leider werden wir dies nicht erreichen, wenn wir nicht sowohl den Nationalismus als auch den oben erwähnten Minderwertigkeitskomplex heilen (und unsere Landsleute heilen!)

Dies sollte eine der Hauptaufgaben einer wirklich systemunabhängigen, wirklich patriotischen und nationalen (nicht zu verwechseln mit Nationalismus) Opposition sein.

Leider verfolgen aufgrund der Russophobie und des Antisowjetismus, die den größten Teil der litauischen Intelligenz erfasst haben (und es ist die Intelligenz, die, ob man es will oder nicht, die Ideologie prägt), nur wenige dieses Anliegen. Zum Beispiel sind die Unternehmen Vyt. Radžvilas oder z.B. P. Gražulis und N. Puteikas wiederholen in Bezug auf die Ukraine einfach die "allgemeine Linie" der Regierung, eine nach der anderen.

Die links-patriotische Bewegung "Morgenröte der Gerechtigkeit" mit A. Paleckis an der Spitze, der ich angehöre, soll aus diesem Zusammenhang herausfallen. Und das ist großartig. Aber auch uns mangelt es in dieser Hinsicht: Ich spreche von langer, langweiliger, undankbarer, aber notwendiger intellektueller - konzeptioneller, kultureller, pädagogischer - Arbeit. Denn nur mit einer solchen Arbeit, die wirklich langfristig angelegt ist, ist es möglich, die Litauer wenn nicht vollständig von ihrem Minderwertigkeitskomplex und damit vom Nationalismus zu heilen, so doch zumindest mit dieser Heilung zu beginnen...

Zweifelsohne erfordert diese Arbeit nicht nur Mut und nicht nur Ideen. Aber mit viel Willen, Geduld und Liebe, in dem Bewusstsein, dass ein großer Teil unserer Landsleute zutiefst fehlgeleitet ist und sich irrt. Ich wünsche mir und anderen, die sich für diesen Weg entschieden haben (oder entscheiden werden), Kraft und Vergebung für diejenigen, die den Weg verloren haben. Denn es steht geschrieben: 'Vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun' (Lukas 23:34)...

In der Tat! So wie Hitler kam und ging und die Deutschen und Deutschland blieben, so wird auch diese schändliche Psychose irgendwann kommen und gehen. Und Litauen wird bleiben! Und wir werden dafür arbeiten - wenn nicht für das, was es heute ist, dann für das, was es in Zukunft sein kann, für das, was es sein wird.

Kristoferis Voiška

Volkswiderstand (Moldawien)

Pressemitteilung des ZK der KKE zur russischen Invasion in die Ukraine

Quelle: <https://inter.kke.gr/de/articles/Pressemitteilung-des-ZK-der-KKE-zur-russischen-Invasion-in-die-Ukraine/>

30 Jahre nach der Auflösung der Sowjetunion und dem Umsturz des Sozialismus, den viele gefeiert haben, weil dadurch die Welt angeblich 'friedlicher' und 'sicherer' gemacht werden sollte, und nach dem Krieg in Jugoslawien und anderswo, bricht auf europäischem Boden ein weiterer imperialistischer Krieg aus.

Den förmlichen Auftakt des Krieges bildet die inakzeptable militärische Intervention und Invasion Russlands in die Ukraine. Der Brennstoff allerdings dazu sammelte sich seit Jahren allmählich in der Region an.

Unabhängig von den Vorwänden, die auf beiden Seiten verwendet werden, ist der Militärkonflikt in der Ukraine das Ergebnis der Verschärfung des Konkurrenzkampfes zwischen den beiden sich widerstreitenden Lagern, in erster Linie um Einflussphären, Marktanteile, Rohstoffe, Energieprojekte und Transportwege. Es sind Gegensätze, die nicht mehr mit diplomatisch-politischen Mitteln und fragilen Kompromissen gelöst werden können.

Auf der einen Seite stehen die USA, die NATO und die EU, die die reaktionäre Regierung in Kiew, die paramilitärischen Apparate und die faschistischen Gruppierungen der Ukraine unterstützen und die seit Jahren ihre Positionen zur wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einkreisung Russlands fördern (NATO-Osterweiterung, Raketenabwehrschild usw.).

Auf der anderen Seite steht das kapitalistische Russland, das seine eigenen Vorhaben für die kapitalistische Integration der Länder der ehemaligen UdSSR fördert und in den letzten Jahren zur Eingliederung der Krim in die Russische Föderation und kürzlich zur Anerkennung der "Unabhängigkeit" der sogenannten "Volksrepubliken" Donezk und Lugansk übergegangen ist.

Es ist die Bestätigung, dass Krieg die Fortsetzung derselben Politik mit anderen gewaltsamen Mitteln ist. Es ist der Beweis dafür, dass der imperialistische Krieg, der Tod und die Zerstörung, die er verursacht, unweigerlich der kapitalistischen Konkurrenz entspringen.

Der kriegerische Konflikt findet zwischen zwei Ländern statt, Russland und der Ukraine, deren Völker jahrzehntelang in Freundschaft lebten und unter den Bedingungen des Sozialismus friedlich vorankamen. Es ist genau diese historische Erinnerung, die beide Seiten mit Antikommunismus und Antisowjetismus vom Gedächtnis beider Völker auszulöschen versuchen. Die Geschichte kann jedoch nicht ausgelöscht werden; im Gegenteil, sie beweist, dass der Ausweg in der Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System liegt, das Armut und Kriege hervorbringt. Diesen anderen Weg müssen diese Völker, alle Völker, heute einschlagen.

Die gegenwärtige kriegerische Auseinandersetzung führt nun zu einem Kriegskonflikt unvorhersehbaren Ausmaßes, zumal sie mit der allgemeineren Konfrontation (USA - EU - China - Russland usw.) über die Vormachtstellung im imperialistischen System zusammenhängt. Die Opfer sind wieder einmal die Völker der beteiligten Länder und nicht nur sie, denn die wirtschaftlichen und geopolitischen Auswirkungen dieses Konflikts betreffen die Völker der ganzen Welt.

Griechenland beteiligt sich aktiv an diesen imperialistischen Konkurrenzen zur geostrategischen Aufwertung der griechischen Bourgeoisie, die nichts anderes bedeutet, als ihre Beteiligung an der Plünderung und Umverteilung des "Kuchens", die mit neuen Verbrechen gegen die Völker einhergeht.

Die griechischen Regierungen von ND, PASOK, SYRIZA haben alle NATO-Beschlüsse und -Pläne zur Erweiterung dieser mörderischen Organisation und zur Einkreisung Russlands mitgetragen. Sie brachten die Einrichtung neuer US-NATO-Stützpunkte im Land auf dem Weg, wie in Alexandroupoli, die in eine Drehscheibe für den Transport und die Verlegung von Streitkräften nach Osteuropa umgewandelt wurde. Unser Land wird so zum "Täter" gegenüber anderen Völkern, aber gleichzeitig kann es auch zum "Opfer" werden, da es automatisch zum Ziel möglicher Vergeltungsmaßnahmen wird, wie Russland ja bereits gewarnt hat. Griechenland zahlt auch schon einen hohen finanziellen Tribut durch die Teuerungswellen, die Erhöhung der Treibstoffpreise, die Energiearmut, die Aufrüstung. Und dazu kommt der Fakt, dass der „Appetit“ der türkischen Bourgeoisie mit ihren inakzeptablen Ansprüchen in der Ägäis und der Zypernfrage noch größer wird.

Die Antwort aus der Sicht der Interessen unseres Volkes liegt nicht darin, sich dem einen oder anderen imperialistischen Pol anzuschließen. Das Dilemma ist nicht USA – Russland oder NATO – Russland. Der Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes muss sich einen eigenständigen Weg bahnen, fern von allen bürgerlichen und imperialistischen Plänen.

Angesichts des neuen Verbrechens kann die Antwort nur eine sein: Nein zum imperialistischen Krieg! Die Völker müssen die Bourgeoisien und Regierungen ihrer Länder ächten, die sie in ein Blutbad schicken, sowohl in der Ukraine, als auch in Russland, überall. Sofortige Einstellung der Beteiligung und Verwicklung Griechenlands! Sofortige Schließung der US-NATO-Militärstützpunkte in unserem Land! Der Kampf für die Losbindung aus den imperialistischen Vereinigungen der NATO und der EU muss gestärkt werden, und das Volk dabei sein Geschick in den eigenen Händen nehmen“.

Erklärung der Ungarischen Arbeiterpartei

Siehe oben.

Erklärung der Partei der Kommunisten USA zur russischen Militäroperation in der Ukraine

Quelle: <https://partyofcommunistsusa.net/february-25th-2022-party-of-communists-usa-statement-on-russian-military-operation-in-ukraine/>

Die Zeit der Diplomatie musste enden, um die NATO-Erweiterung und die anhaltende Gewalt und den Völkermord an der unabhängigen Lugansker Volksrepublik (LPR) und der Donezker Volksrepublik (DPR) zu stoppen. Seit über 30 Jahren fordert Russland die NATO auf, ihre Expansion zu stoppen und Russlands Sicherheitsbedenken ernst zu nehmen. Die Achse USA-EU-NATO hat nicht nur die russischen Sicherheitsbedenken zurückgewiesen, sondern auch geschwiegen, als die Menschen im Donbass vom ukrainischen Militär mit von der US-NATO gelieferten Waffen bombardiert wurden, was letztlich den Weg für den heutigen Konflikt ebnete.

Die Party of Communists USA hat die Entwicklungen in Russland, der LPR, der DVR und der Ukraine seit vielen Jahren verfolgt. Wir stehen in voller Solidarität mit den Menschen in den Volksrepubliken Lugansk und Donezk, die gegen das von den USA, der EU und der NATO unterstützte faschistische Bandera-Regime in Kiew kämpfen.

Angesichts der verschärften Spannungen im imperialistischen System bemühen sich sowohl Russland als auch China aktiv darum, die imperialistische Vorherrschaft der USA auf internationaler Ebene nach der Konterrevolution in der Sowjetunion von 1991 zu zerstören. In ihrer Hybris und ihrem Triumphalismus vertraten die USA die Doktrin vom "Ende der Geschichte" und die Hegemonie der

westlichen liberalen Ordnung unter der Führung Washingtons als unipolare internationale Macht. Schnell machten sie sich daran, die Welt gewaltsam nach ihrem kapitalistischen Vorbild umzugestalten.

Die Vereinigten Staaten und die westlichen Staats- und Regierungschefs versprachen sowohl dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow als auch dem russischen Präsidenten Jelzin, "keinen Zentimeter nach Osten zu gehen". Sie haben ihre Versprechen gebrochen, indem sie die NATO in den letzten dreißig Jahren mehrfach erweitert haben, von ursprünglich 12 Ländern auf 30 Länder im Jahr 2022, und indem sie 600 Meilen näher an die russische Grenze herangerückt sind.

Die Vereinigten Staaten und die NATO haben das sozialistische Jugoslawien in den 1990er Jahren gewaltsam zerstückelt und balkanisiert und schließlich das Kosovo als Protektorat und Militärstützpunkt auf serbischem Gebiet geschaffen. Leider scheinen viele die Bombenangriffe auf Belgrad, die Massaker, die Verwendung von angereichertem radioaktivem Material in der Munition und die von den US-EU-NATO-Imperialisten geschürten ethnisch-religiösen Spannungen bequemerweise vergessen zu haben.

Putin hat in seiner jüngsten Rede zur Anerkennung der LPR und der DPR sogar zugegeben, dass er im Jahr 2000 Bill Clinton den Vorschlag unterbreitet hat, dass Russland der NATO beitreten könnte, und dass er abgelehnt wurde. Der US-Imperialismus kann nicht zulassen, dass ein Rivale an der groß angelegten Ausplünderung der Welt teilhat.

Die Vereinigten Staaten und die NATO zerstörten daraufhin Afghanistan, den Irak, Libyen, Syrien und den Jemen. Im Jahr 2014 orchestrierte die US-NATO einen faschistischen Putsch in der Ukraine gegen die demokratisch gewählte Regierung. Die US-NATO-Imperialisten üben ihre Gewalt auch außerhalb Europas in Asien, Afrika und Lateinamerika aus.

Der faschistische Putsch in der Ukraine im Jahr 2014 brachte eine faschistische Junta an die Macht, die das Andenken und das Erbe von Stepan Bandera rehabilitierte, dem faschistischen Führer der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), der im Zweiten Weltkrieg für die Ermordung von 200.000 ukrainischen Juden zwischen 1941 und 1945 verantwortlich war.

Im Juli 1941, kurz nach dem Einmarsch der Nazis in die UdSSR, gab die OUN in Lemberg in der Westukraine ein Pamphlet heraus, in dem sie die Juden aufforderte: "Wir werden eure Köpfe Hitler vor die Füße werfen!" Das Regime nach 2014 verlieh Bandera den höchsten Titel eines "Helden der Ukraine" und erließ ein Gesetz, das es illegal machte, sein "Heldentum" zu leugnen.

Es brachte Neonazis in das militärische und politische Leben, einschließlich des Asow-Bataillons und des Rechten Sektors. Diese Faschisten begingen unaussprechliche Verbrechen, darunter den Brand des Gewerkschaftshauses in Odessa im Jahr 2014, bei dem 48 Menschen ums Leben kamen. Darüber hinaus hat die Bevölkerung der LPR und der DPR acht Jahre lang unter brutalen militärischen Angriffen und Bombardierungen durch diese neonazistischen Militäreinheiten gelitten, die die zivile Infrastruktur zum Ziel hatten.

In den Augen des russischen Volkes erinnern sie an die brutalen Invasionen Napoleons im 19. Jahrhundert und Nazideutschlands im 20. In beiden Fällen besiegten Russland und seine Nachfolgerin, die Sowjetunion, zu der auch die Ukraine gehörte, diese feindlichen Armeen und trieben sie quer durch Europa zurück. In diesen heldenhaften Kriegen verloren zig Millionen Menschen ihr Leben. Russland und die Sowjetunion haben Europa zweimal vor der Tyrannei gerettet. Einmal mehr versucht der faschistische Feind, Russland einzukreisen, in diesem Fall die NATO und die faschistische Junta in der Ukraine nach 2014. Das kann die Russische Föderation einfach nicht tolerieren.

Die Heuchelei der Vereinigten Staaten zeigt sich in ihrer eigenen Konfrontation mit Kuba und der Sowjetunion während der Kubakrise. Als Kuba als souveräne Nation die Sowjetunion um militärische Unterstützung und die Stationierung von Atomwaffen bat, um die aufkeimende Revolution vor dem US-Imperialismus und den Versuchen der CIA, Fidel Castro zu stürzen, zu schützen, stellten sich die Vereinigten Staaten, die um ihre Sicherheit besorgt waren und sich auf die Monroe-Doktrin beriefen, den Kubanern und den Sowjets entgegen und brachten die Welt fast an den Rand der nuklearen Vernichtung. Glücklicherweise setzte sich die Diplomatie durch, und ein totaler Krieg konnte abgewendet werden. Die Tatsache, dass Russlands Sicherheitsbedenken in Bezug auf die Ukraine, die NATO-Erweiterung und Atomwaffen beiseitegeschoben wurden, zeigt die tiefe Heuchelei und den Zynismus der USA und ihrer NATO-Verbündeten.

Kommunisten sind immer die ersten, die für Frieden und Freundschaft zwischen allen Völkern und Nationen kämpfen. Wir erinnern uns an die Brüderlichkeit der Nationen, die Freundschaft der Völker und die Solidarität zwischen den Menschen in der Ukrainischen SSR und der Russischen SFSR. Millionen von Menschen heirateten miteinander und hatten Familien auf beiden Seiten der Grenzen der Ukrainischen SSR.

Wir sind letztlich gegen den Krieg. Kriege zwischen kapitalistischen Staaten schaden letztlich der Arbeiterklasse und kommen nur den jeweiligen herrschenden Klassen zugute. Doch wenn Imperialismus und Faschismus die Arbeiterklasse bedrohen, ist es manchmal notwendig, ihnen mit Gewalt zu begegnen, wie 1941. Ein antifaschistischer Krieg ist ein gerechter Krieg. Auf internationaler Ebene ist es an der Zeit, eine Offensive gegen den Faschismus und seine Rehabilitierung in Europa, den Vereinigten Staaten und darüber hinaus zu starten.

Einige haben behauptet, dass sich der Konflikt in der Ukraine aus der langen und intensiven Konfrontation zwischen den imperialistischen Interessen der USA und den Ambitionen Russlands entwickelt hat, die sich beide einen größeren Anteil am Weltmarkt sichern wollen. Andere haben behauptet, dass der aktuelle Konflikt zwischen der Ukraine und Russland den Interessen der USA dient, um ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem EU-Markt zu erhöhen, der für einen beträchtlichen Teil seiner Einfuhren, insbesondere von Gas, auf Russland angewiesen ist. Tatsächlich hat Deutschland das Nord-Stream-2-Pipeline-Projekt ausgesetzt, nachdem Russland seine Militäroperation in der Ukraine begonnen hatte.

Die Partei der Kommunisten USA ist solidarisch mit der antifaschistischen Arbeiterklasse und den Kommunisten in Russland, der LVR, der DVR und der Ukraine, die sich nach dem Sturz der Statuen von Stepan Bandera und seines faschistischen Anhangs sehnen. Erinnern Sie sich an die Millionen von Sowjets, darunter Russen und Ukrainer, die gemeinsam gekämpft haben und gestorben sind, um die Welt vom Faschismus zu befreien.

Wir erkennen an, dass die Vereinigten Staaten und die NATO die Hauptursache für den Konflikt sind. Während Millionen in den Vereinigten Staaten unter unzureichender medizinischer Versorgung, Bildung, Kinderbetreuung und steigenden Kosten für die Arbeiterklasse bei grundlegenden Gütern und Dienstleistungen leiden, wissen wir, dass die herrschende Klasse der USA, die Kapitalisten sowohl der Demokratischen als auch der Republikanischen Partei, die Feinde der amerikanischen Arbeiterklasse sind.

Wir rufen die künftige Regierung der Ukraine auf, die von der faschistischen Junta verbotene Kommunistische Partei der Ukraine zu legalisieren und der Gewerkschaftsbewegung die Wiederaufnahme ihrer Arbeit zu ermöglichen. Wir entbieten den kommunistischen und Arbeiterparteien der ehemaligen UdSSR in dieser Zeit des Krieges unsere herzlichen brüderlichen Grüße und unsere tiefste Solidarität.

NEIN ZUM FASCHISMUS! NATO ABSCHAFFEN! NEIN ZU SANKTIONEN! NEIN ZUM KRIEG MIT RUSSLAND!

Internationale Abteilung, Zentralkomitee

Partei der Kommunisten USA

FSB zerschlägt marxistischen Zirkel in Ufa

Quelle: <http://rezidenta.info/news/1374-fsb-rf-razgromila-v-ufe-marksistskiy-kruzhok.html>

Der Kreis in Ufa oder ist wieder Lenin schuld!

Fünf Mitglieder eines marxistischen Zirkels werden in Ufa inhaftiert. Ihnen wird vorgeworfen, "eine terroristische Gemeinschaft zu organisieren". Unter den Verhafteten befindet sich auch Dmitri Tschuwilin, ein Mitglied des baschkirischen Staatsrates. Er trat in den Hungerstreik. Vier weitere Mitglieder des Zirkels wurden bisher auf eigene Kosten freigelassen... Was ist das: Repression, Dummheit oder Provokation?

Die Verhaftungen fanden am 25. März statt. Insgesamt wurden 9 Personen festgenommen, darunter der Abgeordnete des Kurultai von Baschkirien von der CPRF-Fraktion und Koordinator der Linksfrontbewegung Dmitri Tschuwilin, der 65-jährige Juri Jefimow, der Arzt des städtischen klinischen Krankenhauses Nr. 21 Alexej Dmitriew sowie die Aktivisten Pawel Matisow und Rinat Burkejew. Einen Tag später nahm ein Bezirksgericht in Ufa die fünf Aktivisten für zwei Monate (bis zum 23. Mai) in Gewahrsam. Die Ermittlungen beschuldigten Matisov der "Organisation einer terroristischen Vereinigung und der Beteiligung daran" (Teil 1 und 2, Artikel 205.4 des Strafgesetzbuches); Dmitriew und Yefimov des "öffentlichen Aufrufs zu terroristischen Aktivitäten und der öffentlichen Rechtfertigung von Terrorismus oder Propaganda für Terrorismus" (Teil 2, Artikel 205.2); die anderen Angeklagten - Beteiligung an der "terroristischen Vereinigung". Die Gesetzeshüter glauben, dass der Marxistische Kreis Ufa "eine gewaltsame Machtergreifung plante".

Die anderen vier Mitglieder des marxistischen Zirkels, Ildar Ataulin, Andrei Golovachev, K. Valiullin und R. Yusupov, wurden ebenfalls festgenommen. Sie wurden auf eigene Verantwortung freigelassen. Darüber hinaus wurden mehrere andere Personen durchsucht.

Nach der Ankündigung der Zwangsmaßnahme erklärte Dzmitry Chuvilin, er betrachte die Ereignisse als politische Verfolgung und trat in einen Hungerstreik. Gleichzeitig berichtete einer der lokalen Telegrammsender, dass Burkejew und Matisov sich bereits der ersten Anklage schuldig bekannt hätten.

Im Internet wurden Aufnahmen von Waffen veröffentlicht, die bei der Durchsuchung gefunden worden sein sollen. Es werden Granaten und eine Pistole gezeigt. Es lässt sich nicht sagen, ob es sich dabei wirklich um die Inhaftierten oder um eine Provokation durch die "Soldaten" handelt. Es gibt auch die Meinung, dass es sich um Sportgeräte handelt, die auf dem Markt sind. Es gibt auch Berichte über "extremistische Literatur", aber es bleibt unklar, auf welche Art von Literatur sich die Liste extremistischer Materialien bezieht.

Aufgrund der spärlichen Informationen ist es schwierig, ein endgültiges Urteil über die Geschehnisse zu fällen. Einigen Menschenrechtsaktivisten zufolge sind die Sonderdienste der Russischen Föderation bei Provokationen nicht zimperlich. Der dubiose "Netzwerk-Fall" hat viele zu der Behauptung veranlasst, dass er erfunden wurde. Die Version des marxistischen Zirkels von einem beispielhaften Massaker hat also durchaus ihre Berechtigung. Andererseits kann die offizielle Version der

Untersuchung angesichts des Entwicklungsstandes der russischen Linksbewegung nicht außer Acht gelassen werden. Es ist möglich, dass einige "Hitzköpfe" unüberlegt gehandelt oder rücksichtslose Absichten geäußert haben.

Aleksandr Batov, ein Vertreter der ROT FRONT, kommentiert die Situation:

„Wir wissen nicht, was dort wirklich passiert ist. Aber wenn die Version der Wächter wahr ist, dann müssen wir sagen, dass der Kreis entweder aus Narren oder Provokateuren bestand. Haben sie in ihrem Unterricht nicht Lenin studiert? Haben sie nicht aus den Schriften Lenins gelernt, dass die Arbeiterbewegung der Schlüssel zur radikalen Umgestaltung der Gesellschaft ist? Alles zu seiner Zeit. Jetzt ist die Zeit für geduldige Propaganda und Organisationsarbeit.“

Apropos, wir dürfen uns natürlich nicht von den Geschehnissen in Russland täuschen lassen. Bald wird schon die Lektüre von Marx oder Lenin als "Extremismus" gelten, und marxistische Kreise könnten verboten werden. Wir können gut erkennen, dass Russland in die Fußstapfen der Ukraine tritt; der Unterschied zwischen den beiden Ländern ist nicht qualitativ, sondern rein quantitativ. In unseren Nachbarländern hat die Nazi-Ideologie bereits gesiegt, Lenin-Denkmäler wurden bereits abgerissen, kommunistisches Gedankengut wurde bereits verboten. Und unsere Fans von Iljin, Wlassow, Mannerheim, Solschenizyn haben all diese Prozesse gerade erst begonnen. Das Ergebnis wird jedoch das gleiche sein.“

Aufruf zu einer Demonstration am 19. Juni um 17:00 Uhr Zentraler Platz in Chisinau

Quelle: <http://rezistentia.info/news/1376-19-iyunya-v-1700-centralnaya-ploschad-kishineva-trudyaschiesya-vseh-stran-soedinyaytes-.html>

Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!

Gegen Militärblöcke für die Neutralität!

Es ist nicht das erste Mal, dass die herrschenden Kreise der Republik Moldau in den letzten 30 Jahren mit allen möglichen Blöcken (wirtschaftlich, politisch, militärisch) geflirtet haben, mit dem Ziel, größtenteils persönliche Vorteile zu erlangen. Wir sind nicht gegen die Arbeitnehmer in den USA, Russland, der Ukraine, Rumänien oder der EU. Wir stehen in Solidarität mit allen Arbeitnehmern, die von den heutigen Oligarchen unterdrückt werden. Überall auf der Welt herrscht eine Wirtschaftskrise, der man sich nicht entziehen kann: Korruption, Einschränkung der Meinungsfreiheit und steigende Preise sind allgegenwärtig. Natürlich ist nicht irgendeine bestimmte politische Figur schuld an der derzeitigen Situation, sondern der Kapitalismus, und zwar aufgrund der verschärften Widersprüche dieses Systems selbst, die weder Sandu, Putin, Biden und Zelensky noch ihre westlichen oder östlichen "Partner" in der Lage sind, zu lösen. Es sind die Kapitalisten, die nicht mehr zu ihrem eigenen Vorteil handeln können, die ihre Schützlinge an der Macht dazu drängen, die Kriegsmaschinerie zu nutzen, um diese Widersprüche aufzulösen, wobei der wichtigste der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital ist. Der Wille der Kapitalisten, zu ihrem eigenen Vorteil zu handeln, zwingt sie, entsprechend zu handeln, und Sandu, Putin, Biden oder Zelensky und Macron sind ihre Stellvertreter, die tanzen, wie es ihnen befohlen wird. Das Problem ist, dass der Handel zum Vorteil der russischen Oligarchen nicht funktioniert hat, auch nicht für die ukrainischen Oligarchen, und seit Beginn des Krieges nicht einmal für die europäischen Oligarchen.

Es gibt zwei Wege aus dieser Krise. Entweder durch die Entfesselung eines Krieges, die Zerstörung oder Beschlagnahme eines Teils der Industrien des Konkurrenten, die Wegnahme eines Teils seiner

Gewinne, die Wegnahme eines Teils seines Territoriums zusammen mit seiner Belegschaft, das Aufeinanderhetzen der Arbeiter in einem Bruderkrieg, die Nutzung von Nationalismus, Sprache oder kulturellen Unterschieden, um die Arbeiter zu spalten und sie daran zu hindern, sich für ihre ureigenen Interessen zusammenzuschließen. Denn alle Parteien dieses Konflikts, und es sind eindeutig mehr als zwei, sind Oligarchen, die durch die Hände anderer für ihren eigenen Gewinn kämpfen, und dieser Gewinn hat nichts mit den Interessen der Arbeiter dieser Länder selbst zu tun, dieser Gewinn ist der Gewinn auf ihr Leben, auf ihre Arbeit. Sie alle wissen, dass die Inflation in Moldawien bereits bei 30 Prozent liegt, die Preise für buchstäblich alles in die Höhe geschneit sind - die Oligarchen, die eine absolute Minderheit sind, haben alle Kosten ihrer Herrschaft abgewälzt.

Aber es gibt noch eine andere, kardinale Lösung, die den Oligarchen, die immer wieder Kriege zwischen den Völkern zu ihrem eigenen Vorteil entfesseln, den Garaus machen wird: die Verstaatlichung, d.h. die Rückführung aller bedeutenden Unternehmen der Republik in das Staatseigentum! Und das nicht nur in Moldawien, sondern auch in anderen Ländern. Und dafür müssen sich alle Arbeitnehmer der verschiedenen Länder zusammenschließen. Deshalb lautet unsere Hauptparole: Arbeiter aller Länder vereinigt euch für eine neue Welt ohne Kapitalismus!

Auch unsere Slogans: Gehorcht euren Gesetzen! Gegen Militärblöcke für die Neutralität! Nieder mit der NATO! Für die Abberufung von Abgeordneten durch ihre Wählerinnen und Wähler!

KAPITALISMUS = Krieg!

Nieder mit der Diktatur des Kapitals!

Erklärung der marxistischen Volkswiderstandsbewegung im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine

Quelle: <http://rezistentia.info/programa/1372-zayavlenie-marksistskogo-dvizheniya-narodnoe-soprotivlenie-v-svyazi-s-nachalom-voyny-na-ukraine.html>

Der Einmarsch der Russischen Föderation in die Ukraine, der am 24. Februar begann, ist wie alle bewaffneten Konflikte in der ehemaligen Sowjetunion das Ergebnis der Konterrevolution von 1986-1991 und der anschließenden Restauration der kapitalistischen Verhältnisse. In der UdSSR waren die Arbeiter aller Nationalitäten vollwertige Herren ihres einzigen großen Landes, sie lebten und arbeiteten dort gemeinsam unter der absoluten Herrschaft des öffentlichen Eigentums an den Produktionsmitteln. Die Bourgeoisie, die sich der Macht und des ehemaligen Gemeinschaftseigentums bemächtigt hatte, schürte den Nationalismus, indem sie die Arbeiter verschiedener Nationalitäten gegeneinander aufhetzte, um erstens ihre weitere Ausplünderung nicht zu verhindern und zweitens, wenn überhaupt, ihre Beute vor den bürgerlichen Konkurrenten der Nachbarländer zu schützen. Die Arbeiter wurden ihres sowjetischen Mutterlandes beraubt, das nun in Wirklichkeit den Eigentümern der "Fabriken, Zeitungen, Dampfschiffe" gehört, aber durch die verschiedenen bürgerlichen Medien wird ihnen seit mehr als 30 Jahren beigebracht, dass sie "ihr bürgerliches Vaterland lieben müssen", in dem sie nur dazu bestimmt sind, Lohnsklaven "ihrer" Bourgeoisie zu sein.

Die unmittelbaren Ursachen des Krieges sind die zwischenimperialistischen Widersprüche zwischen der Russischen Föderation auf der einen Seite und den USA und ihren Satelliten auf der anderen Seite. Das russische Kapital, das aus dem Geld entstanden war, das dem sowjetischen Volk von den Schattenunternehmern ("Schattenmongern") gestohlen worden war, die sich in die Partei und die wirtschaftliche Nomenklatur verstrickt hatten und sich die meisten Leckerbissen des ehemaligen Volkseigentums "geschnappt" hatten, hatte in weniger als 20 Jahren nach der Zerstörung der UdSSR

das imperialistische Stadium erreicht, obwohl es in seiner Wirtschaftskraft noch weit hinter den imperialistischen Großmächten (USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Japan) zurücklag.

Das russische Kapital kämpft ebenso wie das Kapital der anderen imperialistischen Staaten um Märkte und Einflussphären und kollidiert in diesem Kampf mit den Interessen des amerikanischen und europäischen Imperialismus. Wie die Klassiker des Marxismus in ihren Werken gezeigt haben, sind das Ergebnis der Verschärfung dieser Widersprüche imperialistische Kriege, die "die Fortsetzung der Politik auf andere Weise" sind. Die Ausweitung des imperialistischen NATO-Militärblocks nach Osten und der bewaffnete Staatsstreich in der Ukraine im Februar 2014, der eine pro-amerikanische Marionettenregierung an die Macht brachte, ließen dem russischen Imperialismus keine andere Wahl, als die Anti-Maidan-Demonstrationen zu nutzen, um die Krim zu annektieren und die Gründung der Volksrepubliken Luhansk und Donezk zu unterstützen.

Seit Beginn der Konfrontation in der Ukraine Ende 2013 hat der russische Imperialismus versucht, mit den USA und den europäischen Imperialisten zu verhandeln, aber wie Lenin schon sagte, wird alles von der Macht des einen oder anderen Kapitals entschieden. Die Verhandlungen mit den "westlichen Partnern" dauerten acht Jahre, in denen das Leben der Menschen in der Ostukraine nur ein "Verhandlungsmasse" war. Erst als die Bedrohung durch den NATO-Beitritt der Ukraine offensichtlich wurde und Putin um schriftliche Garantien gebeten wurde, dass es keine solche Erweiterung geben würde, wurde er im übertragenen Sinne "weggeschickt", und Russland beschloss, einzumarschieren, um die pro-amerikanische Regierung auszuwechseln.

Wie wir 2014 schrieben, wäre die Einführung russischer Truppen in die Ukraine damals trotz des imperialistischen Charakters dieser Aktionen objektiv ein geringeres Übel für die ukrainischen Arbeiter gewesen als die Herrschaft einer offen halbfaschistischen Regierung nach dem Vorbild lateinamerikanischer Länder. Wir haben als Beispiel die Befreiung der westeuropäischen Länder von der faschistischen Besatzung durch Truppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs angeführt, die imperialistische Mächte waren und sind. Die jetzige Invasion wird weitaus blutiger sein, als sie es 2014 hätte sein können, und wird den Menschen in der Ukraine weitaus mehr Tod und Zerstörung bringen. Während dieser Einmarsch im Jahr 2014 rechtlich als Hilfeleistung auf Ersuchen eines rechtmäßig gewählten Präsidenten des Landes betrachtet werden konnte (wie der Einmarsch von OVKS-Truppen in Kasachstan im Januar dieses Jahres zeigt), sieht es jetzt nach einer unverhohlenen Aggression aus, die nur durch die Behauptung des Schutzes der LVR und DVR gerechtfertigt ist. Gerade dieser Schritt zeigt, dass der russische Imperialismus und das Putin-Regime in eine Situation geraten sind, in der sie einfach nicht mehr anders handeln können.

Obwohl Putins Regime von Natur aus ebenso bürgerlich und antikommunistisch ist wie das ukrainische Regime, bewahrt es immer noch den Anschein einer bürgerlichen Demokratie und ist noch nicht in faschistische Formen übergegangen. Die Zerstörung des gegenwärtigen faschistischen Regimes in der Ukraine durch russische Truppen wird objektiv Möglichkeiten für die Wiederherstellung der legalen Aktivitäten der kommunistischen und Arbeiterorganisationen schaffen. Kommunistische und Arbeiteraktivisten werden zumindest nicht befürchten müssen, dass einige "Patrioten" sie einfach am helllichten Tag ergreifen und an einen unbekanntem Ort verschleppen, um sie ohne Gerichtsverfahren irgendwo im Wald zu begraben. Die Gesetze, die kommunistische Symbole verbieten, werden aufgehoben, die faschistischen paramilitärischen Einheiten werden eliminiert, die Nazi-Propaganda und die Verherrlichung der faschistischen Henker der OUN und der Nachtigall werden eingestellt, so abscheuliche Einrichtungen wie das Institut des Nationalen Gedenkens, die Diskriminierung nationaler Minderheiten und die offene Schändung des Gedenkens an die Gefallenen des Großen Vaterländischen Krieges werden beendet.

Die endlose "ATO" im Donbass, die Menschen tötet und verstümmelt, diese Region zerstört und den Staatshaushalt viel Geld kostet, wird zu Ende gehen. Die Wasserblockade der Krim wird beendet, ebenso wie die Abzocke der ukrainischen Bevölkerung durch "Rückwärts"-Lieferungen von Gas und Kohle für Wärmekraftwerke, von denen die derzeitigen Regimevertreter oder ihre Partner profitieren. Durch die Aufhebung des Moratoriums auf Antrag der EU werden die Voraussetzungen geschaffen, die Abholzung der Karpatenwälder zu stoppen. Das räuberische Assoziierungsabkommen mit der EU, das die Reste der ukrainischen Industrie vernichtet und die intellektuellen und menschlichen Ressourcen der Ukraine aussaugt, wird nicht mehr funktionieren.

Die von Putins verfluchten Kommunisten geschaffene nukleare Kapazität, die Russland geerbt hat, hat die US-Imperialisten und ihre Satelliten bisher zuverlässig davon abgehalten, direkt in den Konflikt einzugreifen. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die Vereinigten Staaten jahrelang keinen Krieg gegen Nordkorea riskiert haben, das nur über ein paar Dutzend Atomsprengeköpfe mit Raketen von nicht allzu großer Reichweite verfügt, während ein Angriff auf Russland, das über Tausende solcher Sprengköpfe mit ballistischen Interkontinentalraketen verfügt, absolut unrealistisch ist. Allerdings werden alle möglichen wirtschaftlichen und sonstigen Sanktionen so weit wie möglich angewandt werden.

Diese Situation, überlagert von einer weltweiten Wirtschaftskrise, die an Dynamik gewinnt, wird sich eindeutig auf die Wirtschaft und das Leben der Arbeitnehmer sowohl in Russland als auch in den Ländern, die Sanktionen verhängt haben oder verhängen werden, auswirken. Darüber hinaus wird die Konfrontation zwischen Russland und der EU dazu führen, dass die Arbeitsströme aus der Ukraine in die EU abreißen, was sich auch auf die Wirtschaft der EU auswirken wird. All dies wird wiederum zu einer weiteren Verschärfung der Klassenwidersprüche in allen kriegführenden Ländern führen. Die Zerstörung des "Sicherheitsventils" der Arbeitsmigration wird den ukrainischen Arbeitnehmern keine andere Wahl lassen, als für ihre Klasseninteressen im eigenen Land zu kämpfen, anstatt zu versuchen, einen einfacheren Weg zu finden, ihre Arbeitskraft im Ausland zu einem höheren Preis zu verkaufen. Der gegenwärtige Krieg bringt die Situation objektiv in die Nähe einer revolutionären Situation.

Marxisten müssen die bestehenden zwischenimperialistischen Widersprüche nutzen, um ihre Klassenpositionen und die Organisationen der Arbeiterklasse zu stärken, indem sie den Massen den wahren imperialistischen Charakter des Krieges erklären, in wessen Interesse und warum er geführt wird und wie man sinnlose Verluste an Leben und Zerstörung vermeiden kann.

Die Marxistische Volkswiderstandsbewegung der Republik Moldau bringt ihre Solidarität mit den arbeitenden Menschen der Ukraine und Russlands zum Ausdruck, die einem brudermörderischen Gemetzel ausgesetzt sind, und verurteilt die herrschenden Klassen dieser Länder sowie die US- und EU-Imperialisten, deren Politik zu diesem Blutvergießen geführt hat. Wir unterstützen die Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung der Ukraine, sind aber der Meinung, dass das Schicksal des Landes danach von den Menschen selbst bestimmt werden sollte und nicht von Washington, Brüssel oder Moskau.

Wir fordern, dass die moldauischen Behörden ihren in der Verfassung verankerten neutralen Status strikt einhalten und die Zusammenarbeit mit der NATO, die von der Russischen Föderation als potenzielle Bedrohung angesehen werden kann, einstellen. Wir halten auch alle Maßnahmen und Erklärungen der Behörden für inakzeptabel, die negative Auswirkungen auf die sozioökonomische Situation im Land haben könnten.

Wie schon 2013, als das Assoziierungsabkommen mit der EU ohne Referendum unterzeichnet wurde, hat Präsident Sandu nun unter Verletzung elementarer Grundsätze der Demokratie, ebenfalls ohne Referendum, einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt. Dieser Antrag setzt der Möglichkeit, den

Prozess der Wiedereingliederung des Landes fortzusetzen, ein Ende, da die selbsternannten Behörden Transnistriens und die Mehrheit seiner Bevölkerung kaum daran interessiert sind, der EU beizutreten (etwa die Hälfte der in der PMR lebenden Bevölkerung hat die russische Staatsbürgerschaft). Ebenfalls gegen einen EU-Beitritt ist ein großer Teil der Bevölkerung der gagausischen Autonomie, die ihren Willen bereits 2014 in einem von den zentralen Behörden nicht anerkannten Referendum zum Ausdruck brachte.

Die marxistische Volkswiderstandsbewegung hat sich konsequent gegen alle imperialistischen Gewerkschaften und ihre Politik gewandt, da das Ziel dieser Gewerkschaften immer und überall darin besteht, die kapitalistische Vorherrschaft zu festigen und die Länder, die sich ihnen angeschlossen haben, den Interessen der transnationalen Konzerne zu unterwerfen.

Es lebe der Internationalismus, die proletarische Solidarität und der Kampf für die Klasseninteressen der Arbeiter, für den Sozialismus!

Zentralkomitee der marxistischen Volkswiderstandsbewegung

Kommunistische Partei Norwegens (NKP)

Stoppt die Kriegskräfte

Quelle:

<https://www.facebook.com/NorgesKommunistiskeParti/posts/pfbid0Gr4HF34pBe1aDBWUzA2fs9ZmYNrvGg4H3ReYcAb9rRnV7K8GZauVhaAn152zhmZNI>

Stoppen Sie die Kriegskräfte.

Norwegens Kommunistische Partei (NKP) distanziert sich entschieden vom imperialistischen Krieg in der Ukraine und der Kriegstreiberei, die dazu geführt hat.

Der Krieg und die anschließenden Sanktionen gegen Russland werden die Arbeiterklasse in ganz Europa hart treffen. Die Arbeiterklasse soll nicht noch einmal für die hohen Einsätze der Raubstaaten aufkommen müssen. NKP unterstützt jede Hilfe für die leidenden Menschen in der Ukraine.

Russland muss den Angriff sofort beenden und seine Truppen aus der Ukraine abziehen, damit keine Menschen mehr ums Leben kommen. Friedliche Lösungen müssen durch Diplomatie und Dialog gehen.

Die NATO muss zeigen, dass sie einen großen Krieg vermeiden wird, indem sie ihre Streitkräfte, Stützpunkte und Kriegsmaterial aus den Gebieten um Russland entfernt.

Für ein friedliches Zusammenleben der Völker. Der Krieg darf nicht zum Einsatz von Atomwaffen eskalieren.

Die Friedenskräfte in Norwegen müssen ihre Besuchszeiten kennen und gemeinsam für den Frieden arbeiten.

Das Zentralkomitee.

Erklärung der Kommunistischen Partei Norwegens. 31. Kongress 4.-6. Juni 2022.

Quelle:

<https://www.facebook.com/NorgesKommunistiskeParti/posts/pfbid02rs9xuQxqc66AueZf7txb7F4NfNua9Kibhw4N7Zw7rEcJach2LFX2nZHx4K7iFEKRI>

Nein zum Krieg - Stoppt den Krieg in der Ukraine!

Frieden auf Erden erfordert eine unabhängige norwegische Diplomatie, Frieden mit Russland und China! Die Kriegsgefahr, in der Europa zum nuklearen Schlachtfeld wird, steigt, solange der Krieg in der Ukraine eskaliert. Mehr Geld für Waffen und eine von den USA dominierte Nato müssen gestoppt werden. Norwegen muss ein Land des Friedens werden und sich nicht von den USA und anderen für mehr Waffenexporte regieren lassen. Wir müssen Forderungen nach 2 % des BIP für Kriegsvorbereitungen und US-Stützpunkte auf norwegischem Boden, die außerhalb der rechtlichen Kontrolle stehen, ablehnen. Norwegen muss der UN-Resolution zur Kriminalisierung von A-Waffen beitreten. Darauf müssen sich Friedenstruppen konzentrieren, ungeachtet unterschiedlicher Ansichten zum Ukraine-Krieg. Die Norwegische Kommunistische Partei (NKP) ist Teil der Friedensbewegung und setzt sich für eine Friedensdebatte mit voller Meinungsfreiheit ein.

Der Krieg in der Ukraine fordert bereits Tausende von Opfern; Soldaten und Zivilisten. Die Zerstörung ist enorm, Millionen sind auf der Flucht. Unser Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Familien. Wir sind

solidarisch mit allen Flüchtlingen. Der Krieg kann nur am Verhandlungstisch beendet werden. Thema muss Frieden, Entspannung, Sicherheit für alle sein; in Lugansk und Donezk und auf der Krim und für eine neutrale Ukraine. Die NATO und die EU sind schlechte Alternativen für Frieden und Deeskalation und globale Sicherheit. Die Out-of-Area-Kriege und die Erstschlagsstrategie der NATO mit Atomwaffen machen es deutlich. EU-Art. 42 bedeutet Militarisierung, die wir ablehnen müssen. Die Ukraine darf keine ABC-Waffen bekommen.

Die USA werden den Krieg verlängern, um Russland als Partner Chinas unter Druck zu setzen. Das Ziel ist, Russland zu einer Halbkolonie zu machen und China in den Krieg zu ziehen. Die USA beziehen die EU in die Strategie ein. Erstes Ergebnis sind die Suspendierung der Pipeline „Nord Stream 2“ und die Pläne für ein Energieembargo, gegen das sich auch Teile des westeuropäischen Monopolkapitals wehren. Pläne, hochpräzise Hyperschallwaffen in EU-Ländern zu stationieren, befeuern die militärpolitische und wirtschaftliche Unterstützung des Kiewer Regimes und die antirussische Hetze. Alle Friedenskräfte müssen protestieren und weitere Waffenlieferungen an die Ukraine verhindern. Sie erhöhen die Gefahr eines Atomkriegs.

Der Krieg in der Ukraine begann nicht mit einem russischen Angriff am 24.2.-22. Die Vorgeschichte bietet keinen Anlass, Russland die alleinige Schuld zuzuweisen, wie die Mainstream-Medien ständig propagieren. Weil der Krieg von Kiew gegen die Menschen auf der Krim und im Donbass vor 8 Jahren begann und der Zivilbevölkerung enormes Leid und Terror durch faschistische Einheiten in der Kiewer Armee zufügt. Bis zum Vormarsch Russlands im Februar 2022 kostete der Krieg gegen die Putschgegner in der Süd- und Ostukraine mindestens 14.000 Menschen das Leben. Der Putsch 2014 wird von den USA/EU unterstützt und ist nur mit Faschisten in den Reihen möglich. Es entsteht ein von den USA abhängiger Staat, der die NATO-Mitgliedschaft zum erklärten Ziel erklärt. Der Beitritt der Ukraine ist Teil der NATO-Osterweiterung. 1991 versprachen die Führer der Nato-Staaten, "keinen Zoll nach Osten zu gehen". Der Bruch des Versprechens begann 1999. Dann brachten wir NATO-Truppen in die Nähe der russischen Grenze.

Osterweiterungen sind eine Politik der Aggression und Übergriffe, die sich nicht nur gegen Russland, sondern auch gegen China richtet. Die Ukraine ist zu einer Spielfigur im antirussischen Spiel des Westens geworden. Die CIA und andere E-Organen im Westen unterstützten bereits 2004 die „Orange Revolution“ und deuteten 2014 einen Putsch gegen eine demokratisch gewählte Regierung an. Damit würde die Ukraine als Nato- und EU-Mitglied zur antirussischen Speerspitze. Die Streitkräfte und die Polizei der Ukraine werden nach dem Putsch von Faschisten dominiert, die von den USA/NATO angewiesen werden. Aber auch das direkt in Verhandlungen zwischen der Ukraine und den Volksrepubliken Donbass ausgehandelte Minsk-II-Abkommen war 2015 an die Resolution 2202 im UN-Sicherheitsrat gebunden. Es wurde sieben Jahre lang von Kiew boykottiert, mit stillschweigender Zustimmung der Garantiestaaten Deutschland und Frankreich.

Auf der Sicherheitskonferenz in München vor dem 24.2.22 drohte der ukrainische Präsident, das Land mit A-Waffen auszurüsten. Auf der im Minsker Abkommen festgelegten Kontaktlinie stehen dann mobilisierte ukrainische Kräfte. Es schneidet die Gebiete der Donbass-Republiken. Höchstwahrscheinlich steht eine ukrainische Offensive gegen die restlichen Gebiete der Republiken unmittelbar bevor. Im März 2021 ordnet der Präsident der Ukraine zudem die Rückeroberung der Krim/Sewastopols an. Raketen, die in der Ukraine stationiert sind, verkürzen die Flugzeit nach Moskau auf unter 5 Minuten. Für Russland, das immer wieder auf Sicherheitsinteressen hinweist, ist die "rote Linie" überschritten. 2007 sucht der russische Präsident die Versöhnung mit dem Westen durch gegenseitige Entspannungsmaßnahmen, stößt aber auf die kalte Schulter. Die Russen werden nicht nur ignoriert, sondern die Nato geht hinter ihrem Rücken vor. Russland bemüht sich in den letzten

Monaten vor dem Ukraine-Krieg erneut um Garantien für die eigene Sicherheit, stößt dabei aber auf provokative Gesten des Nato-Generalsekretärs.

Eine Analyse des Krieges ist ohne die Vorgeschichte nicht möglich. Die einseitige Verurteilung von „Putins völkerrechtswidrigem Krieg“ geht nicht tief genug. Die tägliche vulgäre Propaganda der unidirektionalen Medien erzeugt noch mehr Angst vor dem Krieg. Wenn nüchterne Nichtsozialisten sagen, sie könnten legitime russische Sicherheitsbedürfnisse verstehen, werden sie als "Putinisten" abgestempelt. Dann müssen wir uns an die Erklärung der kubanischen Regierung erinnern: „Die Krise in der Ukraine kann nicht verstanden werden, ohne die legitimen Bedürfnisse Russlands zu berücksichtigen, ohne die Faktoren einzubeziehen, die zum Machtmissbrauch und zur Missachtung von Rechtsgrundsätzen und internationalen Normen führen.“

Unsere Schwesterpartei, die ukrainische KP, hat bei den letzten legalen Wahlen im Jahr 2012 13 % erreicht, war aber seit dem Putsch illegal. Vor 3 Jahren erzählte uns die Partei, dass Nazis und Faschisten zu Herren geworden sind und von der Oligarchie benutzt werden, die wiederum vom multinationalen Kapital in den USA/EU kontrolliert wird. Nach dem Staatsstreich 2014 werden auch ausländische Neonazis und Rechtsextreme zusammen mit illegalen US/NATO-Ausbildern als neues Kanonenfutter in den Donbass-Krieg gepumpt. Unsere russische Schwesterpartei, die KP der Russischen Föderation, sah eine Militäroperation als notwendig an, weil sie jetzt das Einzige sei, was den Frieden im Donbass sichern und Russland vor den wachsenden Bedrohungen durch die USA/NATO schützen könne. Nach Ansicht der Partei bedroht die Errichtung eines Nato-Marionettenstaates nicht nur die russische Sicherheit, sondern widerspricht auch den Interessen des ukrainischen Volkes. Die russischen Kommunisten glauben, dass Kiew gezwungen werden muss, Frieden zu schließen und die Nato-Aggression einzudämmen: "Eine Ukraine ohne Nazi-Militaristen muss die Sicherheit für die Menschen in der Ukraine und ganz Europa gewährleisten". Gleichzeitig fordern die russischen Kommunisten eine Linkswende für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Das kann nur der Sozialismus leisten, denn Russland ist heute ein bürgerlicher Staat, aber die Bourgeoisie hat ein gemeinsames Interesse mit der russischen Arbeiterklasse gegen die NATO-Bedrohungen.

Russland greift am 24.02.22 an. Hier müssen wir zwei Ebenen sehen. Erstens Anerkennungs- und Beistandsabkommen mit zwei Donbass-Republiken über militärische Unterstützung gegen ukrainische Angriffe aus dem Westen. NKP ist der Ansicht, dass dies im Einklang mit dem Völkerrecht steht. Es gibt den Menschen im Donbass Hoffnung, dass ein 8-jähriger Krieg zu Ende geht. Die zweite Ebene sind die erweiterten russischen Angriffe. Unter Friedenstruppen gibt es unterschiedliche Ansichten, die einen sehen darin einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, die anderen einen völkerrechtskonformen Krieg zur Abwehr von Angriffen. Um das zu klären, bedarf es einer analytischen Debatte.

Die Menschheit ist vom Weltkrieg bedroht! Stoppen Sie die Kriegsmächte! Die NKP sagt unmissverständlich: Rückkehr zu den Grundsätzen des Völkerrechts. Sie können die Grundlage für eine friedliche Ordnung in Europa und der Welt schaffen. Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass der Imperialismus seit Anfang der 1990er Jahre das Völkerrecht untergräbt.

Die NATO führt einen illegalen Krieg gegen Jugoslawien. In mehreren Konstellationen stehen die USA/NATO hinter Kriegen im Irak, Afghanistan, Syrien, Libyen und mehreren Territorien. Der blutige Krieg Saudi-Arabiens im Jemen wird nicht nur geduldet, sondern mit Nato-Waffen unterstützt. Mit Kriegen und Sanktionen gegen den Iran, Venezuela, Syrien und mehrere Länder, einer gnadenlosen Blockade Kubas werden das Völkerrecht und die UN-Charta untergraben. Für die Zukunft aller und der Menschen in der Ukraine müssen wir vermeiden, alte Fehler zu wiederholen. Die Konfrontation muss beendet und das Völkerrecht wiederhergestellt werden.

Wir erleben gerade das Gegenteil. Russlands Angriff auf die Ukraine wird von den USA, der NATO, der EU und Norwegen als Vorwand benutzt, um ein beispielloses Kriegs- und Sanktionsprogramm umzusetzen. Damit es mit möglichst wenig Widerstand durchgesetzt wird, folgt die Hetze gegen jeden, der etwas anderes über den Konflikt sagt und nicht zustimmt, dass „Putin der allein verantwortliche ‚Diktator‘ hinter all den abscheulichen Dingen ist, die passieren“. Wenn die vulgäre Kampagne in den Medien gefördert wird, angeführt von nrk und tv2, führt dies auch zu Hass auf unsere Landsleute. Aber das ist noch nicht alles: Unsere gemeinsame Kultur – und unsere gemeinsame Geschichte mit dem russischen Volk – wird geleugnet und zensiert. All dies weckt Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg, als „Übermenschen“ „Untermenschen“ an der Ostfront und in Norwegen ausgerotteten.

Die Nato verstärkt ihre Präsenz vor Russlands Grenzen und die USA bauen Hyperschallraketen in Deutschland auf, die Moskau in wenigen Minuten erreichen können. Die EU verabschiedet ein neues Militärprogramm und Interventionstruppen. Deutschland wird die Führung übernehmen. Das „2%-Ziel“ der NATO wird um jeden Preis umgesetzt. In allen NATO-Staaten wird eine dramatische Aufrüstung eingeleitet. In den Verfassungen der EU-Staaten sind Sonderfonds für die Aufrüstung verankert. Neue Waffensysteme, darunter A-Bomber und Drohnen, werden in EU-Deutschland mit neuen, riesigen Kriegs- und Aufrüstungspaketen beschafft und entwickelt. Jetzt muss alles weggewischt werden, was uns noch an die historischen Verbrechen des deutschen Imperialismus an der Ostfront erinnert.

Der Krieg fordert also Tausende von Opfern, Millionen sind auf der Flucht. Infrastruktur, Häuser, Wohnungen sind und werden zerstört, der Krieg fügt den Menschen unendliches Leid zu. Völkerrechtswidrige Sanktionen treffen nicht nur die arbeitende Bevölkerung in Russland, sondern in einem unvorstellbaren Ausmaß auch in Europa. Steigende Nahrungsmittel- und Energiepreise machen vielen einen normalen Lebensstandard unmöglich. Wenn die russischen Gaslieferungen wirklich eingestellt werden, sind Hunderttausende Arbeitsplätze gefährdet. Schon jetzt sorgen die Sanktionen für Lücken in Lieferketten, Produktionslinien und kurzfristige Arbeitsniederlegungen. In afrikanischen Ländern, die im Kapitalismus von Lebensmittelimporten abhängig geworden sind, droht eine neue Hungersnot. Insbesondere diejenigen Teile des Monopolkapitals, die mit Krieg Geld verdienen, gewinnen. Gewinner sind auch die Teile, die hoffen, dass ein großer Krieg den Niedergang des Imperialismus stoppen und Russland und China in halbkoloniale Positionen zurückdrängen kann.

Für Frieden! Sanktionen, Aufrüstung und verstärkte Übergriffe Russlands und Chinas erhöhen die Gefahren enorm, auch für einen Atomkrieg. Auslöser wird nicht der Krieg in der Ukraine oder das Leid der Menschen dort sein. Die Ukraine ist nur ein „Theater“ für Stellvertreterkriege. Es geht um geopolitische Interessen, Einflussphären, Marktanteile, Rohstoffe, Energiepläne und Transportwege. Es geht um eine „regelbasierte Ordnung“ im Sinne des westlichen Imperialismus. Sie sieht Russland als Konkurrenten und China als "Systemgegner". Die Hegemonie wird in allen Formen von der Nato, den USA, Großbritannien und nicht zuletzt dem deutschen Imperialismus verteidigt. „Ihre“ Weltordnung führt zu Kriegen und Elend. China kommt ihnen mit seiner Politik der friedlichen Koexistenz entgegen. Sie kann die globalen Machtverhältnisse zugunsten fortschrittlicher, sozialistischer Kräfte verschieben und dem Sozialismus in mehreren Ländern neue Wege eröffnen. Nur das sichert dauerhaften Frieden und eine Welt frei von Ausbeutung und Krieg.

Hauptaggressor ist und bleibt eine US-geführte Nato, gefolgt von einem EU-Deutschland mit Großmachtambitionen. Damit sich die USA auf ihren Hauptfeind China konzentrieren können, brauchen sie eine geeinte Nato mit einer geeinten EU unter deutscher Führung als Speerspitze gegen Russland. Der richtige Slogan lautet: Frieden gibt es nur mit Russland und China! Unser Hauptfeind ist der EU- und NATO-Imperialismus. Ungeachtet unterschiedlicher Ansichten müssen Friedenskräfte gemeinsam Widerstand gegen Rüstung und Atomkriegsgefahr entwickeln und Druck auf die

norwegische Regierung ausüben. NKP bringt seine Position ein und tut sein Bestes, um die Friedensbewegung zu stärken.

Wir fordern:

- Stoppt den Krieg! Jetzt verhandeln! Für eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa!
- Nein zu mehr Aufrüstung! Schluss mit dem „2-Prozent“-Ziel und den Versuchen, Rüstung in der Verfassung zu verankern! Rüstet ab, nicht auf!
- Nein zu Angriffsflugzeugen, die Atomsprengköpfe von US-Stützpunkten in Norwegen tragen können!
- Nein zur Stationierung von Hyperschallraketen in der EU! US-Raketen aus Europa abziehen!
- Waffenlieferungen an die Ukraine stoppen! Nein zur Teilnahme an EU-Kampfgruppen. Norwegen muss sein doppeltes Nein zur EU verteidigen und das EWR-Abkommen kündigen!
- Nein zur militärischen Unterstützung des Kiewer Regimes!
- Sanktionen gegen Russland aufheben und Strompreisanstieg stoppen!
- Stop der norwegischen Militärmissionen im Ausland für die USA/NATO!
- Stärkung der Nordkalott-Kooperation zwischen Russen und allen nordischen Ländern! Nein zur NATO-Mitgliedschaft Schwedens und Finnlands. Die Nordkalotte und das Baltikum dürfen kein NATO-Kriegsgebiet gegen Russland werden!
- Norwegen raus aus Angriffs-NATO - Nato raus aus Norwegen!

Kommunistische Partei Polens (KPP)

Der Charakter des heutigen Imperialismus

Quelle: <https://wap21.org/?p=1107>

Genossinnen und Genossen, zunächst möchte ich den Organisatoren für die Einladung und die Möglichkeit danken, unsere Ansichten auf diesem Seminar darzulegen. Wir möchten auch unsere Solidarität und Unterstützung mit den kommunistischen und antiimperialistischen Bewegungen auf der ganzen Welt zum Ausdruck bringen.

Es ist mehr als 100 Jahre her, dass Lenins bahnbrechendes Werk über den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus veröffentlicht wurde. Damals war sich ein großer Teil der Arbeiterbewegung der qualitativen Veränderung der Produktionsweise noch nicht bewusst und hielt an der überholten Analyse fest, was zu falschen Schlussfolgerungen führte. Viele glaubten zum Beispiel, dass der Sozialismus in den bereits industrialisierten Ländern durch das unvermeidliche Wachstum der Arbeiterklassen entstehen müsse. Lenin stellte die Theorie des schwächsten Glieds in der imperialistischen Kette auf, bei der die kapitalistische Formation an ihren Schwachstellen - in kolonialen oder halbkolonialen Staaten - in Frage gestellt wird.

Imperialismus wird hier als der Typus einer sozioökonomischen Formation verstanden. Er ist ein globales System miteinander verbundener und voneinander abhängiger Institutionen: private Monopole und Unternehmen, Finanzinstitutionen, Staaten und internationale Gremien, verschiedene politische Organisationen und Netzwerke, die die Interessen des Großkapitals und der Bourgeoisie sichern. Lenin definierte den Imperialismus über die Akkumulation von Kapital und Macht. Im letzten Jahrhundert hat sich dieser Prozess mit einer noch stärkeren Konzentration von Reichtum und Ressourcen in der Hand einer noch kleineren Minderheit vertieft. Dieser Reichtum und diese Ressourcen sind im so genannten Westen konzentriert, wobei die USA, die EU, Japan und Kanada mehr als die Hälfte der Weltwirtschaft auf sich vereinen, während die 168 ärmsten Länder nur 16 % ausmachen. 90 der 100 größten Unternehmen der Welt haben ihren Sitz im Westen und seinen Verbündeten und befinden sich in deren Besitz. Nur eine Handvoll Unternehmen und Banken kommen aus China, Indien und Russland und keines aus dem übrigen Asien, Afrika und Lateinamerika, die die große Mehrheit der Weltbevölkerung stellen. Die USA, Deutschland, Japan und das Vereinigte Königreich sind auch beim Kapitalexport in Form von ausländischen Direktinvestitionen führend. Diese Daten lassen keinen Zweifel daran, dass der Kern des imperialistischen Systems jetzt noch stärker auf die Achse USA/EU/Japan und ihre Verbündeten ausgerichtet ist.

In der Tat hören wir in den westlichen Medien recht häufig die Formulierung "die ganze Welt", wenn es um ihre politischen Positionen geht. In der Presse können wir zum Beispiel lesen, dass "die ganze Welt Putins Krieg verurteilt" (CNN). NATO-Generalsekretär Stoltenberg erklärte kürzlich, Russland und Weißrussland würden "von der ganzen Welt zur Rechenschaft gezogen". Aber diese "ganze Welt" ist nur auf den Westen mit seinen 1,5 Milliarden Einwohnern beschränkt! Sie kann in keiner Weise als repräsentative Stimme für die ganze Welt angesehen werden, denn die Welt hat fast 8 Milliarden Einwohner, und die Oligarchien des Westens haben selbst in ihren eigenen Ländern eine fragwürdige Legitimität!

Dies ist nicht nur eine reine Unverschämtheit westlicher Politiker, sondern eine konkrete Forderung und eine sehr ernste Bedrohung. Man muss sich dieser Forderung unterordnen, sonst wird man aus "der Welt" oder "einer zivilisierten (oder freien) Welt" hinausgeworfen. Der Imperialismus erhebt also einen Anspruch auf alle globale Herrschaft und Kontrolle.

Diese Kontrolle wird durch direkten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Druck, aber auch durch neue Mittel der technologischen und finanziellen Dominanz ausgeübt. Die imperialistische Vorherrschaft ist nicht mehr nur geografisch, sondern hat begonnen, mit Hilfe moderner Technologien und Medien tief in die Gesellschaften einzudringen. Die imperialistischen Kräfte sind jetzt in der Lage, soziotechnische Mittel einzusetzen, um die Psychologie und das Verhalten der Menschen zu kontrollieren. Der rechtliche Rahmen des geistigen Eigentums (IP) gewährleistet mit seinem Lizenzierungssystem eine nahezu vollständige westliche Kontrolle über die Technologie. Staaten oder Unternehmen, die die Lizenz erworben haben, werden lediglich zu "Nutzern", während Eigentum und Kontrolle über die gesamte Technologie beim imperialistischen Monopol verbleiben. Dieser Vorteil wird genutzt, um Druck auszuüben und die Kontrolle auch über Länder wie den Iran, Russland und China sicherzustellen. Der Rahmen des geistigen Eigentums ist auch einer der Gründe für die Verlangsamung und Behinderung des Wachstums der Produktivkräfte, insbesondere in den so genannten "Entwicklungsländern".

Die Akkumulation des Kapitals hat auch zu einer weiteren Verschiebung in seiner Politik geführt. Im klassischen Lohnmodell wurden die Arbeiter so entlohnt, dass sie überleben und "die Rasse der Arbeiter" reproduzieren konnten, wie es im Gesetz von Ricardo heißt. Heute jedoch sind die Reproduktion und die Ausbildung der Arbeitskräfte teurer geworden, und die Entstehung eines globalen Arbeitsmarktes ermöglicht es der Bourgeoisie, Arbeitskraft zu kaufen, ohne den Arbeitern die Bedingungen für eine lokale Reproduktion bieten zu müssen. Wir haben es hier mit einer neuen Situation zu tun, in der die sozialen Strukturen und Institutionen, die in der Vergangenheit eine stabile Reproduktion der Arbeitskräfte sicherten, die Profite der Monopole zu behindern begannen. Dies führte zu einer Verschiebung der ideologischen Zugehörigkeit der Bourgeoisie von "konservativ" zu liberal. Dies geht einher mit der Förderung individualistischer Lebensstile und dem Angriff auf diese Institutionen, was sich in der sozialen und demografischen Krise zeigt. Der Abbau dieser Institutionen, der von der liberalen Linken als Zeichen des "Fortschritts" gepriesen wird, übersieht jedoch, dass diese Institutionen (Kern- und Großfamilie, Gemeinschaften auf den verschiedenen Ebenen) von Anfang an in der Menschheit vorhanden waren und wichtige soziale und psychologische Bedürfnisse der Menschen befriedigten. Die Zerstörung dieser sozialen Strukturen und ihre Ersetzung durch den liberalen Individualismus kann daher nicht als Zeichen des Fortschritts angesehen werden, sondern ist im Gegenteil das Zeichen des Niedergangs des imperialistischen Systems, das seinen geographischen Ausdehnungsbereich erschöpft hat und sich nun auf den Menschen selbst ausdehnt, indem es ihm seine grundlegenden Werkzeuge zur Befriedigung seiner Bedürfnisse als biologische und soziale Einheit nimmt.

Die Widersprüche innerhalb des Imperialismus begannen sich mit dem Krieg in der Ukraine rasch zu verschärfen. Der rechtliche Rahmen, der den Staaten und Einzelpersonen sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene bestimmte Rechte garantieren sollte, ist zusammengebrochen. So heißt es beispielsweise in Artikel 8 des OSZE-Vertrags von Istanbul, dass die Unterzeichner "... das jedem Teilnehmerstaat innewohnende Recht bekräftigen, seine Sicherheitsvereinbarungen, einschließlich von Bündnisverträgen, frei zu wählen oder zu ändern, wenn sie sich weiterentwickeln. Jeder Staat hat auch das Recht auf Neutralität. Jeder Teilnehmerstaat wird die Rechte aller anderen in dieser Hinsicht respektieren. SIE WERDEN IHRE SICHERHEIT NICHT AUF KOSTEN DER SICHERHEIT ANDERER STAATEN VERSTÄRKEN". Mit der Erklärung des Beitritts der Ukraine, Finnlands und Schwedens zur NATO wurde dieser Grundsatz eindeutig gebrochen. Andere vermeintlich unpolitische internationale Organisationen, wie z.B. Sportverbände, wurden politisiert. Der Kapitalismus vergaß auch seine "heiligen Gesetze" des Privateigentums, indem er ausländische Vermögenswerte beschlagnahmte und einfrohr. In Polen zum Beispiel wurden viele von der Verfassung garantierte Bürgerrechte rechtswidrig außer Kraft gesetzt. Der Staat blockiert den Zugang zu Websites und Medien, die ihre politischen

Ansichten in Frage stellen, politische Führer werden verhaftet und wegen "Beeinflussung der öffentlichen Meinung" (was mit "Spionage für Russland" gleichgesetzt wird) inhaftiert, Aktivisten werden verhaftet und ihre Computer und anderen elektronischen Geräte beschlagnahmt, nur weil sie sich in sozialen Medien geäußert haben (bisher 8 Fälle). Denkmäler für unsere sowjetischen Befreier werden systematisch zerstört. Die Hexenjagd auf "Russland-Unterstützer" ist in vollem Gange, und alle Medien und politischen Parteien sind daran beteiligt. Sie hat zur Einschüchterung und Entlassung vieler Menschen mit gemäßigten, aber kritischen Ansichten geführt. Auch über physische Einschüchterungen wurde berichtet, und in mehreren Fällen kam es zu physischen Angriffen auf unsere Freunde und Verbündeten. Am 9. Mai wurde der russische Botschafter von ukrainischen "Aktivisten" auf dem sowjetischen Friedhof in Warschau tödlich angegriffen. Die polnische Polizei hat es nicht nur versäumt, den Diplomaten zu schützen, sondern auch dafür gesorgt, dass die Täter, deren Identität und Verbindungen zu ausländischen NGOs bekannt sind, straffrei ausgehen.

Den militärischen Konflikt in der Ukraine betrachten wir als Stellvertreterkrieg, den die USA/NATO gegen Russland führen, mit Ukrainern und Neonazis als ihren Stellvertretern und Kanonenfutter. Das Ziel der NATO ist es, die russischen Bodenschätze zu übernehmen und das Land zu spalten. Die Ukraine wurde seit dem Putsch 2014 vollständig vom Imperialismus vereinnahmt und als Trampolin für einen Krieg gegen Russland benutzt. Es ist klar, dass ein Großteil der Verantwortung für diese erbärmliche Situation bei den russischen postsowjetischen Eliten liegt. Die russischen Eliten, die nach der Zerstörung der Sowjetunion entstanden sind, haben ein Verbrechen gegen ihr eigenes Land begangen, weil sie glaubten, dass sie gleichberechtigt behandelt und in das globale imperialistische System und die Versorgungsketten eingegliedert werden, aber der Westen war nur daran interessiert, die Kontrolle über seine natürlichen Ressourcen zu erlangen, und er war nicht an der Existenz Russlands als unabhängiger Staat interessiert, unabhängig von seinem sozioökonomischen System.

Genossinnen und Genossen, die Ereignisse des XX. Jahrhunderts haben die Richtigkeit der Leninschen Analyse des Imperialismus nur bestätigt. Die globale Dominanz des imperialistischen Systems wurde an vielen Stellen in seinen schwächsten Gliedern erfolgreich in Frage gestellt, mit dem Entstehen der ersten sozialistischen Gesellschaften, mit antikolonialen und nationalen Befreiungskämpfen in der ganzen Welt. Trotz der Zerstörung des osteuropäischen sozialistischen Blocks in den 1990er Jahren herrschen in vielen Ländern immer noch sozialistische Produktionsverhältnisse vor, die sich der imperialistischen Vorherrschaft tapfer widersetzen. Der Sozialismus des XX. Jahrhunderts hat den Weg für den Sozialismus der Zukunft geebnet, indem er einen konkreten materiellen Beweis für die Effizienz und das Potenzial der zentralen Planung der Produktionsmittel in gesellschaftlichem Besitz geliefert hat, insbesondere für die nicht-industrialisierten Länder. Der Imperialismus befindet sich im Stadium des Niedergangs, der Degeneration und der endgültigen Krise, da er in Kürze nicht mehr in der Lage sein wird, die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen oder in einen globalen Krieg ausartet. Der Durchbruch zur neuen Welt wird durch das Brechen der schwachen Glieder der imperialistischen Kette durch antiimperialistischen und antikolonialen Kampf erfolgen. Der Sozialismus ist die Zukunft!

Thesen zum heutigen Imperialismus

Quelle: <https://wap21.org/?p=182>

Genossinnen und Genossen, zunächst möchten wir uns für die Einladung und die Möglichkeit bedanken, unsere Ansichten auf dieser wichtigen Tagung darzulegen. Wir haben festgestellt, dass es unterschiedliche Meinungen über das Wesen des heutigen Imperialismus gibt. Es ist eine wichtige Aufgabe für die kommunistische Bewegung, diese Fragen zu diskutieren und zu klären.

Wir verstehen den Imperialismus als eine Art sozioökonomische Formation. Er ist ein globales System miteinander verbundener und voneinander abhängiger Institutionen: Privatmonopole, Unternehmen, Finanzinstitutionen, Staaten, internationale Gremien, politische Organisationen und Netzwerke, die die Interessen des Großkapitals und der Bourgeoisie sichern. Das wirtschaftliche Wesen des Imperialismus ist ein Monopol und seine Merkmale, wobei die Aneignung von Ressourcen und der Kapitalexport im Mittelpunkt stehen.

Vor hundert Jahren, zu Zeiten Lenins, führte eine Konkurrenz zwischen zwei gleichwertigen imperialistischen Blöcken zum Ersten Weltkrieg. Der größte Teil der Welt war damals zwischen dem britischen und dem französischen Kolonialreich aufgeteilt, und Deutschland, eine neue, aufstrebende Industriemacht, strebte nach der Neuaufteilung der kolonialen Beute. Beide Blöcke erreichten ein ähnliches, imperialistisches Stadium der Entwicklung des Kapitalismus und seiner Produktivkräfte.

Die Merkmale des Imperialismus haben sich jedoch im Laufe des letzten Jahrhunderts verändert. Ehemalige imperialistische Konkurrenten wie die USA, Deutschland, Frankreich, England und Japan haben eine neue politische und wirtschaftliche Allianz gebildet. Mit der Schaffung internationaler Strukturen wie der NATO, der EU, dem IWF usw., die einseitig die Interessen der imperialistischen Monopole schützen, haben sich Kapital und Macht in einem noch nie dagewesenen Umfang angehäuft. Der Imperialismus bildet nun einen integrierten, zentralisierten, einheitlichen Block, der in den wichtigsten Fragen mit einer Stimme spricht. Seit der Zerstörung der Sowjetunion ist es gerechtfertigt, von einer unipolaren Weltordnung zu sprechen. Darüber hinaus wurde der direkte Kolonialismus überwunden, was den Kapitalismus dazu zwang, raffiniertere Methoden anzuwenden - wirtschaftlicher Druck, Schüren ethnischer Konflikte und militärische Interventionen.

Das XX. Jahrhundert war auch Zeuge des Auftretens der ersten sozialistischen Länder. Unserer Einschätzung nach haben sie ihre Hauptziele erfolgreich verwirklicht. In unserem Land, Polen, brachte der Sozialismus den größten wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Fortschritt in der gesamten Geschichte. Das Erreichen eines höheren Niveaus der sozialistischen Entwicklung wurde durch die Notwendigkeit behindert, sich mit der militärischen Macht der kapitalistischen Länder zu messen. Dies musste trotz des geringeren Industrialisierungsgrades geschehen, sicherte aber viele Jahre des Friedens. Auch wenn die Gegenrevolutionen diese Errungenschaften teilweise zerstörten, ging das Erbe der Großen Oktoberrevolution nicht völlig verloren. Sozialistische Produktionsverhältnisse herrschen noch immer in vielen Ländern auf der ganzen Welt - z.B. in Kuba, der DVRK und zu großen Teilen in China.

Derzeit erleben wir auch die Bildung eines neuen Blocks von Staaten in Asien, Lateinamerika, Afrika und Osteuropa. Einige Genossen argumentieren, dass es sich dabei um neue konkurrierende imperialistische Zentren handelt. Wir sind mit einer solchen Einschätzung nicht einverstanden. Die Entwicklung ihrer Produktivkräfte liegt weit hinter den "entwickelten" Ländern zurück. Ihre wirtschaftliche Entwicklung, gemessen am Bruttosozialprodukt pro Kopf in den BRICS-Ländern, beträgt nur ein Viertel derjenigen der EU und weniger als ein Fünftel derjenigen der USA. Dies steht im krassen Gegensatz zur Situation vor dem Ersten Weltkrieg, als diese Indikatoren für beide konkurrierenden Blöcke gleichwertig waren (etwa im Verhältnis 1:1). Das bedeutet, dass die BRICS-Länder ihre Volkswirtschaften um das Vier- oder Fünffache vergrößern müssten, um die gleiche imperialistische Entwicklungsstufe der kapitalistischen Formation zu erreichen wie die westlichen Länder. Das wird Jahrzehnte dauern.

Ein weiteres Merkmal des Monopols ist seine technologische Dominanz. Der westliche Imperialismus hat seine Monopolstellung im High-Tech-Sektor der Weltindustrie, einschließlich der Satellitennavigationssysteme, der Cybersicherheit und der Halbleiter, aufrechterhalten. Diese beispiellose Monopolmacht über Industriestandards wird durch ein Patent- und Lizenzsystem gestützt,

wobei die in den USA ansässigen Konzerne die wichtigsten Technologiebesitzer sind. Dieser Vorteil wird als Waffe eingesetzt und nicht nur dazu verwendet, Druck auf Länder wie China, Russland oder den Iran auszuüben, sondern auch auf die eigenen Verbündeten auf Kosten ihrer eigenen Industrien.

Andere Länder, die sich dieses Prozesses bewusst sind, versuchen, durch die Entwicklung ihrer eigenen Technologie technologische Unabhängigkeit zu erlangen. Dem Imperialismus läuft die Zeit davon, um seine globale Vorherrschaft im Bereich der Technologie zu sichern. Ein weiteres Jahrzehnt der friedlichen Entwicklung könnte zum Verlust der hegemonialen Stellung des Westens im Technologiesektor führen. Dies ist der Hauptgrund dafür, dass das imperialistische Zentrum seine aggressiven Handlungen verstärkt hat, indem es Farbrevolutionen inszeniert und militärische Konflikte schürt, die potenziell zu einem Dritten Weltkrieg eskalieren können.

Es ist klar, dass die heutige Situation anders ist als 1914, als zwei gleichwertige imperialistische Blöcke miteinander konkurrierten. Heute haben wir es mit einem einzigen, vereinten imperialistischen Zentrum zu tun, das im Westen angesiedelt ist und nach der vollständigen Beherrschung der Welt strebt. Nachdem der Imperialismus die geografische Ausdehnung seiner Expansion erschöpft hat, wendet er sich gegen seine eigenen Gesellschaften. Er hat begonnen, mit Hilfe der modernen Technologie, der Kommunikation und der Medien tief in die modernen Gesellschaften einzudringen. Ganze Lebensbereiche, die sich zuvor der direkten Kontrolle entzogen, werden nun den Waren-Geld-Beziehungen unterworfen. Infolgedessen sind die sozialen Beziehungen zerbrochen und die Gesellschaften atomisiert worden, was zu sozialen und psychischen Störungen führt. Der Imperialismus hat seine Herrschaft und Kontrolle ausgeweitet, allerdings auf Kosten einer Verschlechterung der sozialen Komponente der sozioökonomischen Formation. Der Niedergang des Westens in dieser Hinsicht ist unübersehbar.

Nebenbei bemerkt haben wir festgestellt, dass einige Teile der Arbeiterbewegung den "fortschrittlichen" oder "evolutionären" Standpunkt teilen, wo jede neue Veränderung der imperialistischen Produktionsverhältnisse und des Überbaus als "Fortschritt" gegenüber den "Relikten der Vergangenheit" gepriesen wird. Jahrhundert kämpften Kommunisten und bürgerliche Liberale gemeinsam gegen die feudale Tyrannei für Bürgerrechte, das allgemeine Wahlrecht usw. Die liberale Bourgeoisie, die heute die herrschende Gesellschaftsschicht ist, hat jedoch ihren progressiven Charakter längst verloren. Was heute als Zeichen des "Fortschritts" und der "Emanzipation" dargestellt wird, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Degeneration und der Niedergang der sozialen Systeme und der menschlichen Beziehungen. Der Liberalismus ist zur neuen Ideologie der imperialistischen Weltherrschaft geworden. Es ist daher wichtig, über die Beziehung zwischen der kommunistischen Ideologie und dem Liberalismus nachzudenken, um nicht in die Falle zu tappen. Die kommunistische Ideologie basiert auf dem sozialen Aspekt der menschlichen Existenz und der sozialen Verantwortung, während der Liberalismus sich nur auf bestimmte Aspekte des Einzelnen konzentriert.

Den militärischen Konflikt in der Ukraine betrachten wir als Stellvertreterkrieg, den der Imperialismus gegen Russland mit dem Ziel führt, sich die russischen Bodenschätze anzueignen und das Land zu spalten. Die Ukraine wurde seit dem Putsch 2014 vollständig vom Imperialismus vereinnahmt und als Trampolin für einen Krieg gegen Russland benutzt. Es ist klar, dass ein Großteil der Verantwortung für diese erbärmliche Situation bei den russischen postsowjetischen Eliten liegt. Die russischen Eliten, die nach der Zerstörung der Sowjetunion entstanden sind, haben ein Verbrechen gegen ihr eigenes Land begangen, weil sie glaubten, dass sie als Gleichberechtigte behandelt und in das globale imperialistische System und die Lieferketten integriert würden, aber der Westen war immer nur daran interessiert, die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen Russlands zu erlangen, und stand der Existenz Russlands als unabhängigem Staat unabhängig von seinem sozioökonomischen System weiterhin feindselig gegenüber.

Die NATO-Länder messen in ihrer heuchlerischen Arroganz mit zweierlei Maß in den Fällen Kosovo und Donbass. Sie drängen auf eine militärische Konfrontation, selbst unter Androhung eines Atomkriegs. Der Welttyrann USA denkt nur an seine eigenen Interessen auf Kosten seiner europäischen "Verbündeten", wie die jüngsten Wirtschaftssanktionen und die Zerstörung von Nordstream I und II zeigen. Die Militärausgaben schießen in die Höhe, und die Gefahr einer Eskalation droht. Jetzt werden die wahren Kosten dieser Kriegstreiberei den arbeitenden Völkern Europas und der Welt aufgebürdet, die unter Energie-, Wirtschafts- und Nahrungsmittelkrisen leiden werden.

Unser Land spielt in diesem Prozess eine nachteilige Rolle. Seit dem Sieg der Konterrevolution im Jahr 1989 haben die neuen polnischen herrschenden Klassen, die aus einem Zusammenschluss der von den USA unterstützten "demokratischen Opposition" und dem liberalen, sozialdemokratischen Flügel der ehemals regierenden Arbeiterpartei hervorgegangen sind, den polnischen Staat den Interessen des Imperialismus unterworfen. Die polnischen Arbeiter und Bauern werden zu willigem Kanonenfutter im imperialistischen Krieg gegen Russland hergerichtet. Die polnischen politischen Eliten wiederum sind mitschuldig an der Eskalation der Feindseligkeiten und spielen eine aktive Rolle bei der Förderung imperialistischer Interessen in den postsowjetischen Regionen. Nach unserer Einschätzung ist es möglich, dass Polen in den Krieg hineingezogen wird.

Genossinnen und Genossen,

Wir sind der Meinung, dass der Imperialismus mit allen möglichen Mitteln bekämpft und geschwächt werden muss, und wir beurteilen unsere Haltung gegenüber verschiedenen Kräften und Ereignissen unter Berücksichtigung ihrer Beziehung zum Imperialismus. An dieser Stelle möchte ich an einen einschlägigen Abschnitt in den "Grundlagen des Leninismus" erinnern, den Stalin 1924 geschrieben hat und in dem zu lesen ist:

„Der Kampf des Emirs von Afghanistan für die Unabhängigkeit Afghanistans ist objektiv ein revolutionärer Kampf, trotz der monarchistischen Anschauungen des Emirs und seiner Kampfgefährten, denn dieser Kampf schwächt, zersetzt, unterhöhlt den Imperialismus, während der Kampf solcher „verbissenen“ Demokraten und „Sozialisten“, „Revolutionäre“ und Republikaner wie, sagen wir, Kerenski [...] während des imperialistischen Krieges ein reaktionärer Kampf war, denn er hatte die Beschönigung, die Festigung und den Sieg des Imperialismus zur Folge. Der Kampf der ägyptischen Kaufleute und bürgerlichen Intellektuellen für die Unabhängigkeit Ägyptens ist aus denselben Gründen objektiv ein revolutionärer Kampf, obgleich die Führer der ägyptischen nationalen Bewegung bürgerlicher Herkunft und bürgerlichen Standes sind, obgleich sie gegen den Sozialismus sind, wohingegen der Kampf der englischen „Arbeiter“regierung für die Aufrechterhaltung der abhängigen Stellung Ägyptens aus denselben Gründen ein reaktionärer Kampf ist, obgleich die Mitglieder dieser Regierung proletarischer Herkunft und proletarischen Standes sind, obgleich sie „für“ den Sozialismus sind. Schon gar nicht zu reden von der nationalen Bewegung anderer, größerer kolonialer und abhängiger Länder, wie Indien und China, bei denen jeder Schritt auf dem Wege zur Befreiung, auch wenn er gegen die Forderungen der formalen Demokratie verstößt, ein wuchtiger Hammerschlag gegen den Imperialismus, das heißt zweifellos ein revolutionärer Schritt ist.“

Wir glauben, dass keines dieser Worte seine Bedeutung verloren hat. Der antikoloniale und nationale Befreiungskampf hat revolutionären Charakter, da er den Imperialismus schwächt und untergräbt. Eine wirkliche nationale Befreiung erfordert jedoch die Verwirklichung der sozialen und Klassenfrage. Es reicht nicht aus, eine Nationalflagge über einem Staatsgebäude zu hissen, wenn das Land weiterhin von imperialistischen Finanziers, Rentiers und Monopolen kontrolliert wird. Tatsächlich haben nur sozialistische Planwirtschaften bewiesen, dass sie in der Lage sind, echte Souveränität und Ermächtigung des Volkes zu gewährleisten.

Unsere Partei teilt die Auffassung, dass die Völker das Recht haben, ihren Entwicklungsweg für ihre Länder zu wählen und zu verteidigen. Es ist wahrscheinlich, dass das Entstehen der so genannten "multipolaren Welt" der Arbeiterbewegung neue Möglichkeiten eröffnen wird. Gesellschaften, die den Weg des Aufbaus sozialistischer Produktionsverhältnisse beschreiten, werden mehr Möglichkeiten haben, Wirtschaftssanktionen zu bekämpfen, indem sie die Blöcke, mit denen sie Handel treiben, diversifizieren und neue Bündnisse eingehen. Der Imperialismus befindet sich im Stadium des Niedergangs, der Degeneration und der endgültigen Krise, da er in Kürze nicht mehr in der Lage sein wird, die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen oder in einen globalen Krieg ausartet. Der Durchbruch zur neuen Welt wird durch das Brechen der schwachen Glieder der imperialistischen Kette durch antiimperialistischen und antikolonialen Kampf erfolgen. Der Sozialismus ist die Zukunft!

Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKAP)

Beitrag der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei zum 22. Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien

Quelle: <http://www.solidnet.org/article/22nd-IMCWP-Contribution-by-the-Russian-Communist-Workers-Party/>

Der drohende Absatz des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten

Liebe Kampfgenossinnen und Kampfgenossen,

Wir begrüßen alle Teilnehmer dieses Treffens sowie alle Parteien, die es nicht nach Kuba geschafft haben, aber dennoch in den gleichen Reihen stehen wie wir. Unser besonderer Dank gilt den kubanischen Genossinnen und Genossen, den Gastgebern dieses Treffens. Das Beispiel eures Mutes und eurer Unbeugsamkeit inspiriert neue Generationen von Revolutionären in der ganzen Welt. Und das Beispiel der brüderlichen proletarischen Hilfe für die kubanische Revolution, vor allem durch die Sowjetunion, ist auch heute noch ein Studienobjekt für Kommunisten. Dies gilt insbesondere in diesen Oktobertagen, genau 60 Jahre nach dem Höhepunkt der Konfrontation während der Karibikkrise, als die Welt unglaublich nahe an einer globalen nuklearen Katastrophe war. Aber dank des Mutes der kubanischen Genossen und der brüderlichen Solidarität des ersten Arbeiter- und Bauernstaates der Welt war es möglich, sowohl die Revolution zu verteidigen als auch den Frieden zu bewahren. Heute, unter den Bedingungen der vorübergehenden Niederlage des Sozialismus in der UdSSR, gibt es kein solches Niveau des proletarischen Internationalismus. Aber die Spannungen in der Welt nähern sich heute dem Niveau von damals an. Wir meinen natürlich die militärische Konfrontation in der Ukraine.

Seit dem Beginn der "besonderen Militäroperation" (wie russische Offizielle die Militäraktion gegen die Ukraine nennen) ist unser Parteizentralkomitee zweimal zusammengetreten, im März und im Oktober 2022, um unsere Position zu formulieren und zu klären. Um genau zu sein, haben wir diese Position seit 2014 gemeinsam mit den Kommunisten der Ukraine und des Donbass erarbeitet. Und wir sind bereit, auf unserer Position zu beharren - auch wenn viele Parteien, die in der Vergangenheit gut verdient haben, uns jetzt widersprechen.

- Die Ursache des Krieges ist der Kampf der größten imperialistischen Raubtiere, angeführt von den Vereinigten Staaten, um die Weltherrschaft im Rahmen der sich verschärfenden allgemeinen Krise des Kapitalismus. Die wirtschaftlichen Interessen der US-amerikanischen imperialistischen Bourgeoisie als Grundlage dieses Krieges zeigten sich deutlich in der Sanktionskampagne nicht nur gegen ihre russischen Konkurrenten, sondern auch in der Unterdrückung des wirtschaftlichen Potenzials ihrer europäischen Verbündeten (allen voran Deutschland) durch einen Gaskrieg, Sabotage gegen die Nord Streams, um den Weg für das komprimierte Erdgas aus den USA zu öffnen.
- Während das Ziel dieser Aggression das bürgerliche Russland ist, wird sie durch die Ukraine durchgeführt, die das Angriffswerkzeug in den Händen des NATO-Imperialismus mit seinem nazistischen, faschistischen Regime ist. Der ukrainische Faschismus, der von seinen US-amerikanischen Mentoren und deren Politik erzogen wurde, ist ein echter, lebendiger Faschismus, der sich als solcher zu erkennen gibt, indem er Hitlers Kollaborateure Bandera und Shukhevich unterstützt, die jetzt in der Ukraine als Helden dargestellt werden. Der ukrainische Staat ist heute ein Staat, der ungeheuerliche Massenverbrechen, Morde und Misshandlungen an Menschen begeht. Die ukrainische Bourgeoisie hat sich dazu herabgelassen, Hitlers Verbündete zu verherrlichen, Menschenschlächter aus den Streitkräften der Ukraine und nationalistische Gruppen zu unterstützen und den Nazismus zu befürworten. Die reaktionärsten Kreise der US-amerikanischen und europäischen Finanzbourgeoisie gewähren all diesen Prozessen im Zentrum

des imperialistischen Europas ihre volle militärische, wirtschaftliche und politische Unterstützung. Bis weit in das 21. Jahrhundert hinein ist Europa der Ort, an dem der Faschismus erzeugt wird.

- Unsere Parteieinschätzung, dass es sich bei der aggressiven Außenpolitik der USA und ihrer NATO-Verbündeten um eine objektiv faschistische Politik handelt, eine wissenschaftlich fundierte Einschätzung, die auf der Faschismusdefinition der Komintern beruht, hat sich bestätigt. Diese faschistische Politik setzt die Auferstehung und Unterstützung faschistischer Kräfte voraus, die weiterhin souveräne Staaten wie Jugoslawien, Irak, Libyen, Syrien und Donbass missbrauchen. Heute führen mehr als 50 Länder unter der Führung der USA einen Krieg gegen Russland und den Donbass in der Ukraine. Wir erleben ein klassisches reaktionäres und gangster-imperialistisches Bündnis der NATO-Länder, eine Schar ihrer engsten Verbündeten im antirussischen Block und die Verschmelzung ihrer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kräfte. (Höchstwahrscheinlich haben Putin und die russischen Behörden dies unterschätzt, oder sie wurden sogar von ihren "respektablen westlichen Partnern" provoziert - so wie sie die Aggression des Irak gegen Kuwait provoziert haben).
- Für die Menschen im Donbass ist dieser Krieg, der nun schon seit 9 Jahren andauert, definitiv ein gerechter Krieg. Auch für die Mehrheit des ukrainischen Volkes ist es ein gerechter Krieg, was durch das Votum des Volkes in den von den Nazis befreiten Gebieten bestätigt wurde, ein Votum für den Anschluss an Russland - trotz der Lebensgefahr, trotz der Härten des Krieges und trotz der Rache und Verfolgung durch das ukrainische Nazi-Regime. Der russische Imperialismus, der ein viel schwächerer Imperialismus ist, ein Imperialismus in den Kinderschuhen, kämpft um seinen Anteil am Weltmarkt, um das Recht, die Ressourcen innerhalb Russlands wie Öl und Gas zu verwalten und auszubeuten. Gleichzeitig gibt es innerhalb der russischen Bourgeoisie immer noch eine beträchtliche Anzahl von Elementen und Kräften, die positive Erinnerungen an die Sowjetzeit hegen und eine Wiederherstellung des Sozialismus für akzeptabel halten. Der Hass auf Faschismus und Nationalsozialismus erklärt weitgehend die positive Haltung der Mehrheit der Menschen gegenüber der Befreiungsmission der "militärischen Sonderoperation" in der Ukraine zum jetzigen Zeitpunkt. Die russische Bourgeoisie kann dies nicht ignorieren. Aufgrund des sowjetischen militärischen Erbes ist Russland heute das einzige Land, das in der Lage ist, der von den USA angeführten imperialistischen Räuberbande Widerstand zu leisten. Sollte Russland besiegt werden, würde es das Schicksal Jugoslawiens, des Irak oder Libyens erleiden, während der eiserne Absatz der modernen faschistischen Diktatur weit über die Ukraine hinaus etabliert würde.
- In dieser Hinsicht ist der Kampf der russischen Armee zur Niederschlagung des Faschismus in der Ukraine zwangsläufig defensiv und gerecht. Gleichzeitig müssen wir eine klare Linie zwischen der objektiven Gerechtigkeit des antifaschistischen Kampfes des Volkes und den Interessen des russischen bürgerlichen Regimes ziehen. Wir begrüßen das Bestreben der Einwohner der Ukraine, sich von der Kiewer Nazidiktatur zu befreien, und wir erkennen die fortschrittliche Bedeutung der Ergebnisse der Volksabstimmungen in den Regionen LPR, DPR, Saporoshje und Cherson über den Anschluss an Russland an. Die Verbündeten Russlands sind bis zu einem gewissen Grad China und eine Reihe von Ländern, die nicht der NATO angehören (wie Weißrussland, Syrien, Nordkorea), weil sie selbst im Wettbewerb mit der wirtschaftlichen Dominanz der USA stehen.
- Der Krieg hat gezeigt, dass die Ursache für das Blutvergießen zwischen einst brüderlichen Völkern die Konterrevolution in der UdSSR und der in der Ukraine und in Russland etablierte Kapitalismus sind. Die Schuld der Konterrevolution in der UdSSR und des russischen Kapitalismus, von Jelzin bis Putin, ist heute unbestreitbar. Putin fährt mit seiner "Entkommunisierung" fort. Er macht die Bolschewiki und Lenin für sein eigenes politisches Versagen verantwortlich. Die Bedingungen an den Arbeitsplätzen in ganz Russland werden immer strenger, die politischen Freiheiten werden beschnitten, und die reaktionären Tendenzen werden immer stärker. Eine Reihe von militärischen Misserfolgen bei der Besetzung und anschließenden Aufgabe der Gebiete bedeutete, dass die

Bewohner mit der Rache der Nazis rechnen mussten... Die russische Führung neigt ständig dazu, sich mit den Imperialisten und Faschisten zu arrangieren. Ein jüngstes Beispiel ist der Austausch von gefangenen Anführern der Asowschen Nazigruppe gegen gefangene Soldaten der russischen Armee und den mit Putin befreundeten Oligarchen Medwedtschuk - die ideologische Basis der russischen Behörden ist völlig verrottet.

- Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten werden diesen Krieg so lange wie möglich unterstützen und alles tun, um das Feuer aufrechtzuerhalten. Es handelt sich um ein Geschäft, das auf Blutvergießen, der Heilung ihrer Krise, neuen Aufträgen für ihre Märkte im Wert von Milliarden von Dollar und den entsprechenden Einnahmen am Ende beruht. So wird die Welt für die Zukunft zwischen den Hauptstädten aufgeteilt.
- Beide Parteien setzen in diesem Krieg zunehmend Söldner ein. Die NATO schickt ihre Schläger, um den ukrainischen Nazis zu helfen. In Russland wird neben dem Einsatz privater Militärfirmen über neue Vorschläge nachgedacht, wie z. B. den Einsatz ausländischer Streitkräfte, die Einbeziehung von Gefangenen in den Krieg (mit der Möglichkeit, sie freizukaufen), die Rekrutierung ausländischer Bürger in die russische Armee. Die an diesem Krieg beteiligten Seiten erörtern die Möglichkeit des Einsatzes von Atomwaffen, zumindest von "taktischen" Atomwaffen. Die Ukrainer schießen auf das Atomkraftwerk. Die Bedrohung durch einen Atomkrieg nimmt definitiv zu. In Anbetracht der bisherigen Praxis der US-imperialistischen Propaganda, die zynisch und fälschlicherweise behauptet, dass Donezk sich selbst beschießt oder dass russische Truppen das Gebiet der Russischen Föderation beschießen, können wir davon ausgehen, dass die NATO auf dem Gebiet der Ukraine Atomwaffen einsetzen könnte. Und der Imperialismus hat Russland bereits zum Cuplrit ernannt. Es ist durchaus realistisch, dass sich dieser Krieg ausweitet und möglicherweise zu einem Weltkrieg wird.
- Gleichzeitig treibt die Russische Föderation weiterhin Handel und liefert strategische Rohstoffe an ihre Feinde aus dem NATO-Lager. Sie erwägt den Bau einer Gasdrehzscheibe in der Türkei, einem NATO-Mitgliedstaat, der in der UNO für die Verurteilung Russlands stimmt und Waffen an die Ukraine liefert! Dies bestätigt einmal mehr, dass dieser Krieg seinem Wesen nach imperialistisch ist.

Die Aufgabe der Kommunistischen Partei besteht darin, die revolutionäre Bewegung des Proletariats unter konkreten historischen Bedingungen zu fördern, den Werktätigen die Politik der Klassen, Nationen und Staaten zu erklären. Dies ist in Zeiten von Krisen und Kriegen unerlässlich. Heute ist die Situation aufgrund der "besonderen Militäroperation" Russlands in der Ukraine und im Donbass angespannt, die Möglichkeit eines gegenseitigen Atomschlags zwischen Russland und der NATO wird in der Gesellschaft ernsthaft diskutiert. Die Welt hat sich in zwei Lager gespalten, jede Partei beschuldigt die Gegenpartei des Faschismus, appelliert an die Menschlichkeit, die Gerechtigkeit und ruft zur Rache auf. Die Völker Russlands und der Ukraine sind in das Gemetzel hineingezogen worden, vor allem auf dem Gebiet der Ukraine und des Donbass. Außerdem werden jetzt auch die angrenzenden Gebiete der Russischen Föderation beschossen.

Die Kommunistische Arbeiterpartei Russlands und andere kommunistische Parteien bestehen darauf, dass der Krieg eine unvermeidliche Begleiterscheinung des Kapitalismus ist. Die Menschheit kann Kriege nur durch fortschrittliche revolutionäre Umgestaltungen loswerden. Das ist so unmissverständlich; und hier endet die Einheitlichkeit in unseren Ansichten. Darüber hinaus gibt es große Diskrepanzen, und wir glauben, dass sie aufgezeichnet und im Detail betrachtet werden müssen.

So gehen einige bekannte und prominente Parteien in ihrer Analyse fälschlicherweise davon aus, dass die gegenwärtigen Bedingungen mit denen des Ersten Weltkriegs (zwischen 1914 und 1916) identisch sind. Sie glauben, dass die Imperialisten - sowohl Russland als auch die EU- und NATO-Länder unter der Führung der USA - nur untereinander kämpfen, um die Einflussphären neu aufzuteilen, die

Transportwege zu kontrollieren usw. Sie sagen, die Arbeiter sollten sich daher nicht für einen der Imperialisten entscheiden, für den sie kämpfen und sterben sollten. Diese Genossen glauben aufgrund ihrer dogmatischen Auslegung des Marxismus, dass die Ukraine und ihr Volk eine Art "Sandsack" sind, der von den Imperialisten geschlagen wird. Deshalb fordern sie, dass der Krieg sofort beendet wird und alle Truppen aus der Ukraine abgezogen werden müssen! Die Genossen organisieren Demonstrationen, besuchen Botschaften mit ihren Forderungen, aber der Krieg geht weiter. Die Position dieser "Kein-Krieg"-Befürworter läuft in Wirklichkeit darauf hinaus, allen Kriegsteilnehmern die gleiche Verantwortung aufzuerlegen, und auf diese Weise wird der Hauptaggressor, die Vereinigten Staaten, aus der Verantwortung genommen. Die Forderung, "den Krieg zu beenden", ist gleichbedeutend mit der Forderung, keine Nazis mehr zu verprügeln. Es sieht so aus, als ob sich die Genossen nicht um die aufständischen Bergarbeiter und Traktorfahrer im Donbass und ihr Schicksal im Falle eines Abzugs der russischen Truppen kümmern - oder vielleicht glauben die Genossen nicht wirklich an ihre eigenen Aufrufe. Sicher ist, dass wir wissen, was mit den Menschen in den Teilen der Ukraine geschah, die von den russischen Truppen von den Nazis befreit wurden, nachdem die russischen Truppen abgezogen waren - es folgten Verhaftungen, Repressalien und Hinrichtungen von Menschen.

Einige Parteien und antiimperialistische Bewegungen betrachten Russland und China als antiimperialistische Kräfte. Sie schätzen die Hauptgefahr richtig ein, die von der Gruppe der imperialistischen Raubtiere ausgeht, die von der NATO und den USA repräsentiert wird, aber sie beschränken ihren Antiimperialismus auf den Antiamerikanismus. Sie halten das bürgerliche Russland und das moderne China für fortschrittlich oder sogar sozialistisch. Das ist natürlich eine Täuschung. Russland und China sind eine Herausforderung für das aggressive Vorgehen der USA, aber sie sind weit davon entfernt, etwas mit dem Kampf für den Sozialismus zu tun zu haben.

Wir glauben, dass der russische Imperialismus noch schwach ist und sich erst noch konsolidieren muss, während die USA und die EU ihr Bestes tun, um ihren Rivalen zu unterdrücken, um die totale Weltherrschaft zu erlangen. Sie bedienen sich dabei offen faschistischer und nazistischer Kräfte, die sie aufgebaut haben und unterstützen. Das ukrainische Regime, das die von Bandera geführten Verbündeten Nazideutschlands verherrlicht und die sowjetischen Denkmäler zerstört, hat es geschafft, die ukrainische Nation gegen die russische Nation aufzubringen und einen Kampf zwischen den beiden Völkern anzuzetteln, die einst brüderliche Völker waren.

Wir bekräftigen, dass dieser Krieg, obwohl er von einem bürgerlichen russischen Staat geführt wird, im Wesentlichen ein Verteidigungskrieg Russlands gegen die imperialistische Politik einer reaktionären Allianz westlicher Mächte ist. Es gibt eine positive Seite in diesem Krieg. Der russische Staat bringt zwar die Interessen und Bestrebungen der russischen Bourgeoisie zum Ausdruck, die natürlichen Ressourcen Russlands zu verwalten und die Arbeitskräfte auszubeuten, ist aber gezwungen, die fortschrittliche Haltung eines großen Teils der russischen Gesellschaft zu berücksichtigen. Die russische Arbeiterschaft sympathisiert mit den Ukrainern, die unter einer terroristischen Diktatur und einer totalen Nazi-Propaganda zu leiden hatten. Daher ist der russische bürgerliche Staat, während er die Interessen seines Kapitals verteidigt, gezwungen, den Faschismus zu unterdrücken und den nationalen Befreiungskampf in der Ukraine zu unterstützen.

Deshalb sind wir, die Kommunistische Arbeiterpartei Russlands und alle orthodoxen Marxisten, der Meinung, dass das Hauptziel des Weltproletariats heute darin besteht, nicht zuzulassen, dass das Weltimperium der RKAP und orthodoxe Marxisten sind der Meinung, dass die Hauptaufgabe des Weltproletariats heute darin besteht, zu verhindern, dass der Weltimperialismus und sein Satellit, d. h. der moderne "Anti-Komintern-Pakt" der souveränitätsfeindlichen nationalen Demokratien und die Bataillone der Bandera-Nazis, das bürgerliche Russland besiegen. Wenn Russland dem Irak oder Libyen

folgen würde, wäre das nicht im Interesse der Arbeiterklasse. Die Kommunistische Arbeiterpartei Russlands hält es für unerlässlich, die "spezielle Militäroperation" in dem Maße zu unterstützen, wie sie darauf abzielt, die ukrainischen Nazis (Faschisten) zu besiegen.

In den Jahren 1914-1916 gab es keinen so starken faschistischen Kern, und das ist der entscheidende Unterschied zu dem, was wir heute haben. Wir haben heute einen starken faschistischen Kern. Der eiserne Absatz des Faschismus bedroht die ganze Welt. Die Opportunisten heute sind nicht wie die Opportunisten von 1914, als sie die Klasseninteressen missachteten, um ihre imperialistischen Länder zu unterstützen. Der Opportunismus heute besteht darin, die "Kein Krieg"-Forderungen zu unterstützen (als Ergebnis politischer Blindheit), sich aus dem antifaschistischen Kampf zurückzuziehen und so einen möglichen Triumph des Faschismus zu unterstützen, eine Sackgasse für alle werktätigen Klassen.

Der bürgerliche Staat führt den Krieg mit den Methoden und Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen und die sich aus der aktuellen Produktionsweise ergeben. Die Russische Föderation ist nicht die Sowjetunion. Inkompetenz, Diebstahl, Korruption auf allen Ebenen sind eine unvermeidliche Folge der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur. All diese Kosten werden letztlich von den Werktätigen getragen, und das alles wirkt sich sehr negativ auf die Kriegsfront aus. Dies verschärft die Unzufriedenheit der russischen Bürger mit der "nationalen Führung" und veranlasst sie, über ihre harten sozialen Bedingungen nachzudenken und die Ursachen dafür zu erkennen. Dies regt auch dazu an, über die Tatsache von Kriegen als Ergebnis des Kapitalismus nachzudenken.

Gleichzeitig sind die Werktätigen in den Volksrepubliken Lugansk und Donezk und die Bürger in verschiedenen Teilen der Ukraine, die die Kraft und den Mut haben, sich den Nazis zu widersetzen, die im ganzen Land Zerstörung verbreiten und Repressalien gegen diese mutigen Menschen androhen, nun gestählte Kämpfer. Viele von ihnen werden vielleicht in naher Zukunft an der Seite ihrer russischen Mitstreiter in die proletarische Armee eintreten. Die weitere Befreiung des arbeitenden Volkes der Ukraine von der Unterdrückung und den Gräueltaten der Nazi-Verbrecher (d.h. die Befreiung anderer Gebiete) ermöglicht es, den Kreis der potenziellen Anhänger des Sozialismus zu erweitern. Auf diese Weise werden die revolutionären Bedingungen reif.

All dies wird das neu bewaffnete Proletariat dazu zwingen, weiterzumachen. Es kann von der zeitweiligen Unterstützung der staatlichen Maßnahmen der russischen Bourgeoisie zur Unterdrückung des Faschismus zu einem Bündnis mit allen fortschrittlichen Elementen und Schichten der Gesellschaft gegen die Bourgeoisie im Kampf für den Sozialismus übergehen.

Die Kommunisten müssen diesen Prozess in jeder erdenklichen Weise unterstützen. Das ist die Aufgabe, die sich die Kommunisten in den Reihen der Kommunistischen Arbeiterpartei Russlands gestellt haben. Wir werden dafür kämpfen, den imperialistischen Krieg (geführt von der Großbourgeoisie) oder den nationalen Befreiungs- und antifaschistischen Krieg (geführt von den proletarischen Schichten) in einen Krieg für den Sozialismus zu verwandeln!

Stepan Malentsow

Erster Sekretär der Russischen Kommunistische Arbeiterpartei

Zum XXII. Internationalen Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien

Quelle: <https://actofdefiance.wordpress.com/2022/11/11/on-the-xxii-international-meeting-of-communist-and-workers-parties-russian-communist-workers-party/>

Nach einer dreijährigen, durch eine Pandemie erzwungenen Unterbrechung fand das 22. Internationale Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien vom 28. bis 29. Oktober 2022 in Havanna, Kuba, statt.

Das 22. Internationale Treffen der kommunistischen Parteien und Arbeiterparteien fand am 28. und 29. Oktober 2022 in Havanna statt. Dem Treffen ging am Vortag, dem 27. Oktober 2022, eine Arbeitsgruppensitzung voraus, in der organisatorische und technische Fragen im Zusammenhang mit der Veranstaltung diskutiert wurden. Die Arbeitsgruppe erörterte den Entwurf der Abschlusserklärung, den Arbeitsplan für den nächsten Zeitraum und nahm Vorschläge für die Mitgliedschaft in Solidnet und in der Arbeitsgruppe selbst entgegen. Dies sind keine einfachen Fragen, da die Meinungen unter den Teilnehmern weit auseinandergehen. Daher die langen Verzögerungen bei der Prüfung der von den Parteien eingereichten Anträge auf Mitgliedschaft in Solidnet" (bereits im Jahr 2010). Die Abschlusserklärung usw. ist eher vage (ohne spezifische, klare Bewertungen der wichtigsten Ereignisse, da diese die Ursache für Streitigkeiten sind). Daher hatten die Organisatoren des Treffens, die Kommunistische Partei Kubas, die schwierige Aufgabe, alle Meinungen zusammenzutragen und unter ihnen das auszuwählen, was für alle Teilnehmer akzeptabel war.

Nach der Sitzung der Arbeitsgruppe fand ein Empfang im Präsidentenpalast statt. Die Vertreter der Parteien, die an dem Internationalen Treffen teilgenommen hatten, waren eingeladen, sich mit dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas, dem Präsidenten der Republik Kuba, Genossen Miguel Díaz-Canel Bermúdos, zu treffen und informelle Gespräche zu führen. Der Empfang dauerte etwa 2 Stunden und endete mit einem freundschaftlichen Abendessen. Der Morgen des 28. Oktober begann mit einer feierlichen Kundgebung zum Gedenken an Comandante Camilo Cienfuegos, der 1959 bei einem Flugzeugabsturz in Kuba tragisch ums Leben kam. Er war einer der Teilnehmer an der Landung der USS Granma, ein Weggefährte von Fidel und Raúl Castro und von Che Guevara, dem Stabschef der kubanischen Armee. Obwohl er nur 27 Jahre alt ist, hat er viel für den Aufbau der neuen revolutionären Armee und des neuen, revolutionären Kubas getan. Einer kubanischen Tradition folgend, warfen die Teilnehmer des Internationalen Treffens und die Vertreter der kubanischen öffentlichen Organisationen nach einer kurzen Kundgebung zum Gedenken an diesen Revolutionär Blumen in den Ozean, der die letzte Ruhestätte des Comandante war.

Am Zweiundzwanzigsten Internationalen Treffen nahmen Vertreter von 77 Parteien aus 60 Ländern von allen Kontinenten teil. Der Zeitplan des Treffens war so intensiv, dass die Delegierten am ersten Tag über 14 Stunden arbeiteten und erst gegen Mitternacht fertig wurden. Die Solidarität mit dem kubanischen Volk und die Verurteilung der Blockade kamen in jeder Rede zum Ausdruck, alle Delegierten bekundeten ihre Solidarität mit dem kubanischen Volk und ihre Verurteilung des Embargos. Die Meinungen der Teilnehmer des Treffens unterschieden sich jedoch erheblich in ihrer Bewertung der Ereignisse in der Ukraine.

Es gab zwei unterschiedliche und klare Linien, die in einigen Punkten übereinstimmten, in anderen Punkten aber auch gegensätzlich waren. Die Position, die von der Kommunistischen Arbeiterpartei Russlands als eine Form des modernen Opportunismus anerkannt wurde, wurde von Vertretern der Kommunistischen Partei Griechenlands verteidigt. Die andere Position wurde von Delegierten der RKAP, der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) und der KPU (Kommunistische Partei der Ukraine) verteidigt. Insbesondere Stepan Malentsov, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei (RKAP), rief in Erfüllung der Anweisungen des Zentralkomitees in seiner Rede dazu auf, dialektisch zwischen den Interessen des Großkapitals und

denen der proletarischen Schichten zu unterscheiden. In seiner Rede rief er zu einer dialektischen Unterscheidung zwischen den Interessen des Großkapitals und den Interessen der proletarischen Schichten im laufenden Kampf der Klassen, Nationen und Staaten in der Ukraine auf... Und nicht alles in einen Topf zu werfen, wie es die Anhänger der Kommunistischen Partei Griechenlands tun. Des Weiteren schlug der Vertreter des RKAP den Sitzungsteilnehmern vor, die Erklärung zur Ukraine mit ihren Unterschriften zu unterstützen, die auf Initiative des RKAP, der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation vorbereitet und von der Kommunistischen Partei der Ukraine sowie anderen kommunistischen und Arbeiterorganisationen der Ukraine und des Donbass unterstützt wurde. Abschließend übermittelte der Redner den Teilnehmern des Internationalen Treffens einen Gruß der Kommunistischen Arbeiter der LPR, der Arbeiterfront des Donbass und der Arbeiterfront der Ukraine. In dieser Ansprache wiesen die Genossen auf den antifaschistischen und gerechten Charakter des bewaffneten Kampfes der alliierten Kräfte in der Ukraine hin und versicherten, dass sie ihren Teil der Klassenfront nicht aufgeben werden!

Die Rede des Führers der Kommunistischen Partei der Ukraine, Petro Symonenko, war verständlicherweise sehr emotional. Er sagte den Teilnehmern des Treffens offen und direkt, dass das derzeitige Kiewer Regime faschistisch ist. Das war für viele Zweifler eine sehr hilfreiche Feststellung. Er kritisierte nicht nur die "Nicht-zum-Krieg"-Linie, die der kommunistischen Weltbewegung auferlegt wurde und deren Hauptverfechter die griechischen Genossen sind, sondern brachte auch seinen Unmut darüber zum Ausdruck, dass diese Linie von einem engen Kreis von Parteien und hinter "verschlossenen Türen" ausgearbeitet wurde, ohne zuvor die Meinungen und Einschätzungen der kommunistischen Parteien der Ukraine und Russlands zu berücksichtigen. Hätte man uns konsultiert, hätte man vielleicht eine Reihe von falschen Bestimmungen vermeiden können. Es sei darauf hingewiesen, dass die von ihm geäußerte freundliche Kritik eine heftige Reaktion des Vertreters der griechischen KP auslöste, der daraufhin scharf reagierte. Er begann, für sich selbst eine Wiederholung (zweite Rede?) zu fordern, was nicht nur gegen die seit Jahren geltenden Regeln und Vorschriften verstieß. Die KKE verstieß nicht nur gegen die seit vielen Jahren geltende Geschäftsordnung, sondern zeigte auch eine gewisse Respektlosigkeit gegenüber dem Vorsitzenden, indem sie sich mit ihm öffentlich stritt, als der Vertreter der RKAP bereits angekündigt war und auf dem Podium stand. Der Vertreter der KKE erhielt jedoch erneut das Wort. Am Ende der Plenarsitzung erinnerte dieser Genosse daran, dass die ukrainischen Behörden die Führer der Kommunistischen Partei Griechenlands wegen ihrer Haltung auf die Liste der "Terroristen" gesetzt haben (er vergaß jedoch zu erwähnen, dass auf dieser Liste auch die Führer der Parteien stehen, die er ablehnt, während die Mitglieder der Kommunistischen Partei der Ukraine Folter und physischer Vernichtung ausgesetzt sind), und bezeichnete die Kritik an der Haltung der Kommunistischen Partei Griechenlands als "inakzeptabel". Nach Ansicht dieses Genossen scheint es diejenigen zu geben, die die letzte Wahrheit besitzen und deren Urteil nicht kritisiert werden kann. Es ist schade, dass eine Partei, die wir respektieren und die unbestrittene Verdienste hat, nicht nur politisch kurzsichtig in ihrer Einschätzung der Ereignisse in der Ukraine war, sondern auch den Weg des Verbots öffentlicher Kritik an ihrer Position eingeschlagen hat. Wir sind der Meinung, dass sie falsche Einschätzungen vorgenommen hat.

Ein alternativer Erklärungsentwurf zur Ukraine wurde auch von Anhängern der anderen Linie ausgearbeitet. Er wurde von Vertretern der Union der Kommunisten der Ukraine (SKU) vorgelegt, eben jener Organisation, die mit Nachdruck militärische Hilfe der Russischen Föderation für die Bergarbeiter und Traktorfahrer im Donbass forderte, die gegen die Nazis kämpften. Nach dem Tod der SKU-Vorsitzenden und Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Tamila Jabrowa, hat diese Organisation jedoch offensichtlich ihren orthodoxen marxistischen Charakter verloren, erlebt interne Divergenzen und ist, der Führung der Kommunistischen Partei Griechenlands folgend, bei der Bewertung der aktuellen Ereignisse in der Ukraine zu opportunistischen Positionen

übergegangen. Es kann festgestellt werden, dass es zwar eine allgemeine Unterstützung für die Abschlusserklärung gab, aber alle Teilnehmer des Treffens in ihrer Bewertung der Ereignisse in der Ukraine in drei Gruppen aufgeteilt waren. Hinter der ersten steht die Linie der RKAP und ihrer Verbündeten, hinter der zweiten das so genannte "Komitee der Vier" (Comité de Four). (Kommunistische Parteien Griechenlands, der Türkei, Spaniens (Arbeiter), Mexikos) und die Genossinnen und Genossen, die sich ihnen angeschlossen haben. Die dritte Gruppe besteht aus den Unentschlossenen oder Unentschlossenen. Die Unterschriftensammlung geht auf beiden Seiten weiter, wobei anzumerken ist, dass unsere Gegner manchmal Methoden anwenden, die nicht gerade als korrekt bezeichnet werden können. (Wir haben bereits berichtet, dass das Vierer-Komitee im März 2022 eine Erklärung zur Ukraine vorbereitet hat, die im Namen der Jugendorganisation des RKAP von Provokateuren und politischen Gaunern unterzeichnet wurde, die einen Krieg gegen unsere Partei führen. Und leider werden sie dabei von der KKE unterstützt, die sogar die Veröffentlichung von Informationen der RKAP zu dieser Situation auf der Solidnet-Website blockiert).

Zurück zum Internationalen Treffen: Es gab auch einige unangenehme Momente aufgrund von Schwierigkeiten bei der Übersetzung und technischen Problemen bei der Reproduktion von Dokumenten. Nach einer Rede des Vertreters der Kommunistischen Partei Südafrikas, der erklärte, dass er die Position der RKAP, der KPRF und der KPU eindeutig unterstütze, wurde er von RKAP-Delegierten angesprochen und aufgefordert, die Erklärung zu unterzeichnen. Daraufhin antwortete der Genosse, dass er die Erklärung zur Ukraine bereits unterzeichnet habe - offenbar handelte es sich um eine eilig vorbereitete Erklärung, die von der SKU (Ukraine) eingebracht und schnell zur Unterzeichnung in Umlauf gebracht worden war. Die meisten Unterstützer der RKAP-Linie kommen bisher aus Ländern, die von den russischen Behörden inzwischen als "befreundet" eingestuft werden. Die offensichtliche Ausnahme auf dieser Liste war die Vertreterin der Kommunistischen Partei Deutschlands, die in ihrer Rede erklärte, dass "der Krieg auf militärischer und wirtschaftlicher Ebene mit dem Ziel geführt wird, Russland zu zerstören". Diese Genossin erinnerte daran, dass der Krieg in der Ukraine nicht am 24.02.2022, sondern bereits 2014 begann. Das Ziel der NATO bleibt die Ukraine als Brückenkopf gegen Russland. Vor dem Hintergrund der steigenden Energiekosten unterstützen die Genossinnen und Genossen die entstehende Bewegung in Europa, die sich gegen die Verarmung der Arbeitnehmer, gegen die Abwälzung der Krise auf die arbeitenden Menschen und gegen die NATO wendet. Sie planen, diese Arbeit gemeinsam mit einer Jugendorganisation durchzuführen. Unter den Rednern zeigte ein Genosse von der Kommunistischen Partei Brasiliens großes Verständnis für die Situation im Donbas. Dieser Genosse unterstützte die Aussage "Der Imperialismus ist die Ursache für die gegenwärtige Tragödie in der Ukraine, wo jetzt ein faschistisches Regime errichtet wurde, das eine Gefahr für alle darstellt. Die Maßnahmen der Russischen Föderation zur Unterdrückung des Faschismus sollten unterstützt werden." Die Genossinnen und Genossen berichteten auch über ihre Teilnahme am Wahlkampf für die brasilianischen Präsidentschaftswahlen und ihre Unterstützung für den linken Kandidaten Lula. Die erste Runde dieser Wahl hat bereits stattgefunden, die zweite Runde wurde für den Tag nach dem Treffen unserer Parteien angesetzt.

Die Erklärung des Vertreters der Kommunistischen Partei Syriens (Vereinigte) eröffnete in der Tat die Diskussion über die Ukraine in der Sitzung der Arbeitsgruppe. Er wies zu Recht auf die Gefahr hin, dass die Welt im Falle einer Niederlage des bürgerlichen Russlands in Dunkelheit versinkt. Der Delegierte der Kommunisten Kataloniens wies darauf hin, dass die NATO einen Krieg im Namen der Ukraine führe. Und obwohl es einige Ambitionen des russischen Nationalismus gibt, eine Supermacht zu werden, sehen wir am Beispiel des Donbass in höchstem Maße die Heuchelei über "die europäischen Werte", und die NATO ist der Hauptfeind in der aktuellen Situation. Gedanken zur Unterstützung des russischen Vorgehens in der Ukraine und gegen den globalen Imperialismus waren in den Reden anderer Genossen zu hören. So verurteilte beispielsweise ein Vertreter der KP Irlands die Ausdehnung der

NATO um Russland herum, er verurteilte auch die israelische Besetzung Palästinas und versicherte, dass sie den britischen, europäischen und amerikanischen Imperialismus an ihren Küsten weiterhin bekämpfen würden. Nun zu den Parteien, die sich skeptisch über die Unterstützung von Aktionen zur Unterdrückung des Faschismus in der Ukraine äußerten. Der Sprecher der KP Österreichs sagte, dass sie sich im imperialistischen Krieg nicht für eine Seite entscheiden werden. Ein Genosse der KP Belgiens sprach sich gegen die These aus, dass die USA der Hauptimperialist seien. Ein Genosse der belgischen Arbeiterpartei erklärte, dass die EU über 500 Millionen Euro zur Unterstützung des Krieges in der Ukraine überwiesen habe und dass die USA weiterhin der Feind Nummer eins seien, bezeichnete aber das Vorgehen Russlands sofort als "Annexion ukrainischer Territorien", die völkerrechtlich nicht hinnehmbar sei. Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der VR China, der DVRK und Vietnams waren ebenfalls anwesend. In ihren Reden brachten die Genossinnen und Genossen ihre Unterstützung für das kubanische Volk zum Ausdruck, beschrieben die Erfolge, die in ihren Ländern bei der Lösung der Aufgaben des sozialistischen Aufbaus erzielt wurden, hielten sich aber mit einer Bewertung der Ereignisse in der Ukraine zurück. Nach den Reden der Parteivertreter begann die Phase der Verabschiedung der von der Arbeitsgruppe vorbereiteten Dokumente. Es ist bemerkenswert, dass in dieser Phase der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas und Präsident der Republik, Genosse Miguel Díaz-Canel Bermudez, an unserer Arbeit teilnahm.

Die Verabschiedung der Dokumente verlief recht demokratisch und bestand darin, dass Vertreter der Kommunistischen Parteien Kubas, der Türkei und Südafrikas an das Rednerpult traten und die Entwürfe der Dokumente vorlasen. Nachdem sich der Moderator vergewissert hatte, dass es keine Kommentare gab, wurde über die Entwürfe abgestimmt. So wurden die folgenden Entwürfe angenommen: - Die Schlussklärung des XXII. Internationalen Treffens der kommunistischen und Arbeiterparteien; - Die Erklärung der Solidarität mit dem kubanischen Volk und Kuba; - Der Aktionsplan und der Entwurf der Aktivitäten für den nächsten Zeitraum (2023-2024). Die neue Zusammensetzung der Arbeitsgruppe wurde ebenso gebilligt wie der Ort des nächsten XXIII. Treffens - die Türkei, auf Vorschlag der Genossen der Kommunistischen Partei der Türkei. Genosse Miguel Díaz-Canel wandte sich zum Abschluss an die Teilnehmer. Er sprach über die Schwierigkeiten seines Landes beim Aufbau des Sozialismus, über die Machenschaften der Feinde des kubanischen Volkes, über die Ergebnisse des Parteikongresses vom April 2022 und versicherte, dass die Partei und das Volk die kubanische Revolution fortsetzen. Am Ende der Rede und zum Abschluss des XXII. Internationalen Treffens sang der Saal fröhlich die "Internationale". Zum Abschluss der XXII. IMCRP überreichten die Genossen unserer Partei dem Genossen Miguel Díaz-Canel ein Abzeichen mit Lenin.

Die Delegation des RKAP dankt der Kommunistischen Partei Kubas und dem kubanischen Volk für ihre Gastfreundschaft und ihre Organisationsarbeit trotz der Schwierigkeiten, die das Land aufgrund des anhaltenden US-Embargos und der negativen Auswirkungen des verheerenden Wirbelsturms zu bewältigen hat. Auch wenn die Organisatoren nicht alles vorhersehen konnten, so gab es doch Unebenheiten und Einschränkungen bei der Vervielfältigung von gedrucktem Material (Erklärungen, Reden), was aber durch die Herzlichkeit der kubanischen Bevölkerung und die Freundlichkeit der Organisatoren wieder wettgemacht wurde.

Damit ist die Tagung beendet. Die Positionen sind etwas klarer geworden, aber die Situation der Verwirrung in der internationalen kommunistischen Bewegung bleibt bestehen. Die Ereignisse in der Ukraine versetzen die Welt in Aufruhr. Wo immer das Proletariat seine historische Mission erfüllen kann, hängt von uns allen ab.

Information der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei.

Über die guten Wünsche und einige der Fehler der griechischen Genossen

Quelle: <http://www.solidnet.org/article/Russian-CWP--00013/>

Brief an die Kommunisten in Venezuela, Griechenland und allen anderen Ländern

Wir akzeptieren den Vorschlag für eine Diskussion

Unsere Partei hat seit dem 24. Februar dieses Jahres mehrere theoretische Diskussionsrunden mit Genossen der KPG über die Einschätzungen des laufenden Krieges in der Ukraine geführt. Es kam zu einem Austausch von Argumenten. Wir glauben, dass es für beide Seiten von Vorteil war, aber die Parteien blieben bei ihren Positionen, was sich in der Fortsetzung der Diskussion auf dem XXII. internationalen Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien in Havanna widerspiegelte. Gleichzeitig zeigte die Diskussion eine ernsthafte Divergenz in der internationalen kommunistischen Bewegung, die sich in der Unterzeichnung von zwei Erklärungen durch die Parteien widerspiegelte, die sich in ihren Einschätzungen und Schlussfolgerungen deutlich. Heute ist das Kräfteverhältnis im internationalen kommunistischen Lager fast ausgeglichen, aber es geht nicht um ein zahlenmäßiges Übergewicht einer Seite. Solche Fragen können nicht durch Abstimmungen gelöst werden. Die Praxis ist das Kriterium der Wahrheit.

Da die KKE und die RKAP die Hauptvertreter dieser beiden Hauptlinien sind und die Genossen der KKE ihre Argumente im Schriftlichen Beitrag der KKE zum 3. Internationalen Ideologischen Seminar der Kommunistischen Partei Venezuelas fortgeführt haben, wollen auch wir unsere Argumente vortragen und alle Genossen zum Nachdenken anregen. Zumal sich beide streitenden Parteien auf das leninistische theoretische Erbe berufen und die griechischen Genossen erklärten: "Unserer Meinung nach kann heute die notwendige Diskussion für die Bildung einer einheitlichen revolutionären Strategie eröffnet werden, die zur revolutionären Neuorganisation der internationalen kommunistischen Bewegung beitragen wird." Wir teilen diesen Ansatz und reagieren auf den Vorschlag für eine wirklich revolutionäre Strategie. Jahrestag der Gründung der UdSSR: Die Schlussfolgerungen, die aus der sozialistischen Revolution, dem sozialistischen Aufbau und ihrem Sturz in der UdSSR gezogen wurden, sind für die kommunistischen und Arbeiterparteien im modernen Klassenkampf und im imperialistischen Krieg von großer Bedeutung", so einige Punkte der oben erwähnten Rede der KEE auf dem Seminar der PCV.

Wie sah der Sozialismus in der UdSSR aus, und wie sieht er im Allgemeinen aus?

Wir haben natürlich unsere eigene Analyse der Gründe für die (sicher nur vorübergehende) Niederlage des Sozialismus in der UdSSR. Dies umso mehr, als wir verstehen, dass in unserem Land keineswegs der Sozialismus besiegt wurde, sondern genau das Gegenteil - eine Abkehr vom Sozialismus gemäß den von Marx, Engels, Lenin und Stalin geschaffenen wissenschaftlichen Grundlagen und eine Hinwendung zur Restauration des Kapitalismus. Die Analyse ist im Bericht des Zentralkomitees der Russischen Kommunistischen Partei (RKAP) enthalten, und es muss gesagt werden, dass unsere Positionen in dieser Frage mehr mit denen der KKE übereinstimmen als mit denen anderer Parteien, selbst der russischen. Auf die Frage, welche Art von Sozialismus es in der UdSSR gab und welche Art von Sozialismus es im Allgemeinen gibt, antwortet unsere Partei:

"Die marxistisch-leninistische Theorie gibt keine detaillierten Rezepte und idealen Modelle der zukünftigen Gesellschaft vor. Marx und Engels schrieben, dass der Kommunismus kein Zustand ist, der hergestellt werden muss, kein Ideal, dem die Realität entsprechen muss. Sie bezeichneten den Kommunismus als eine wirkliche Bewegung, die den gegenwärtigen Zustand zerstört, der ungerecht ist und die Entwicklung der Gesellschaft behindert.

Der Sozialismus kann so sein, wie er aus dem Kapitalismus hervorgegangen ist, je nach den Bedingungen. Sie kann hart und grausam, hungrig und blutig sein. Im Sozialismus hört der Klassenkampf nicht auf, sondern nimmt neue Formen an, setzt sich als Kampf zwischen der proletarischen, kommunistischen schöpferischen Tendenz und der kleinbürgerlichen privatwirtschaftlichen Tendenz fort. Ein unverzichtbares Merkmal des Sozialismus ist die Macht, die die Diktatur des Proletariats ausübt und den Sieg der positiven kommunistischen Tendenz gewährleistet.

Der Sozialismus ist gekennzeichnet durch:

Auf dem Gebiet der Politik ist der Sozialismus nach Lenins Definition die Zerstörung der Klassen. Das heißt, eine Bewegung zur Überwindung von Klassenunterschieden, Unterschieden zwischen geistiger und körperlicher Arbeit usw. Lenin erklärt, dass "die Zerstörung der Klassen ein langer, schwieriger, hartnäckiger Klassenkampf ist, der nach dem Sturz der Macht des Kapitals, nach der Zerstörung des bürgerlichen Staates, nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats nicht (wie sich die Vulgären des alten Sozialismus und der alten Sozialdemokratie vorstellen), sondern nur seine Formen ändert und in vieler Hinsicht noch gewalttätiger wird".

Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen ist der Sozialismus die Überwindung der Elemente der Kommodifizierung in der direkten gesellschaftlichen Produktion.

Moralisch gesehen bietet der Sozialismus immer mehr Möglichkeiten für die freie Entfaltung eines jeden Einzelnen.

Wurden von der sowjetischen Führung und der Partei beim Aufbau des Sozialismus Fehler gemacht? Gewiss, das haben sie. Wenn Menschen zum ersten Mal einen unerforschten Weg beschreiten, unter Bedingungen, die nicht nur unbekannt, sondern auch äußerst schwierig sind, unter dem verzweifelten Widerstand der gesamten alten bürgerlichen Welt, ist es politische Frömmerei und Arroganz zu glauben, dass wir ohne Fehler auskommen können, zu sagen, dass "es nicht richtig war". Wir unterscheiden zwischen Fehlern im Kampf, Abtrünnigkeit und Arroganz. Unsere Vorgänger, die kommunistischen Bolschewiki unter Lenin und Stalin, haben ihren Teil des Weges mit Würde zurückgelegt. Die Bolschewiki waren orthodoxe marxistische Revolutionäre. In Theorie und Praxis hielten sie an keinem Dogma fest, sondern orientierten sich strikt an den Grundprinzipien des Marxismus und vor allem am Klassenkampf. Trotz der Irrtümer und Fehleinschätzungen, die sie begangen haben, wurde der Vorwärts- und Aufwärtsvektor beibehalten. Die Trägheit der Vorwärtsbewegung setzte sich nach ihnen noch eine ganze Weile fort, aber mit immer größerer Verzögerung." Bis zur Perestroika ersetzten die Arbeiter die Grundsätze des Marxismus-Leninismus durch Überlegungen des so genannten gesunden Menschenverstands.

Wir verweisen auf unsere Analyse der Ursachen für den Rückzug des Sowjetsozialismus, um unsere Schlussfolgerungen zu unterstreichen, die wir mit unseren griechischen Genossen teilen, nämlich dass diejenigen, die glauben, dass der Sozialismus mit kapitalistischen Methoden aufgebaut werden kann, verlogen sind und sich zutiefst irren. Es geht nicht um Verrat oder feindliche Verschwörungen, obwohl es diese sicherlich auch gab. Lenin lehrte: "Nichts kann uns ruinieren als unsere eigenen Fehler" (Lenin Werke, Bd. 42, S. 249). Die beim Aufbau des Sozialismus in der UdSSR gemachten Fehler haben objektiv zu negativen Ergebnissen geführt.

Es gibt keine fertigen Rezepte.

Und hier ist es sehr wichtig, einen Punkt zu verstehen, der sowohl in der Analyse der RPRP als auch der Kommunistischen Partei enthalten ist und der natürlich auch anderen Parteien bekannt ist: Es gibt keine fertigen Rezepte für alle Fälle. Die konkret-historische Analyse ist die lebendige Seele des

Marxismus. Lenin sagte zu diesem Thema, dass: "Wer für die Arbeiter ein solches Rezept erfinden wollte, das für alle Fälle im Voraus fertige Lösungen gäbe, oder wer versprechen würde, dass es in der Politik des revolutionären Proletariats keine Schwierigkeiten und keine verwirrenden Bestimmungen gäbe, der wäre ein bloßer Scharlatan" (Lenin Werke, Bd. 21, S. 21).

Die griechischen Genossinnen und Genossen in ihrem Material betrachten eine solche Situation: "Heutzutage zitieren einzelne Politiker unter anderem einen Auszug aus einer Rede von Fidel Castro, um uns davon zu überzeugen, dass der Sozialismus keine Gesetzmäßigkeiten oder Prinzipien hat. Fidel sagte, dass "unter den vielen Fehlern, die wir alle gemacht haben, der wichtigste der Glaube war, dass jemand über den Sozialismus Bescheid weiß oder weiß, wie der Sozialismus aufgebaut ist. Es sah so glaubwürdig aus wie ein elektrisches System, das von Leuten erfunden wurde, die sich für Experten für elektrische Systeme hielten. Als sie sagten: 'Es ist eine Formel', dachten wir, wir wüssten es."

Ich muss sagen, dass ich persönlich von Hugo Chávez von diesem Fall erfahren habe. Als ich 2007 Mitglied der Duma war, hatte ich einmal die Gelegenheit, an einem Gespräch teilzunehmen und Hugo Chavez eine Frage zu stellen. Zu dieser Zeit gründete er die Sozialistische Partei und erklärte, dass sie die größte Partei sein würde, und er war sogar der Meinung, dass die Kommunisten einbezogen werden sollten. Das war die Frage, die ich Chavez gestellt habe, um ihn darauf aufmerksam zu machen, dass eine sehr große Party gut ist, aber ohne ein präzises (wissenschaftliches) Programm kann sie verloren gehen. Die Sowjetunion und die KPdSU sind auf dem Weg des Aufbaus des Sozialismus viel weitergegangen, aber durch Rückschritte und Fehler, und sie wurden besiegt. Inwieweit versteht er diese Gefahr, und auf welche Grundlage stützt er seine Programmarbeit, auf welche bekannten Theorien, abgesehen von den Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in Kuba, stützen sich seine venezolanischen Genossen?

Ich muss sagen, dass Chávez mein Anliegen in der von mir gestellten Frage verstanden hat und in seiner charakteristischen Art bildlich und ziemlich präzise antwortete. Er sagte, dass er, obwohl ich ihn bat, andere Quellen als die kubanische Erfahrung zu nennen, mit Fidel beginnen würde. Ich erinnerte mich daran, dass Fidel Castro auf die Frage von Journalisten, ob er zu Beginn seiner revolutionären Tätigkeit Fehler gemacht habe und welcher der wichtigste gewesen sei, geantwortet hatte: "Natürlich hatte ich welche. Der größte Fehler, den ich gemacht habe, war zu glauben, dass jemand genau wüsste, wie man den Sozialismus aufbaut."

Er erzählte weiter, wie er selbst in revolutionäre Aktivitäten verwickelt wurde und zum ersten Mal in seinem Leben echte Angst erlebte. Er war beim Militär, nahm an einer Rebellion teil und kam ins Gefängnis. Er stieg aus - er wurde überredet, für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. Er hat gewonnen!!! Er ging zurück ins Gefängnis. Das Volk ging in Massen auf die Straße, und die pro-amerikanischen Behörden waren gezwungen, ihn freizulassen. Er kam heraus und sah die Massen von Millionen vor sich. "Und dann bekam ich Angst", sagt Chavez, "ich bin ein Mann des Militärs, und ich bin bereit, mein Leben zu geben. Und hier sehe ich Hunderttausende von Menschen, die hoffen, dass ich ihr Leben verändern kann, die mir glauben. Und ich habe keine Ahnung, wie man das macht. Ich hatte Angst, dass ich ihre Hoffnungen nicht erfüllen kann, dass ich ihren Glauben enttäusche". Danach erhielt Chavez eine Einladung nach Kuba und arbeitete einen Monat lang im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei. Er ging als Rebell, kehrte aber als eine Art Sozialist zurück.

Diese Episode ist den venezolanischen Genossen natürlich besser bekannt als mir, aber ich möchte dieses Beispiel nutzen, um die allgemeine Aufmerksamkeit auf den Hauptpunkt zu lenken - es gibt keine fertigen Rezepte und es kann keine geben!

Richtige Schlussfolgerungen, die einen Kommentar erfordern

Griechische Kameraden schließen: Diejenigen, die das Wort "Sozialismus" missbrauchen und verschiedene zusätzliche Bezeichnungen wie "demokratischer Sozialismus" oder "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" verwenden, die "Fleischfische" und die sozialdemokratische Verwaltung des Kapitalismus als Sozialismus oder sogar als eine "Etappe" desselben bezeichnen, versuchen, die Massen in die Irre zu führen.

Wie die Oktoberrevolution gezeigt hat, ist der Sozialismus eine soziale Revolution, ein Klassenwechsel an der Macht, nicht ein oder mehrere Wahlsiege oder ein Referendum über eine Verfassungsänderung oder die Bildung einer linken Regierung innerhalb des Kapitalismus, sondern ein Zusammenbruch des bürgerlichen Staatsapparats. Die Verschrottung muss zwangsläufig mit der Vergemeinschaftung der Produktionsmittel, der Schaffung neuer Institutionen der Arbeitermacht und einer zentralisierten wissenschaftlichen Planung der Wirtschaft einhergehen."

Und die KKE stellt auch fest: Unsere Partei hat die unserer Meinung nach falschen Ansätze bezüglich der Zwischenstufen zum Sozialismus oder des "friedlichen Übergangs" zum Sozialismus aufgegeben, ebenso wie die falsche Einteilung der Sozialdemokratie in "rechts" und "links" sowie die falsche Einteilung der Bourgeoisie in "Kompradoren" und "Patrioten". Diese Ansätze haben sich nicht nur nicht bewährt, sondern sie haben auch die kommunistischen Parteien dauerhaft entwaffnet und sie einer revolutionären Strategie beraubt. Sie haben zu einer inakzeptablen Abweichung von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus geführt, zur Beteiligung der kommunistischen Parteien an bürgerlichen Links- oder Mitte-Links-Regierungen innerhalb der bürgerlichen Verwaltung, die am Ende harte volksfeindliche Maßnahmen ergriffen, sich an imperialistischen Operationen und Kriegen beteiligt und die kapitalistische Barbarei aufrechterhalten haben."

Diese Schlussfolgerungen sind größtenteils richtig, und wir teilen sie. Aber pauschal zu behaupten, es sei alles falsch und inakzeptabel (oder sogar schädlich), sich weder an Regierungen zu beteiligen noch Volksabstimmungen oder Präsidentschaftswahlen zu gewinnen, ist ebenfalls lächerlich. Diese Thesen müssen zumindest entschlüsselt und mit den ganz konkreten historischen Bedingungen verknüpft werden, die das Wesen des Augenblicks bestimmen. Das russische Volk hat ein Sprichwort: "Bring einen Narren dazu, zu Gott zu beten, und er wird ihm die Stirn brechen". Und Lenin sagte bei dieser Gelegenheit: "Die Kritik - und zwar die schärfste, unbarmherzigste, unnachgiebigste Kritik - sollte sich nicht gegen den Parlamentarismus oder die parlamentarische Tätigkeit richten, sondern gegen die Führer, die nicht in der Lage sind - und mehr noch, die nicht wollen -, die Parlamentswahlen und das parlamentarische Podium in revolutionärer, kommunistischer Weise zu nutzen. Nur eine solche Kritik - natürlich verbunden mit dem Ausschluss untauglicher Führer und ihrer Ersetzung durch geeignete - wird eine nützliche und fruchtbare revolutionäre Arbeit sein, die sowohl die "Führer" so erzieht, dass sie der Arbeiterklasse und der arbeitenden Massen würdig sind - als auch die Massen, damit sie lernen, die politische Situation richtig zu verstehen und die oft sehr komplexen und verwirrenden Aufgaben, die sich aus dieser Situation ergeben, zu begreifen" (Lenin Werke. Bd. 41, S. 49)

Es gibt Zeiten, in denen sich Kommunisten eindeutig und entschieden gegen Wahlen aussprechen und diese sogar boykottieren müssen, und es gibt Zeiten, in denen sie für kommunistische Arbeit genutzt werden müssen - für die Aufklärung der Massen und die Organisation ihrer Kämpfe.

Auch die Zwischenstufen zwischen Kapitalismus und Sozialismus (man könnte von einer Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus sprechen) werden natürlich nicht anerkannt oder benannt. Aber wir können über günstigere Bedingungen für das Leben und den Kampf der Arbeiterklasse sprechen und wir müssen für sie kämpfen! Die Beteiligung an linken Regierungen ist in der Tat ein sehr schwieriger und meist fehlgeleiteter Weg (obwohl die Bolschewiki ihre Beteiligung an einer revolutionär-demokratischen Regierung zuließen), aber die Teilnahme an Präsidentschaftswahlen und die Nutzung der seltenen einzigartigen Bedingungen, wenn sie erfolgreich

sind, um Kämpfe zu entwickeln und die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu verbessern, ist sicherlich eine Frage, die durchdacht und ausgearbeitet werden muss. Kehren wir zum Beispiel von Chávez zurück und erinnern wir uns daran, dass er nicht der Einzige ist (nach dem Sieg linker Kandidaten in Chile, Moldawien, Zypern usw. entstanden schwierige, aber ähnliche Bedingungen). Die Chancen, die die Geschichte zum Beispiel Chavez gegeben hat, nicht zu nutzen, ist einfach töricht. Wie er und die ihn unterstützenden politischen Kräfte diese Möglichkeiten nutzten, um bessere Bedingungen für die Kämpfe der Arbeiterklasse zu schaffen, ist eine andere Frage. So wie er es verstanden hat und wie er es konnte, scheint es nicht auf die effektivste Weise gemacht worden zu sein. Und das ist eine Frage der theoretischen Überlegungen der Kommunisten. Wir glauben, dass die KP Venezuelas zu ihrer Zeit absolut richtig entschieden hat, sich nicht in der Vereinigten Sozialistischen Partei der Macht aufzulösen und ihre Unabhängigkeit, d.h. dementsprechend die kommunistische Komponente der Bewegung für den zukünftigen Kampf zu bewahren.

Es gibt keine vorgefertigten Rezepte! "Es ist lächerlich, ein solches Rezept oder eine allgemeine Regel ("keine Kompromisse"!) aufzustellen, die für alle Fälle geeignet wäre. Man muss seinen eigenen Kopf haben, um den Sinn jedes einzelnen Falles zu verstehen. Das ist unter anderem die Bedeutung der Parteiorganisation und der Parteiführer, die diesen Titel verdienen - dass sie durch lange, ausdauernde, vielfältige und gründliche Arbeit aller denkenden Vertreter einer bestimmten Klasse das notwendige Wissen, die notwendige Erfahrung, den politischen Scharfsinn - neben dem Wissen und der Erfahrung - erwerben, der notwendig ist, um schnelle und richtige Lösungen für schwierige politische Fragen zu finden. (Lenin Werke, Bd. 41, Seite 52)

In jedem Fall muss man die Landkarte neu auf den Weg bringen und mit dem eigenen Verstand, mit der Erfahrung der Vorgänger und dem Kompass der Theorie die Entscheidungen treffen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort am besten für die Entwicklung des Klassenkampfes sind.

Die Ablehnung der antifaschistischen Fronten ist die Ablehnung der Kampfmittel

Unsere griechischen Kameraden erklären: "Es gibt Leute, die sich an die Politik der Komintern zur Schaffung von 'antifaschistischen Fronten' erinnern und versuchen, sie auf die heutige Zeit zu übertragen. Was ihnen entgeht, ist die Tatsache, dass die Linie der antifaschistischen Fronten zu Zeiten der UdSSR vorherrschte und nun durch eine mächtige kapitalistische Macht ersetzt wird. Darüber hinaus fehlt den Verfechtern dieser Position ein kritischer Blick auf den historischen Weg der internationalen kommunistischen Bewegung. Heute ist die Kommunistische Partei, wie auch andere kommunistische Parteien, durch das Studium der Geschichte zu dem Schluss gekommen, dass sich die Linie der antifaschistischen Fronten als destruktiv für die internationale kommunistische Bewegung erwiesen hat. Heute verstehen wir, dass in den Reihen der Komintern die so genannte Strategie der Etappen zur Erringung der revolutionären Arbeitermacht vorherrschte. So wurde die Aufgabe der Regierungsbildung innerhalb des bürgerlichen Systems als Etappe, die die Merkmale einer national-unabhängigen oder antifaschistisch-bürgerlich-demokratischen Etappe auf dem Weg zum Sozialismus aufweist, als vorrangiges Ziel festgelegt".

Hier möchten wir zunächst die Genossen bitten, uns direkt die Karten auf den Tisch zu legen: Welche Parteien, außer der griechischen, halten die Taktik der Volksfronten für destruktiv für die revolutionäre Bewegung? Und wo fanden sie, dass die Bildung einer Regierung innerhalb des bürgerlichen Systems als vorrangiges Ziel formuliert wurde?

Die RKAP hielt eine internationale "Komintern-100"-Konferenz ab, an der übrigens auch die KKE teilnahm und auf der sie speziell über die Taktiken der Volksfronten berichtete. Definition des

Faschismus im Bericht von G. Dimitrov und die Taktik der Volksfronten: Geschichte und Moderne – Russische Kommunistische Arbeiterpartei.

Diese Frage ist in der Tat eine der wichtigsten und umstrittensten Fragen - die Taktik der kommunistischen Parteien unter den Bedingungen der Offensive des Faschismus, nämlich die Taktik der Volksfronten. Die Relevanz des Themas besteht darin, dass der Faschismus nicht der Vergangenheit angehört, sondern auch heute noch sein Haupt erhebt. Folglich sollten die kommunistischen Parteien Taktiken entwickeln, um diesem Phänomen zu begegnen, wobei sie sich auf die positiven und negativen Lehren der Vergangenheit stützen sollten.

Die Erfahrung der Volksfronten zeigt sowohl Erfolge als auch Schwierigkeiten in der Interaktion der Avantgarde des Proletariats mit den nichtproletarischen kleinbürgerlichen Massen. Angesichts der steigenden Flut des bürgerlichen Populismus, der die Arbeiter verwirren will, kann diese Erfahrung auch für Kommunisten heute nützlich sein.

Wir möchten betonen, dass die Taktik der Volksfronten keinen strategischen Kurswechsel und keine Abkehr von der Weltrevolution und der Diktatur des Proletariats bedeutet. Strategisch wurde die Idee und das Ziel der Weltrevolution beibehalten und von niemandem in Frage gestellt. Es handelte sich um eine spezifische Taktik für bestimmte historische Bedingungen, in diesem Fall zur Bekämpfung des Faschismus. Die Taktik der Volksfront war ein integraler Bestandteil des weltrevolutionären Prozesses und wurde genau zu diesem Zweck konzipiert.

Eine der wichtigsten taktischen Fragen ist die nach den Verbündeten und Mitreisenden. Kommunisten, die eine prinzipielle Linie im Interesse des Proletariats verfolgen, können und müssen auch die nichtproletarischen Arbeitermassen in ihren Kampf einbeziehen und nicht nur reine Klassenforderungen, sondern auch allgemeine demokratische Forderungen vertreten. Für das Proletariat macht es einen großen Unterschied, ob es unter den Bedingungen des direkten faschistischen Terrors oder unter den Bedingungen der bürgerlichen Demokratie für die Revolution kämpft.

Außerdem können und müssen die Kommunisten die Risse im Lager des Klassenfeindes, der Bourgeoisie, ausnutzen. Daher können Situationen, in denen ein taktisches Engagement mit diesem oder jenem Teil der Bourgeoisie besteht, nicht geleugnet werden. Die wichtigste Voraussetzung für solche Kompromisse ist, dass bei der Eingehung des einen oder anderen Kompromisses die proletarische strategische Linie gewahrt und konsequent verfolgt wird. Dass solche Kompromisse und Koalitionen die Arbeiterklasse stärken, indem sie die Widersprüche der Bourgeoisie ausnutzen und nicht umgekehrt - dass die Arbeiterklasse nicht als Kanonenfutter für diese oder jene Riege der Bourgeoisie benutzt wird. Nicht umsonst sagte Marx: "In der Politik kann man sich sogar mit dem Teufel selbst für ein bestimmtes Ziel verbünden, wenn man sicher sein kann, dass man den Teufel besiegt und nicht der Teufel einen besiegt" (MEW, Bd. 8, S. 410).

In allen Ländern, in denen der Faschismus an die Macht gekommen ist, waren die Kommunisten der Hauptfeind des Faschismus, und die ersten Repressionen richteten sich gegen sie. Sie waren auch die Hauptorganisatoren des antifaschistischen Widerstands. Der Faschismus griff aber auch die bürgerliche Demokratie und die bürgerlich-demokratischen Organisationen an und attackierte damit nicht nur das revolutionäre Lager des Proletariats, sondern auch andere an der bürgerlichen Demokratie interessierte Kräfte. Angesichts der offensichtlichen strategischen Ausrichtung auf den Sozialismus, ohne dessen Errichtung der Faschismus nicht endgültig besiegt werden kann, ist es daher in bestimmten taktischen Phasen des Kampfes gegen den Faschismus ratsam, dass die kommunistischen Kräfte mit den Kräften der bürgerlichen Demokratie zusammenarbeiten. Daher wurde die Taktik einer Einheitsfront mit allen wirklich demokratischen Kräften vorgeschlagen.

Die Taktik der antifaschistischen Volksfront basierte auf der Taktik der Vereinigten Arbeiterfront (deren Idee von Lenin vorgeschlagen und vom Exekutivkomitee der Komintern 1921 angenommen worden war) und war deren Fortsetzung und Ausweitung nicht nur auf die Arbeiterklasse, sondern auch auf die breiten Schichten des Kleinbürgertums und sogar auf einen Teil der antifaschistischen Stimmung des Mittel- und sogar Großbürgertums. Die Notwendigkeit einer neuen Taktik ergab sich aus der Verschärfung der faschistischen Bedrohung. Das wichtigste strategische Ziel blieb die Eroberung der Diktatur des Proletariats und der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus. Aber das unmittelbare Ziel der unmittelbaren Zukunft wurde vom Kampf für den Sozialismus und die Sowjetmacht auf den Kampf gegen den Faschismus zur Erhaltung der bürgerlichen Demokratie verlagert. Wie auf dem 7. Kongress der Komintern betont wurde, "müssen die arbeitenden Massen in einer Reihe von kapitalistischen Ländern heute gerade nicht zwischen einer proletarischen Diktatur und der bürgerlichen Demokratie wählen, sondern zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus. Angesichts der Bedrohung, die der Faschismus für die internationale kommunistische Bewegung und ihr wichtigstes Bollwerk, die UdSSR, darstellte, wurden der Faschismus und sein Antikomintern-Pakt zum Hauptgegner. Allein die Existenz des sozialistischen Staates spielte eine große Rolle für die Bewegung. Indem sie die bürgerliche Demokratie gegen den Faschismus unterstützten, unterstützten die Arbeiter also die Politik ihres sozialistischen Staates, der UdSSR. Gleichzeitig behielten sich die Kommunisten, die mit allen demokratischen Kräften (vor allem den Sozialdemokraten) mit einer Stimme sprachen, stets das Recht vor, den Opportunismus und die Schlichtung ideologisch zu bekämpfen. Unter den Bedingungen des imperialistischen Krieges mussten jedoch die Kommunisten in den kapitalistischen Ländern, die der faschistischen Aggression ausgesetzt waren, den Aggressor bekämpfen. In den Ländern, die potenzielle Opfer der Aggression (und später von den Faschisten besetzt) waren, wurde die zentrale Aufgabe der Kampf für eine nationale antifaschistische Front aller demokratischen, fortschrittlichen und patriotischen Kräfte. In erster Linie wollte der Faschismus dem ersten sozialistischen Staat den Krieg erklären. Die Weigerung, sich unter diesen Bedingungen dem Faschismus entgegenzustellen, bedeutete, dem Faschismus im Kampf gegen den ersten sozialistischen Staat der Welt und damit gegen die kommunistische Bewegung in der ganzen Welt tatsächlich zu helfen. Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang an einige Ereignisse des Zweiten Weltkriegs. Während der Besetzung Frankreichs durch die Nazis forderten die Trotzlisten die Franzosen auf, sich nicht an der Résistance zu beteiligen, da diese heterogen war und Menschen mit sehr unterschiedlichen Ansichten umfasste, d.h. sie kämpfte nicht für die sozialistische Revolution, sondern nur gegen die Nazibesatzer. Die Trotzlisten beanspruchten die gleiche Verantwortung für alle kapitalistischen Teilnehmer am Zweiten Weltkrieg, wie es die Bolschewiki-Leninisten während des Ersten Weltkriegs getan hatten. Die Situation im Zweiten Weltkrieg war jedoch ganz anders.

Dies sagte auch Stalin in seiner Rede auf einer Wahlversammlung vor den Wahlen im stalinistischen Wahlbezirk von Moskau am 9. Februar 1946:

"...Die erste Krise des kapitalistischen Systems der Weltwirtschaft führte zum Ersten Weltkrieg; die zweite Krise führte zum Zweiten Weltkrieg.

Das bedeutet natürlich nicht, dass der Zweite Weltkrieg eine Kopie des Ersten ist. Im Gegenteil, der Zweite Weltkrieg unterscheidet sich in seinem Wesen erheblich vom Ersten. Es sei daran erinnert, dass die wichtigsten faschistischen Staaten - Deutschland, Japan, Italien - vor ihrem Angriff auf die alliierten Länder die letzten Reste ihrer bürgerlich-demokratischen Freiheiten zerstörten und dort ein brutales Terrorregime errichteten, das den Grundsatz der Souveränität und der freien Entwicklung der kleinen Länder mit Füßen trat, Sie erklärten die Politik der Eroberung anderer Länder zu ihrer eigenen Politik und verkündeten öffentlich, dass sie die Weltherrschaft und die Ausbreitung des faschistischen

Regimes in der ganzen Welt anstrebten, und durch die Eroberung der Tschechoslowakei und der zentralen Regionen Chinas zeigten die Achsenstaaten, dass sie bereit waren, ihre Drohung, alle freiheitsliebenden Völker zu versklaven, wahr zu machen. Aus diesem Grund hatte der Zweite Weltkrieg gegen die Achsenstaaten im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg von Anfang an einen antifaschistischen, befreienden Charakter, zu dessen Zielen auch die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten gehörte. Der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen die Achsenmächte hätte den antifaschistischen und befreienden Charakter des Zweiten Weltkriegs nur verstärken können - und hat ihn auch verstärkt.

War die Taktik der Volksfronten gerechtfertigt, war die Entscheidung, sie einzusetzen, richtig? Das Kriterium in dieser Frage, wie auch in allen anderen, kann nur die soziale Praxis der tatsächlichen Anwendung dieser Taktik sein. Jedes Land, in dem die Erfahrungen mit der Umsetzung der Volksfronttaktik gemacht wurden, hatte seine eigenen Besonderheiten, aber es ist wichtig für uns, die allgemeinen Muster der Bildung, Entwicklung und Auflösung der Volksfronten zu skizzieren. Unserer Ansicht nach lassen sich diese Muster auf vier reduzieren.

Erstens hat die historische Erfahrung gezeigt, dass die Volksfront tatsächlich in der Lage war, ein echtes Hindernis für die Offensive des Faschismus zu werden. Es gelang ihr, die beträchtlichen breiten Massen der Arbeiter zu mobilisieren und die Autorität der Kommunisten als konsequenteste antifaschistische Kraft zu stärken.

Letztendlich trug die Taktik der breiten Antifaschistischen Volksfront ganz wesentlich zur Etablierung der Volksmacht in einer Reihe von osteuropäischen Staaten bei.

Zweitens war die Volksfront eine Form der Verbindung des Proletariats mit breiten Teilen der Arbeiterklasse, was zu einer Stärkung des Einflusses der Kommunisten nicht nur auf das Fabrikproletariat, sondern auch auf andere Teile der Arbeiterklasse (das Kleinbürgertum, die Studenten, die demokratisch gesinnte Arbeiterintelligenz) führte.

Drittens. Wir müssen auch bedenken, dass die Bourgeoisie in allen Fällen ihre Inkonsequenz im Kampf gegen den Faschismus deutlich gezeigt hat. Die Bourgeoisie erwies sich selbst bei der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus als unzuverlässiger Verbündeter und neigte dazu, mit den Faschisten zu verhandeln und sie zu beschwichtigen oder sogar direkt mit dem Faschismus zu kollaborieren. Eine konsequente, antifaschistische Politik wurde nur von den Kommunisten verfolgt. Das ist nicht verwunderlich, denn trotz eines gewissen Unterschieds sind sowohl die Faschisten als auch die antifaschistischen Kreise der Bourgeoisie Angehörige derselben Klasse und gehören demselben System an. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die bürgerliche Demokratie oft mehr Angst vor Verbündeten aus dem kommunistischen Lager als vor Gegnern aus dem faschistischen Lager hat.

Viertens. Außerdem hat die Praxis gezeigt, dass der bürgerliche Antifaschismus sehr schnell in sein Gegenteil umschlagen kann, wie zum Beispiel in Griechenland, wo die revolutionären Kräfte von den vom britischen Imperialismus unterstützten Reaktionären niedergeschlagen wurden (obwohl Großbritannien anscheinend in der Anti-Hitler-Koalition kämpfte). Die ehemaligen bürgerlichen Antifaschisten werden schnell zu Vollstreckern der faschistischen Politik, sei es in der Außenpolitik durch die Bombardierung ziviler Städte mit Atombomben oder in der Innenpolitik durch das Verbot kommunistischer Organisationen (wie z.B. in Frankreich). Das liegt daran, dass der Faschismus ein Produkt des Kapitals ist, und solange der Kapitalismus lebt, wird es immer einen Grund für das Wiederaufleben des Faschismus in der einen oder anderen Form geben.

Die Analyse der oben erwähnten Regelmäßigkeiten führt die Kommunisten zu bestimmten Schlussfolgerungen:

Erstens: Ein konsequenter Kampf gegen den Faschismus muss auf die eine oder andere Weise in einen Kampf gegen den Kapitalismus münden. Ohne einen starken (und vorzugsweise führenden) kommunistischen Kern läuft dieser antifaschistische Kampf Gefahr, inkohärent, halbherzig oder sogar schlichtweg erfolglos zu sein. Bei der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus im Bündnis mit den breiten Arbeitermassen dürfen die Kommunisten ihr strategisches Hauptziel nicht aus den Augen verlieren - den Kampf gegen den Kapitalismus, den Kampf um die Sowjetmacht. Die Kommunisten müssen solche Bündnisse nutzen, um die Klassenposition des Proletariats zu stärken und das Proletariat nicht den Schwankungen der kleinbürgerlichen Demokratie unterzuordnen.

Zweitens muss das Proletariat zu einer durchsetzungsfähigen Kraft werden, um die Keimzelle des Volksprotests zu sein. Daher ist die tägliche Organisation des Proletariats, um für seine Rechte zu kämpfen, und die politische Bildung der breiten Arbeitermassen die erste Aufgabe der Kommunisten. Das Wichtigste ist jedoch das Verständnis ihrer Aufgaben und die Fähigkeit, einen Zugang zu ihrer Klasse zu finden, die Fähigkeit, ihre prinzipielle Linie zu verfolgen - die Linie für die Eroberung der Diktatur des Proletariats. Wenn dies erreicht ist, wird der Rest folgen. Die Stärke der Bolschewiki lag in erster Linie in ihrer prinzipiellen Linie, die ihnen half, die schwankende Arbeiterklasse auf ihre Seite zu ziehen.

Wenn diese Schlussfolgerungen in die Praxis umgesetzt wurden, wenn die Taktik der Volksfront als antifaschistische Frontorganisation angewandt wurde, dann war sie unter diesen Bedingungen fortschrittlich, sie war erfolgreich, sie arbeitete für die Sache der Arbeiterklasse. In dem Moment, in dem sich die Genossen zu Bündnissen um der Bündnisse willen hinreißen ließen, in dem sie Kompromisse mit der Bourgeoisie als Zeichen der Klassenversöhnung, der Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung der Situation in eine sozialistische Richtung ansahen, folgte der Rückschlag, wie die griechischen Genossen sagen.

Also noch einmal und noch einmal: Es gibt keine Rezepte von der Stange! Wie das russische Sprichwort sagt, sollte man nicht, nachdem man sich an der Milch verbrannt hat, auf das Wasser pusten!

Antiimperialismus zur Unterstützung des Imperialismus

Was unsere heutige Meinungsverschiedenheit betrifft, so stellen wir fest, dass unsere griechischen Genossen in den Abschnitten ihrer Botschaft "KOMMUNISTISCHE BEWEGUNG UND IMPERIALISTISCHER KRIEG" und "UMGRUPPIERUNGEN IM IMPERIALISTISCHEN SYSTEM" einerseits viele richtige Worte finden und banale Wahrheiten wiederholen, wie zum Beispiel: "Die Ungleichmäßigkeit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung ist das absolute Gesetz des Kapitalismus" und "Keine Bourgeoisie ist ein unschuldiges Täubchen". Auf der anderen Seite wiederholen sie einmal mehr, was wir für ihre Fehler bei der Interpretation der Leninschen Imperialismustheorie und der Definition des Faschismus als reaktionäre Politik des Kapitals halten.

Die Genossinnen und Genossen der KKE werfen der RKAP und den Parteien, die heute das Hauptübel und die Quelle der Reaktion im Imperialismus der USA und der NATO sehen, vor, dass sie nicht in der Lage sind, die Probleme zu lösen. Diese Parteien würden jeden Antiimperialismus auf Antiamerikanismus reduzieren und sich damit unbewusst auf die Seite eines anderen, des russischen und/oder chinesischen Imperialismus stellen. Das heißt, sie stehen unter der Flagge eines anderen, der bürgerlichen Flagge. Die Genossen verweisen auf ihr Verständnis der heutigen Welt als eine rein monopolistische Welt, eine Art imperialistische Pyramide, in der alle, die höher stehen, die niedrigeren und schwächeren ausrauben.

Wir sind uns einig, dass es falsch ist, Antiimperialismus mit Antiamerikanismus gleichzusetzen. Aber wir argumentieren, dass die Genossen die Schlussfolgerung Lenins vergessen, dass "der Kapitalismus jetzt eine Handvoll (weniger als ein Zehntel der Weltbevölkerung, bei der 'großzügigsten' und

übertriebensten Berechnung weniger als ein Fünftel) besonders reicher und mächtiger Staaten herausgegriffen hat, die - durch eine einfache 'Scherung von Kupons' - die ganze Welt ausrauben" (Lenin Werke, Bd. 27 S. 308).

Die Bedeutung dieser "Handvoll" und ihr Einfluss in der heutigen Welt haben im Vergleich zu den Zeiten des Leninismus deutlich zugenommen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika stehen nun an der Spitze dieser Handvoll. Der Rest spielt eine Nebenrolle. Ist jemand anderer Meinung? Ist Griechenland ein imperialistisches Land? Oder gar die viel mächtigeren EU-Länder? Im Großen und Ganzen kann keines dieser Länder heute den Vereinigten Staaten nicht gehorchen, kann keine Unabhängigkeit zeigen, was durch die gesamte Praxis der Verhängung von Sanktionen gegen Russland auf bewundernswerte Weise bestätigt wird. Und das sogar eindeutig zu ihrem eigenen Nachteil! Auf ihre Volkswirtschaften und ihre Bevölkerungen! Sieht das denn niemand?

Sehen Sie nicht, dass heute eine Handvoll der mächtigsten Raubtiere unter der Führung der USA und der NATO - in leninistischer Sprache - "eine solide Grundlage für die imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung der meisten Nationen und Länder der Welt, den kapitalistischen Parasitismus einer Handvoll der reichsten Staaten bilden!" (Lenin Werke, Bd. 27 S. 361), ist aus unserer Sicht ein sehr großer Fehler. Die politische Praxis der EU und der anderen führenden imperialistischen Mächte im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ukraine hat gezeigt, dass es kaum eine eigenständige Politik gibt, die die EU-Länder verfolgen, sondern dass diese Länder nach der Pfeife der USA tanzen, sogar auf Kosten ihrer Volkswirtschaften, in der Hoffnung, auch in Zukunft den Rest der Welt ausplündern zu können. Die USA führen die für die Imperialisten profitabelste Operation durch - den Faschismus, der ihnen feindlich gesinnt ist und sogar die bürgerliche Demokratie zerstört, über die Völker der Welt zu stülpen und ideologisch und politisch zu prägen. Gleichzeitig schwächen sie, zumindest kurzfristig, die EU-Länder erheblich und stärken ihre Präsenz auf diesem Markt.

Es stellt sich heraus, dass die Genossen der KKE und die ihnen angeschlossenen Parteien ihre Völker praktisch desorientieren und entwaffnen, und das zu einer Zeit, in der die Menschen auf die Straße gehen, um gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen, gegen den Krieg der NATO in der Ukraine zur Unterdrückung Russlands und gegen die endlosen Wirtschaftssanktionen zu protestieren. Anstatt diesen Kampf stärker zu fokussieren, sozialistisches Bewusstsein hineinzubringen, ihre bürgerlichen Regierungen zu zwingen, sich gegen das US-Diktat zu stellen, rufen sie dazu auf, alle Imperialisten auf einmal zu bekämpfen, einschließlich der russischen Imperialisten. Das ist an sich natürlich richtig und klingt schön, aber während sie zu Kundgebungen und Demonstrationen gehen dürfen, um gegen den Imperialismus im Allgemeinen zu protestieren, liefern über 40 Länder auf Druck der USA Waffen, Geld und Söldner in die Ukraine, um den wahren Faschisten zu helfen, die getötet haben und noch mehr töten wollen, bis hin zur Organisation einer nuklearen Katastrophe. Zu diesem Zweck bombardieren sie das größte Kernkraftwerk Europas, Saporischschja. Dieser Antiimperialismus gefällt dem US-Imperialismus.

Antifaschistische Verteidiger des Faschismus

Unsere griechischen Genossen kritisieren einmal mehr unsere Einschätzung der US-Außenpolitik als ziemlich faschistisch. Sie schreiben: "Heute verbreiten sich bürgerliche und schädliche Theorien, wie die Theorie des 'Faschismus für den Export', die bestimmte mächtige imperialistische Mächte (USA, EU) als 'faschistisch' bezeichnet und neue Verwirrung über die Ursache der Entstehung und Stärkung der faschistischen Strömung, die im monopolistischen Kapitalismus selbst und in jedem Land liegt, sowie über die Ursachen des imperialistischen Krieges stiftet. Aufrufe zur Bildung von außerklassischen "antifaschistischen Fronten", d.h. von Gewerkschaften, die nicht auf sozialen Klassenkriterien beruhen,

und zum Eintreten für angeblich "antifaschistische Staaten" ermutigen Kommunisten, den imperialistischen Krieg zu unterstützen, den Räuber zu wählen, unter fremder Flagge zu kämpfen, und sie müssen zurückgewiesen werden!"

Die ausländische Flagge ist wiederaufgetaucht! Auch hier müssen wir reagieren. Unter dem Vorwand der Gefahr, unter fremder Flagge zu kämpfen, drücken sich die Genossen der KKE vor dem Krieg gegen den konkret lebenden Faschismus. Sie ironisieren nun die Theorie des "Exportfaschismus" und bezeichnen sie als bürgerlich und schädlich. Meine griechischen Kameraden und ich hatten vor mehr als 10 Jahren eine theoretische Diskussion darüber. Und wir haben gezeigt, dass die Außenpolitik des US-Imperialismus nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht nur aggressiver wird, sondern offen terroristisch und uneingeschränkt die Interessen der reaktionärsten Schichten der größten Finanzkapitale widerspiegelt, die sich hauptsächlich in den USA befinden. Nach der Definition der Komintern ist "der Faschismus an der Macht eine offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals, eine besondere Form der Klassenherrschaft der Bourgeoisie... Faschismus ist nicht die Macht des Kleinbürgertums oder des Lumpenproletariats über das Finanzkapital. Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst. Sie ist die Organisation des terroristischen Massakers an der Arbeiterklasse und dem revolutionären Teil der Bauernschaft und der Intelligenz. Faschismus in der Außenpolitik ist Chauvinismus in seiner größten Form, der einen zoologischen Hass gegen andere Nationen kultiviert. Aus der Sicht der marxistischen Wissenschaft entsprechen die reaktionären Aktionen der USA und der NATO voll und ganz dem Konzept des Faschismus.

Wir verwenden in der Öffentlichkeit oft den Begriff "Exportfaschismus", aber es geht nicht um den Begriff. Es geht um das Phänomen des Faschismus in der Außenpolitik. Wenn Sie unseren Begriff nicht mögen, geben Sie uns Ihre Definition. Wir halten nicht an dem Begriff fest, er wurde für uns als Werbe-Image geboren. Worauf es ankommt, ist das eigentliche Wesen des Phänomens - die immer aktiveren Versuche des amerikanischen Imperialismus, seine Interessen im Ausland mit den faschistischen Methoden des offenen Terrors zu sichern. Aber die Genossen der Kommunistischen Partei haben die Definition des Faschismus der Komintern aufgegeben und geben nicht ihre eigene Definition an. Und das Phänomen existiert!!! Das lässt sich nicht leugnen. Jugoslawien, Irak, Libyen, Syrien, die Drohungen gegen die DVRK und den Iran, die Auslösung und Unterstützung des heutigen blutigen Konflikts in der Ukraine. Mit den Worten Lenins: "Wir haben es mit einem nackten Imperialismus zu tun, der es nicht einmal für nötig hält, sich mit irgendetwas zu bekleiden, weil er glaubt, dass er so, wie er ist, großartig ist". Wir denken, es ist Faschismus. Sehen Sie das nicht auch so? Sind das bürgerliche Theorien?

"Faschismus für den Export" ist eine offene, alle Gesetze und das Völkerrecht ignorierende, terroristische, imperialistische Politik der Gewalt und der blutigen Lösungen für die Interessen des Weltimperialismus, dessen Kern das Finanzkapital ist. Es ist eine moderne Form des Faschismus. Gleichzeitig manifestiert sich der Chauvinismus in seiner größten Form heute in den Behauptungen der US-Präsidenten über böse Imperien, über Schurkenstaaten, über die besondere missionarische Verantwortung der USA für das Schicksal der ganzen Welt mit der Schlussfolgerung, dass sie das Recht haben, alles zu entscheiden!

Die Leugnung dieser Tatsache, der reaktionären Dominanz der USA, beruht auf einer Fehlinterpretation der Leninschen Imperialismustheorie und auf der Ablehnung der wissenschaftlichen, kominternistischen Definition des Faschismus. Wir sind der Meinung, dass dieser Ansatz der Definition der Position und der Taktik des Kampfes der kommunistischen Parteien abträglich ist. Im Ergebnis hat sie zu einer mechanischen Übertragung der Einschätzungen des Ersten Imperialistischen Krieges 1914-1917 auf die heutige Situation geführt und fordert eine

gleichberechtigte Verantwortung der Parteien und ein Ende der Feindseligkeiten gegen den Faschismus.

Behaupten Sie weiterhin, dass die Praxis des "Faschismus für den Export" eine bürgerliche Theorie ist?

Nein, Genossinnen und Genossen, diese Aussage ist moderner Opportunismus der Revisionisten, die sich von den wichtigsten Grundsätzen der marxistisch-leninistischen Theorie verabschiedet haben. Wir sind der Meinung, dass es äußerst schädlich ist, sie an die Genossen in Venezuela und andere Parteien weiterzugeben.

Ein solcher Antifaschismus ist in der Tat eine Art Verteidigung der faschistischen Politik der USA, und es ist kein Zufall, dass es derzeit in allen europäischen Ländern eine zunehmende Tendenz zum Neofaschismus gibt, die sich deutlich darin äußert, dass Denkmäler für die sowjetischen Soldaten - die Sieger des Faschismus - abgerissen werden, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs umgeschrieben wird, der Antikommunismus zunimmt und das Abenteuer der vereinigten Kräfte von Dutzenden von westlichen Ländern zur Unterdrückung und Zerstückelung Russlands unterstützt wird.

Zur Unterstützung der bürgerlichen Macht

Die Genossen der Kommunistischen Partei und der Parteien, die ihre Einschätzung teilen, versuchen, der RKAP und denjenigen, die die heutige Hauptgefahr in der faschistischen Politik der USA und der NATO sehen, vorzuwerfen, dass sie angeblich unter fremder Flagge aufstehen, den korrekteren Imperialismus wählen, sich selbst und die Menschen mit der Illusion täuschen, dass das bürgerliche Russland für die Rechte des Volkes im Donbass kämpfen und den Faschismus aufrichtig zurückdrängen wird, usw. usw. Kurzum, sie kommen zu dem Schluss, dass wir angeblich Putins Regime unterstützen und dessen kapitalistischen Anti-Sklaverei-Charakter vergessen. Wir vergessen, den russischen Kapitalismus dafür verantwortlich zu machen, dass er den konterrevolutionären Staatsstreich verübt, die interethnischen Konflikte in den Unionsrepubliken entfesselt und die Bedingungen für die gegenwärtigen militärischen Auseinandersetzungen geschaffen hat.

Dies ist natürlich nicht der Fall. Wir unterstützen die russische Macht nicht und rufen nicht alle Kräfte auf, sich um sie zu scharen, wie es beispielsweise die parlamentarische Opposition, vertreten durch die CPRF, tut. Im Gegenteil, wir fordern Sie auf, die Situation zu nutzen, um die wahren Gründe für die Tragödien, die sich ereignet haben, zu erklären. Zu zeigen, dass es die Konterrevolution und der Kapitalismus, die Dekommunistierer und die Antisowjetisten waren, die den Krieg gebracht haben. Den Kampf gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus und die Wiederherstellung der UdSSR zu organisieren.

Aber wir rufen die Arbeiter nicht dazu auf, einfach die Militäroperation zu sabotieren und den Krieg zu beenden, denn das bedeutet im Wesentlichen, den Krieg gegen den Faschismus zu beenden. Mit dem realen Faschismus in der Ukraine, der von den größten imperialistischen Räufern angeheizt und gelenkt wird. Die sich selbst als Nachfolgerin der Faschisten von 1941-45 bezeichnet, die heute ganz offen Zivilisten als menschliche Schutzschilde einsetzt. Das können wir auf keinen Fall tun. Der Arbeiterklasse in Russland ist der anhaltende, beharrliche und aggressive Angriff auf Russland durch die Streitkräfte der USA, der NATO und der EU keineswegs gleichgültig. Die Aussicht auf eine Wiederholung des Schicksals von Jugoslawien, Irak oder Libyen ist für die Arbeiterklasse Russlands und der ganzen Welt keinesfalls besser als die Unterdrückung der einheimischen Bourgeoisie.

Wir glauben, dass wir die Faschisten mit allen Waffen und unter Einbeziehung aller möglichen Kräfte besiegen können und müssen. Gleichzeitig ist es notwendig, einen bewussten Faktor in diesen Kampf einzubringen, d.h. für die Umwandlung des antifaschistischen Kampfes in einen Kampf für den Sozialismus zu werben.

Und die Forderung nach einer Niederlage ihrer Regierung in diesem Krieg oder nach dessen sofortiger einseitiger Beendigung durch Russland ist mit dem Wesen des Augenblicks unvereinbar und steht den Interessen der weltweiten Arbeiterbewegung grundlegend entgegen.

Der Sieg der USA und der NATO, die Unterdrückung Russlands wird heute der Sieg des fortschreitenden Faschismus sein. Die zunehmende Faschisierung der Regime ist in der gesamten EU zu beobachten, insbesondere in den baltischen Staaten und Polen. Die Reaktion versucht, ihre neue Ordnung hart und dauerhaft zu etablieren. Russland darf diesen Krieg gegen den Nazismus nicht verlieren.

Dieser Punkt ist nicht leicht zu verstehen, da die Versuchung groß ist, Bewertungen aus der Zeit des Ersten Imperialistischen Krieges einfach auf die Gegenwart zu übertragen.

Wenn wir also von einer Unterstützung der Handlungen der bürgerlichen Behörden in Russland sprechen, dann können wir mit leninistischen Worten sagen, dass wir die Handlungen der Regierung unterstützen müssen, "so wie der Strick den Gehängten unterstützt".

Gleichzeitig ist der Aufruf zur Niederlage ihrer Regierungen im imperialistischen Krieg für die kommunistischen Parteien der Ukraine und der NATO-Länder, einschließlich Griechenlands, von Bedeutung. Hier könnte und sollte die Parole vom Sturz "ihrer" Regierung ausgegeben werden, aber bisher sind die Genossen aus der KPG und anderen Ländern nicht über die bekannten, langjährigen Forderungen nach einem Austritt der Regierung aus dem NATO-Block hinausgegangen. Und in der Tat kämpfen diese Länder auf der Seite der Faschisten.

Schlussfolgerung

Abschließend möchte ich sagen, dass die Parteien und Buchmarxisten, die heute die Notwendigkeit leugnen, alle Kräfte im Kampf gegen die Aggression der USA und der NATO gegen Russland zu bündeln, aber den Krieg auf beiden Seiten ablehnen und eine gleiche Verantwortung aller Imperialisten fordern, die zu einem Kampf jeder Partei zuallererst gegen ihren Imperialismus in jedem Land aufrufen, in gewisser Weise als die Parteien bezeichnet werden können, die für die Eröffnung einer zweiten Front eintreten, die aufgrund der realen Machtverhältnisse in absehbarer Zeit niemals eröffnet werden wird. Wir betrachten diese Linie daher mit gutem Grund als einen Ausstieg aus dem Kampf, d.h. als eine opportunistische Linie, obwohl die Wünsche gut waren.

Victor Tyulkin, Sekretär des Zentralkomitees der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei

Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens (NKPJ)

Zur Lage in der Ukraine

Quelle: <http://www.solidnet.org/article/NCP-of-Yugoslavia-NKPJ-About-situation-in-the-Ukraine/>

Die Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens (NKPJ) hält die Entscheidung Moskaus, die in einem Referendum beschlossene Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Luhansk anzuerkennen, für richtig und fordert, dass die serbischen Behörden dem Beispiel folgen und die Unabhängigkeit der beiden Gebiete anerkennen. Die russische Intervention ist eine legitime Militäration auf Einladung der Behörden der Volksrepubliken Donezk und Luhansk, deren Volk seit acht Jahren unter den unverschämten Angriffen der faschistischen Junta in Kiew leidet.

Die NKPJ unterstützt voll und ganz das Recht der Volksrepubliken Donezk und Luhansk, ihre Unabhängigkeit vom faschistischen Junta-Regime in Kiew zu erklären. Diese Haltung wird von dem elementaren Recht der Menschen in diesen Teilen der Ukraine geleitet, in Frieden und Freiheit zu leben und nicht unter dem Diktat von Faschisten, die die Macht ergriffen haben, indem sie den westlichen Imperialisten in einem Putsch in Kiew nach den pro-imperialistischen Demonstrationen auf dem Maidan-Platz im Jahr 2014 dienten. Trotz des großen Leids in diesen Gebieten, in denen der Krieg mit unterschiedlicher Intensität seit 2014 fast ununterbrochen geführt wird, widersteht der Wille der Menschen, nicht in die Fänge der westlichen Imperialisten und ihrer faschistischen Handlanger der Kiewer Junta zu geraten, allen Angriffen. So sind heute beispielsweise die Gebiete der Volksrepubliken Donezk und Lagan die einzigen Teile der Ukraine, in denen das faschistische und vandalistische Gesetz zur sogenannten "Entkommunisierung" gilt. Die Straßen und Plätze der Volksrepubliken Donezk und Lagan tragen noch immer Namen aus der Zeit der UdSSR, und Denkmäler für Lenin und andere Revolutionäre, die für den allgemeinen Wohlstand des Donbass und der Ukraine verantwortlich sind, schmücken viele Plätze und andere öffentliche Räume.

Wenn Serbien für die Prinzipien der Unabhängigkeit von den aufgezwungenen Interessen des Imperialismus, für eine fortschrittliche, auf den Menschen zugeschnittene Gesellschaft steht, sollte es die Unabhängigkeit dieser Gebiete anerkennen. Dies würde die prinzipielle Verteidigung des Kosovo und Metohia als integraler Bestandteil Serbiens stärken und darauf bestehen, dass Kosovo und Metohia, wie auch DVR und LVR, das Ziel des westlichen Imperialismus und seiner lokalen Agenten waren und bleiben, in unserem Fall der terroristischen sogenannten "Kosovo-Befreiungsarmee". "Und im Falle der Ukraine aus den Reihen der Banderas. Die "Neutralität" Serbiens in dieser Frage wäre nicht nur ein zivilisationsfeindlicher Akt, sondern auch widersprüchlich, wenn es um die prinzipiellen Positionen der Aufdeckung interethnischer und anderer Streitigkeiten und Konflikte geht, die aus egoistischen und barbarischen Interessen des westlichen Imperialismus, vor allem des amerikanischen, geführt werden. Auch sollte Belgrad nicht, wie es der imperialistische Volkskerker der Europäischen Union verlangt, Sanktionen gegen Russland verhängen, denn das wäre ungerecht und würde die Beziehungen zum brüderlichen russischen Volk schädigen. Obwohl die NKPJ diese antiimperialistische Haltung immer wieder zum Ausdruck gebracht hat und der Meinung ist, dass die Unabhängigkeit der DVR und der LVR anerkannt werden muss, weist die Partei auf die harsche Kritik hin, die von russischen und anderen Kommunisten an der recht späten Anerkennung der DVR und der LVR durch die Russische Föderation geübt wird. Wladimir Putin, ihr zögerlicher bürgerlicher Präsident, den die NATO nicht aufhört, ihren "westlichen Partner" zu nennen, war verpflichtet, die Unabhängigkeit dieser Republiken, die sich gegen den Faschismus auflehnten, im Jahr 2014 anzuerkennen. Selbst dann hätte Russland das volle Recht, den brüderlichen unabhängigen Republiken zu helfen, wenn es nötig ist, um die Sicherheit zu bewahren, was einen Krieg und das Leid unschuldiger Menschen verhindern würde. Putin habe auf

die letzte Stunde gewartet, als die NATO fast in den Donbass einmarschiert war, um die Unabhängigkeit dieser Gebiete anzuerkennen. Dadurch wurden die Menschen in der DVR und der LVR in erster Linie indirekt in große Gefahr gebracht. Der bürgerliche Präsident Russlands, der im Jahr 2000 den damaligen amerikanischen Präsidenten Bill Clinton daran erinnerte, Russland in die NATO aufzunehmen, ließ keine Gelegenheit aus, bösartige Verleumdungen gegen Lenin und die Kommunisten vorzubringen, wenn es um die Vergangenheit der Ukraine geht, und gleichzeitig das unbestrittene Recht des ukrainischen Volkes auf seine nationale und staatliche Unabhängigkeit zu leugnen. Mit solchen Aktionen nimmt Putin ungeschickt die erwähnte Unentschlossenheit aus und fügt dem Frieden und der Brüderlichkeit zwischen Russen und Ukrainern, die einander nicht näherstehen, noch größeren Schaden zu. Die NKPJ fordert, dass die Kiewer Putschjunta ihre Hände von den ukrainischen Kommunisten, Antifaschisten, wahren Patrioten und der russischen Bevölkerung, deren Rechte in den letzten acht Jahren systematisch verletzt wurden, lässt. Unsere Partei fordert die fortschrittlichen Kräfte der Welt auf, den gerechten Kampf der ukrainischen Antifaschisten und wahren Patrioten für den Sturz der volksfeindlichen Kiewer Putschjunta mit allen Mitteln zu unterstützen! Auf diese Weise wird der Frieden garantiert, und alle Forderungen nach demselben werden verwirklicht werden. Niemand kann an einem Krieg interessiert sein, insbesondere nicht an einem Krieg zwischen so nahen und brüderlichen Völkern wie den Russen und den Ukrainern. Die NKPJ betont, dass eine langfristige Lösung für wahren Frieden, Wohlstand und Entwicklung der Ukraine nur in der brüderlichen Zusammenarbeit und Harmonie der ukrainischen, russischen und aller anderen Völker aus diesen Gebieten in der erneuerten Sowjetunion möglich ist!

Sekretariat der Neuen Kommunistischen Partei Jugoslawiens

Rede der Neuen Kommunistischen Partei Jugoslawiens

Quelle: <https://wap21.org/?p=143>

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich grüße Sie alle im Namen der Neuen Kommunistischen Partei Jugoslawiens. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um zu sagen, dass unsere Delegation sich geehrt und geschmeichelt fühlt, an dieser von der Partei der Volksdemokratie organisierten Konferenz teilzunehmen.

Wir leben in einer Zeit, die vom Krieg in der Ukraine geprägt ist, der sich von Tag zu Tag zu einem Krieg zwischen der NATO und Russland ausweitet. Im Februar 2014 kam es mit direkter Unterstützung der USA und anderer NATO-Länder zu einem Staatsstreich in der Ukraine. Die rechtmäßige Regierung wurde gestürzt. Neonazis kamen an die Macht. Am 11. Mai 2014 stimmten 87 % der Bürger in einem nationalen Referendum für die Unabhängigkeit. So wurden die Volksrepubliken Donezk und Lugansk auf Initiative der Volksmassen und nicht auf Anweisung des Kremls gegründet.

Nach mehreren erfolglosen Versuchen, die DVR/LVR zu erobern, griffen die Kiewer Nazis zum Terror. Während der acht Jahre andauernden Bombardierung durch schwere Artillerie wurden fast 14.000 Zivilisten getötet und Zehntausende verstümmelt. Die Infrastruktur wurde schwer beschädigt.

Während der langen acht Jahre haben die europäischen Länder und die USA den Völkermord an der russischen Bevölkerung im Donbass mit äußerster Gleichgültigkeit betrachtet und damit das Vorgehen des Kiewer Regimes praktisch gerechtfertigt.

Heute legen die EU und die USA eine unerhörte Heuchelei an den Tag, wenn sie das Leiden der Menschen während der Kämpfe beschreiben, aber die Tatsache ignorieren, dass der Einsatz von

Zivilisten als menschliche Schutzschilde zur Standardpraxis derjenigen geworden ist, die sie "Freiheitskämpfer" nennen.

In der Ukraine wird die Nazi-Ideologie gezüchtet. Die ukrainischen Faschisten, die während des Zweiten Weltkriegs Gräueltaten organisiert und begangen haben, wurden offiziell zu Nationalhelden ernannt. Ihre Symbole sind vom Staat übernommen worden. Jedes Jahr finden Aufmärsche zu Ehren der faschistischen Verbrecher statt. Straßen und Plätze werden nach ihnen benannt. Die Kommunistische Partei der Ukraine ist in den Untergrund getrieben worden. Einschüchterung und Ermordung von Politikern (Brüder Kononowitsch) und Journalisten sind an der Tagesordnung. Denkmäler für Lenin und alles, was an das Leben in der UdSSR erinnert, wird zerstört.

Während sich die westlichen Politiker und Medien, die arrogant behaupten, "die Weltgemeinschaft" zu vertreten, offen auf die Seite der Neonazis stellen, sehen die großen Länder Asiens, Afrikas, des Nahen Ostens und Lateinamerikas, die den europäischen und amerikanischen Neokolonialismus am eigenen Leib erfahren haben, die Ereignisse in der Ukraine zu Recht als Kampf Russlands gegen die unipolare Welt unter Führung der USA. Wir sind uns der kapitalistischen Widersprüche in Russland bewusst, aber der Hauptfeind für den Frieden sind die NATO und der westliche Imperialismus.

In Serbien ist die pro-imperialistische Bourgeoisie an der Macht und führt die Politik der Integration in imperialistische Gebilde wie die EU an, und sie wollen eine sehr enge Beziehung zur NATO. Alle Regierungen seit 2000 bis zum heutigen Tag haben diese Politik fortgesetzt. Alle unsere Regierungen tun alles, was Brüssel und Washington sagen. Durch dieses Diktat, durch die marodierende Privatisierung, wurde unsere Industrie zerstört, das Gesundheitswesen, in dem private Krankenhäuser bevorzugt werden, während die öffentlichen Krankenhäuser immer weniger Leistungen anbieten, die von der Krankenversicherung abgedeckt werden. Das Recht auf eine Wohnung, das es im Sozialismus gab, wo der Staat Sozialwohnungen anbot, ist heute für junge Menschen unvorstellbar, und teure und ungerechte Wohnungsbaudarlehen sind dafür verantwortlich, dass Wohnungen heute ein Luxus sind. Der öffentliche Bankensektor wurde nach dem Jahr 2000 zerstört und befindet sich heute unter der Kontrolle ausländischer Banken. Die serbische Regierung bereitet sich darauf vor, auf Anweisung von IWF und Weltbank durch Privatisierung auszurauben - Strom, Telekommunikation, kommunale und andere Dienstleistungen bleiben in den Händen des Staates. Fast alles wurde bereits verkauft. Die Löhne und Renten werden ständig gesenkt, und wenn sie erhöht werden, wird dieser Prozentsatz auf jeden Fall von der Inflation aufgezehrt. Die Regierung der Republik Serbien hat den Mindestlohn auf 40.000 Dinar (340 Euro) festgesetzt. Ein neuer Beschluss der serbischen Regierung ist ein volksfeindlicher und arbeitnehmerfeindlicher Beschluss, da das Minimum für den Verbraucherpreisindex 43.000 Dinar (366,5 Euro) beträgt. Diese Entscheidung zeigt, dass die bürgerliche Regierung Serbiens die Interessen des Großkapitals verteidigt und eine volksfeindliche Politik verfolgt.

Die bürgerliche Regierung in Serbien vertreibt mit zahlreichen Machenschaften und Zwangsräumungen Menschen aus ihren Häusern. Viele Menschen wissen nicht, dass sie Schulden bei einer Bank oder einem Unternehmen haben und dass ihr Haus für so gut wie nichts verkauft wird. Plötzlich und über Nacht verlieren viele Menschen ihre Wohnung und werden obdachlos. Diese Studenten haben kein Recht auf gewerkschaftliche Organisation, aber sie sind gezwungen, für einen Hungerlohn für den Kapitalisten zu arbeiten. Wie ich bereits sagte, werden in den Schulen und Fakultäten die Bücher an die Ideologie der herrschenden Klasse angepasst. Im Rahmen der Rehabilitierung der Kollaborateure des Zweiten Weltkriegs gibt es auffällige Fälschungen in den Geschichtsbüchern. Die Fächer Wirtschaft und Recht werden dem ideologischen Mantra und den Mythen über das Funktionieren des Freihandels und des bürgerlichen Rechts als neutral unterworfen. Die Hochschulbildung wird Jahr für Jahr zerstört, indem das Bologna-System eingeführt wird, das

Wissen in eine Ware verwandelt und damit Bildung zu einem Privileg für die Reichen macht. Private Fakultäten und Gymnasien werden im Gegensatz zu den öffentlichen begünstigt, und die Studiengebühren liegen bei 1000 Euro.

Auf Anweisung der EU hat unser Land ein Gesetz zur Rehabilitierung und Wiedergutmachung verabschiedet. Durch dieses Gesetz wurden 3000 Kollaborateure während des Zweiten Weltkriegs rehabilitiert, und mit dem Restitutionsgesetz wurde den Volksräubern von vor dem Zweiten Weltkrieg ihr Eigentum zurückgegeben.

Es herrscht eine große antikommunistische Hysterie in der Bevölkerung. Viele Filme, Serien und "Wissenschaftsprogramme" werden gedreht, um den sozialistischen Aufbau in unserem Land zu diskreditieren. Das wird jeden Tag gezeigt. Die Medien stellen Kommunisten und Revolutionäre als Kriminelle und Abenteurer dar, und auf der anderen Seite stellen sie Kollaborateure als Patrioten und "Retter der Nation" dar. Sie wollen zeigen, dass der Kampf für soziale Gerechtigkeit eine Absurdität ist, während Verrat etwas ist, das man bewundern kann. Medien und Bildung lehren junge Menschen, dass das Problem bei ihnen und nicht im System liegt, dass alles von ihnen selbst abhängt und dass wir alle das Kapital haben und es eine Frage unserer "Fähigkeit" ist, ob wir es nutzen. Die Medien fördern immer noch einen Lebensstil, der für die kompetente kapitalistische Kultur charakteristisch ist, und verbreiten Apathie, um zu zeigen, dass die Dinge nicht geändert werden können und es unmöglich ist, etwas zu tun, so dass der Kampf sinnlos ist. Der Kampf ums Überleben, verbunden mit ständiger Angst, engt den Raum für politische Aktivitäten der jungen Menschen ein.

Unser Land steht seit 32 Jahren unter dem Beschuss des westlichen Imperialismus im Kampf um neue Märkte. Der südliche Teil Serbiens, Kosovo und Metohija, ist von der NATO besetzt. In diesem Teil unseres Territoriums befindet sich die größte US-Militärbasis in Europa, Bondsteel. Dieser Teil unseres Territoriums steht unter der Herrschaft von Mafia und Kriegsverbrechern, die mit Hilfe der NATO die Kontrolle über dieses Gebiet haben. Heute laufen Verhandlungen zwischen dem Marionettenregime des so genannten Kosovo und dem pro-imperialistischen Regime Serbiens. Der westliche Imperialismus besteht auf diesem Abkommen, weil dies die Fortsetzung der Zerschlagung Jugoslawiens ist.

Außerdem wollen die Imperialisten neue Zusammenstöße auf dem Balkan unterstützen. Andererseits ist Serbien von russischer Energie abhängig. Die bürgerliche Regierung in Serbien will keine Sanktionen gegen Russland verhängen. Das ist ein Grund dafür, dass die EU, die USA und die NATO viel Druck auf Serbien ausüben. Sie unterstützen neue Zusammenstöße und nationalistische Spannungen in Kosovo und Metohija zwischen Serben und Albanern und üben Druck auf Serbien aus, den Kosovo anzuerkennen.

Wir haben das undemokratischste Wahlsystem in Europa. Wer an den Wahlen teilnehmen will, muss innerhalb von 15 Tagen 10 000 Unterschriften beim Notar beglaubigen lassen und sie in alphabetischer Reihenfolge sortieren. Außerdem muss man 50.000 Euro Steuern zahlen, was nur Parteien mit großem Kapital die Teilnahme ermöglicht. Die politische Kaste, die seit 30 Jahren regiert, wechselt die Macht, aber in Wirklichkeit ändert sich nichts.

In Serbien ist die reaktionäre Serbische Fortschrittspartei an der Macht, und ihr wichtigster Koalitionspartner ist die Sozialistische Partei Serbiens. Unsere Regierung bekennt sich zwar formell zur militärischen Neutralität, aber das ist nur formell, denn in der Praxis tut sie alles, um der NATO beizutreten. Junge Menschen haben kein Vertrauen in die Position oder die Opposition, und über 90 Prozent der Menschen sind gegen das NATO-Bündnis, 54 Prozent gegen die EU und 65 Prozent der jungen Menschen gegen die EU.

Die volksfeindliche Politik hat besondere Auswirkungen auf die Jugend. Ein großer Teil von ihnen ist anfällig für Alkohol und Drogen. Drogen sind leicht zugänglich. Außerdem gehen viele junge Menschen der Prostitution und Kriminalität nach. Angesichts von Armut und wirtschaftlicher Stagnation sind moralische und ethische Werte nicht mehr vorhanden. Mehr als 52 Prozent der Jugendlichen sind arbeitslos. Außerdem haben Jugendliche nicht die grundlegenden Möglichkeiten, sich eine Wohnung zu leisten. Ihre einzige Chance besteht in der Vermittlung durch private Agenturen oder Studenten- und Jugendämter, die einen großen Teil ihres monatlichen Lohns einbehalten. Der Einfluss dieses sozialen Umfelds führt zu einem drastischen Anstieg der Depressionen unter jungen Menschen. Die katastrophale wirtschaftliche Lage und die Perspektivlosigkeit, die das heutige System in Serbien bietet, sind der Grund dafür, dass unser Land an erster Stelle in Europa steht, was die Abwanderung von Fachkräften betrifft. Nach der letzten Volkszählung hat Serbien 7 Millionen Einwohner, aber allein in diesem Jahr sind 50.000 abgewandert. Der Durchschnittslohn in Serbien liegt bei 350 Euro, was das Land zu einem der ärmsten in Europa macht.

Die Situation für eine kommunistische Bewegung ist in unserem Land äußerst schwierig. Neben der massiven antikommunistischen Propaganda und der schwierigen wirtschaftlichen Lage werden unsere Mitglieder oft an ihren Arbeitsplätzen verfolgt, so dass sie nicht öffentlich auftreten können. Das Problem bei der Arbeit unserer Organisation ist, dass wir keine professionellen Revolutionäre haben, sondern Freiwillige, was unsere Arbeit noch schwieriger macht. Das bedeutet, dass unsere Führung und unser Personal, sowohl in der Partei als auch in der Jugendorganisation, nicht die ganze Zeit in ihre revolutionäre Aufgabe eingebunden sein können, sondern nur in den Momenten, in denen sie frei haben. All diese Dinge beeinflussen die Arbeit unserer Organisation.

Aber wir wollen nicht jammern. Wir sind bereit, die Umstände in unserem Land zu ändern. Als marxistisch-leninistische Organisation orientieren wir uns an der Position des proletarischen Internationalismus. Für uns ist das kein toter Buchstabe auf dem Papier, sondern ein Prinzip. Wir erwarten Solidarität und Hilfe, aber wir sind auch bereit, solidarisch zu sein und allen unseren Schwesterorganisationen zu helfen, wo wir nur können. Lenin lehrt uns über dialektische Momente. Wir müssen sie erkennen. Die kommunistischen Parteien müssen unter diesen historischen Umständen alle fortschrittlichen und antiimperialistischen Kräfte bündeln und gegen den Imperialismus kämpfen. Wir sind überzeugt, dass der Sozialismus eine gesetzmäßige Etappe in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ist und dass das 21. Jahrhundert das Jahrhundert des Sozialismus sein wird.

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Lang lebe der antiimperialistische Kampf!

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Kommunistische Partei der Slowakei (KSS)

Eine multipolare Welt entsteht

Quelle: <http://kss.sk/rodi-sa-multipolarny-svet>

Zu Beginn dieses Beitrags muss ich gestehen, dass ich auf der Grundlage der mir zur Verfügung stehenden Informationen und Analysen nicht mit dem Szenario im Konflikt zwischen dem Westen und der Russischen Föderation gerechnet habe, dass die Russische Föderation in diesen Tagen ins Leben gerufen hat. Ich persönlich und auch die Kommunistische Partei der Slowakei waren und sind immer für eine friedliche, diplomatische und friedliche Lösung von Konflikten in der Welt. Ja, aus völkerrechtlicher Sicht können wir zugeben, dass eine Verletzung des Völkerrechts seitens der Russischen Föderation sowie eine Verletzung der staatlichen Souveränität der Ukraine vorliegt. Heute haben viele den Eindruck, dass diejenigen, die sich bisher gegen die aggressive und kriegerische Politik der USA und der NATO gestellt haben und in verschiedenen Situationen auf der Seite des Friedens und auch auf der Seite der Russischen Föderation standen, irgendwie getäuscht wurden. Dies ist jedoch nicht der Fall! Lassen wir uns nicht auf den sinnlosen, oberflächlichen und trügerischen und gleichzeitig totalen psychologischen und medialen Krieg ein, der in den USA und in allen EU-Ländern mit voller Wucht gegen Russland entfesselt wurde. Ein heute missverständlicher Schritt kann schließlich nicht alle Verbrechen unserer "plündernden" Verbündeten vertuschen. Lügen ist leider ihre traditionelle Arbeitsmethode. Suchen wir also nach den tatsächlichen Ursachen und Zusammenhängen, die zu den Entscheidungen geführt haben, die Präsident Putin und die Russische Föderation in den letzten Tagen getroffen haben. Ich spreche von dem Versuch, eine rationale Wahrnehmung der aktuellen Ereignisse in der Ukraine und auf der internationalen Bühne insgesamt zu haben.

Was die Verletzung des Völkerrechts und der staatlichen Souveränität anderer Nationen betrifft, so muss ich darauf hinweisen, dass es die USA und ihre NATO-Verbündeten waren und sind, die nach dem Sturz der sozialistischen Regime in Mittel- und Osteuropa das Völkerrecht mit Füßen getreten und die staatliche Souveränität mehrerer Länder zerrissen haben. Ich muss immer wieder an die Bombardierung des souveränen Jugoslawiens, die grundlosen und künstlich erfundenen Gründe für die Intervention und die Bombardierung des Irak, die totale Unterwanderung und Medikalisierung des souveränen Libyens und das militärische Abenteuer gegen Syrien erinnern. Ich erwähne all dies, unterstützt von den amerikanischen Handlangern in der NATO. Ganz zu schweigen von dem jahrzehntelangen kriminellen Wirtschaftsembargo, das die USA gegen das souveräne Kuba verhängt haben, oder von den verschiedenen geheimdienstlich-militärischen Spielchen und Aktivitäten, die gegen viele lateinamerikanische Länder gerichtet sind, die beschlossen haben, sich dem US-Imperialismus und Kolonialismus zu widersetzen und den Weg der nationalen Souveränität zu gehen. Ich nenne hier zum Beispiel Panama, Chile, Venezuela und Bolivien. Ein juristisch und zumindest einigermaßen frei denkender Mensch muss die moderne Technologie sehen, die von den USA und ihren Verbündeten eingesetzt wird, um Staatsstriche - orangefarbene Putsche - in souveränen Ländern zu organisieren. Ich nenne die Ukraine, Georgien oder die jüngsten Putschversuche in Belarus oder Kasachstan. Die Führer der westlichen Welt, aber auch unsere Politiker wie Dzurinda, Mikloš und Čaputová sind bloße Heuchler und Pharisäer, die nicht das geringste Recht haben, die Handlungen der Russischen Föderation heute zu beurteilen. Sie haben das Blut Tausender von Opfern an ihren Händen und tragen die volle Verantwortung für die destabilisierte Welt, in der wir heute leben.

Für mich sind die USA auch heute noch ein verbrecherischer und kriegstreiberischer Staat, der die totale Weltherrschaft anstrebt, der sich den Rohstoffreichtum aneignen will, den der Westen fast aufgebraucht hat und von dem Russland mehr als genug hat. Auch der NATO-Militärpakt, dem die

Slowakische Republik angehört, ist und bleibt für mich eine kriminelle Organisation, die absolut von den USA kontrolliert und beherrscht wird und in deren imperialen Interessen handelt. Für mich bleiben die slowakischen Politiker der derzeitigen Regierungskoalition zusammen mit Präsident Caput Kriegshetzer und Verräter, die den Frieden und die Sicherheit der Slowakei aufs Spiel setzen.

Ob es uns gefällt oder nicht, Russland wird seit mehr als drei Jahrzehnten von den USA und ihren westlichen Verbündeten total angegriffen und ist heute durch die Umstände gezwungen, diesen Streit im Interesse seiner eigenen nationalen Sicherheit militärisch zu lösen. Ob es uns gefällt oder nicht, die Geduld des westlichen Angriffs auf Russland hat ihren Höhepunkt und ihre Grenzen erreicht. Betrachten wir die Grenzen der westlichen Welt rund um die Russische Föderation, an denen in den letzten 30 Jahren Militärstützpunkte der USA und der NATO entstanden sind. Auch in den Ländern Mittel- und Osteuropas befinden sich US- und NATO-Truppen. Betrachten wir die Entwicklung der Ereignisse in der Ukraine, beginnend mit dem orangefarbenen, vom Westen inszenierten Putsch, der eine pro-amerikanische Regierungsjunta in Kiew installierte. Es war diese neofaschistische Junta, die den Faschisten Bandera zum Nationalhelden machte, der Völkermord und Terror gegen die russischsprachige Bevölkerung, gegen Kommunisten und Antifaschisten entfesselte. Dieser Amoklauf und die Unsicherheit dauern nun schon acht Jahre an, und der Westen war nicht bereit, die ukrainische Regierung zur Einhaltung der Minsker Vereinbarungen zu drängen. Die Ukraine ist für die USA und den Westen nachweislich zu einem Rammbock für einen Frontalangriff gegen die Russische Föderation geworden. Erinnern wir uns an die unbegründeten Anschuldigungen der USA und des Westens gegen Russland wegen der Manipulation verschiedener Wahlen in der ganzen Welt, des Mordversuchs an Agent Skripal, des Einsatzes des chemischen Kampfstoffs Nowitschok und des Abschusses eines Flugzeugs. Denken Sie daran, wie der Westen die ehemalige UdSSR für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs mitverantwortlich machte. Ganz zu schweigen von den sinnlosen und dauerhaften Sanktionen des Westens gegen Russland. Mit anderen Worten: Der so genannte demokratische und so genannte freie Westen, dessen Pfeiler längst in ihren Grundfesten erschüttert sind, ist weitgehend mitschuldig an den Entscheidungen der Russischen Föderation.

Russland hat bei der Wahrung seiner wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen, politischen, sozialen und kulturellen Interessen einen Punkt erreicht, an dem es dem westlichen Druck nicht mehr nachgeben kann. Sie wurde dazu gedrängt, die entscheidenden Schritte zu unternehmen, die die USA, die EU und die NATO gegen sie unternommen haben. Diese entschlossenen Schritte oder Aktionen beunruhigen seine Gegner, weil sie deutlich signalisieren, dass Russland nicht als Außenseiter betrachtet, sondern als mindestens gleichberechtigter Partner auf der Weltbühne respektiert wird.

Ob es einem nun gefällt oder nicht, Russland hat durch sein Handeln die Tür für die Entstehung einer neuen multipolaren Welt als Gegengewicht zur totalen amerikanischen Welthegemonie mit all ihren Konsequenzen geöffnet. Russland hat Europa indirekt die Tür geöffnet, um seinen Platz in der neuen multipolaren Welt zu finden, als ein souveränes, freies und von der schändlichen Vasallität und Vollstreckung des US-Willens befreites Europa.

Und ich werde ganz offen meine Meinung sagen, wofür ich sicher viele Angriffe erhalten werde, dass ich auch heute, nach den Ereignissen in der Ukraine, die mich sehr verletzen und beunruhigen, keinerlei Zweifel daran habe, dass die Außenpolitik der Russischen Föderation eine Politik ist, die die Sicherheit der eigenen Nation und gleichermaßen einen dauerhaften und nachhaltigen Weltfrieden sowie die Gleichberechtigung aller Staaten in der Welt anstrebt. Bei dieser Aussage verstehe ich als Kommunist auch, dass die Russische Föderation auch ein kapitalistischer Staat ist, der mit seinen Großmachtinteressen ernsthafte Probleme in internen sozioökonomischen Bereichen hat. Nun, ob es einem nun gefällt oder nicht, Russland ist heute eine Macht - eine Großmacht, die dem kriminellen angelsächsischen Imperialismus und Neokolonialismus der USA eine starke Barriere entgegensetzen

kann. Ja, die Welt wird sich verändern. Ich glaube, dass dadurch der Welthegemon beseitigt und eine neue multipolare Weltordnung geschaffen werden wird.

Jozef Hrdlička

Schluss mit Zensur und Medienmanipulation! Schluss mit antirussischem Chauvinismus!

Quelle: <http://kss.sk/stop-cenzure-a-medialnej-manipulacii-stop-antiruskemu-sovinizmu>

Die westliche Welt hat den totalen Medienkrieg, die Zensur und die einseitige Manipulation und Verzerrung historischer Tatsachen sowie die Manipulation des aktuellen Weltgeschehens gegen ihre Bürger praktiziert und gegenwärtig intensiviert.

Seit vielen Jahrzehnten sind wir Zeugen der Negierung und einseitigen Bewertung der Nachkriegsentwicklung in den ehemaligen sozialistischen Ländern. Seit langem sind wir Zeuge eines Totalangriffs auf alles, was russisch ist. Russophobie und Antikommunismus sind Teil staatlicher Ideologien geworden, insbesondere in den USA und in den Ländern der Europäischen Union. Diese Tendenzen kamen voll zum Tragen, nachdem die Russische Föderation militärische Operationen in der Ukraine begonnen hatte. Die Slowakische Republik blieb nicht zurück. Die derzeitigen Machteliten der Slowakischen Republik ziehen die Slowakei durch ihre Entscheidungen über die militärische Unterstützung der Ukraine und die Einführung von Sanktionen gegen die Russische Föderation indirekt in den Kriegskonflikt hinein. Darüber hinaus haben sie totalitäre Praktiken eingeführt, vor allem durch Medien- und Informationszensur und durch die Blockierung aller Informationskanäle, die andere Informationen als die offiziellen, von der westlichen Propaganda verbreiteten Informationen enthalten. Durch diese Aktivitäten begehen die slowakischen Machteliten das Verbrechen, unseren Mitbürgern das Recht auf objektive Informationen zu verweigern. Dies sind Bemühungen, die Verbrechen der USA und der NATO, ihre Verletzungen des Völkerrechts und der staatlichen Souveränität vieler Nationen und Staaten der Welt zu vergessen. Damit wird versucht, die Schuld an der aktuellen Krise in der Ukraine und in den internationalen Beziehungen allein der Russischen Föderation zuzuschieben.

Die Kommunistische Partei der Slowakei hat es immer abgelehnt, Krisensituationen durch Krieg zu lösen, und das ist auch heute noch der Fall. Die KPdSU ist gegen den Krieg, sie ist für den Dialog und die diplomatische Beilegung auftretender Streitigkeiten. Frieden ist einer der größten Werte, nach denen wir alle streben müssen. Um Frieden zu erreichen, sind jedoch die Bereitschaft und das Interesse aller am aktuellen Konflikt beteiligten Parteien erforderlich. In diesem Zusammenhang tragen Zensur, die Verbreitung von Lügen und Halbwahrheiten, Russophobie sowie die Verbreitung von antirussischem Chauvinismus, selbst unter den Bedingungen der Slowakei, nicht zur allgemeinen Beruhigung der Lage bei und können langfristig sehr negative Folgen haben.

Die KPdSU lehnt die Diffamierung und Verfolgung der russischen Nation, der russischen Kultur, der russischen Sprache, der russischen Sportler, Künstler, Wissenschaftler und der einfachen russischsprachigen Menschen ab. Eine Folge dieser Haltung ist die derzeitige Verunglimpfung von Denkmälern und Gedenkstätten, die mit der Befreiung in Verbindung stehen, wie wir sie in Košice oder auf dem Slavin in Bratislava erleben.

Da es sinnlos ist, in irgendeiner Weise an den Präsidenten der Slowakischen Republik und die derzeitigen Regierungsvertreter der Slowakischen Republik zu appellieren, appellieren wir an unsere Mitbürger, an ihren gesunden Menschenverstand, ihre Bemühungen um objektive Informationen nicht aufzugeben und die absichtlich verbreitete antirussische Hysterie nicht zu akzeptieren.

Der oligarchische Kapitalismus in Russland ist unhaltbar

Quelle: <http://kss.sk/oligarchicky-kapitalizmus-v-rusku-je-neudrzatelny>

Der oligarchische Kapitalismus in Russland hat seine Unhaltbarkeit bewiesen. Dies erklärte der russische Schriftsteller Zakhar Prilepin, Vorsitzender der Partei "Gerechtes Russland - Patrioten - Für die Wahrheit". Er argumentiert, dass Russland die Ukraine nicht besiegen kann. Seiner Meinung nach sind der Verlauf der Sonderoperation und die bisherigen Misserfolge nur ein Beweis dafür, dass die politische Richtung Russlands nicht ganz richtig oder gar falsch ist.

"Die Art und Weise, wie wir unser Land aufgebaut haben, war falsch. Russland muss jederzeit bereit sein, in einen Kampf mit der ganzen Welt einzutreten. Wir haben keine andere Möglichkeit der Existenz, und es hat sich herausgestellt, dass wir weder mit der Ukraine selbst noch mit den Ressourcen, die unser oligarchischer Kapitalismus bis 2022 angehäuft hat, zurechtkommen" - so der Schriftsteller.

Er betonte ferner, dass Russland sich weigern müsse, ein liberal-bürgerliches System aufzubauen, und etwas Anderes aufbauen müsse. Schon zuvor hatte Prilepin erklärt, dass nur "Finanziers, Ökonomen und Politiker der RF, die sich nicht gegen den Westen stellen wollen, an Friedensgesprächen mit der Ukraine interessiert sind.

Asia Times: Konflikt in der Ukraine wird von US-Waffenherstellern ausgelöst

Quelle: <http://kss.sk/asia-times-konflikt-na-ukrajine-rozputali-vyrobcovia-zbrani-z-usa>

Die Hauptverursacher des Konflikts zwischen Russland und den USA sind US-Unternehmen, die Waffen herstellen. Sie haben die Eskalation der Krise in der Ukraine provoziert. Dies erklärte der Kommentator Leonard C. Goodman in der Asia Times.

US-Waffenhersteller - das sind die einflussreichsten Unternehmensgruppen, die die Außenpolitik des Landes bestimmen. Diese Konzerne brauchen aktive militärische Konflikte in der ganzen Welt, um ihre Gewinne zu steigern und die Erwartungen der Investoren in diesem Bereich zu rechtfertigen.

"Militärhersteller brauchen feindliche Beziehungen zu wichtigen Ländern wie Russland und China, um den Verkauf von Flugzeugträgern, Atom-U-Booten, F-35-Kampffjets und Atombomben der nächsten Generation zu rechtfertigen", so ein Kommentator in der Asia Times.

Der Experte erinnerte auch daran, dass Rüstungsunternehmen wie Raytheon, Lockheed Martin, Boeing und General Dynamics große Geldgeber der Demokratischen Partei in den USA sind und daher Einfluss auf das Weiße Haus nehmen können.

"Kurz gesagt, die Reichen verlangen, dass ihre Diener in der Regierung entschlossen handeln, um hohe Gewinne für ihr Investitionskapital zu sichern", erklärte Goodman.

Die NATO hat zugegeben, dass die Entscheidung, die militärische Präsenz in der Nähe der russischen Grenzen zu verstärken, bereits vor mehreren Jahren getroffen wurde

Quelle: <http://kss.sk/nato-priznalo-ze-rozhodnutie-o-zvysovani-vojenskej-pritomnosti-pri-hraniciach-ruska-bolo-prijate-uz-pred-niekoľkymi-rokmi>

Der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Admiral Rob Bauer / Admiral der niederländischen Marine / erklärte, dass das NATO-Kommando die Entscheidung, die Militärpräsenz an den Grenzen

Russlands zu erweitern, schon vor mehreren Jahren getroffen hat und nicht erst jetzt, wie behauptet wird, sozusagen seit Beginn der besonderen Militäroperation der russischen Armee in der Ukraine.

Dies tat er am Samstag auf einer Pressekonferenz in Tallinn zu den Ergebnissen eines Treffens der NATO-Generalstabschefs. Er sagte auch, dass der Beginn der Kampfhandlungen in der Ukraine das Kommando der Allianz dazu veranlasst hat, die Anstrengungen zu verstärken, um die Verlegung der Streitkräfte auf das Gebiet der osteuropäischen Länder wie geplant zu beschleunigen.

Die Ausweitung der militärischen Präsenz an der "Ostflanke" der NATO wird als "Verteidigung" der osteuropäischen Länder gegen eine mögliche "russische Aggression" gerechtfertigt.

Ebenfalls vor kurzem erklärte NATO-Generalsekretär Stoltenberg, dass die NATO im Falle eines "russischen Angriffs" "jeden Meter des Territoriums der Verbündeten" verteidigen werde. Dabei betonte er wiederholt, dass das Bündnis eine rein friedliche Organisation sei und keine Bedrohung für Russland darstelle.

NATO-Vertreter haben, wie auch die politischen Entscheidungsträger der USA, schon früher ähnliche Argumente angeführt. Erstens haben die NATO-Länder und die USA die Zahl ihrer Militärstützpunkte wegen der "Bedrohung durch den Kommunismus" erweitert. Sie bewaffneten sich zur "Verteidigung" ihrer Sicherheit gegen die Sowjetunion und deren "Aggression". Nach der Schwächung des Kommunismus und dem Zusammenbruch der Sowjetunion rüsteten sie auf und bauten ihre Armeen und ihre militärische Präsenz in Europa und anderen Teilen der Welt wegen der "Bedrohung durch Russland" aus. Ich denke, dass selbst "einfachere Gemüter" jetzt verstehen, wo die Wahrheit liegt und wer wen bedroht.

Machen Sie keine Afrikaner unglücklich, indem Sie über die "unglückliche" Ukraine sprechen

Quelle: <http://kss.sk/africana-nerozlutostite-recami-o-nestastnej-ukrajine>

Nur die Russen haben die Entkolonialisierung in Afrika durchgeführt. Und Afrika erinnert sich daran. Genauso wie Afrika sich an die europäischen Gräueltaten erinnert.

Für die Afrikaner sind die Russen Freunde und Befreier, keine Sklavenhändler und Kolonisatoren. In Afrika erinnern sie sich wahrscheinlich gut daran. Alesia Miloradovic, Wissenschaftlerin an der Pariser Akademie für Geopolitik, hat darüber auf der Website des "Strategic Culture Fund" geschrieben.

Sie war bei einer Gala zu Ehren des ehemaligen Premierministers des afrikanischen Staates Benin, Lionel Zinsou, anwesend, die am 12. März im Diskussionsclub Cercle des Nouveaux Mondes in Paris stattfand.

In seiner Eröffnungsrede an die Gäste erinnerte der Moderator, wie auch heute, an seine Solidarität mit dem "leidenden ukrainischen Volk". Der Hauptgast, Lionel Zinsou, Absolvent der französischen Hochschule für Politikwissenschaften, Finanzier und Mitarbeiter der Rotchild-Gruppe, erwähnte in seiner Rede auch die Ukraine, aber keineswegs in dem Sinne, wie es heute im Westen üblich ist. Unerwartet begann er, diejenigen zu kritisieren, die zur Unterstützung der Kiewer Behörden Sanktionen gegen Russland angekündigt haben, die in vielen Ländern der Welt zu Krisensituationen geführt haben.

In seiner Rede fragte er: Wissen Sie überhaupt, was diese Krise zum Beispiel für Afrika bedeutet? Russland beliefert uns mit Getreide und Mais. Und die afrikanische Welt ist wie betäubt vor Erstaunen über das, was geschieht. Sie ist erstaunt über das Verhalten der USA und der Europäischen Union.

Er erklärte den Anwesenden, dass, wenn die Krise in Europa nur durch einen Mangel an Energieressourcen bedroht ist, in den afrikanischen Ländern Hunger herrschen könnte.

Er erklärte auch:

"Einen Afrikaner kauft man nicht mit Gerede über Demokratie. Das sind nur Ihre Märchen für den Eigenbedarf. Die meisten der afrikanischen Eliten wurden in der Sowjetunion ausgebildet - Ärzte, Ingenieure, Flieger, Lehrer, Wissenschaftler.

Die Russen waren die einzigen Europäer, die Afrika dekolonisiert haben. Und Afrika erinnert sich daran. Sie erinnert aber auch an europäische Gräueltaten.

Wie Sie feststellen konnten, haben die afrikanischen Länder die UN-Resolution zur Verurteilung Russlands nicht unterstützt. Und sie werden niemals eine Resolution gegen Russland unterstützen. Dies ist im Gehirn eines jeden Afrikaners fest verankert. Russland trägt das Gute in sich, was immer man auch davon halten mag. Dies ist eine Konstante.

Ganz Afrika beobachtet die Entwicklungen in der Zentralafrikanischen Republik und in Mali. Was die Europäer in Jahrzehnten nicht geschafft haben, haben die Russen in einem Jahr geschafft. Auf dem Gebiet der Zentralafrikanischen Republik gab es terroristische Gruppen. Heute gibt es dort einen echten Staat.

Ich weiß, dass im Plenarsaal Beamte des Außenministeriums anwesend sind. Ich appelliere an Sie, die französischen Diplomaten: Suchen Sie so schnell wie möglich eine Lösung für Ihr Problem. Denn wenn der Konflikt nicht in einem Monat vorbei ist, wird Afrika explodieren.

Denken Sie daran und suchen Sie nach diplomatischen Lösungen. Vergessen Sie nicht, dass Länder wie Indien und China Russland unterstützen. Afrika unterstützt Russland.

Ich möchte nicht über Demokratie sprechen, und Sie machen mich, einen Afrikaner, nicht traurig, wenn Sie über die unglückliche Ukraine sprechen und zum Humanismus aufrufen. Ihre Demokratie ist Ihre Sache. Sie haben es nicht nötig, uns Ihre Vorstellungen darüber aufzudrängen, wie wir Afrikaner leben sollten.

Wieder einmal! Suchen Sie den Kompromiss, lassen Sie die Diplomaten arbeiten. Die Zeit ist gegen uns. Wir haben 30 Tage Zeit! Dreißeig! Nicht mehr!

Was soll ich sagen?

In unserem Land und im Ausland hieß es früher und heute, dass der Schuldenerlass für die Länder der "Dritten Welt" und die kostenlose Bildung für ihre Bürger durch die sozialistischen Länder "in den Wind geschossenes Geld" sei. Heute stellt sich heraus - und das Beispiel Russland beweist dies -, dass die damalige Investition eine "langfristige Investition" war. Gebildete Menschen können Ereignisse und Geschehnisse in der Welt objektiver sehen. Sie fallen nicht so leicht auf die gezielte Propaganda und die Profitmacherei der gierigen Oligarchen herein.

Wo der Teufel nicht hinkommt, schickt er eine Frau

Quelle: <http://kss.sk/kde-nemoze-cert-posle-zenu>

Alt, vertraut, aber wahr. Die First Lady der Ukraine Olena Zelenska hat den Vereinigten Staaten von Amerika einen Besuch abgestattet. Sie wurde auf höchster Ebene von Präsident Biden und Außenminister Anthony Blinken herzlich empfangen und hielt eine bewegende Rede vor dem US-Kongress. Wer ist diese Frau? Abgesehen davon, dass sie die Frau des Präsidenten ist. Wen hat sie

vertreten (sie ist weder Mitglied der Regierung noch des Parlaments)? Medienberichten zufolge hat sie jedoch ernste Themen wie militärische, materielle und finanzielle Hilfe für die Ukraine erörtert. Waffen. Wir wollen Waffen. Gebt uns Waffen. Wie wäre es, wenn wir Frieden wollen!!!

Der Präsident der Ukraine bittet in jeder Rede auf dieselbe herzerreißende Weise um Waffen. Von allen Beteiligten. Er sitzt auf einem grünen Stuhl wie auf einer Seerose und trägt abwechselnd grüne T-Shirts mit verschiedenen Symbolen. Er schreit, wird wütend, schimpft und macht Vorwürfe. Die Worte von K.J. Erbens Gedicht "Der Wasserknabe" sind passend. Ich würde sie nur ein wenig verändern. "In den Ruinen neben den Felsen", klatschte der kleine grüne Mann... "Gebt, gebt die Gewehre, wir werfen uns den Russen für sie an den Hals!

Jeder, der denken kann, muss bereits wissen, was in der Ukraine vor sich geht. Es handelt sich um einen offenen, aber sehr dünn getarnten Krieg der Nordatlantischen Allianz gegen die Russische Föderation. Schließlich essen wir kein Heu, das mit westlicher Propaganda versetzt ist. Dass es keine legitime ukrainische Armee mehr gibt, die auf ukrainischem Gebiet kämpft, sondern Nazi-Banderovtsy, Söldner, die in NATO-Mitgliedstaaten angeworben wurden (die bereits vom slowakischen Präsidenten legitimiert wurden), dass es dort von Geheimdiensten wimmelt wie von Würmern, dass auf ukrainischem Gebiet ein schrecklicher militärischer Konflikt entfesselt wird und dass die NATO unter der Führung der USA bereit ist, "bis zum letzten Ukrainer" zu kämpfen.

Es ist eine (historisch wiederholte) Tragödie für unser Volk, dass die Slowakei von dieser Regierung in den Krieg hineingezogen wird, so wie es 1938 der Fall war. Daran gibt es keinen Zweifel. Dank des schändlichen Abkommens mit den USA wird unser Territorium nun unkontrolliert von ausländischen Truppen geplündert. Was ist aus den Worten des ehemaligen Premierministers geworden, dass keine ausländischen Soldaten mehr unseren Boden betreten würden? Oh, sie sind nicht fremd, sie sind "unsere". Wir wurden in die Tentakel der NATO hineingezogen, ohne dass der Wille des Volkes zum Ausdruck gekommen wäre - ohne eine Volksabstimmung. Die Slowakei wollte der NATO nicht beitreten, weshalb das Referendum vereitelt wurde. Heute schwenkt unsere Regierung die gelb-blaue Flagge und ruft "Ruhm für die Ukraine". Wie wäre es, wenn Sie der Slowakei Frieden und Ruhe zurufen würden!

Horror, Horror, Horror. Statt dass der "kleine grüne Mann" seinen "Frosch" als Mutter nach Übersee schickt, eine Frau mit einer Friedensbotschaft und einem Plädoyer für eine friedliche Lösung des Konflikts, fordert sie Waffen, Waffen und noch mehr Waffen. Wer weiß, was nach ihrem Besuch noch alles passieren wird. Es muss sich um eine sehr "wichtige Botschaft" handeln, wenn die Präsidenten zu dieser Form der Kommunikation in Form eines Austauschs zwischen ihren Ehefrauen gegriffen haben. Schließlich gilt immer noch: "Wo der Teufel nicht kann, schickt er eine Frau hin...".

Viera Klimentová

Kommunistische Partei der Arbeiter Spaniens (PCTE)

Erklärung des Politbüros der PCTE: Nein zum imperialistischen Krieg!

Quelle: <http://www.solidnet.org/article/CP-of-the-Workers-of-Spain-Statement-of-the-Political-Bureau-of-the-PCTE-NO-TO-IMPERIALIST-WAR/>

Der Konflikt zwischen den imperialistischen Mächten und Blöcken ist mit dem Beginn direkter Militäraktionen der Russischen Föderation gegen militärische Ziele auf ukrainischem Territorium in eine neue Phase getreten. In diesen schwierigen Zeiten, in denen die ernste Gefahr des Ausbruchs eines umfassenden imperialistischen Krieges besteht, richtet das Politische Büro der PCTE die folgenden Überlegungen an die Arbeiter und an die Gesamtheit unseres Volkes:

1. Dies ist ein imperialistischer Krieg. Die eigentliche Ursache des Krieges liegt in der Natur des imperialistischen Systems, in dem sich verschiedene Länder und kapitalistische zwischenstaatliche Bündnisse in einer neuen Aufteilung der Welt gegenüberstehen. Märkte, natürliche Ressourcen, Transportwege und Einflusssphären sind umkämpft.
2. Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln. Die Verteidigung des Weltfriedens kann nur durch die Arbeiter aller Länder und Völker erreicht werden, die objektiv daran interessiert sind, der Ausbeutung und Ausplünderung ein Ende zu setzen. Der Imperialismus ist der Kapitalismus unserer Tage, nicht die internationale Politik der einen oder anderen Macht. Nur wenn wir dem System als Ganzes entgegentreten, können wir den Weltfrieden garantieren. Solange der Imperialismus überlebt, wird der Frieden immer relativ sein. Es wird immer ein bewaffneter Friede sein, ein Friede mit einer Waffe an den Köpfen der Völker.
3. Dies sind die Folgen der Konterrevolution in der UdSSR. Die konfliktreiche Situation, die in der Ukraine und in ganz Osteuropa entstanden ist, ist eine direkte Folge des Triumphs der kapitalistischen Konterrevolution und der Auflösung der Sowjetunion, die jahrzehntelang das friedliche Zusammenleben der Völker, die sie umfasste, ermöglichte und sehr wichtige Errungenschaften für die Arbeiterklasse erzielte.

Der Zerfall der UdSSR vor nunmehr dreißig Jahren eröffnete neue Felder der Auseinandersetzung zwischen den Monopolen der verschiedenen Mächte. Es begann eine neue Teilung der Welt, in der das kapitalistische Russland den Einfluss und die geostrategische Kontrolle des alten sozialistischen Lagers mit anderen imperialistischen Mächten, vor allem mit den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, ausficht.

4. Die entscheidende Verantwortung der USA, der EU und der NATO in diesem Konflikt. Der Staatsstreich in der Ukraine, im Volksmund Euromaidan oder Maidan genannt, der von Teilen der ukrainischen Bourgeoisie angeführt wurde, wäre ohne die Unterstützung der Europäischen Union, der USA und der NATO nicht möglich gewesen. Es handelte sich um einen gewaltsamen Staatsstreich, an dem faschistische Kräfte beteiligt waren, die ungestraft Dutzende von Gewerkschaftern ermordeten und Repressionen gegen ukrainische Kommunisten - die sich der reaktionären Wende widersetzen und widersetzen - und die russischsprachige Bevölkerung ausübten, was zum Konflikt auf der Halbinsel Krim und zu den in der Region Donbas ausgerufenen Republiken, der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Luhansk, führte.

Die im September 2014 von den imperialistischen Interventionsmächten unterzeichneten Minsker Vereinbarungen wurden nie eingehalten. Die Völker von Donezk und Luhansk waren zu jeder Zeit und bis zum heutigen Tag Kriegsbedingungen ausgesetzt.

5. Niemand darf unter fremder Flagge kämpfen. Die Völker der Welt sind seit Monaten einer massiven Kriegspropaganda ausgesetzt, die darauf abzielt, die Arbeiter eines jeden Landes - eine große gesellschaftliche Mehrheit - hinter den Interessen ihrer jeweiligen Bourgeoisie zu vereinen. Sie alle geben ihre Gründe an, um ihre Position zu rechtfertigen, und vom Standpunkt der Interessen der Kapitalisten auszugehen, haben sie alle Gründe. Es sind imperialistische Gründe, die nichts mit den Interessen der Arbeiterklasse und der Völker zu tun haben.

Die "imperialistische Ordnung", die von den Kommunisten als Pyramide oder Kette dargestellt wird, ist im Wesentlichen eine multipolare Ordnung. Alle Glieder sind durch Beziehungen ungleicher gegenseitiger Abhängigkeit miteinander verbunden, je nach der Stufe, die jedes Land in der Pyramide einnimmt. Die aufstrebenden Mächte kämpfen darum, die Position der Mächte einzunehmen, die in der imperialistischen Kette die ersten Plätze einnehmen. Sie kämpfen um den Aufstieg und nicht um die Verteidigung des Weltfriedens. Ihre Interessen haben nichts mit den Interessen der Völker zu tun. Ihre Kriege sind nicht unsere Kriege.

In diesen schwierigen Zeiten, genau wie zu Zeiten des Ersten Weltkriegs, schlägt uns die Bourgeoisie der verschiedenen Länder vor, eine Seite zu wählen. Heute, wie damals, hat die Arbeiterklasse in der Auseinandersetzung zwischen unseren Ausbeutern keine Seite zu wählen. Wir müssen uns dagegen wehren, Kanonenfutter in einem neuen umfassenden imperialistischen Krieg zu werden. Wie die russische Arbeiterklasse 1917 muss die Arbeiterklasse aller Länder heute entschlossen für den Sturz und die Überwindung des Ausbeutungssystems, das den Krieg produziert, kämpfen. Wir müssen die ideologische, politische und organisatorische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse entschlossen verteidigen. Wir müssen die Hauptfeinde unseres Volkes, die sich nicht an der Ostfront, sondern in den wichtigsten Machtzentren unseres Landes befinden, aufs Korn nehmen.

6. Wieder der falsche bürgerliche Pazifismus. Die Sektionen der neuen Sozialdemokratie sind an einer NATO-Regierung beteiligt, werden den Gipfel dieser verbrecherischen Organisation im kommenden Juni in Madrid ausrichten und verhandeln mit den USA über die Erneuerung von Militärabkommen, die den Fortbestand und die Ausweitung ausländischer Militärstützpunkte auf unserem Land ermöglichen. Dieselben Sektionen rufen uns auf, den Frieden zu verteidigen, während sie spanische Soldaten, Flugzeuge und Fregatten in die Konfliktzone schicken, die Tausende von Kilometern von unseren Grenzen entfernt ist. Der Frieden, den sie verteidigen, ist der imperialistische Frieden, der Frieden mit der Waffe am Kopf des Volkes.
7. Die Aufgaben der Stunde. Die PCTE - die ihre Analyse des Konflikts klar zum Ausdruck bringt, auf die Verantwortlichen hinweist und sie anprangert - ist sich ihrer internationalistischen Aufgabe im aktuellen Kriegsszenario bewusst. Wir schlagen der Arbeiterklasse, den Volkssektoren und allen Menschen, die keinen Krieg wollen, vor, die Mobilisierung der Arbeiter und des Volkes mit den folgenden Zielen zu beginnen:

Keine Verwicklung Spaniens in den imperialistischen Krieg. Es ist notwendig, mit Nachdruck zu fordern, dass die Regierung die gesamte militärische Präsenz in der Konfliktzone zurückzieht. Kein spanischer Soldat sollte in diesem Krieg kämpfen, keine spanische militärische Waffe oder

Ausrüstung sollte in dem Gebiet vorhanden sein. Die spanischen Truppen sollten sofort in ihre Heimat zurückkehren.

Bruch mit den imperialistischen Bündnissen. Die NATO und die Europäische Union sind zwischenstaatliche Bündnisse, die die Ausbeutung der Arbeiter und die Ausplünderung der Völker gewährleisten. Ihre Auflösung wird nicht durch allgemeine Aufrufe zur Verteidigung des Friedens bei gleichzeitiger Vorbereitung auf den Krieg erfolgen, sondern durch den entschlossenen Kampf unseres Volkes für den Bruch mit der NATO und der EU im Rahmen des allgemeinen Kampfes zur Überwindung des kapitalistischen Systems.

Basen raus. Die Präsenz ausländischer Stützpunkte und Truppen auf unserem Land, die in den so genannten Raketenabwehrschild und andere Mechanismen der militärischen Zusammenarbeit integriert sind, macht unser Land im Falle eines umfassenden Krieges zu einem militärischen Ziel. Das Verschwinden dieser Basen und die Aufkündigung der militärischen Abkommen mit den USA sind absolut aktuelle Forderungen.

8. Das Politische Büro der Partei ruft alle kommunistischen Mitglieder, alle unsere Organisationen auf, die sofortige Mobilisierung und Organisation der Arbeiterklasse und des Volkes in diesen schwierigen Zeiten zu organisieren. Wir riskieren unser Leben, wir riskieren die Zukunft.

Nein zum imperialistischen Krieg!

Rückkehr der Truppen nach Hause!

Nein zur NATO, Basen raus!

Kein Land, kein Meer, keine Luft für die Imperialisten!

Kommunistische Partei der Türkei (TKP)

"Eure Kriege, unsere Toten. Nein zum imperialistischen Krieg" Beitrag der TKP für die von der PCTE organisierte antiimperialistische Veranstaltung am 28. Mai in Madrid

Quelle: <http://www.solidnet.org/article/CP-of-Turkey-Your-wars-our-dead.-No-to-the-imperialist-war-Contribution-of-TKP-for-the-antiimperialist-event-organized-by-PCTE-in-Madrid-on-May-28/>

Liebe Genossinnen und Genossen,

Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Türkei grüße ich Euch brüderlich und überbringe Euch die kämpferischen Grüße Eurer Genossinnen und Genossen in der Türkei. Es ist eine große Ehre, an dieser wichtigen Veranstaltung teilzunehmen, die wir als einen weiteren Baustein für die langfristigen kameradschaftlichen und aufrichtigen Beziehungen und die revolutionäre Solidarität zwischen unseren Parteien betrachten. Deshalb danken wir euch noch einmal für eure Einladung.

Genossinnen und Genossen, diese Veranstaltung findet vor dem Hintergrund eines Krieges zwischen den imperialistischen Lagern statt. Auf der einen Seite die westlichen imperialistischen Kräfte, die ihre hegemoniale Position innerhalb des Imperialismus bewahren wollen, und auf der anderen Seite die russische Bourgeoisie, die nationalistische Hysterie schürt, das Erbe der Sowjetunion und ihre Errungenschaften untergräbt und den "antifaschistischen Kampf" missbraucht. Dieses Ereignis findet im Rahmen der Barbarei des 21. Jahrhunderts statt, deren einzige Ursache der noch nicht gestürzte Kapitalismus ist. Wer profitiert von diesem Krieg? Definitiv nicht die arbeitenden Menschen. Ganz sicher nicht die, die sich opfern! Es sind diejenigen, die von diesem Krieg profitieren, die wollen, dass er weitergeht, vielleicht in geringerem Umfang, aber das spielt keine Rolle. Wer am meisten von den Geschehnissen der letzten drei Monate profitiert, ist die NATO, die USA und die EU, die an Stärke, Glaubwürdigkeit und neuen Vorwänden für größere Ausgaben und neue billigere Arbeitskräfte gewinnen, die sie ausbeuten können.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, dieser Krieg, auch wenn er derzeit auf das geografische Gebiet der Ukraine beschränkt ist, hat das Potenzial, sich auszuweiten und zu einem größeren, globalen Krieg zu werden. Wenn solche Entwicklungen eintreten, werden unsere Länder davon nicht ausgenommen sein. Deshalb sollten wir uns darauf vorbereiten, gegen die Beteiligung an solchen umfassenderen Kriegen zu kämpfen, indem wir jeden Tag unermüdlich erklären, warum sie unrechtmäßig sind und den Interessen der Menschen völlig zuwiderlaufen. In dieser Hinsicht ist die heutige Veranstaltung ein Beispiel für unsere Beharrlichkeit, und wir hoffen, dass eine größere Zahl von Arbeitnehmern die Spiele, die in ihrem Leben gespielt werden, besser verstehen wird, um diesen Spielen entgegenzuwirken.

Wir wollen uns kurz erinnern. Die NATO wurde 1949 unter der Führung der US-Regierung und der Beteiligung von Großbritannien, Kanada, Frankreich, Italien, Norwegen, Island, Portugal, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und Dänemark gegründet. Im Jahr 1952, also vor 70 Jahren, schlossen sich Griechenland und die Türkei an. Unsere Soldaten, junge Menschen, deren Leben weniger als 23 Cent wert war, deren Leben im Koreakrieg verloren ging, waren das Bestechungsgeld der bürgerlichen Regierungen, um dieser schmutzigen Vereinigung beizutreten. 1955 wurde Westdeutschland und 1982 Spanien Mitglied. Die Funktion der NATO bestand darin, die Arbeit der Nazifaschisten fortzusetzen, die es nicht geschafft hatten, die Köpfe der tapferen arbeitenden Menschen während des zweiten imperialistischen Weltkriegs zu senken, aber dieses Mal unter einem anderen Deckmantel, unter der falschen Fassade der sogenannten "freien Welt". Trotz Sprüchen wie Schutz oder Sicherheit bestand

ihre wahre Mission darin, den Willen der Arbeiterklasse zu bekämpfen, Gleichheit und Freiheit in dieser Welt herzustellen.

Die NATO wurde als militärische Organisation gegründet, aber es wäre ein großer Fehler zu glauben, dass sie auf diesen Aspekt beschränkt ist. Jahrelang hat die NATO als Regulierungsmechanismus innerhalb der imperialistischen Hierarchie fungiert, mit ideologischen, politischen und kulturellen Aufgaben. Die konterrevolutionären Gruppen, die Gladio-Strukturen und die Untergrundbanden hatten es vor allem auf linksgerichtete Menschen, Intellektuelle, Jugendliche und Arbeiter abgesehen, die barbarische Verbrechen begingen und damit davorkamen. Die Gründungsgrundlage der NATO ist der Antikommunismus. Wir werden ihre Verbrechen niemals vergessen und bis zu dem Tag kämpfen, an dem sie bestraft werden. Wir werden weder die Anwälte von Atocha, die Bombenanschläge in Mailand und Bologna, die Verbrechen gegen das griechische Volk während des Bürgerkriegs noch die Massenmorde an patriotischen Intellektuellen und sozialistischen Politikern in der Türkei vergessen!

Die NATO wurde von den Wurzeln der sozialen Fäulnis in allen Mitgliedsländern genährt: Nationalismus, Chauvinismus, Gewalt, Folter, Frauenfeindlichkeit, Drogenhandel, Plünderung... Alles unter dem Namen "Sicherheit", "Spezialeinheiten", "irreguläre Kriegsführung" usw. Sie steckten hinter den Putschen und der Unterdrückung. Die NATO ist die größte Terrororganisation auf dem Gebiet der Welt.

Während das Ziel dieses Bündnisses bis in die 1990er Jahre die Einkreisung der Sowjetunion war, wandte es sich nach dem Untergang des ersten Arbeiterstaates mehr nach Osten, erhöhte die Zahl seiner Mitglieder und erweiterte seinen Einflussbereich. Das erste blutige Ergebnis dieser Politik war der Zerfall Jugoslawiens, der die Feindschaft zwischen Völkern, die jahrelang in Frieden miteinander lebten, eskalieren ließ. Die Region ist nun dem Imperialismus unterworfen und wird gesellschaftlich und wirtschaftlich von imperialistischen Kräften beherrscht. In der Folge haben sie im Nahen Osten, in Afrika und in Afghanistan Kriege ausgelöst und großen Schaden angerichtet, insbesondere gegen Länder, die sich ihrer gierigen Politik nicht oder nur teilweise fügten. Jetzt versuchen sie, noch mehr zu expandieren und mit dem kapitalistischen Russland und seinen Verbündeten zu konkurrieren. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Imperialismus eine Wettbewerbsordnung ist, und Widersprüche zwischen den Kräften, die eine ungleiche Entwicklung aufweisen, enden schließlich in Konflikten, seien sie nun militärischer oder nichtmilitärischer Art. Was wir beobachten, ist für diejenigen, die nach marxistisch-leninistischen Grundsätzen studieren, nicht unvorhersehbar. Der Schlüssel ist natürlich, sie zu studieren und gegen sie zu handeln!

Liebe Genossinnen und Genossen,

Erlaubt mir, euch mitzuteilen, dass eure Bemühungen hier auch ihre Entsprechung in der Türkei haben. In den letzten Wochen haben wir in verschiedenen Städten antiimperialistische Veranstaltungen abgehalten, an denen auch KKE-Führer kameradschaftlich teilgenommen haben und die die wahren Interessen der NATO, der USA und der EU gegenüber den Völkern offengelegt haben. Vor kurzem haben wir auch eine Petition in der südlichen Region des Landes abgeschlossen, wo sich der ominöse Luftwaffenstützpunkt Incirlik der US-Streitkräfte befindet. Die Kommunistische Jugend der Türkei organisierte trotz polizeilicher Unterdrückung einen Protestmarsch gegen den Stützpunkt, um ihre Forderungen nach einem unabhängigen und souveränen Land und einer gleichberechtigten Zukunft zu verkünden.

Wir sind gegen die Präsenz dieses US-Stützpunktes in unserem Land und die dort gelagerten Atomwaffen, die eine Bedrohung für das Leben der Menschen in der Region und im ganzen Land sowie in der gesamten Region darstellen. Wir sind gegen die Stationierung aller Atomwaffen, ob bekannt oder implizit, ob alt oder neu. Wir wollen weder, dass unsere Soldaten in Auslandseinsätze geschickt

werden, noch dass Soldaten anderer Länder in unserem Land stationiert werden. Wir wollen, dass die jungen Menschen, die in Albanien, Kosova, Irak, Syrien, Afghanistan und in vielen anderen Auslandseinsätzen im Namen der "Sicherheitskooperation" unter Waffen standen, sich zurückziehen und zurückkommen! Wir wollen keinen militärischen oder sonstigen Wettbewerb mit Brudervölkern! Wir wollen nicht, dass unsere Länder und Meere zu Ländern und Meeren des Krieges und des Blutes werden!

Genossinnen und Genossen!

Trotz einiger täglicher taktischer Schachzüge und einer Annäherung an die Achse Russland-China-Iran oder der Schaffung von oberflächlichen Konflikten mit der EU und den USA in Bezug auf das östliche Mittelmeer, Zypern und Libyen war die regierende AKP-Regierung von Anfang an eine prowestliche, proamerikanische Regierung. Sie stellt ein Kontinuum in den kollaborativen Tendenzen der türkischen Bourgeoisie als Vorposten des Imperialismus in der Region dar. Wenn wir jedoch einen Blick auf die andere Seite des politischen Spektrums werfen und untersuchen, wie die Opposition auf diese Fragen reagiert, stellen wir fest, dass die Sozialdemokraten in der Türkei die NATO mit noch größerer Inbrunst verteidigen und dieses blutige Bündnis als "Garantie der Demokratie" bezeichnen. Ihre Verbündeten, die nationalistischen Reaktionäre, die derzeit mit Erdoğan's Politik konkurrieren, geben "Verpflichtungsversprechen" gegenüber der NATO ab.

Wir wissen, dass die bürgerlichen Parteien keine festen Prinzipien haben und auch ihre politischen Programme nicht grundlegend sind, aber selbst wenn, wenn man sich die Programme der Parteien im Parlament ansieht, wird man feststellen, dass sie alle die euro-atlantische Linie und die Integration des Landes in die NATO unterstützen. Ihre seltenen taktischen Schachzüge oder Reden gegen Kriege ändern nichts an dieser Tatsache. Die NATO ist und kann nur die Garantie für die Diktatur des Kapitals sein. Die NATO ist die Garantie für die Profite der Monopole. Die NATO ist die Garantie für steigende Ausbeutungsraten. Und man kann nicht patriotisch sein und gleichzeitig die NATO-Mitgliedschaft verteidigen! Man kann nicht den Verbleib in der NATO verteidigen und gleichzeitig ihre Politik ablehnen!

Wir sind uns dieser Heuchelei wohl bewusst. Sie ist in jedem kapitalistischen Land gleich, in Spanien, in der Türkei, in Griechenland, in Schweden, in Großbritannien oder in den USA. Wir sehen, dass die Sozialdemokraten ihre ohnehin geringe Stimme, wenn sie denn eine haben, in der "internationalen Politik" zurücknehmen und Kriegsschiffe oder Luftstreitkräfte in den Dienst der NATO stellen. Vor allem, wenn sie in den herrschenden Kreisen oder in deren Nähe sind...

Auf der anderen Seite des Medaillons sehen wir das Spiegelbild der Heuchelei der bürgerlichen Politik in Russland mit all ihren Hauptpfeilern, dem Antikommunismus, dem Nationalismus, der Demagogie, der Verdrehung der historischen Tatsachen und der Lüge.

Deshalb müssen wir in solchen Zeiten, in denen viele Illusionen geschaffen werden, mit größerer Kraft an unseren Prinzipien festhalten. Wir werden uns nicht auf die Seite der bürgerlichen Kräfte stellen, weder auf die der scheinbar maßgeblichen noch auf die der liberalen. Wir werden uns nicht zwischen Achsen entscheiden, die um die Vorherrschaft im imperialistischen System konkurrieren. Wir werden nicht zulassen, dass unsere Geschichte verunglimpft wird.

Genossinnen und Genossen,

ich kann durch Eure Anwesenheit hier deutlich sehen, dass die patriotischen und revolutionären Arbeiter Spaniens gegen die Präsenz der NATO-Truppen in ihrem Land sind! Denn "es sind ihre Kriege und unsere Toten". Es sind ihre Kriege und unser Hunger, unsere Armut, unser Elend, unsere Zwangsvertreibung. Es sind ihre Profite und unsere Verluste. Wir lehnen diese Ungerechtigkeit ab. Wir

lehnen es ab, dass ein Haufen reicher Kapitalisten über das Leben von Millionen Menschen entscheidet. Kampf gegen die NATO bedeutet Kampf für Frieden, aber auch für Brot.

Genossinnen und Genossen,

Wir versprechen, dass wir weiterhin die arbeitenden Menschen in der Türkei organisieren, vor der wachsenden Gefahr warnen und alle Anstrengungen unternehmen werden, um dem Angriff des Imperialismus gegen die Völker entgegenzutreten und das Banner des Internationalismus hochzuhalten. Wir zweifeln nicht daran, dass unsere Genossinnen und Genossen in Spanien ihre besten Anstrengungen in die gleiche Richtung unternehmen werden und unser gemeinsamer Kampf wachsen wird.

Wir wünschen euch viel Erfolg in euren Kämpfen!

Es lebe die brüderliche Beziehung zwischen unseren Parteien!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe die Revolution und der Sozialismus!

Union der Kommunisten der Ukraine (SKU)

Über den Krieg und die Aufgaben der Arbeiterklasse

Quelle: <http://solidnet.org/article/Union-of-Communists-of-Ukraine/>

Die Gesamteinschätzung des Charakters des unter dem Deckmantel einer besonderen Militäroperation (SMO) begonnenen Krieges durch die Union der Kommunisten der Ukraine (SKU) stimmt weitgehend mit der Erklärung der Kommunistischen und Arbeiterparteien vom 24. Februar 2022 überein, die von der SKU unterstützt wird.

In diesem Krieg prallten zwei imperialistische Gruppen des Weltkapitals in der Ukraine aufeinander: das internationale kapitalistische Länderbündnis, angeführt von den USA und der NATO, und das internationale kapitalistische Länderbündnis, angeführt vom russischen staatsmonopolistischen Kapital. Einige große kapitalistische Länder (China, Indien usw.) haben sich nicht direkt in den Konflikt eingemischt, sondern warten ab, um die Aussichten für seine Entwicklung zu bewerten. Wir stimmen der Schlussfolgerung zu, dass der Ursprung dieses militärischen Konflikts in der konterrevolutionären Zerstörung des Sozialismus in der UdSSR und der Restauration des Kapitalismus im postsowjetischen Raum liegt.

Die ukrainische Bourgeoisie, die mit der Ausplünderung der wirtschaftlichen Ressourcen der Ukrainischen SSR aufgewachsen ist, indem sie wie in Russland der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung das Eigentum entrissen hat, konzentrierte dieses Eigentum schnell in den Händen einiger weniger oligarchischer Gruppen bis hin zu Branchenmonopolen und "privatisierte", der Wirtschaft des Landes folgend, die Staatsmacht. Die widersprüchliche Position dieser oligarchischen Gruppen bestand darin, dass sie versuchten, die Beteiligung sowohl des russischen als auch des westlichen Kapitals an der Konzentration des Privateigentums im Lande so weit wie möglich zu begrenzen. Gleichzeitig versuchte die Großbourgeoisie, aktiv mit den russischen Oligarchen wirtschaftlich zusammenzuarbeiten, um durch den Zugang zu den russischen Energieressourcen zu ausreichend niedrigen Preisen hohe Profite zu erzielen und mit dem internationalen Kapital aus dem Westen zu flirten, da es die Profite in westlichen Banken und Privateigentum in westlichen Ländern anlegte. Um ihre relative Loslösung vom "Osten" und "Westen" ideologisch zu rechtfertigen, brauchte die ukrainische Oligarchenbourgeoisie die Ideologie des radikalen bürgerlichen Nationalismus, die auch den Interessen der westlichen Länder (insbesondere nach der von ihnen organisierten Orangenen Revolution 2004) für ihre antirussische Ausrichtung entgegenkam. Damals begann die Verherrlichung von Bandera und Schuchewitsch im öffentlichen Bewusstsein der Ukrainer.

Für die Arbeiterklasse der Ukraine und die breiten proletarischen Massen in den Städten und Dörfern bedeutete die Restauration des Kapitalismus eine enorme Einschränkung und Begrenzung ihrer Rechte im Prozess der Deindustrialisierung des Landes. Doch unter den Bedingungen der politischen und ideologischen Desorientierung waren die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften und die linken Parteien nur zu Nachhutgefechten fähig. Die Diskreditierung des Sozialismus durch die bürgerliche Propaganda zwang das ukrainische Proletariat, seinen Kampf auf wirtschaftliche Aufgaben zu beschränken, und veranlasste die am besten qualifizierten Schichten, auf der Suche nach besserer Bezahlung ins Ausland abzuwandern. Die SKU war direkt in diese Klassenkämpfe der neunziger und neunziger Jahre involviert. Sie bemühte sich, die internationale proletarisch-revolutionäre Tradition des Klassenkampfes zu bewahren und versuchte, dem politischen Opportunismus in der kommunistischen und linken Bewegung in der Ukraine entgegenzuwirken, der aus der Degradierung der Arbeiterklasse erwachsen war.

Die unmittelbare Voraussetzung für die wachsende Konfrontation zwischen Russland und den NATO-Staaten in der Ukraine war die globale Finanz-, Handels- und Industriekrise von 2008 und ihre Folgen. Die langfristige Stagnation der Weltwirtschaft und alle Bemühungen der führenden kapitalistischen Länder, die Folgen dieser Krise auf die Arbeiterklasse und breite proletarische Schichten sowie auf die abhängigen kapitalistischen Länder abzuwälzen, haben gezeigt, dass es innerhalb des Kapitalismus keinen wirtschaftlichen Ausweg aus dieser Krise gibt. Die führenden kapitalistischen Länder, angeführt von den USA, gingen dazu über, mehrere Länder direkt auszurauben, um aus der Krise herauszukommen, indem sie eine Reihe von Staatsstreich durch "Farbrevolutionen" und lokale Kriege unter dem Deckmantel der "Demokratisierung" von Ländern entfesselten. Dies führte zu einer massiven Verschärfung der internationalen Widersprüche und dem Beginn der Neugestaltung der imperialistischen Bündnisse, der Verschärfung der Konfrontation zwischen diesen Bündnissen, auch in der Ukraine, sowie dem Anwachsen des radikalen Nationalismus in seinen nazistischen und faschistischen Erscheinungsformen.

Die Machtübernahme durch monopolistische Oligarchengruppen im Jahr 2010 unter Janukowitsch, der als pro-russische Bourgeoisie wahrgenommen wurde, stärkte einerseits die Zusammenarbeit zwischen russischen und ukrainischen Monopolen, aber nur insoweit, als sie es den ukrainischen Oligarchen ermöglichte, die Kontrolle über die Wirtschaft und das Eigentum im Land zu behalten. Andererseits machte Janukowitsch Wahltechnikexperten aus den USA und dem Vereinigten Königreich wie Manafort zu seinen politischen Beratern, die ihn auf der Grundlage "soziologischer Erhebungen" berieten, um eine Wiederwahlkampagne aufzubauen, so dass im zweiten Wahlgang der Führer der Nazi-Partei Svoboda (umbenannt in Sozialnationalistische Partei) Tyagnybok sein Gegner wurde. Mit dem Geld vermeintlich "pro-russischer" Oligarchen begannen die Nazigruppen, sich von Randgruppen zu politischen Parteien zu entwickeln. Sie erhielten die Möglichkeit, die Gemeinderatswahlen in den westlichen Regionen zu gewinnen und ihre Abgeordneten ins ukrainische Parlament zu bringen. Zu diesem Zweck hat Janukowitsch nicht einmal die Dekrete seines Vorgängers Juschtschenko aufgehoben, mit denen Bandera und Schuchewytsch der Titel "Held der Ukraine" verliehen wurde.

Doch Janukowitschs "Berater" spielten hinter seinem Rücken eine andere Karte aus. Unter ihrer Führung haben pro-westliche Oligarchengruppen, die vom US- und EU-Imperialismus unterstützt werden, 2014 einen Staatsstreich durchgeführt. Die von ihnen unterstützten pro-faschistischen und nationalsozialistischen Organisationen erwiesen sich nicht nur als die treibende Kraft dieses Staatsstreichs, sondern wurden von der neuen oligarchischen Macht bewaffnet und in Form von paramilitärischen "Freiwilligenbataillonen" zu ihrer Kampftruppe.

Die innenpolitische Bedeutung des Staatsstreichs auf dem Maidan 2014 bestand darin, die konterrevolutionäre Zerstörung der Folgen des Sieges der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zu vollenden, die dem ukrainischen Volk seinen ersten Nationalstaat in Form eines sozialistischen Sowjetstaates gegeben hatte. Die Post-Maidan-Regierung vernichtete mit besonderem Hass alles, was mit dem Sieg der revolutionären Arbeiter- und kommunistischen Bewegung auf dem Gebiet der Ukraine und mit der Errichtung der Sowjetmacht verbunden war, und sie verherrlichte auch diejenigen, die während dieser Revolution und des Bürgerkriegs besiegt und vertrieben worden waren: von Petljura und Skoropadski bis hin zu Bandera, Schuchewitsch und anderen Feinden der Werktätigen der Sowjetukraine.

Der Staatsstreich löste in der Ukraine einen Bürgerkrieg zwischen den Anhängern der neuen nationalistischen Regierung und ihren Gegnern aus, der zur Abspaltung der Krim und ihrer Aufnahme in Russland durch ein Referendum sowie zur Bildung der Volksrepubliken Donezk und Luhansk (LDVR) führte, die sich in einer langen bewaffneten Konfrontation mit der Regierung in Kiew befanden. Obwohl selbst die Teilnehmer an dieser Konfrontation diese nicht als Klassenkonfrontation, sondern

eher als interethnische Konfrontation wahrnahmen, war es bezeichnend, dass alle oligarchischen Gruppen die Post-Maidan-Behörden unterstützten und durch ihre Abgeordneten im Parlament den Behörden den Anschein von Legitimität gaben. Und kein einziger Oligarch, auch nicht aus Janukowitschs Partei, ist auf die Seite der Volksrepubliken gewechselt, die während des Bürgerkriegs gegründet wurde.

Die Donbass-Republiken waren in ihrer sozialen Zusammensetzung, insbesondere in ihrem Rückgrat bewaffneter Formationen, proletarisch geprägt. In ihrer politischen Form waren sie bürgerliche Republiken und brachten die Interessen sowohl der Bourgeoisie als auch des Proletariats zum Ausdruck, die den radikalen antirussischen Nationalismus der Post-Maidan-Regierung und ihren prowestlichen Kurs nicht akzeptierten.

Seit der Gründung der LVR hat der SKU angesichts der inneren Widersprüche dieser Republiken daran gearbeitet, die Arbeiter- und kommunistischen Organisationen dieser Republiken bei der Ausarbeitung ihrer ideologischen Klassenposition zu unterstützen.

Die russische Bourgeoisie nahm gegenüber der LNR eine widersprüchliche Position ein: Einerseits leistete sie den Donbass-Republiken militärische und wirtschaftliche Hilfe, andererseits erkannte sie sie politisch nicht an und gliederte sie nicht wie die Krim in die Russische Föderation ein, sondern erkannte die Legitimität des pro-faschistischen Marionettenregimes Turtschinow-Poroschenko-Zelenski an, mit diesem Regime die Minsker Vereinbarungen unterzeichnete, die der LDVR keinen Frieden brachten und den Krieg acht Jahre lang zu einem latenten Zustand an der Kontaktlinie machten, der es den ukrainischen Behörden ermöglichte, eine starke und nazistisch motivierte Armee aufzubauen, die nicht nur für die LDVR, sondern auch für Russland selbst zu einer Bedrohung wurde.

Die innere Widersprüchlichkeit des russischen bürgerlichen Staates gegenüber der LDPR und den Post-Maidan-Behörden hängt damit zusammen, dass seine wirtschaftlichen Interessen sowohl mit dem westlichen Kapital als auch mit dem ukrainischen Oligarchenkapital eng verflochten sind. Russische Politiker schimpften über die "Maidan-Behörden", während russische Oligarchen gemeinsam mit ukrainischen Oligarchen von der Nutzung von Pipelines durch die Ukraine (die Ammoniak-Pipeline von Togliatti zum Hafenwerk Odessa wurde erst am 24.02.22 unterbrochen), dem Weiterverkauf von Kohle aus dem Donbass an die Ukraine im Rahmen des "Rotterdam+"-Programms und dem Weiterverkauf von metallurgischen und anderen Produkten profitierten.

In ähnlicher Weise haben ukrainische Oligarchen über ihre Politiker den "russischen Aggressor" verflucht, während der gemeinsame Profit weiter ansteigt. Es sind die wirtschaftlichen Interessen der russischen Bourgeoisie, die in erster Linie erklären, warum sich die LNRD so aktiv gegen die Forderungen der Arbeiter im Donbass nach Verstaatlichung der Unternehmen der ukrainischen Oligarchen gestellt hat und warum die Militäroperation gegen das pro-faschistische Marionettenregime in der Ukraine verzögert wurde. Und erst in zweiter Linie ist sie auf die Notwendigkeit zurückzuführen, die Wiederaufrüstung der russischen Armee abzuschließen.

Der wahre Grund für die SMO ist, dass die russische oligarchische Bourgeoisie erkannt hat, dass sie nicht in der Lage sein wird, die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise wirtschaftlich zu bewältigen. Sie hat sich schließlich entschlossen, den geringen Gewinn, den sie aus der Zusammenarbeit mit ukrainischen Oligarchen und westlichem Kapital gezogen hat, zu opfern, um die Einflussphären in der Weltwirtschaft neu zu verteilen und neue Märkte für ihre Waren zu erobern sowie den zunehmenden Bemühungen der NATO-Länder unter Führung der USA entgegenzuwirken, sich russisches Territorium anzueignen und Zugang zu seinen Rohstoffressourcen zu erhalten.

Dieser Krieg ist nicht im Interesse der "Russens", des "Schutzes der russischsprachigen Bevölkerung", der "Entnazifizierung" des ukrainischen Staates, sondern genau im Interesse des russischen Kapitals,

das die Gefahr und die Notwendigkeit erkannt hat, neue internationale Bedingungen zu schaffen, um seinem Kapital weitere Profitmöglichkeiten zu sichern. Die Interessen der russischen, tatarischen, tschuwaschischen, jakutischen Arbeiter und der Arbeiter aller anderen Nationalitäten der Russischen Föderation werden durch diesen Krieg weder verkörpert noch geschützt.

Das Marionettenregime in der Ukraine beteiligt sich an diesem Krieg im Interesse der ukrainischen Oligarchen, die sich völlig abhängig vom Großkapital des Westens und der NATO gemacht haben, die die ukrainische Armee in eine fortschrittliche militärische Abteilung der westlichen Bourgeoisie verwandelt haben. In diesem Krieg geht es nicht um die "ukrainische Nation", nicht um die "ukrainische Sprache und Kultur" und auch nicht um "europäische Werte". Es ist ein Krieg für die vereinten Interessen der ukrainischen und internationalen Bourgeoisie, die in ihrem Wunsch übereinstimmen, die wirtschaftliche und politische Macht der russischen Bourgeoisie zu zerstören. Dieser Krieg schützt weder die Interessen noch die Rechte der ukrainischen Arbeitnehmer. Sowohl die ukrainischen als auch die russischen Arbeiter haben in diesem Krieg nur das Recht und die Pflicht, an die Front zu gehen und dafür zu sterben, dass eine Gruppierung der Weltbourgeoisie die andere besiegt und mehr Monopolrechte zur Unterdrückung der Arbeiter erhält, sowohl in ihrem eigenen Land als auch in den besiegten Ländern.

So eskaliert der militärische Konflikt, der als zivile Konfrontation und Bürgerkrieg auf dem Territorium der Ukraine begann, mit dem Beginn der SMO zu einem imperialistischen Konflikt - und wird zum Beginn eines imperialistischen Weltkriegs. Mit dem Beginn der SMO werden die Konfliktparteien tatsächlich zu: auf der einen Seite der russische bürgerliche Staat, auf der anderen Seite der NATO-Block, der den Krieg mit den Händen der ukrainischen Armee führt, sie mit Waffen, Munition, Geheimdienstinformationen versorgt, militärische Operationen unter Beteiligung seiner Militär-"Berater" plant, die Armee ausbildet, Informationspropaganda betreibt, Cyber-Unterstützung leistet usw.

Zweitens: Die Ziele der Kriegsführung ändern sich. Während das ukrainische Regime in der ersten Phase des Bürgerkriegs darauf abzielte, die staatliche Kontrolle über die ukrainischen Gebiete, die es verloren hatte, wiederherzustellen, war es in der zweiten Phase bestrebt, Russland als Voraussetzung für die Existenz der Ukraine zu vernichten. Das russische bürgerliche Regime hingegen erklärte in der ersten Phase nur sein Ziel, die LDVR im Konflikt mit dem Kiewer Regime zu unterstützen, und in der zweiten Phase, internationale Bedingungen für die kapitalistische Entwicklung Russlands zu schaffen und den Widerstand der NATO zu überwinden. Nur in diesem Zusammenhang erhalten die vom russischen Staat verkündeten Ziele der "Entnazifizierung" und "Entmilitarisierung" eine wirkliche Bedeutung. Die Forderung nach "Entnazifizierung" der Ukraine entwickelt sich Schritt für Schritt zur Forderung nach "Entnazifizierung" des Baltikums, Polens, Europas und der gesamten westlichen Welt, da "sie alle mit dem Nazismus des Westens infiziert sind". Auch die Forderung nach "Entmilitarisierung" wird mit dem Fortschreiten des militärischen Konflikts in dieselbe Richtung gehen. Im Grunde genommen sind beide Forderungen nur ein Deckmantel für die wahren imperialistischen Ziele des Krieges.

Die Entwicklung des militärischen Konflikts in der Ukraine hat gezeigt, dass seine Haupttendenz darin besteht, zu einem offenen Zusammenstoß zwischen den beiden imperialistischen Blöcken - Russland und seinen Verbündeten und der NATO - zu eskalieren. Dies bedeutet die Eskalation des Krieges zu einem Nuklearkonflikt und die Entstehung einer realen Gefahr der Vernichtung der Menschheit. Es könnte durchaus sein, dass die steigende Gefahr eines Atomkrieges zu Kompromissen zwischen den Konfliktparteien führt. Dies wird jedoch in jedem Fall ein vorübergehender Kompromiss zugunsten einer der beiden Seiten sein, der nur eine Pause für die Wiederaufnahme des Kampfes und der militärischen Aktionen darstellt.

Für die Arbeiterklasse in der Ukraine hat dieser imperialistische Krieg die tragischsten Folgen. Auf den Schultern der Arbeiter lastet die Rolle des "Kanonenfutters" und der unvermeidliche Tod der Kämpfe, die Massenverarmung, die Arbeitslosigkeit, die totale Einschränkung von Rechten und Freiheiten zugunsten der Interessen der ukrainischen Großbourgeoisie, der Oligarchen und der Interessen der westlichen Bourgeoisie, Russland zu zerstören und auszurauben und sich seiner natürlichen Ressourcen zu bemächtigen. Dies wird unweigerlich mit der Zerstörung und Beschlagnahmung der ukrainischen Industrie- und Naturressourcen einhergehen, auch im Falle eines russischen Erfolgs. Das gleiche Schicksal erwartet die große Mehrheit des ukrainischen Kleinbürgertums.

Die Großbourgeoisie hat ihre Kinder bereits aus dem Krieg herausgekauft und ins Ausland gebracht, so wie sie auch ihre Kapitalien mitgenommen hat. Aber das ist nicht der springende Punkt: Die Großbourgeoisie profitiert vom Krieg unter der Herrschaft von Zelensky, genauso wie sie unter der Herrschaft von Poroschenko und mit seiner Beteiligung profitiert hat: Sie stiehlt Finanzen, macht Geld mit dem Weiterverkauf von Waffen, mit Uniform- und Lebensmittellieferungen an die Armee, mit Reparaturen, mit humanitärer Hilfe und so weiter. Im Krieg verdient die Bourgeoisie Milliarden von Dollar, und Verwandte, Freunde und Freiwillige müssen die Mobilisierten mit Lebensmitteln und Uniformen versorgen, was natürlich nicht ausreicht. Wie in Friedenszeiten, aber noch dreister, bereichert sich die Bourgeoisie an den Knochen der Arbeiterklasse!

Die Folgen dieses imperialistischen Krieges werden für die Arbeiterklasse Russlands und der Länder des russischen Blocks ebenso schwerwiegend sein. Sie trafen die proletarischen Massen in allen Ländern der Welt auf katastrophale Weise. Ein Weltkrieg kann nur weltweite Folgen haben: Hunger, Verarmung, Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne sind bereits auf dem Vormarsch. Aber der Krieg wird die Armeen vieler Länder in die Kämpfe hineinziehen und auch ihre Arbeitnehmer zu "Kanonenfutter" machen!

Die Folge des imperialistischen Weltkriegs, der in der Ukraine begonnen hat, wird nicht der Ausweg aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sein, sondern ihre katastrophale Verschärfung, die wiederum (wie schon in der Vergangenheit) zu revolutionären Situationen in einer Reihe von Ländern führen wird, in denen sich die Widersprüche in höchstem Maße verschärfen werden. Im Kontext der internationalen wirtschaftlichen und politischen Integration wird die Entwicklung revolutionärer Situationen zur Bildung von Ketten revolutionärer Erhebungen führen.

Die SCU sieht den Ausweg aus dem imperialistischen Krieg für die Arbeiterklasse nicht in abstrakten Appellen für Frieden und Abrüstung (die im besten Fall nur eine Atempause im Krieg für die Anhäufung von Kräften durch die Parteien für einen noch härteren Kampf bieten können), sondern in der Notwendigkeit, den Kapitalismus als ein parasitäres und zerstörerisches Gesellschaftssystem zu beseitigen, in dem die Konkurrenz des Kapitals unweigerlich zu Krisen und Kriegen führt.

Im Kampf gegen den Krieg als Kampf gegen die Macht der Kapitalisten, die Kriege führen, stellen wir die Aufgabe, gegen die Kapitalisten in jedem der kriegführenden Staaten zu kämpfen.

Unser Ziel ist es, auf die Beseitigung des ukrainischen Marionettenregimes in der Ukraine hinzuwirken.

Wir appellieren an die mit diesem Regime bewaffneten Arbeiter: die Waffen gegen die Macht der Bourgeoisie in der Ukraine zu richten und den imperialistischen Krieg für die Interessen der Bourgeoisie in einen Bürgerkrieg der Arbeiterklasse gegen ihre Bourgeoisie zu verwandeln, um ihre kapitalistische Herrschaft in einer kommunistischen Revolution zu zerstören.

Wir appellieren an die russischen Arbeiter als eine brüderliche Klasse, die alle Lasten des Krieges auf ihren Schultern trägt und unter Verarmung, Arbeitslosigkeit und der Beseitigung der Grundrechte und

-freiheiten leidet: Strebt danach, die bürgerliche Macht in Russland zu besiegen und die Waffe gegen die russischen Oligarchen und ihre politischen Gefolgsleute zu richten. Wir sind bereit, gemeinsam mit euch zu kämpfen, um den imperialistischen Krieg in einen Klassenkampf gegen die kapitalistische Macht und für die kommunistische Revolution zu verwandeln.

Wir appellieren an die Arbeiter der NATO-Länder: Die drohende Vernichtung der Menschheit im nuklearen Schlagabtausch des imperialistischen Krieges zu stoppen, ist nur möglich im Kampf nicht für den abstrakten Frieden, sondern für den Sturz der Bourgeoisie ihrer Länder, die diese Kriege führt und davon profitiert. Setzen Sie sich für die Niederlage der bürgerlichen Regierungen und des NATO-Blocks in diesem Krieg ein, stellen Sie sich die Aufgabe, den Krieg zwischen den Nationen in einen Krieg zwischen den Klassen zu verwandeln, richten Sie die von den Arbeiterhänden produzierten Waffen nicht gegen die Arbeiter anderer Länder, sondern gegen die Kapitalisten ihres Landes, gegen ihre Macht.

Der Kapitalismus besteht seit zwei Jahrhunderten als ein internationales System der Herrschaft der Bourgeoisie und der Unterdrückung der Arbeiter. Die einzige Möglichkeit, diesem weltweiten Ausbeutungssystem, der Quelle von Krisen und Kriegen, ein Ende zu setzen, besteht darin, die Kämpfe der Arbeiter international in einer internationalen kommunistischen Revolution zu vereinen, die aus einer Kette von revolutionären Situationen erwächst. Das Einzige, was wir dem bürgerlichen Nationalismus (und seinen Formen von Chauvinismus und Faschismus), der die Völker im Krieg gegeneinander ausspielt, entgegensetzen können, ist der proletarische Internationalismus

Wir verstehen die Komplexität und die Gefahr der gestellten Aufgaben, die unweigerlich zu Repressionen seitens der bürgerlichen politischen Regime führen. Deshalb müssen die Arbeiter- und kommunistischen Organisationen, um solche Aufgaben zu stellen und umzusetzen, neben legalen auch illegale Formen des Klassenkampfes entwickeln. Die SKU ist seit 2014 gezwungen, ihre Arbeit in illegalen Formen durchzuführen.

Viele Arbeiter- und kommunistische Organisationen könnten diese Antikriegsaufgaben aufgrund ihrer organisatorischen Schwäche und ihres mangelnden Einflusses auf die Arbeiterklasse für unmöglich halten. Aber die historische Erfahrung zeigt, dass eine korrekte und ehrliche Formulierung der Aufgaben der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des Krieges - wirkliche Aufgaben, nicht momentane Aufgaben - vielleicht nicht sofort zum Erfolg führt, aber unter den Bedingungen einer eskalierenden revolutionären Situation Gewinne bringen wird.

Da die Aufgabe der Zerstörung der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse eine internationale Aufgabe ist, wird die internationale Koordinierung der Aktionen der Arbeiter und der kommunistischen Parteien, einschließlich der gemeinsamen Definition der Aufgaben für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg des 21. Jahrhunderts, immer wichtiger, um den internationalen Kampf gegen diesen Krieg für die kommunistische Umstrukturierung der Gesellschaft und den Frieden in der Welt zu vereinigen.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Zum "Brief des Union der Kommunisten der Ukraine"

Quelle: <https://un-comm-ukr.ucoz.ru/publ/9-1-0-1688>

Eine Gruppe von Mitgliedern des Bundes der Kommunisten der Ukraine bzw. Mitglieder einer Familie, die mit dem Ausbruch der Feindseligkeiten nach Westeuropa übersiedelten, veröffentlichten einen Aufruf an die kommunistischen Mitglieder der SKU mit dem Titel "Brief des Bundes der Kommunisten

der Ukraine an die Genossen der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei", der "auf einer Generalversammlung der SKU" angenommen wurde.

Wir, die in unserem Land verbliebenen SKU-Mitglieder, hatten weder von der Einberufung der Generalversammlung noch von ihrer Tagesordnung gehört und erfuhren erst durch das zitierte Dokument davon. Aber das ist nicht der springende Punkt.

Das Dokument enthält eine Reihe sehr zweifelhafter Bestimmungen, die jedoch mit der irrigen Position der Führung einiger kommunistischer Parteien der europäischen Länder übereinstimmen.

Der Verfasser des Aufrufs schreibt: "Es sind die Früchte ihrer Arbeit, ihre Kontakte, die heute von denjenigen genutzt werden, die sich hinter der Meinung einzelner Bürger von Donezk und Luhansk verstecken, die sich immer noch an das Spinnennetz einer Phantomhoffnung auf den "großen Bruder" klammern, um ihre Unterstützung für die militärische Aggression des bürgerlichen Russlands zu rechtfertigen". Aber der Autor beginnt denselben Absatz mit den Worten "diese Mitglieder der RPRK, ... schätzten die Situation richtig ein, schlossen sich der Arbeitsgruppe an und leisteten einen bedeutenden Beitrag zum antifaschistischen (hier und von mir weiter hervorgehobenen) Widerstand im Donbass...".

Der Autor ist sich also bewusst, dass der Donbass einen Kampf gegen den Faschismus in der Ukraine führt, der die Form des Nazismus angenommen hat.

Warum sonst hätten der Autor und seine Familie ihre Heimat verlassen und sich nach Europa begeben, sobald in Kiew die Luftschuttsirenen ertönten, die Gefahr eines Aufenthalts in der Ukraine für Menschen, die in irgendeiner Weise mit den kommunistischen Organisationen verbunden waren, zunahm und viele ins Ausland eilten?

Sie können über die russische Aggression reden, so viel Sie wollen. Ja, die Handlungen der russischen Politiker sehen wie eine Aggression aus, aber war nicht die ganze Reihe von Handlungen seiner Gegner, die seiner Invasion vorausgingen, eine Aggression gegen Russland?

Erinnern Sie sich an die Verletzung aller NATO-Verpflichtungen, nicht nach Osten zu expandieren, erinnern Sie sich an die Ausbildung der Armeen der ehemaligen Sowjetrepubliken, die Russland feindlich gesinnt sind, durch NATO-Spezialisten, an die Verlegung der Biolabors des Blocks an die Grenzen Russlands...

Die gesamte US-Politik der letzten zwei Jahrzehnte bestand darin, ehemalige Sowjetrepubliken für den Kampf gegen Russland zu "rekrutieren" - und zwar ganz explizit und unverhohlen. Die USA und die NATO-Länder "pumpte" astronomische Summen in die Bewaffnung dieser Republiken und in die Indoktrination ihrer Bevölkerung, während ihre Herrscher darüber logen, sie zu ernähren... (auch Haustiere werden auf Bauernhöfen gefüttert... aber zu welchem Zweck?!)..

Weißrussland hat nicht mitgemacht, aber der Rest der Republiken... Sogar westliche Politiker geben es offen zu, der ehemalige französische Präsidentschaftskandidat Nicolas Dupont-Henian sagte, dass "Wladimir Zelenskij's Ziel nicht darin bestand, die Ukraine zu verteidigen, sondern sein eigenes Volk zu opfern, um Russland zu schaden"...

Hätte Russland vorgehabt, die Nachbarrepubliken zu erobern oder sie wieder unter seinen Einfluss zu bringen, hätten die russischen Truppen 2008 nicht vor Tiflis Halt gemacht, und selbst 2014, als ukrainische Politiker über die russische Aggression schimpften, hätte sich Russland nicht auf die Krim beschränkt. Doch die USA und die NATO verlegten ihre Stützpunkte und Labors immer näher an die Grenzen Russlands. Und Russland versuchte, diese Pläne zu durchkreuzen, indem es seine gefährlichste Grenze erreichte und begann, sich vom Dollar zu entfernen.

In diesem Stadium können die Aktionen Russlands als Kampf um seine Unabhängigkeit bezeichnet werden.

Auf dem Weg dorthin hat die ukrainische Bevölkerung auch die Chance erhalten, sich von der nationalsozialistischen Unterdrückung zu befreien, und der Donbass hat die Chance erhalten, den ständigen nationalistischen Terror zu beenden, der seit fast 9 Jahren anhält.

Aber wir werden nicht alle interessanten Zitate aus diesem Dokument zitieren, es ist wichtiger, die Gründe zu verstehen.

Der Verfasser des Schreibens lebt heute mit seiner gesamten Familie in Westeuropa und kennt alle führenden Vertreter der europäischen Linken (er war mehrfach Dolmetscher auf internationalen kommunistischen Foren).

Nachdem die Union der Kommunisten der Ukraine zunächst den Kampf des Volkes im Donbass aktiv unterstützt hatte, hat der Verfasser des "Briefes" im Namen der gesamten SKU die gewaltsame Unterstützung des Donbass verurteilt, was sich beispielsweise mit der Linie der Kommunistischen Partei Griechenlands und einiger anderer europäischer kommunistischer Parteien deckt, die den Kampf in der Ostukraine ebenfalls früher unterstützt haben.

Wir haben uns bereits gefragt, warum die griechischen Genossen die Aktionen eines Landes der bürgerlichen Demokratie verurteilen und damit ein offen nazistisches Land unterstützen? Schließlich gibt es in Griechenland noch eine Generation, die sich an den griechischen Faschismus erinnert.

Und warum unterstützen auch die Erben jener italienischen Kommunisten, die zusammen mit den bürgerlichen Demokraten im Kampf gegen die Faschisten starben, jetzt das Naziregime in der Ukraine...?

In den EU-Ländern gibt es keine Ermutigung, Russland zu unterstützen. Das ist noch sehr milde ausgedrückt. Die Unterstützung von Putins "kriminellem" Regime kann auch zu Repressalien führen. (Und das, obwohl nach ihren eigenen internationalen bürgerlichen Gesetzen noch kein einziges bürgerliches internationales Gericht Russland als kriminellen Staat bezeichnet hat).

Die kommunistischen Parteien in den westeuropäischen Ländern sind legal, und ihre Führer haben alle Chancen, in die Parlamente einzuziehen. Ist das nicht der Grund, warum die Führer einiger kommunistischer und Arbeiterparteien in Europa ihren Regierungen gegenüber loyal sind?

Denn es ist bereits eine Abkehr vom Marxismus, es ist bereits eine völlige Ablehnung des politischen Klassenkampfes für die Interessen der Arbeiterklasse und ein Abgleiten in einen Kampf nur für Rechte. Dies sind bereits die ersten Schritte der einst ideologisch tiefgründigen und kämpferischen revolutionären Parteien in Richtung einer Einigung mit der Bourgeoisie: Wir haben schon früher geschrieben, dass die Arbeiterklasse und die Kommunisten ihre eigenen Aufgaben und Interessen haben, und dass es im Interesse der Arbeiterbewegung ist, die Widersprüche im imperialistischen Lager zu nutzen, nicht sie auszulöschen. Vor allem die akuten Widersprüche.

In dem "Brief" heißt es: "...Eine Verzerrung der Lehre der Komintern von Lenin über den imperialistischen Krieg und die Position der Parteien sind die von der RKAP vertretenen Positionen über den "absolut schlechten und nicht so schlechten Imperialismus"..." Erstens, die Lehren welcher Internationale? Und zwar die kommunistisch-leninistische?

Zweitens: Die Verzerrung der leninistischen Doktrin ist genau in dem zitierten "Brief" enthalten und hat ihren Platz.

Und noch ein wesentlicher Punkt: "Der 'Brief' wird durch den Beschluss der Generalversammlung der SKU angenommen...".

Das Treffen welcher SKU? Die Familie des Autors im Exil? Warum hält sich der Autor für berechtigt, im Namen der gesamten Organisation der Union der Kommunisten der Ukraine zu sprechen?

Ja, der Autor ist ein Verwandter und rechtmäßiger Erbe von T.I. Yabrova, dem Gründer und langjährigen Leiter der SKU. Die Autorin hat ihr Eigentum geerbt und damit alle Archive, Listen von SKU-Mitgliedern mit Installationsdaten, den Computer mit allen Informationen... Aber die SKU selbst ist nicht das Eigentum von jemandem. Oder gibt es etwas Neues bei den Algorithmen der Parteibildung?

Der Text wurde von den Mitgliedern der SKU zusammengestellt und genehmigt, die im Hoheitsgebiet der Ukraine verbleiben

Neue Kommunistische Partei Britanniens (NCP)

Gemeinsame Erklärung: Sieg für die antifaschistischen Kräfte des Donbass und ihre Verbündeten!

Quelle:

http://www.newworker.org/statements/statements2022/js202203/victory_to_the_anti_fascist_forces_of_don_bass_and_their_allies.html

Sieg für die antifaschistischen Kräfte des Donbass und ihre Verbündeten! USA/NATO Hände weg von Russland!

Das von der NATO finanzierte ukrainische Neonazi-Bataillon Asow und andere rechtsextreme ukrainische Nationalisten haben in den letzten acht Jahren viele Tausende im Donbass abgeschlachtet.

Am 24. Februar haben die antifaschistischen Volksrepubliken Donezk und Lugansk zusammen mit der Russischen Föderation eine Militäraktion mit dem Ziel der "Entmilitarisierung und Entnazifizierung" der Ukraine gestartet. Es liegt im Interesse der armen und arbeitenden Menschen, der Antikriegs- und antiimperialistischen Kräfte in den USA und anderen NATO-Ländern, eine eindeutige Position in Solidarität mit den antifaschistischen Kräften einzunehmen. Die wahre Kriegsgefahr geht von den US- und NATO-Kräften aus, die Russland umzingeln. Die Regierung in Kiew ist ihr Stellvertreter, ohne Rücksicht auf die Menschen in der Ukraine.

Im März 2014 hat der britische Außenminister William Hague vor dem Unterhaus gelogen, als er sagte, die Absetzung von Viktor Janukowitsch stehe im Einklang mit der ukrainischen Verfassung: "Es ist falsch, die Legitimität der neuen Regierung in Frage zu stellen.

Tatsächlich entsprach die Absetzung Janukowitschs keiner der Bestimmungen der ukrainischen Verfassung: Es gab keine Sonderkommission der Rada, keine Überprüfung durch das Verfassungsgericht, und die Rada verabschiedete ein Gesetz zur Absetzung Janukowitschs mit einer einfachen Mehrheit von 328 Stimmen, 10 Stimmen weniger als die in der ukrainischen Verfassung vorgesehene Zweidrittelmehrheit. Zweifellos war Haag von seinen Beratern im Außenministerium "schlecht beraten"!

In den vergangenen acht Jahren haben das ukrainische Militär und von den USA unterstützte faschistische Bataillone, die in die Nationalgarde eingegliedert sind, in der Volksrepublik Donezk 5.059 Menschen getötet, darunter 91 Kinder (Zahlen, die letzte Woche aus Donezk übermittelt wurden), so dass die Zahl für beide antifaschistischen Republiken wahrscheinlich bei 8-9.000 Menschen liegt, darunter weit über 100 Kinder.

Dieser Krieg begann 2014, als die Ukraine die "Anti-Terror-Operation" (ATO) startete, etwas mehr als eine Woche nachdem der CIA-Direktor John Brennan Kiew besucht hatte, um sich mit hochrangigen ukrainischen Geheimdienstmitarbeitern zu treffen, um "eine für beide Seiten vorteilhafte Sicherheitszusammenarbeit zu fördern". Dabei handelte es sich um eine umfassende moderne Militäroffensive mit Panzern, Artillerie, Raketen und Flugzeugen. Die ATO war noch im Gange, als die russische Intervention in der vergangenen Woche begann, und wurde in der Tat rasch ausgeweitet.

Millionen von Ukrainern wurden seit 2014 ins politische oder wirtschaftliche Exil getrieben, allein in der Russischen Föderation leben heute über zwei Millionen. Viele flohen aufgrund von faschistischen Morddrohungen.

Beim Brand des Gewerkschaftshauses in Odessa am 2. Mai 2014 wurden bis zu 100 Antifaschisten von Faschisten und Nationalisten ermordet. Niemand weiß genau, wie viele es waren, da es nie eine Untersuchung gegeben hat.

Wo waren die Medienhysterie und die Friedensaufrufe der Linken und der Friedensbewegung, als in den letzten acht Jahren im Donbass Männer, Frauen, Kinder und ältere Menschen bombardiert und von Scharfschützen erschossen wurden?

Seit November haben die USA Kiew zu einer neuen mörderischen Invasion im Donbass gedrängt, während sie behaupteten, die wahre Bedrohung gehe von Russland aus. Die USA lehnten Moskaus berechnete Forderungen ab, die Neutralität der Ukraine zu garantieren. Russland erkannte die Unabhängigkeit von Lugansk und Donezk am 21. Februar an - acht Jahre nachdem sich die Bevölkerung des Donbass in einem Referendum mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit entschieden und die prowestliche/neofaschistische Putschregierung in der Ukraine abgelehnt hatte.

Washington und die NATO haben die Donbass-Republiken und Russland bewusst und methodisch in eine Ecke gedrängt, aus der es nur zwei Möglichkeiten gab: sich zu fügen oder zurückzuschlagen.

Die Volksmilizen von Donezk und Lugansk kämpfen, um die ukrainischen Streitkräfte zurückzudrängen, einschließlich der von den USA, Kanada und der NATO bewaffneten und ausgebildeten Neonazi-Bataillone, die das Leben ihrer Bewohner ständig bedrohen. Die antifaschistische Militäraktion, die dem Donbass und Russland von den westlichen imperialistischen Mächten - vor allem von Präsident Joe Biden und der US-Regierung - aufgezwungen wurde, hat Verwirrung und Zweideutigkeit in der Antikriegsbewegung, selbst unter Sozialisten und Kommunisten, offenbart.

Das moderne kapitalistische Russland ist kein imperialistisches Land. Nach der Konterrevolution in der UdSSR hatte es keine Möglichkeit, ein solches zu werden. Es ist eine Regionalmacht wie Indien oder Brasilien, in erster Linie ein Exporteur von Rohstoffen, nicht von Kapital. Um seine Unabhängigkeit zu bewahren, musste sich Russland mit anderen Ländern verbünden, die sich gegen den Imperialismus stellen. Das ukrainische Putschregime hingegen ist ein Spielball des US-Imperialismus, der seit acht Jahren einen brutalen Krieg gegen seine Nachbarn führt und sich als Basis für die NATO-Aggression gegen Russland angeboten hat.

Unsere Verantwortung ist es, den US-Imperialismus und seine Kriege in allen Formen zu stoppen und uns mit denjenigen zu solidarisieren, die gegen die US-Herrschaft kämpfen.

Sieg für die Volksrepubliken Donezk und Lugansk und ihre Verbündeten!

Gerechtigkeit für die Ermordeten des Massakers im Gewerkschaftshaus von Odessa!

Solidarität mit dem antifaschistischen Untergrund und den Exilanten in der Ukraine!

U.S./NATO: Hände weg von Russland! Raus aus der Ukraine und Osteuropa!

Demontiert die imperialistische NATO-Kriegsmaschinerie - holt alle Truppen nach Hause, sofort!

Diese Erklärung wird unterstützt von: Consistent Democrats, International Ukraine Anti-Fascist Solidarity, New Communist Party, Posadists Today, und Socialist Fight. Sie wurde von einer hervorragenden Erklärung der Socialist Unity Party / Partido de Socialismo Unido (USA) übernommen.

Telegram-Nachricht New Worker News

Quelle: <https://t.me/NewCommunistParty/158>

Unsere Partei ist der Ansicht, dass dieser Krieg nicht 2022 begonnen hat, sondern das Ergebnis der NATO-Osterweiterung, des von der NATO und der EU gesteuerten Putsches in der Ukraine im Jahr 2014 und des Angriffskrieges der Ukraine gegen die Volksrepubliken des Donbass ist, der in fast acht Jahren, bis Februar 2022, zu mehr als 15.000 Toten und zur gezielten Zerstörung der Infrastruktur des Donbass durch die ukrainische Armee geführt hat. Das Ziel der NATO war es immer, die Ukraine zu einem Brückenkopf gegen Russland auszubauen. Wir glauben, dass die Anerkennung und Unterstützung der Volksrepubliken des Donbass durch die Russische Föderation legitim ist und für die Menschen dort Hoffnung auf ein Ende von Krieg und Besatzung bedeutet.